

Monatsbericht des BMF August 2009





Monatsbericht des BMF August 2009

Zeichenerklärung für Tabellen

Zeichen	Erklärung
-	nichts vorhanden
0	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
·	Zahlenwert unbekannt
X	Wert nicht sinnvoll

Inhaltsverzeichnis

Editorial	4
Übersichten und Termine	6
Finanzwirtschaftliche Lage	7
Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Juli 2009	14
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	17
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	22
Entwicklung der Länderhaushalte bis Juni 2009	29
Termine, Publikationen	33
Analysen und Berichte	35
Halbjahresbericht zum Bundeshaushalt 2009	36
Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. Halbjahr 2009	
Kurz- und mittelfristige Perspektiven der öffentlichen Haushalte in Deutschland	55
Zusammenarbeit der Zollverwaltungen bei der Bekämpfung der Produkt- und Markenpiraterie	67
Erfolgreiche deutsch-französische Initiative zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung Die Wirtschafts- und Finanzkrise – Konjunktur- und strukturpolitische Antworten ausgewählter	74
Volkswirtschaften	78
Statistiken und Dokumentationen	90
Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	91
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	117
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	124

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

im 2. Quartal dieses Jahres ist das Bruttoinlandsprodukt erstmals seit Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise gegenüber dem Vorquartal wieder leicht gestiegen. Auch wenn die Gesamtheit der Wirtschaftsdaten erfreulicherweise auf eine konjunkturelle Stabilisierung hindeutet, ist die Lage allerdings nach wie vor labil. Die Krise und ihre Folgen sind damit jedenfalls noch längst nicht überwunden. Mit ihrer antizyklischen Finanzpolitik hat die Bundesregierung das einzig Richtige zur Bekämpfung der Krise getan: in schlechten Zeiten stabilisieren und investieren, auch um den Preis einer stark steigenden Neuverschuldung – um nach dem Ende der Krise die öffentlichen Haushalte wieder zu konsolidieren. Der erste Teil unserer finanzpolitischen Strategie geht bisher auf.

Wie sehr die durch die Finanzmarktkrise ausgelöste schärfste Rezession der Nachkriegszeit die aktuelle Lage und die mittelfristigen Perspektiven der öffentlichen Finanzen in Deutschland prägt, kommt auch in diesem Monatsbericht deutlich zum Ausdruck.

In seiner für den Finanzplanungsrat im Juli 2009 erstellten Projektion der mittelfristigen Entwicklung der öffentlichen Haushalte in Deutschland kommt das Bundesministerium der Finanzen zu dem Ergebnis, dass das im Rahmen des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts maßgebliche Staatsdefizit in diesem Jahr auf 4% und im kommenden Jahr sogar auf 6% des Bruttoinlandsprodukts steigen dürfte. Das Maastricht-Defizit-Kriterium von 3% wird Deutschland demnach erst gegen Ende des aktuellen Finanzplanungszeitraums im Jahr 2013 wieder unterschreiten.

Diese Zahlen verdeutlichen einmal mehr: Formulierung und Umsetzung einer erfolgreichen Konsolidierungsstrategie



werden zu den dringlichsten Aufgaben der nächsten Bundesregierung gehören. Ohne die baldige Rückkehr auf einen finanzwirtschaftlich stabilen Pfad lassen sich weder die Maastricht-Kriterien noch die Vorgaben der am 1. August in Kraft getretenen neuen Schuldenregel des Grundgesetzes einhalten.

Auch an der aktuellen Entwicklung des Bundeshaushalts sind die Folgen der Rezession ablesbar. Der Halbjahresbericht zum Bundeshaushalt 2009 zeigt, dass in der ersten Jahreshälfte sowohl auf der Ausgabenals auch der Einnahmenseite der Vollzug des Bundeshaushalts im Rahmen der Eckwerte des im März verkündeten Nachtragshaushalts verlaufen ist. Die Ausgaben des Bundes sind gegenüber dem 1. Halbjahr 2008 um 1,8 Mrd. € beziehungsweise 1,3 % scheinbar moderat gestiegen. Bereinigt um einen Sondereffekt aufgrund der ab 2009 geänderten Zahlungsmodalität bei der Beteiligung des Bundes an den Kosten der Arbeitsförderung, lag die Steigerung der Ausgaben jedoch bei 4.1%.

Die Steuereinnahmen von Bund und Ländern insgesamt sind im 1. Halbjahr 2009 um 12,4 Mrd. € unter das entsprechende Vorjahresniveau gefallen. Das entspricht einem Minus von 5 % gegenüber dem 1. Halbjahr 2008. Hierbei fiel der Rückgang der Einnahmen beim Bund durch die Erstattung von EU-Eigenmitteln geringer

Editorial

aus als bei den Ländern. Im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise sind vor allem die gewinnabhängigen Steuern deutlich eingebrochen.

Nachdem sich im Herbst 2008 die massiven Auswirkungen der Finanzkrise auf die Realwirtschaft in Europa abzeichneten, verabschiedete der Europäische Rat im Dezember 2008 ein Programm, mit dem ein koordiniertes Vorgehen der Mitgliedstaaten und der Gemeinschaftsebene sichergestellt werden sollte. Die Mitgliedstaaten wurden darin aufgefordert, sowohl kurzfristig Anreize zur Stützung der Konjunktur zu setzen als auch die langfristigen Strukturreformen im Rahmen der Lissabon-Strategie zu intensivieren. Der ECOFIN-Rat hat in Zusammenarbeit mit der EU-Kommission im Juni 2009 eine erste Bewertung der von den Mitgliedstaaten ergriffenen Maßnahmen vorgelegt. Vor diesem Hintergrund vergleicht ein Artikel dieses Monatsberichts die staatlichen Konjunkturprogramme in ausgewählten europäischen Volkswirtschaften und stellt diesen die entsprechenden Maßnahmen in den USA und in Japan gegenüber.

Die erfolgreiche Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Steuerbetrug ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass die Aufgaben des Staates aus den vorhandenen Steuerquellen zuverlässig und gerecht finanziert werden können. Transparenz und Informationsaustausch sind deshalb unverzichtbare Teile des internationalen Finanzsystems. Eine 2008 gestartete deutschfranzösische Initiative zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung hat in kurzer Zeit dazu geführt, dass alle bedeutenden Finanzzentren den von der OECD entwickelten Standard für faires Verhalten bei der Besteuerung akzeptiert haben. Auf einer Konferenz, die auf Einladung von Bundesfinanzminister Peer Steinbrück und des französischen Haushaltsministers Eric Woerth im Juni in Berlin stattfand, haben Finanzminister und hochrangige Beamte aus 19 OECD-Mitgliedstaaten keinen Zweifel daran gelassen, dass sie Abwehrmaßnahmen ergreifen werden, wenn Staaten und Gebiete ihre Zusagen zur Implementierung des OECD-Standards nicht erfüllen.

Bei der Bekämpfung von Produkt- und Markenpiraterie spielen internationale Zusammenarbeit und Informationsaustausch ebenfalls eine zentrale Rolle. Der Schutz der Rechte des geistigen Eigentums war ein Thema des G8-Gipfeltreffens im Juli im italienischen L'Aquila. Die Staats- und Regierungschefs unterstützen die Fortführung der 2007 in Heiligendamm eingeleiteten Initiativen zu einem verbesserten Austausch zwischen den Zollverwaltungen der G8-Staaten, darunter insbesondere das deutsche Projekt zur Schaffung eines entsprechenden Informationssystems.

Jörg Asmussen

Staatssekretär im Bundesministerium der

Finanzen

Übersichten und Termine

Finanzwirtschaftliche Lage	7
Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Juli 2009	
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	
Entwicklung der Länderhaushalte bis Juni 2009	
Termine. Publikationen	

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

Finanzwirtschaftliche Lage

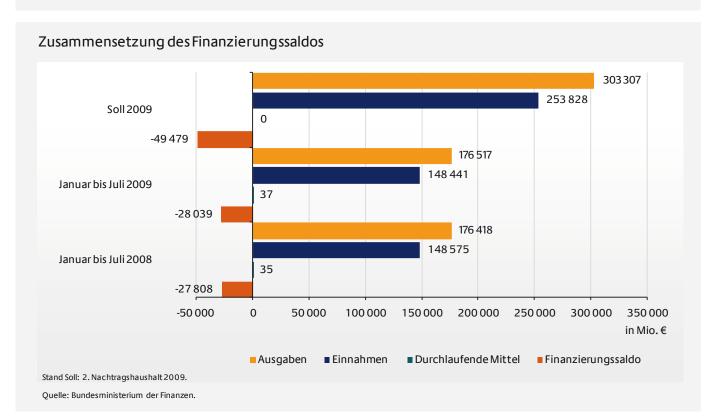
Die Ausgaben des Bundes lagen bis einschließlich Juli mit 176,5 Mrd. € um 0,1 Mrd. € (+ 0,1%) über dem Vorjahresergebnis. Bereinigt um die ab 2009 geänderte Zahlungsmodalität bei der Beteiligung des Bundes an den Kosten der Arbeitsförderung, lag die Steigerung der Ausgaben jedoch bei +2,6 %. Zu dieser im Vergleich zum Soll bisher moderaten Ausgabenentwicklung haben insbesondere die Zinsausgaben des Bundes

Entwicklung des Bundeshaushalts

	Soll 2009 ¹	lst - Entwicklung ² Januar bis Juli 2009
Ausgaben (Mrd. €)	303,3	176,5
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	7,4	0,1
Einnahmen (Mrd. €)	253,8	148,4
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	-6,2	-0,1
Steuereinnahmen (Mrd. €)	224,1	128,7
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	-6,3	-1,6
Finanzierungssaldo (Mrd. €)	-49,5	-28,0
Kassenmäßiger Fehlbetrag (Mrd. €)	-	-9,4
Bereinigung um Münzeinnahmen (Mrd. €)	-0,4	-0,1
Nettokreditaufnahme/aktueller Kapitalmarktsaldo (Mrd. €)	-49,1	-18,5

¹Stand: 2. Nachtragshaushalt 2009.

² Buchungsergebnisse.



FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

beigetragen. Sie lagen um 2,2 Mrd. € unter dem Vorjahresergebnis.

Die Einnahmen des Bundes lagen mit 148,4 Mrd. € um 0,1 Mrd. € knapp unter dem

Entwicklung der Bundesausgaben nach Aufgabenbereichen

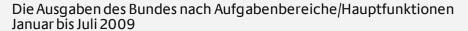
	Ist	Soll	Ist - Entw	ricklung	Ist - Entv	vicklung	Veränderun
	2008	2009 ¹	Januar bis	Juli 2009	Januar bis	Juli 2008	ggü. Vorjah
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in%
Allgemeine Dienste	50 394	53 595	30 622	17,3	28 893	16,4	6,0
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	4993	5 717	3 472	2,0	3 486	2,0	-0,4
Verteidigung	29 999	31 019	17903	10,1	17 277	9,8	3,6
Politische Führung, zentrale Verwaltung	6 103	6357	3 813	2,2	3 272	1,9	16,5
Finanzverwaltung	3 307	3 783	2 004	1,1	1 711	1,0	17,1
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	13 437	14 606	7 604	4,3	6 832	3,9	11,3
BAföG	1 193	1 433	871	0,5	756	0,4	15,2
Forschung und Entwicklung	7 709	8 761	3 783	2,1	3 3 6 4	1,9	12,5
Soziale Sicherung, Soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachungen	140 439	152 691	86 881	49,2	87 609	49,7	-0,8
Sozialversicherung	75 539	76 302	49 741	28,2	49 267	27,9	1,0
Arbeitslosenversicherung	7 583	7 777	0	0,0	4424	2,5	-100,0
Grundsicherung für Arbeitssuchende	34776	37810	20 628	11,7	20 077	11,4	2,7
darunter: Arbeitslosengeld II	21 624	23 500	13 099	7,4	12 993	7,4	0,8
Arbeitslosengeld II, Leistungen des Bundes für Unterkunft und Heizung	3 889	3 700	2 036	1,2	2 293	1,3	-11,2
Wohngeld	772	591	445	0,3	615	0,3	-27,6
Erziehungsgeld/Elterngeld	4769	4424	2 685	1,5	2 960	1,7	-9,3
Kriegsopferversorgung und -fürsorge	2 269	2 083	1316	0,7	1 448	0,8	-9,1
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	1 058	1 274	567	0,3	502	0,3	12,9
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	1 607	1 857	846	0,5	800	0,5	5,8
Wohnungswesen	1 062	1 2 1 0	713	0,4	645	0,4	10,5
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	5 778	7 426	3 176	1,8	3 551	2,0	-10,6
Regionale Förderungsmaßnahmen	945	738	333	0,2	409	0,2	-18,6
Kohlenbergbau	1816	1 465	1 3 7 5	0,8	1816	1,0	-24,3
Gewährleistungen	698	2 400	307	0,2	320	0,2	-4,1
Verkehrs und Nachrichtenwesen	11 231	12 894	5 996	3,4	5 798	3,3	3,4
Straßen (ohne GVFG)	6 0 4 5	6787	2 823	1,6	2 672	1,5	5,7
Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen	16 991	15 965	8 409	4,8	7 758	4,4	8,4
Bundeseisenbahnvermögen	4326	5 506	2 906	1,6	1 873	1,1	55,2
Eisenbahnen des Bundes/Deutsche Bahn AG	3 864	4074	2 011	1,1	1 462	0,8	37,6
Allgemeine Finanzwirtschaft	41 374	43 000	32 414	18,4	34 675	19,7	-6,5
Zinsausgaben	40 171	41 431	31 562	17,9	33 806	19,2	-6,6
Ausgaben zusammen	282 308	303 307	176 517	100,0	176 418	100,0	0,1

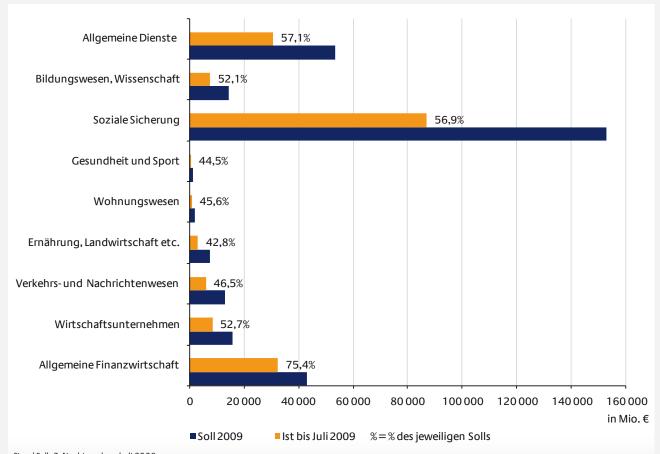
¹Stand: 2. Nachtragshaushalt 2009.

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

Vorjahresergebnis. Die Steuereinnahmen gingen im Vorjahresvergleich wie im Vormonat um −1,6 % zurück und beliefen sich auf 128,6 Mrd. €. Die Verwaltungseinnahmen stiegen um +11,0 %. Das Ergebnis der Steuereinnahmen wurde, wie bereits im Juni, durch einen Sondereffekt im Rahmen der sogenannten Eigenmittelabführungen an den EU-Haushalt positiv beeinflusst.

Eine belastbare Vorhersage zum weiteren Jahresverlauf lässt sich weder aus den einzelnen Positionen noch aus dem derzeitigen Finanzierungssaldo von – 28,0 Mrd. € ableiten. Mit dem Sondervermögen "Investitionsund Tilgungsfonds" (ITF), das mit einer eigenen Kreditermächtigung ausgestattet ist, finanziert der Bund außerhalb des Bundeshaushalts zusätzliche Maßnahmen zur schnellen Konjunkturbelebung. Unter Berücksichtigung der am 1. Juli 2009 in Kraft getretenen Gesetzesänderung stehen Fördermittel mit einem Gesamtvolumen von 20,4 Mrd. € zur Verfügung. Bis Ende Juli waren insgesamt 1589 Mio. € abgeflossen, davon allein 1476 Mio. € bei dem mit 5 Mrd. € dotierten Programm zur Stärkung der Pkw-Nachfrage.





Stand Soll: 2. Nachtragshaushalt 2009.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

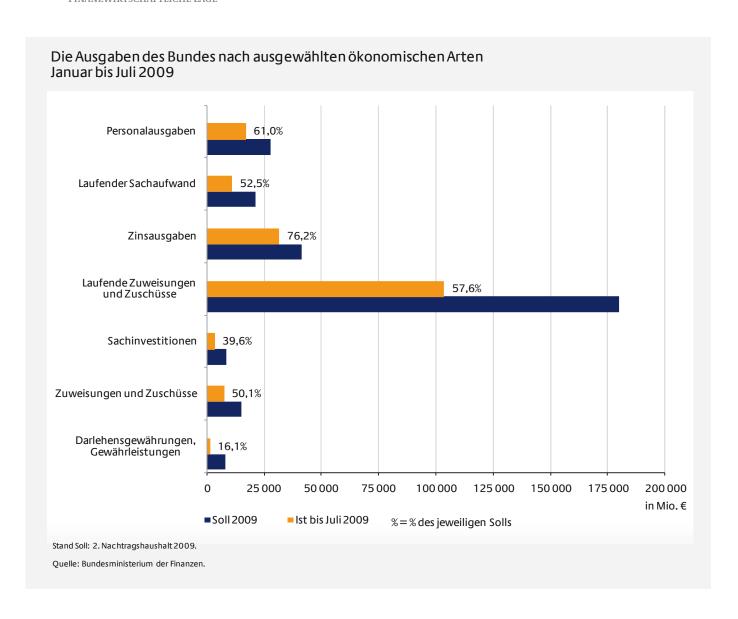
FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	Ist	Soll	Ist - Entv	vicklung	Ist - Entv	vicklung	Veränderung
	2008	2009 ¹	Januar bis	Juli 2009	Januar bis	Juli 2008	ggü. Vorjahr
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in%
Konsumtive Ausgaben	257 992	270 639	163 431	92,6	164 221	93,1	-0,5
Personalausgaben	27 012	27 791	16 959	9,6	16 019	9,1	5,9
Aktivbezüge	20 298	20 959	12 576	7,1	11 902	6,7	5,7
Versorgung	6714	6832	4 383	2,5	4117	2,3	6,5
Laufender Sachaufwand	19 742	21 129	11 093	6,3	10 210	5,8	8,6
Sächliche Verwaltungsaufgaben	1 421	1 451	753	0,4	689	0,4	9,3
Militärische Beschaffungen	9 622	10360	5 3 5 9	3,0	5 075	2,9	5,6
Sonstiger laufender Sachaufwand	8 699	9318	4 980	2,8	4 4 4 4 6	2,5	12,0
Zinsausgaben	40 171	41 431	31 562	17,9	33 806	19,2	-6,6
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	168 424	179 871	103 530	58,7	102 752	58,2	0,8
an Verwaltungen	12 930	15 055	8 3 1 7	4,7	7 031	4,0	18,3
an andere Bereiche	155 494	164816	95 402	54,0	95 834	54,3	-0,5
darunter:							
Unternehmen	22 440	23 930	13 044	7,4	12 224	6,9	6,7
Renten, Unterstützungen u.a.	29 120	30881	17 605	10,0	17 691	10,0	-0,5
Sozialversicherungen	99 123	104653	61 971	35,1	63 147	35,8	-1,9
Sonstige Vermögensübertragungen	2 642	417	287	0,2	1 434	0,8	-80,0
Investive Ausgaben	24 316	32 802	13 086	7,4	12 197	6,9	7,3
Finanzierungshilfen	17 117	24 153	9 663	5,5	9 014	5,1	7,2
Zuweisungen und Zuschüsse	14018	14961	7 490	4,2	6 950	3,9	7,8
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	2 395	8 257	1 332	0,8	1 425	0,8	-6,5
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	704	935	841	0,5	639	0,4	31,6
Sachinvestitionen	7 199	8 649	3 423	1,9	3 183	1,8	7,5
Baumaßnahmen	5 777	7 0 6 1	2 727	1,5	2 593	1,5	5,2
Erwerb von beweglichen Sachen	918	1 055	454	0,3	390	0,2	16,4
Grunderwerb	504	533	242	0,1	200	0,1	21,0
Globalansätze	0	- 134	0	0,0	0	0,0	0,0
Ausgaben insgesamt	282 308	303 307	176 517	100,0	176 418	100,0	0,1

¹Stand: 2. Nachtragshaushalt 2009.

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE



FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

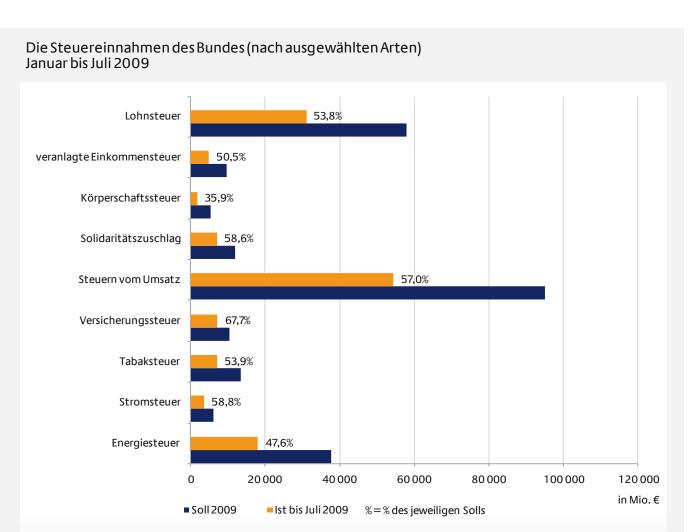
Entwicklung der Einnahmen des Bundes

	Ist	Soll	Ist - Entv	vicklung	Ist - Entv	wicklung	Veränderung
	2008	2009 ¹	Januar bis	Juli 2009	Januar bi	s Juli 2008	ggü. Vorjahr
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in%
I. Steuern	239 231	224 068	128 650	86,7	130 746	88,0	-1,6
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern:	193 532	181 902	101 615	68,5	108 344	72,9	-6,2
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschl. Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge) ²	96379	85 573	46916	31,6	53 220	35,8	-11,8
davon:							
Lohnsteuer	60 310	57 800	31 073	20,9	32 641	22,0	-4,8
veranlagte Einkommensteuer	13 899	9711	4 907	3,3	6 032	4,1	-18,7
nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	8 305	7 2 7 0	5 139	3,5	6 005	4,0	-14,4
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge ²	5 922	5 3 3 7	3 836	2,6	3 870	2,6	-0,9
Körperschaftssteuer	7 943	5 455	1 961	1,3	4671	3,1	-58,0
Steuern vom Umsatz	95 806	95 165	54 265	36,6	54591	36,7	-0,6
Gewerbesteuerumlage	1 348	1 164	434	0,3	533	0,4	-18,6
Energiesteuer	39 248	37 835	18 028	12,1	17 417	11,7	3,5
Tabaksteuer	13 574	13 380	7 208	4,9	7 023	4,7	2,6
Solidaritätszuschlag	13 146	12 000	7 035	4,7	7 554	5,1	-6,9
Versicherungsteuer	10 478	10 450	7 070	4,8	7 043	4,7	0,4
Stromsteuer	6 2 6 1	6 200	3 648	2,5	3 602	2,4	1,3
Kraftfahrzeugsteuer	-	3 719	612	0,4	-	-	-
Branntweinabgaben	2 129	2 133	1 230	0,8	1 2 7 0	0,9	-3,1
Kaffeesteuer	1 008	1 000	563	0,4	559	0,4	0,7
Ergänzungszuweisungen an Länder	-14850	-13 784	-6 891	-4,6	-7 259	-4,9	-5,1
BNE-Eigenmittel der EU	-15 340	-16 470	-6 593	-4,4	-8 771	-5,9	-24,8
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	-3 738	-2 260	-1 249	-0,8	-2 430	-1,6	-48,6
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	-6 675	-6 775	-3 952	-2,7	-3 894	-2,6	1,5
Zuweisung an die Länderfür Kfz-Steuer und Lkw- Maut	-	-4571	-	-	-	-	-
II. Sonstige Einnahmen	31 246	29 760	19 792	13,3	17 830	12,0	11,0
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	4 5 6 8	4339	4 004	2,7	4197	2,8	-4,6
Zinseinnahmen	737	911	353	0,2	371	0,2	-4,9
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen, Privatisierungserlöse	8 630	4 004	3 252	2,2	3 158	2,1	3,0
Einnahmen zusammen	270 476	253 828	148 441	100,0	148 575	100,0	-0,1

¹Stand: 2. Nachtragshaushalt 2009.

 $^{^2\,\}text{Bis}\,2008\,\text{Zinsabschlag}$.

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE



Stand Soll: 2. Nachtragshaushalt 2009.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

STEUEREINNAHMEN VON BUND UND LÄNDERN IM JULI 2009

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Juli 2009

Insgesamt sind die Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im Juli 2009 im Vorjahresvergleich um - 6,6 % gesunken. Der Aufkommensrückgang war damit etwas weniger stark ausgeprägt als im Vormonat. Bei den gewinnabhängigen Steuern waren aber erneut beträchtliche Einbußen hinzunehmen.

Das Ergebnis bei den gemeinschaftlichen Steuern unterschritt das Niveau des Vorjahresmonats um - 8,4%. Die Veränderungsraten bei den Bundessteuern (+ 11,3%) und bei den Ländersteuern (- 39,8%) spiegeln sehr deutlich den Wechsel der Ertragskompetenz bei der Kraftfahrzeugsteuer wider.

Die Steuereinnahmen des Bundes (nach Bundesergänzungszuweisungen) blieben im Berichtsmonat hinter dem Niveau vom Vorjahr um - 5,2 % zurück. Bei dieser Rechnung wurde ein Drittel der jeweils zur Mitte des Quartals gegenüber den Ländern zu leistenden Kompensation für die Übertragung der Ertragshoheit bei der Kraftfahrzeugsteuer dem Monat Juli zugeordnet. Im Vormonat hatten Rückzahlungen von EU-Eigenmitteln durch die Europäische Kommission insgesamt noch für eine Ausweitung der kassenmäßigen Einnahmen des Bundes gesorgt.

Die kumulierte Veränderungsrate beläuft sich bei den Steuereinnahmen insgesamt für die Monate Januar bis Juli 2009 auf - 5,2 % und für den Bund auf 2,0 %.

Der seit längerem beobachtete Rückgang bei der Lohnsteuer hat sich im Juli 2009 mit einem Minus von - 3,8 % (- 500 Mio. €) gegenüber dem Vorjahreszeitraum fortgesetzt. Der Anstieg der Kindergeldauszahlungen um + 6,9 % (+ 200 Mio. €) aufgrund der seit Beginn des Jahres angehobenen Kindergeldsätze erklärt einen erheblichen Teil des Rückgangs des Kassenaufkommens. Brutto gerechnet – also

vor Abzug des Kindergeldes – hat sich der Rückgang des Lohnsteueraufkommens im Vorjahresvergleich nicht weiter verschärft. Das dürfte daran liegen, dass sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt bis zuletzt als vergleichsweise stabil erwiesen hat. Wenn es in den nächsten Monaten zu einem deutlichen – wenn auch zeitlich verzögerten – Durchschlagen der Wirtschaftskrise auf die Beschäftigung kommt, ist mit verstärkten Einbußen auch beim Lohnsteueraufkommen zu rechnen.

Bei der veranlagten Einkommensteuer ist es im Juli per Saldo zu einer kräftigen Verschlechterung des kassenmäßigen Ergebnisses gekommen. Gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres ergab sich ein Minus von - 675 Mio. €. Allerdings trugen zu dieser Entwicklung die um + 400 Mio. € angestiegenen Arbeitnehmererstattungen wesentlich bei. Ob und inwieweit der konjunkturelle Einbruch sich in Zukunft über einen Gewinnrückgang bei den Personenunternehmen und Selbständigen noch stärker im Aufkommen der veranlagten Einkommensteuer bemerkbar machen wird, bleibt vorerst offen.

Das Aufkommen der Körperschaftsteuer lag im Juli 2009 um - 600 Mio. € unter dem Vorjahresniveau. Dieser Rückgang ist überwiegend auf Zahlungen für das Erhebungsjahr 2008 zurückzuführen. Während die nachträglichen Vorauszahlungen für das Jahr 2008 und die Nachzahlungen für dasselbe Jahr zurückgingen, stiegen die diesbezüglichen Erstattungen. In dieser Entwicklung dürfte sich ein krisenbedingter Rückgang der Unternehmensgewinne im letzten Quartal 2008 widerspiegeln, der seinen Niederschlag noch nicht vollständig im Aufkommen des gleichen Jahres gefunden hat. Bei fortschreitender Veranlagung des Jahres 2008 ist deshalb neben den sinkenden

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Juli 2009

Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im laufenden Jahr¹

2009	Juli	Veränderung	Januar bis Juli	Veränderung	Schätzungen	Veränderung
	in Mio. €	ggü. Vorjahr in%	in Mio. €	ggü. Vorjahr in %	für 2009	ggü. Vorjahr in %
Gemeinschaftliche Steuern	III IVIIO. €	III /o	III IVIIO. €	III /o	in Mio. € ⁵	III /o
Lohnsteuer ²	12 073	-3,8	76 529	-4,4	136 000	-4,2
		-5,8 X			22 850	
veranlagte Einkommensteuer	- 566 971		11 545	-18,6		-30,1
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	971	-26,2	10 278	-14,2	14 540	-12,3
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge (einschl. ehem. Zinsabschlag)	882	-15,0	8 772	-1,6	12 129	-9,9
Körperschaftsteuer	- 819	X	3 921	-57,9	10910	-31,2
Steuern vom Umsatz	14 242	-0,1	100 754	0,3	176 550	0,3
Gewerbesteuerumlage	467	-20,7	1 253	-19,7	2 866	-14,7
erhöhte Gewerbesteuerumlage	485	-24,1	1162	-27,3	2 605	-23,9
gemeinschaftliche Steuern insgesamt	27 735	-8,4	214 214	-6,1	378 450	-6,2
Bundessteuern						
Energiesteuer	3 192	0,4	18 028	3,5	38 100	-2,9
Tabaksteuer	1 283	6,1	7 208	2,6	13 380	-1,4
Branntweinsteuer inkl. Alkopopsteuer	157	-3,4	1 229	-3,1	2 130	0,2
Versicherungsteuer	569	2,7	7 070	0,4	10 450	-0,3
Stromsteuer	518	12,5	3 648	1,3	6 200	-1,0
Kraftfahrzeugsteuer (ab 1. Juli 2009) ³	661	X	661	X	3 719	Х
Solidaritätszuschlag	787	-8,5	7 0 3 5	-6,9	12 000	-8,7
übrige Bundessteuern	108	-5,4	843	-0,2	1 442	-1,9
Bundessteuern insgesamt	7 276	11,3	45 722	2,2	87 421	1,3
Ländersteuern						
Erbschaftsteuer	482	20,8	2 959	6,2	4 475	-6,2
Grunderwerbsteuer	444	-11,6	2 740	-24,7	4 485	-21,7
Kraftfahrzeugsteuer (bis 30. Juni 2009) ³	24	X	4422	-22,0	4581	-48,2
Rennwett- und Lotteriesteuer	115	-20,2	913	-3,5	1515	-1,4
Biersteuer	67	-5,3	420	-2,1	725	-2,0
Sonstige Ländersteuern	19		233	2,3	329	2,6
Ländersteuern insgesamt	1 150	-39,8	11 687	-14,7	16 110	-26,6
EU-Eigenmittel						
Zölle	297	-6,2	2 109	-5,1	3 590	-10,3
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	68	-64,3	1 249	-48,6	2 260	-39,5
BSP-Eigenmittel	525	1,5	6 593	-24,8	16 470	7,4
EU-Eigenmittel insgesamt	889	-13,1	9 951	-25,9	22 320	-3,3
Bund ⁴	17 446	-5,2	128 341	-2,0	225 463	-5,7
Länder ⁴	16 006	-7,5	119 165	-6,3	208 981	-5,8
EU	889	-13,1	9 951	-25,9	22 320	-3,3
Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer	2 116	-8,4	16 275	-5,4	28 807	-8,0
Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	36 458	-6,6	273 731	-5,2	485 571	-5,8

¹ Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

 $^{^2\,\}text{Nach\,Abzug\,der\,Kindergelderstattung\,durch\,das\,Bundeszentralamt\,f\"{u}r\,Steuern.}$

 $^{^3\,\}mathrm{Ab}\,\mathrm{dem}\,\mathrm{1}.\,\mathrm{Juli}\,\mathrm{2009}\,\mathrm{steht}\,\mathrm{das}\,\mathrm{Aufkommen}\,\mathrm{aus}\,\mathrm{der}\,\mathrm{Kfz}\text{-}\mathrm{Steuer}\,\mathrm{dem}\,\mathrm{Bund}\,\mathrm{zu}.$

 $^{^4\,}Nach\,Erg\"{a}nzungszuweisungen; Abweichung\,zu\,Tabelle\,"Einnahmen\,des\,Bundes"\,ist\,methodisch\,bedingt\,(vgl.\,Fn.\,1).$

⁵ Ergebnis AK "Steuerschätzungen" vom Mai 2009.

STEUEREINNAHMEN VON BUND UND LÄNDERN IM JULI 2009

Vorauszahlungen für das laufende Jahr mit einnahmedämpfenden Effekten aus diesen Veranlagungen auch noch im Jahr 2009 zu rechnen.

Das Aufkommen der nicht veranlagten Steuern vom Ertrag unterliegt aufgrund wechselnder Ausschüttungstermine der großen Körperschaften starken Schwankungen im Jahresverlauf. So hat sich die im Vormonat beobachtete Minderung des Kassenaufkommens (- 51,7%) erheblich auf -26,2% abgeschwächt. Unter Berücksichtigung der gegenläufig wirkenden Erhöhung des Steuersatzes von 20% auf 25% ist dies immer noch ein drastischer Einbruch, der auf eine erhebliche Verringerung der Ausschüttungen hindeutet.

Das Minus bei der Abgeltungsteuer auf Zinsund Veräußerungserträge spiegelt mit - 15,0 % gegenüber Juli 2008 den hier in eine andere Richtung wirkenden Steuersatzeffekt, d. h. die Reduzierung von 30 % auf 25 %, dagegen weitgehend wider. Allerdings entwickelten sich die Einnahmen auch aus dieser Steuer bisher äußerst uneinheitlich.

Das Aufkommen aus den Steuern vom Umsatz blieb im Berichtsmonat Juli 2009 im Vergleich zum Vorjahresmonat in etwa unverändert. Gemessen an den übrigen Steuern ist das weiterhin ein relativ günstiges Bild. Der Rückgang bei der Einfuhrumsatzsteuer, die auf Importe aus Nicht-EU-Ländern erhoben wird, belief sich auf - 24,4% und liegt damit im Durchschnitt der Vormonate (Januar bis Juni 2009: - 22,4%). Auch im Juli hatten die niedrigeren Einnahmen aus der Einfuhrumsatzsteuer entsprechend geringere Vorsteuerabzüge der Unternehmen zur Folge. Das schlug sich erneut in einem positiven Ergebnis (+8,5%) bei der Binnenumsatzsteuer nieder.

Die Einnahmen aus den reinen Bundessteuern übertrafen das Niveau des entsprechenden Vorjahresmonats um + 11,3 %. Allerdings wird der Vergleich durch den Wechsel der Ertragskompetenz bei der Kraftfahrzeugsteuer verzerrt. Seit dem 1. Juli 2009 steht das Aufkommen aus dieser Steuer – gegen eine finanzielle Kompensation für die Länder – dem Bund zu. Ohne die Zuflüsse aus der Kraftfahrzeugsteuer wäre das Kassenaufkommen der reinen Bundessteuern lediglich um + 1,1% gestiegen. Die Energiesteuer wies ebenfalls nur einen schwachen Zuwachs (+0,4%) auf. Die Stromsteuer (+12,5%) legte ebenso wie die Tabaksteuer (+ 6,1%) und die Versicherungsteuer (+ 2,7%) im Vorjahresvergleich zu. Bei der Branntweinsteuer (-3,4%) und vor allem beim Solidaritätszuschlag (-8,5%) ergaben sich dagegen Rückgänge.

Bei den reinen Ländersteuern wirkt sich der Wegfall der Ertragshoheit bei der Kraftfahrzeugsteuer wegen des insgesamt niedrigeren Aufkommensvolumens prozentual noch stärker aus als bei den Bundessteuern. Für den Berichtsmonat wird im Vorjahresvergleich ein Rückgang von - 39,8% (ohne Kraftfahrzeugsteuer -0,6%) ausgewiesen. Mit Ausnahme der Erbschaftsteuer, deren Aufkommen im Juli (+20,8%) durch singuläre Zuflüsse aus einer Großschenkung nach oben getrieben wurde, waren die Einnahmen ansonsten überall rückläufig (Grunderwerbsteuer -11,6%, Rennwett- und Lotteriesteuer - 20,2%, Biersteuer - 5,3%).

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Europäische Finanzmärkte

Die Rendite europäischer Staatsanleihen betrug im Juli 3,95 % (Juni 4,16 %; Mai 3,98 %; April 3,89 %). Die Rendite der zehnjährigen Bundesanleihe notierte Ende Juli bei 3,38 % (Juni 3,39 %). Die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am Euribor – verringerten sich von 1,10 % Ende Juni auf 0,89 % Ende Juli.

Die Europäische Zentralbank hat in der EZB-Ratssitzung am 6. August 2009 den Zinssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 1,00 %, 1,75 % beziehungsweise 0,25 % belassen.

Der deutsche Aktienindex stieg zum 31. Juli auf 5 332 Punkte (Juni 4 809 Punkte).

Der Euro Stoxx 50 stieg weniger signifikant von 2 402 Punkten im Juni auf 2 638 Punkte im Juli.

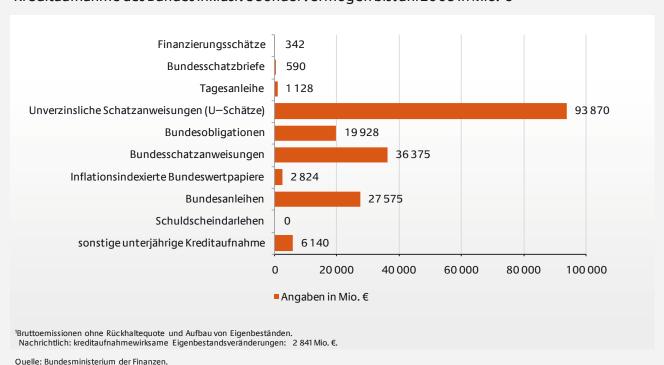
Monetäre Entwicklung

Die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 sank im Juni auf 3,5 % nach 3,7 % im Mai und 4,9 % im April. Der Dreimonatsdurchschnitt der Jahreswachstumsraten von M3 für den Zeitraum April bis Juni verringerte sich auf 4,1% (März bis Mai: 4,5 %).

Die Wachstumsrate der Kreditgewährung an den privaten Sektor im Euroraum betrug im Juni 3,0 % (Mai 3,1 %, April 3,7 %, März 4,7 %, Februar 5,7 % und Januar 6,4 %).

In Deutschland sind die Kredite an Unternehmen und Privatpersonen im Juni um 4,71% gewachsen (Mai 4,03%, April 3,92%, Februar 6,01%, Januar 5,76%).

Kreditaufnahme des Bundes inklusive Sondervermögen bis Juni 2009 in Mio. €1



17

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes inklusive Sondervermögen

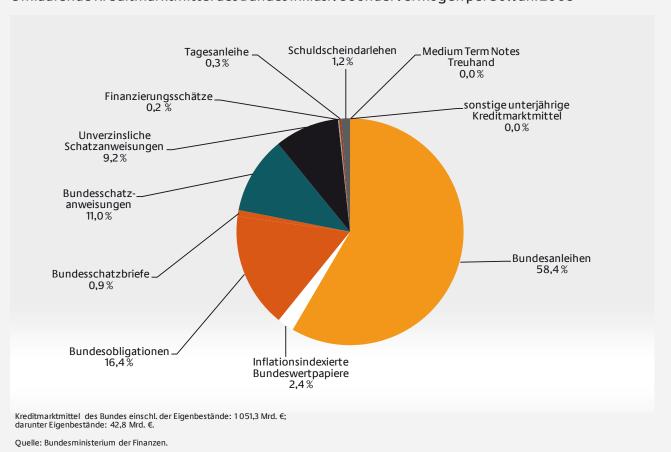
Der Bruttokreditbedarf von Bund und Sondervermögen (Finanzmarktstabilisierungsfonds und Investitions- und Tilgungsfonds) betrug bis einschließlich Juni 2009 188,77 Mrd. €. Davon wurden 186 Mrd. € im Rahmen des Emissionskalenders umgesetzt. Darüber hinaus wurde am 10. Juni 2009 im Tenderverfahren eine 1,75 % ige Neuemission einer Inflationsindexierten Bundesanleihe (ISIN DE 0001030526 WKN 103052) mit einem Volumen von 3,0 Mrd. € begeben. Die übrige Kreditaufnahme erfolgte durch Verkäufe im Privatkundengeschäft des Bundes und im Rahmen von Marktpflegeoperationen (Eigenbestandsaufbau: 2,84 Mrd. €).

Die im Juni 2009 zur Finanzierung von Bund und Sondervermögen begebenen Kapital- und Geldmarktemissionen ergeben sich aus der Übersicht über die "Emissionsvorhaben des Bundes im 2. Quartal 2009".

Für Bund und Sondervermögen belaufen sich bis einschließlich Juni 2009 die Tilgungen auf rund 117,11 Mrd. € und die Zinszahlungen auf rund 20,70 Mrd. €.

Der Bruttokreditbedarf wurde zur Finanzierung des Bundeshaushaltes in Höhe von 136,78 Mrd. €, der Finanzmarktstabilisierungsfonds in Höhe von 50,80 Mrd. € und der Investitions- und Tilgungsfonds in Höhe von 1,20 Mrd. € eingesetzt.

Umlaufende Kreditmarktmittel des Bundes inklusive Sondervermögen per 30. Juni 2009



FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Tilgungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2009 (in Mrd. €)

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
					in M	rd.€							
Anleihen	14,3	-	-	-	-	-							14,3
Bundesobligationen	-	-	-	18,0	-	-							18,0
Bundesschatzanweisungen	-	-	15,0	-	-	14,0							29,0
U-Schätze des Bundes	6,8	6,8	6,9	5,9	5,9	5,9							38,4
Bundesschatzbriefe	0,3	0,0	0,2	0,0	0,0	0,1							0,7
Finanzierungsschätze	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1							0,9
Tagesanleihe	0,2	0,2	0,2	0,1	0,2	0,2							1,1
Fundierungsschuldverschreibungen	-	-	-	-	-	-							-
MTN der Treuhandanstalt	-	-	-	-	-	-							-
Entschädigungsfonds	-	-	-	-	-	-							-
Schuldscheindarlehen	0,0	0,2	0,0	0,2	-	-							0,4
Kredite zur Rekapitalisierung	10,2	2,0	2,0	-	-	0,1							14,3
Sonstige Schulden gesamt	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0							0,0
Gesamtes Tilgungsvolumen	32,1	9,4	24,5	24,4	6,2	20,5							117,1

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2009 (in Mrd. €)

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
					in M	rd. €							
Gesamte Zinszahlungen und Sondervermögen Entschädigungsfonds	13,6	0,2	1,2	3,6	0,1	1,9		•					20,7

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Emissionsvorhaben des Bundes im 2. Quartal 2009 Kapitalmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137255 WKN 113725	Aufstockung	16. April 2009	2 Jahre fällig 11. März 2011 Zinslaufbeginn 11. März 2009 erster Zinstermin 11. März 2010	7 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141547 WKN 114154	Aufstockung	6. Mai 2009	5 Jahre fällig 11. April 2014 Zinslaufbeginn 27. März 2009 erster Zinstermin 11. April 2010	6 Mrd.€
Bundesanleihe ISIN DE0001135382 WKN 113538	Neumission	20. Mai 2009	10 Jahre fällig 4. Juli 2019 Zinslaufbeginn 22. Mai 2009 erster Zinstermin 4. Juli 2010	7 Mrd.€
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137263 WKN 113726	Neuemission	27. Mai 2009	2 Jahre fällig 10. Juni 2011 Zinslaufbeginn 29. Mai 2009 erster Zinstermin 10. Juni 2010	8 Mrd.€
Bundesanleihe ISIN DE0001135366 WKN 113536	Aufstockung	3. Juni 2009	30 Jahre fällig 4. Juli 2040 Zinslaufbeginn 4. Juli 2008 erster Zinstermin 4. Juli 2009	4 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141547 WKN 114154	Aufstockung	10. Juni 2009	5 Jahre fällig 11. April 2014 Zinslaufbeginn 27. März 2009 erster Zinstermin 11. April 2010	6 Mrd. €
Inflationsindexierte Bundesanleihe ISIN DE1030526 WKN 103052	Neuemission	10. Juni 2009	10 Jahre fällig 15. April 2020 Zinslaufbeginn 15. April 2009 erster Zinstermin 15. April 2010	3 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137263 WKN 113726	Aufstockung	17. Juni 2009	2 Jahre fällig 10. Juni 2011 Zinslaufbeginn 29. Mai 2009 erster Zinstermin 10. Juni 2010	7 Mrd. €
			2. Quartal 2009 insgesamt	ca. 48 Mrd. €

 $^{^1} Volumen\,einschließlich\,Marktpflege quote.$

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Emissionsvorhaben des Bundes im 2. Quartal 2009 Geldmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115335 WKN 111 533	Neuemission	6. April 2009	3 Monate fällig 29. Juli 2009	5 Mrd.€
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115343 WKN 111 534	Neuemission	20. April 2009	6 Monate fällig 14. Oktober 2009	7 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115350 WKN 111 535	Neuemission	27. April 2009	12 Monate fällig 28. April 2010	5 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115368 WKN 111 536	Neuemission	11. Mai 2009	6 Monate fällig 18. November 2009	7Mrd.€
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115376 WKN 111 537	Neuemission	18. Mai 2009	3 Monate fällig 26. August 2009	5 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115384 WKN 111 538	Neuemission	25. Mai 2009	12 Monate fällig 19. Mai 2010	5 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115392 WKN 111 539	Neuemission	15. Juni 2009	6 Monate fällig 9. Dezember 2009	7 Mrd.€
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115400 WKN 111 540	Neuemission	22. Juni 2009	3 Monate fällig 30. September 2009	5 Mrd.€
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115418 WKN 111 541	Neuemission	29. Juni 2009	12 Monate fällig 30. Juni 2010	5 Mrd. €
			2. Quartal 2009 insgesamt	ca. 51 Mrd. €

 $^{^1} Volumen\,einschließlich\,Marktpflege quote.$

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

- BIP im 2. Quartal nach vier Rückgängen in Folge erstmals wieder leicht gestiegen.
- Industrieindikatoren bestätigen positives Gesamtbild des Vormonats. Ausweitung des industriellen Auftragsvolumens setzt sich mit unverminderter Dynamik fort.
- Arbeitsmarkt zeigt sich weiterhin robust. Neuanzeigen von Kurzarbeit nehmen ab.
- Rückgang der Verbraucherpreise spiegelt Energiepreisanstieg des Vorjahres wider.

Die gesamtwirtschaftliche Stabilisierungstendenz in Deutschland zeigt sich inzwischen auch an der Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts. Nach der Schnellmeldung des Statistischen Bundesamtes wuchs das Bruttoinlandsprodukt im 2. Quartal 2009 in preis-, saison- und kalenderbereinigter Betrachtung um 0,3 % gegenüber dem Vorguartal. In Vorguartalsbetrachtung war dies der erste Anstieg nach vier Rückgängen in Folge. Im Vorjahresvergleich lag die gesamtwirtschaftliche Aktivität nach Ursprungswerten jedoch real noch 7,1% unter dem Niveau des 2. Quartals 2008. Bei Berücksichtigung der unterschiedlichen Anzahl an Arbeitstagen betrug der Rückgang im Vorjahresvergleich 5,9%.

Vor allem die zuletzt positive Entwicklung im Produzierenden Gewerbe dürfte entscheidend zur Stabilisierung der Wirtschaftsleistung im 2. Quartal beigetragen haben. Nachfrageseitig haben erneut der private wie auch der staatliche Konsum die BIP-Entwicklung begünstigt. Positive Impulse kamen zudem von den Bauinvestitionen. Aber auch die Nettoexporte lieferten erstmals nach drei Quartalen wieder einen positiven Wachstumsbeitrag.

Trotz eines deutlich verbesserten Indikatorenbildes am aktuellen Rand ist derzeit noch unsicher, ob sich die konjunkturelle Stabilisierung als nachhaltig erweisen wird. Das niedrige Niveau der meisten Konjunkturindikatoren deutet weiter darauf hin, dass die gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten auch bei fortgesetzter konjunktureller Erholung bis auf Weiteres unterausgelastet bleiben. Dies könnte im weiteren Jahresverlauf negativ auf die Entwicklung am Arbeitsmarkt ausstrahlen. Auch zu Beginn der 2. Jahreshälfte war das Ausmaß des vergangenen konjunkturellen Einbruchs jedoch nicht an der Arbeitsmarktentwicklung abzulesen: Der Anstieg der registrierten Arbeitslosigkeit und der Rückgang der Beschäftigung fielen zuletzt erneut moderat aus.

Gleichwohl ist das Lohnsteueraufkommen im Juli gegenüber dem Vorjahr erneut deutlich zurückgegangen (-3,8%). Hierbei spiegelt sich im Kassenaufkommen nach wie vor ein Anstieg der Kindergeldauszahlungen wider, der aus den seit Jahresbeginn angehobenen Kindergeldsätzen resultiert. Vor Abzug des Kindergeldes hat sich der Rückgang des Lohnsteueraufkommens gegenüber dem Vorjahr im Juli nicht weiter verschärft. Die Einnahmen aus den Steuern vom Umsatz blieben zugleich im Juli gegenüber dem Vorjahresmonat in etwa unverändert. Damit wurde das im Vergleich zu den übrigen Steuern relativ günstige Bild bestätigt, was unter anderem auf die anhaltend positive Entwicklung des privaten Konsums zurückzuführen sein dürfte.

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Der Außenhandel hat sich im Juni deutlich belebt. Nach leichtem Zuwachs im Vormonat stiegen die nominalen Warenexporte im Juni in saisonbereinigter Betrachtung gegenüber Mai kräftig an und sind im Zweimonatsvergleich (Mai/Juni gegenüber März/April) nun aufwärtsgerichtet. Insgesamt fiel die Ausfuhrtätigkeit im 2. Quartal dem Wert nach um (saisonbereinigt) 2,8 % niedriger aus als im 1. Quartal. Im Vorjahresvergleich ergab sich für denselben Zeitraum (nach Ursprungswerten) ein Minus von 25,3 %. Im Zeitraum Januar bis Juni 2009 blieben die nominalen Warenausfuhren deutlich hinter dem Ergebnis des 1. Halbjahres 2008 zurück (-23,2%). Gegenüber allen Wirtschaftsräumen verzeichnete die deutsche Exportwirtschaft in der ersten Hälfte dieses Jahres in Relation zum vergleichbaren Vorjahreszeitraum kräftige Umsatzeinbußen. Besonders stark sanken die Warenlieferungen in den Nicht-Euroraum, und zwar um 27,6 % (Euroraum: - 22,1%, Drittländer: - 21,9%).

Auch die nominalen Warenimporte stiegen im Juni in saisonbereinigter Betrachtung gegenüber Mai deutlich an. Aufgrund des kräftigen Rückgangs in den beiden Vormonaten ergab sich im 2. Quartal insgesamt jedoch ein Minus von (saisonbereinigt) 6 1/2 % gegenüber dem ersten Vierteljahr. Im gleichen Zeitraum lagen die Einfuhren (nach Ursprungswerten) nominal um 20,9% niedriger als im Vorjahr. Die im Juni beobachtete Zunahme der Importtätigkeit dürfte – mit Blick auf den hohen Importanteil deutscher Exporte – zum Teil auf eine verstärkte Nachfrage nach Vorprodukten zurückzuführen sein. Eine stärkere Nachfrage nach Vorleistungsgütern durch inländische Unternehmen war zuletzt bereits an den industriellen Auftragseingängen abzulesen. Zudem könnte die verstärkte Einfuhrtätigkeit eine Korrektur des vorangegangenen Lagerabbaus in der Industrie widerspiegeln.

Die laut ifo-Umfrage in den vergangenen Monaten beobachtete Verbesserung der Exporterwartungen, wie auch die dynamische Entwicklung der industriellen Auftragseingänge aus dem Ausland, schlagen sich nun auch in einer verstärkten Exporttätigkeit nieder. Die zuletzt kräftige Zunahme der Auslandsbestellungen von Investitions- und Vorleistungsgütern dürfte diese zunächst weiter begünstigen.

Die aktuellen Industriedaten bestätigen das positive Gesamtbild des Vormonats. Nach sprunghaftem Anstieg im Mai konnte das Niveau der Industrieproduktion im Juni gehalten werden. Zugleich wurde das industrielle Umsatzergebnis – nach deutlicher Verbesserung im Mai – gegenüber dem Vormonat nochmals leicht gesteigert.

Aufgrund der günstigen Entwicklung im Mai und Juni ist die industrielle Produktion im (saisonbereinigten) Zweimonatsvergleich nun deutlich aufwärtsgerichtet. Im Quartalsvergleich wurde das industrielle Produktionsniveau des ersten Vierteljahres im 2. Quartal nahezu erreicht. Zuletzt hat die Industrieproduktion vor allem von einer Ausweitung der Produktion von Vorleistungsgütern profitiert, während die Produktion von Konsumgütern im Vorquartalsvergleich rückläufig war. Die Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen wurde auch im Juni nochmals leicht ausgeweitet, nachdem sie im Vormonat bereits sprunghaft angestiegen war. Im 2. Quartal wurde das Produktionsergebnis des Vorquartals in diesem Bereich um (saisonbereinigt) 13 % übertroffen. Insgesamt blieb die industrielle Erzeugung im 2. Quartal noch um 21% hinter dem Produktionsergebnis des entsprechenden Vorjahreszeitraums zurück.

Bei der Bauproduktion konnte im 2. Quartal saisonbereinigt ein Anstieg gegenüber dem ersten Vierteljahr verzeichnet werden. Zwar war die Produktion im Bauhauptgewerbe in der Verlaufsbetrachtung sowohl im Mai als auch im Juni rückläufig. Aufgrund der kräftigen Produktionsausweitung im April - nach witterungsbedingt schwacher Produktionstätigkeit zu Jahresbeginn - ergab sich im Quartalsvergleich jedoch noch ein

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Gesamtwirtschaft/ Einkommen	2008 Veränderung in % gegenüber							
	Mrd. €	ggü. Vorj.	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr		
	bzw. Index	in%	4.Q.08	1.Q.09	2.Q.09	4.Q.08	1.Q.09	2.Q.09
Bruttoinlandsprodukt								
Vorjahrespreisbasis (verkettet)	100,3	+1,3	-2,4	-3,5	+0,3	-1,7	-6,4	-7,1
jeweilige Preise	2 496	+2,8	-1,9	-3,4	+0,6	+0,2	-5,0	-5,9
Einkommen								
Volkseinkommen	1 885	+3,1	-2,2	-5,5		+0,1	-7,4	
Arbeitnehmerentgelte	1 225	+3,5	+0,3	-1,1		+3,2	+0,9	
Unternehmens- und								
Vermögenseinkommen	660	+2,6	-6,7	-14,4		-6,4	-20,9	
Verfügbare Einkommen								
der privaten Haushalte	1 554	+2,6	-0,5	-0,9		+1,2	+0,0	
Bruttolöhne und -gehälter	994	+3,8	+0,2	-1,4		+3,2	+0,4	
Sparen der privaten Haushalte	181	+8,2	+3,4	-1,5		+8,3	+2,7	
Außenhandel/ Umsätze/ Produktion/ Auftragseingänge	20	08	Veränderung in % gegenüber					
	Mrd. €	gg.Vorj. in	Vorperiode saisonbereinigt		nbereinigt	Vorjahr		
	bzw. Index	%	Mai 09	Jun 09	Dreimonats- durchschnitt	Mai 09	Jun 09	Dreimonats durchschnit
in jeweiligen Preisen								
Umsätze im Bauhauptgewerbe (Mrd.€)	86	+6,1	-2,1		+6,4	-4,1		-4,0
Außenhandel (Mrd. €)								
Waren-Exporte	993	+2,8	+0,2	+7,0	-2,8	-24,6	-22,3	-25,3
Waren-Importe	814	+5,7	-1,9	+6,8	-6,5	-22,4	-17,2	-20,9
in konstanten Preisen von 2005								
Produktion im Produzierenden Gewerbe	111,5	-0,0	+4,3	-0,1	-0,8	-17,6	-18,0	-19,3
(Index 2005 = 100) ¹ Industrie ²	113,4	+0,3	+5,2	+0,0	-0,5	-19,1	-19,6	-21,0
Bauhauptgewerbe	108,2	-0,6	-2,5	-1,4	+2,3	+2,0	+1,6	+3,2
Umsätze im Produzierenden Gewerbe ¹	100,2	0,0	2,3	1,-	12,3	12,0	11,0	13,2
Industrie (Index 2005 = 100) ²	112,7	-0,3	+4,4	+1,5	+1,2	-19,5	-18,2	-20,4
Inland	108,8	+0,1	+2,4	+1,4	+1,9	-15,7	-14,4	-15,9
Ausland	117,3	-0,7	+7,1	+1,8	+0,3	-23,8	-22,2	-25,4
Auftragseingang (Index 2005 = 100) ¹	111,5	0,1	,.	11,0	10,5	23,0	,-	23,1
Industrie ²	111,3	-7,0	+4,4	+4,5	+6,1	-28,8	-23,7	-28,6
Inland	108,3	-5,7	+4,1	+0,2	+3,2	-24,1	-23,1	-25,4
Ausland	113,9	-8,2	+4,9	+8,3	+8,8	-32,5	-24,2	-31,2
Bauhauptgewerbe	102,7	-4,3	-0,2		+4,0	-4,3		-9,4
Umsätze im Handel (Index 2005=100)	,.	.,5	-,-		,0	.,0		5,1
Einzelhandel								
(ohne Kfz und mit Tankstellen)	96,7	-0,6	-1,0	-1,3	-0,1	-3,6	-2,0	-1,6
Handel mit Kfz	91,1	-5,1	-3,1	+0,6	-0,6	+0,8	+1,6	-0,2

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

Arbeitsmarkt	2008		Veränderung in Tsd. gegenüber					
	Personen	ggü. Vorj.	Vorperiode (saisonber.)			Vorjahr		
	Mio.	in%	Mai 09	Jun 09	Jul 09	Mai 09	Jun 09	Jul 09
Arbeitslose (nationale Abgrenzung								
nach BA)	3,27	-13,5	+4	+27	-6	+175	+250	+252
Erwerbstätige, Inland	40,35	+1,5	-37	-36		-23	-92	
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	27,46	+2,2	-45			+17		
Preisindizes	20	008	Veränderung in % gegenüber					
2005=100	ggü. Vorj.		Vorperiode			Vorjahr		
	Index	in%	Mai 09	Jun 09	Jul 09	Mai 09	Jun 09	Jul 09
Importpreise	109,9	+4,5	+0,0	+0,4		-10,4	-11,3	
Erzeugerpreise gewerbl. Produkte	112,7	+5,5	+0,0	-0,1		-3,6	-4,6	
Verbraucherpreise	106,6	+2,6	-0,1	+0,4	+0,0	+0,0	+0,1	-0,5
ifo-Geschäftsklima	caiconharainigta Caldon							
gewerbliche Wirtschaft			saisonbereinigte Salden					
	Dez 08	Jan 09	Feb 09	Mrz 09	Apr 09	Mai 09	Jun 09	Jul 09
Klima	-35,2	-34,4	-35,3	-36,2	-33,1	-32,0	-28,8	-26,0
Geschäftslage	-25,8	-29,8	-34,7	-37,8	-36,1	-38,0	-38,3	-34,5
Geschäftserwartungen	-44,1	-38,9	-36,0	-34,6	-30,0	-25,8	-18,7	-17,1

¹Veränderungen gegenüber Vorjahr aus saisonbereinigten Zahlen berechnet.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo-Institut.

deutliches Plus von 2,3 % (saisonbereinigt). Zugleich wurde das Produktionsergebnis des 2. Quartals 2008 um 3,2 % übertroffen.

Das Umsatzergebnis in der Industrie konnte im Juni gegenüber dem Vormonat nochmals leicht gesteigert werden. Dabei nahmen Inlands- und Auslandsumsätze in etwa gleichem Maße zu. Insgesamt lagen die industriellen Umsätze im 2. Quartal saisonbereinigt gut 1% über dem Ergebnis des Vorquartals, wozu unter anderem eine Stabilisierung der Auslandsumsätze im Investitionsgüterbereich beigetragen hat.

Das Auftragsvolumen in der Industrie nahm im Juni erneut spürbar zu. Der Aufwärtstrend des industriellen Bestellvolumens setzte sich damit im Juni gegenüber dem Vormonat mit unverminderter Dynamik fort. Diese überraschend positive Entwicklung

spiegelt unter anderem eine Erholung der Auslandsnachfrage nach Investitionsgütern wider. Sie übertraf das (niedrige) Niveau des ersten Vierteljahres um (saisonbereinigt) gut 9%. Aber auch die Ausweitung der Inlandsnachfrage nach Vorleistungsgütern deutet darauf hin, dass die derzeitige Auftragsentwicklung die Produktion weiterhin begünstigen dürfte. Die Nachfrage im Kfz-Bereich nahm im 2. Quartal stark zu. Das Auftragsvolumen des ersten Vierteljahres wurde in saisonbereinigter Betrachtung um 14 ½ % übertroffen. Dies war vor allem auf einen kräftigen Anstieg des Volumens an Auslandsaufträgen zurückzuführen. Die dynamische Entwicklung der industriellen Auftragseingänge im Mai und Juni hat im 2. Quartal zu einem deutlichen Plus von (saisonbereinigt) gut 6 % gegenüber dem Vorquartal geführt. Im Vorjahresvergleich zeigt sich aber weiterhin die Schärfe des

²Ohne Energie.

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Nachfragerückgangs in der Industrie: Das Bestellvolumen lag im 2. Quartal fast 29 % unter jenem des entsprechenden Vorjahreszeitraums und blieb sogar deutlich hinter dem Ergebnis des Schlussquartals 2008 zurück, das bereits (im saisonbereinigten Vorquartalsvergleich) von einem industriellen Nachfragerückgang von gut 17 % gekennzeichnet war.

Die jüngsten Umfrageergebnisse signalisieren, dass sich die Stabilisierungstendenz im Industriesektor zuletzt fortgesetzt haben dürfte: Der ifo-Geschäftsklimaindex für das Verarbeitende Gewerbe ist im Juli erneut angestiegen. Dabei verbesserte sich gegenüber dem Vormonat sowohl die Beurteilung der aktuellen Geschäftslage als auch die der Geschäftsperspektiven. Zudem verzeichnete der Einkaufsmanagerindex für das Verarbeitende Gewerbe im Juli seinen stärksten Anstieg seit 1996 und liegt nur noch geringfügig unterhalb der Expansionsschwelle von 50 Punkten. Ob mit der derzeit dynamischen Entwicklung der wirtschaftlichen Aktivität in der Industrie bereits eine grundlegende konjunkturelle Wende eingeleitet wurde, ist jedoch noch unsicher. Die industriellen Produktionskapazitäten bleiben vorerst wegen des weiterhin niedrigen Produktionsniveaus deutlich unterausgelastet. Dies stellt ein Risiko für die weitere Arbeitsmarktentwicklung dar, die entscheidend für die weitere Entwicklung des privaten Konsums sein dürfte.

Hinsichtlich des privaten Konsums zeichnen Einzelhandelszahlen und Stimmungsindikatoren derzeit ein uneinheitliches Bild. Im Juni sind die Umsätze im Einzelhandel (ohne Kfz) gegenüber dem Vormonat real um 1,3 % (saisonbereinigt) gesunken, was in der Verlaufsbetrachtung – nach Abwärtsrevision des Mai-Ergebnisses – den zweiten Rückgang in Folge bedeutet. Im 2. Quartal blieben die Verkaufserlöse im Einzelhandel damit in realer Rechnung gegenüber dem ersten Vierteljahr 2009 nahezu unverändert. Im Vorjahresvergleich (Ursprungswerte) wurde im Einzelhandel (ohne Kfz) im Juni erneut weniger umgesetzt.

Im 1. Halbjahr 2009 lagen die Umsätze damit real gut 2% unter dem Niveau des ersten Halbjahres 2008. Im Kfz-Einzelhandel (inklusive Instandhaltung und Reparatur) konnte im Juni gegenüber dem Vormonat in saisonbereinigter Betrachtung real ein leichtes Umsatzplus verbucht werden. Im 2. Quartal blieben die Verkaufserlöse im Kfz-Einzelhandel damit aber noch etwas gegenüber dem Umsatzergebnis des Vorquartals zurück. Im Vergleich zum Vorjahresmonat wurden die Umsätze im Juni (nach Ursprungswerten) allerdings übertroffen.

Eine wesentlich günstigere Einschätzung hinsichtlich der Entwicklung des privaten Konsums ergibt sich mit Blick auf die jüngsten Umfrageergebnisse. Die Anschaffungsneigung der privaten Haushalte (GfK) wie auch die Lagebeurteilung im Einzelhandel (ifo) verbesserten sich im 2. Quartal gegenüber dem Vorquartal. Hier dürfte weiterhin kurzfristige Kaufanreize im Zusammenhang mit der Umweltprämie das Stimmungsbild geprägt haben. Die Zahl der Neuzulassungen privater Pkw stieg im 2. Quartal gegenüber dem ersten Vierteljahr nochmals um (saisonbereinigt) 30,6 % an, nachdem bereits im 1. Quartal ein Plus von 80,2% verzeichnet worden war. Insgesamt hat der private Konsum laut Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 13. August 2009 im 2. Quartal positiv zur BIP-Entwicklung beigetragen.

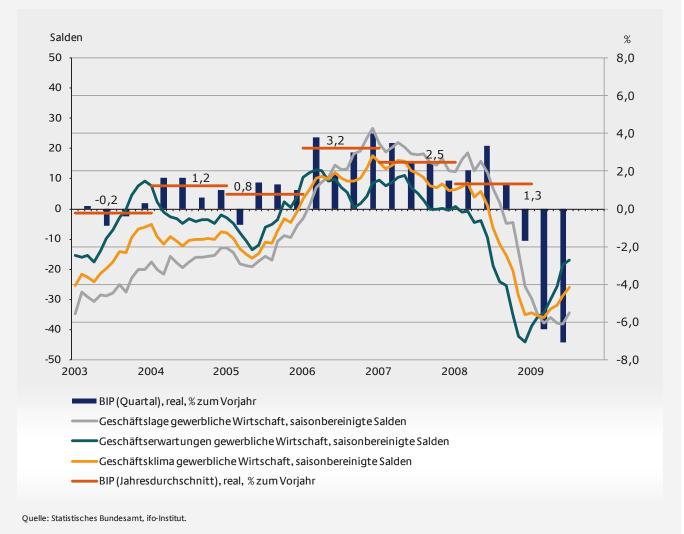
Die Situation auf dem Arbeitsmarkt ist angesichts der Schärfe des konjunkturellen Einbruchs immer noch relativ stabil. Die registrierte Arbeitslosigkeit hat sich bisher günstiger entwickelt als erwartet. Hierzu hat vor allem die Inanspruchnahme der Kurzarbeit beigetragen. Die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl ist im Juli um 6 000 Personen gesunken, womit die Arbeitslosenquote gegenüber dem Vormonat unverändert bei (saisonbereinigt) 8,3 % lag. Ohne Berücksichtigung von Sondereffekten im Zusammenhang mit der Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente wäre die Arbeitslosenzahl im Juli gegenüber

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

dem Vormonat um etwa 30 000 Personen angestiegen. Die registrierte Arbeitslosigkeit (nach Ursprungszahlen) nahm im Juli im Vergleich zum Vorjahr um 252 000 Personen auf 3,46 Mio. Personen zu. Damit blieb der Vorjahresabstand im Vergleich zum Juni fast unverändert (Juni: +250 000). Die entsprechende Arbeitslosenquote belief sich auf 8,2% und war damit um 0,5 Prozentpunkte höher als vor einem Jahr.

Die saisonbereinigte Zahl der Erwerbstätigen (Inlandskonzept) ist im Juni gegenüber dem Vormonat weiter gesunken, und zwar um 36 000 Personen. Der Vorjahresstand (Ursprungswerte) wurde mit 40,20 Mio. Personen um
92 000 Personen unterschritten. Die
Zahl sozialversicherungspflichtiger
Beschäftigungsverhältnisse verringerte
sich im Mai gegenüber dem Vormonat
in saisonbereinigter Betrachtung um
45 000 Personen. Im Vergleich zum Vorjahr
wurde die sozialversicherungspflichtige
Beschäftigung jedoch weiter ausgebaut
(+17 000), wenn auch der Vorjahresabstand
erheblich kleiner geworden ist. Vor allem der
anhaltende Zuwachs von Teilzeitbeschäftigung
hat zur Überschreitung des Vorjahreswertes
geführt, während die Vollzeitbeschäftigung
um rund 180 000 Arbeitsverhältnisse abnahm.

BIP-Wachstum und ifo-Geschäftsklima



KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Die überraschend robuste Entwicklung am Arbeitsmarkt könnte auch Ausdruck einer veränderten Personalpolitik der Unternehmen sein. Der Fachkräftemangel in der letzten Boomphase dürfte eine Vielzahl von Unternehmen dazu bewogen haben, über Kurzarbeit ihr qualifiziertes Personal so lange wie möglich zu halten. Die Anzeigen für konjunkturell bedingte Kurzarbeit haben sich im Juni mit 204 000 gegenüber April jedoch mehr als halbiert, was möglicherweise auf eine nachlassende Bedeutung der Kurzarbeit im weiteren Jahresverlauf hinweist.

Angesichts der andauernden Unterauslastung der Produktionskapazitäten ist in einigen Wirtschaftsbereichen insgesamt noch mit einer deutlichen Verschlechterung der Arbeitsmarktlage zu rechnen. Dies signalisiert unter anderem der Stellenindex BA-X, der näherungsweise die Arbeitskräftenachfrage der Unternehmen widerspiegelt und sich im Juli gegenüber dem Vormonat nochmals leicht verschlechterte. Auch die Beschäftigungskomponente des Einkaufsmanagerindex für das Verarbeitende Gewerbe deutet auf einen weiteren Stellenabbau in der Industrie hin. So ist es wahrscheinlich, dass krisenbedingte Reaktionen am Arbeitsmarkt zwar – insbesondere wegen des arbeitsmarktpolitischen Instrumenteneinsatzes – später eintreten als sonst üblich, jedoch nicht vollends ausbleiben werden. Dennoch könnte die Kurzarbeit weiterhin zur Entlastung des Arbeitsmarkts beitragen und im Falle einer fortgesetzten konjunkturellen Erholung ihre Brückenfunktion in einigen Bereichen der Wirtschaft erfüllen.

Erwartungsgemäß lag das Preisniveau auf der Verbraucherstufe im Juli unterhalb des Vorjahresniveaus. Der Verbraucherpreisindex (VPI) sank im Juli gegenüber dem Vorjahr um 0,5 % und blieb damit im Vergleich zum Vormonat unverändert. Die negative Jahresveränderungsrate des VPI ist vor allem auf einen Basiseffekt zurückzuführen. Nach kräftigem Anstieg der Preise für

Heizöl, Kraftstoffe und Nahrungsmittel im vergangenen Jahr kam es infolge des weltwirtschaftlichen Abschwungs zu einer deutlichen Verbilligung dieser Güter. So hatte der Ölpreis im Juli 2008 mit rund 145 US-Dollar pro Barrel seinen Höchststand erreicht und fiel bis Jahresende auf ein Niveau von rund 35 US-Dollar zurück. Entsprechend dürften die Basiseffekte auslaufen und negative Inflationsraten die Ausnahme sein. Eine deflationäre Tendenz – verstanden als breit angelegter gesamtwirtschaftlicher Preisrückgang – ist aus der derzeitigen Entwicklung des VPI daher nicht abzuleiten. Die Kerninflationsrate (berechnet auf Grundlage des VPI ohne Berücksichtigung von Energie und Nahrungsmitteln und nichtalkoholischen Getränken) bewegt sich bereits seit längerer Zeit um $+1\frac{1}{2}$ %.

Der Preisrückgang für Energieerzeugnisse ist auch auf den vorgelagerten Wirtschaftsstufen erkennbar. Der Importpreisindex ging im Juni im Vergleich zum Vorjahr um 11,3% zurück, was insbesondere auf deutlich rückläufige Importpreise für Rohöl (-42,7%) und Mineralölerzeugnisse (-44,1%) zurückzuführen war. Ohne Einrechnung von Erdöl und Mineralölerzeugnissen lagen die Importpreise im Juni noch 5,7% unter ihrem Vorjahresniveau. Zugleich verbilligten sich Importe von Nicht-Eisen-Metallerzen (- 27,5 %) und Eisenerzen (-8,6%) deutlich. Im Bereich der Nahrungsmittel waren vor allem die Preise für Getreide (-29,2%) sowie für Milch und Milcherzeugnisse (-14,0 %) gegenüber dem Vorjahr rückläufig.

Der Erzeugerpreisindex sank im Juni um 4,6 % gegenüber dem Vorjahr. Den stärksten Beitrag leistete hierbei wiederum die Preisentwicklung für Energiegüter (- 8,4 %). Ohne Berücksichtigung von Energie sanken die Erzeugerpreise gegenüber dem Vorjahr noch um 2,8 %. Die Preise für Vorleistungsgüter gingen um 6,7 % zurück, wobei sich vor allem Metalle verbilligten (- 20,2 %). Die Erzeugerpreise für Nahrungsmittel lagen erneut deutlich unter dem Niveau des Vorjahres (-4,0 %).

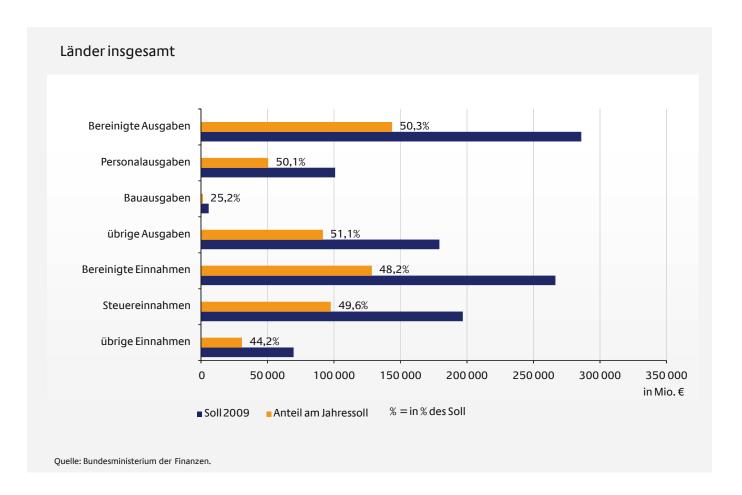
Entwicklung der Länderhaushalte bis Juni 2009

Entwicklung der Länderhaushalte bis Juni 2009

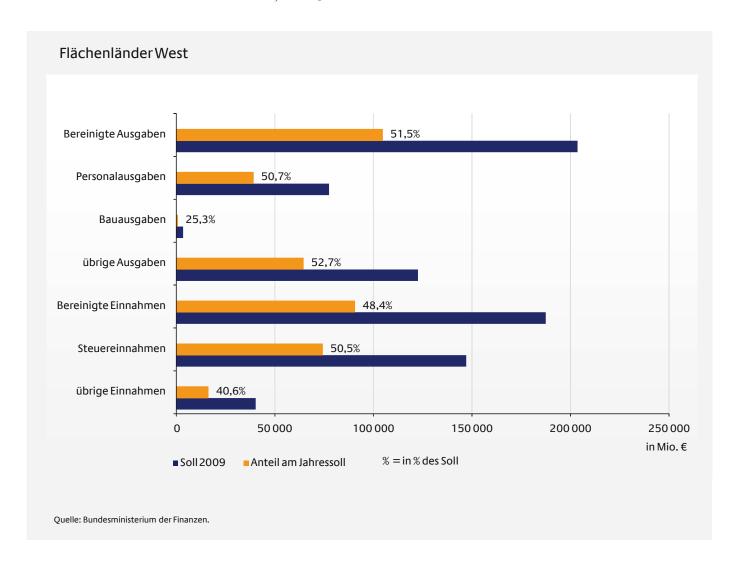
Das Bundesministerium der Finanzen legt Zusammenfassungen über die Haushaltsentwicklung der Länder bis einschließlich Juni 2009 vor.

Die Entwicklung der Länderhaushalte stellt sich im 1. Halbjahr 2009 deutlich ungünstiger dar als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Die Einnahmen der Ländergesamtheit verringerten sich gegenüber dem Vorjahr um - 6,4%, während die Ausgaben um +7,2% anstiegen. Die Steuereinnahmen der Ländergesamtheit sind im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum um - 6,0% rückläufig. Während bei den Stadtstaaten ein Rückgang von - 11,8% und

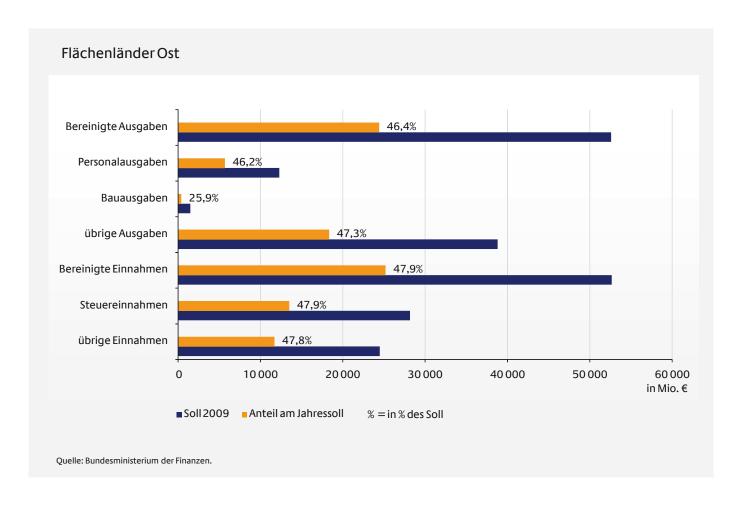
bei den westdeutschen Flächenländern von -5,5 % zu verzeichnen ist, verringerten sich die Steuereinnahmen bei den ostdeutschen Flächenländern um -4,3 %. Die Ausgaben der Ländergesamtheit stiegen gegenüber dem Vorjahr deutlich um +7,2 % an. Die Ausgaben in den Flächenländern Ost verringerten sich um -0,2 %, in den Stadtstaaten blieben die Ausgaben mit +0,1 % nahezu konstant, und in den Flächenländern West erhöhten sie sich um +10,2 %. Das Finanzierungsdefizit der Länder insgesamt betrug am Ende des Berichtszeitraums rund -15,2 Mrd. € und lag damit knapp 18,5 Mrd. € über dem Vorjahreswert.



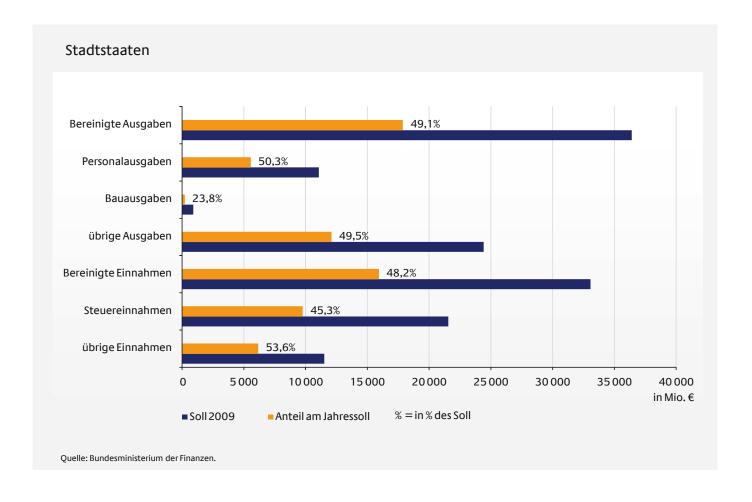
Entwicklung der Länderhaushalte bis Juni 2009



Entwicklung der Länderhaushalte bis Juni 2009



Entwicklung der Länderhaushalte bis Juni 2009



TERMINE, PUBLIKATIONEN

Termine, Publikationen

Finanz- und wirtschaftspolitische Termine

4./5. September 2009	G20-Finanzministertreffen in London
24./25. September 2009	3. Weltfinanzgipfel in Pittsburgh, Pennsylvania

Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Haushaltsentwurfs 2010

Steuerschätzung		
Regierungsinterne Haushaltsverhandlungen		
Zuleitung an Kabinett		
Kabinettsbeschluss		
Finanzplanungsrat		
Zuleitung an Bundestag und Bundesrat		

Veröffentlichungskalender der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten (nach IWF-Standard SDDS)

Monatsbericht Ausgabe	Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt		
August 2009	Juli 2009	20. August 2009		
September 2009	August 2009	21. September 2009		
Oktober 2009	September 2009	22. Oktober 2009		
November 2009	Oktober 2009	20. November 2009		
Dezember 2009	November 2009	21. Dezember 2009		

TERMINE, PUBLIKATIONEN

Publikationen des BMF

Publikationen des BMF können kostenfrei bestellt werden beim:

Bundesministerium der Finanzen

Referat Bürgerangelegenheiten

Wilhelmstraße 97

10117 Berlin

buergerreferat@bmf.bund.de

www.bundesfinanzministerium.de

Zentraler Bestellservice:

Telefon: 01805 / 77 80 90¹ Telefax: 01805 / 77 80 94¹

¹ Jeweils 0,14 € / Min. aus dem Festnetz der T-Com, abweichende Preise aus anderen Netzen möglich.

Internet:

http://www.bundesfinanzministerium.de

http://www.bmf.bund.de

Analysen und Berichte

Halbjahresbericht zum Bundeshaushalt 2009	36
Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. Halbjahr 2009	
Kurz- und mittelfristige Perspektiven der öffentlichen Haushalte in Deutschland	55
Zusammenarbeit der Zollverwaltungen bei der Bekämpfung der Produkt- und Markenpiraterie	67
Erfolgreiche deutsch-französische Initiative zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung	74
Die Wirtschafts- und Finanzkrise – Konjunktur- und strukturpolitische Antworten ausgewählter	
Volkswirtschaften	78

Halbiahresbericht zum Bundeshaushalt 2009

Halbjahresbericht zum Bundeshaushalt 2009

Entwicklung der Ausgaben und Einnahmen bis Juni 2009

1	Zusammenfassung der Entwicklung im 1. Halbjahr 2009	36
2	Wichtige Entscheidungen mit Wirkung auf den Haushalt 2009	
3	Erläuterung wesentlicher Ausgabepositionen	43
4	Entwicklung der Einnahmen	48

- Die weltweite Rezession hinterlässt deutliche Spuren im Bundeshaushalt 2009. Eine weitere Anpassung der Nettoneuverschuldung durch den 2. Nachtragshaushalt 2009 auf 49,1 Mrd. € war unumgänglich.
- Gründe sind im Wesentlichen die Verschlechterung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und weiter rückläufige Steuereinnahmen.
- Auf der Ausgabenseite schlugen insbesondere konjunkturbedingte Mehrausgaben in Bereich des Arbeitsmarktes zu Buche.

1 Zusammenfassung der Entwicklung im 1. Halbjahr 2009

Das Haushaltsgesetz 2009 wurde am 28. November 2008 vom Deutschen Bundestag beschlossen und am 29. Dezember 2008 im Bundesgesetzblatt (BGBl. I S. 2899) verkündet. Darüber hinaus hat der Deutsche Bundestag am 13. Februar 2009 das 1. Nachtragshaushaltsgesetz 2009 beschlossen, welches am 5. März 2009 im Bundesgesetzblatt (BGBl. I S. 406) verkündet wurde. Der 2. Nachtrag zum Bundeshaushalt 2009 wurde vom Bundestag am 2. Juni 2009 beschlossen und am 31. Juli 2009 im Bundesgesetzblatt (BGBl. I S. 2290) verkündet. Der Darstellung in diesem Bericht liegt der 2. Nachtragshaushalt zugrunde.

Ausgaben: Im 1. Halbjahr 2009 sind die Ausgaben des Bundes gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 1,8 Mrd. € auf 141,5 Mrd. € gestiegen. Dies entspricht einer Ausgabensteigerung von +1,3 %. Diese noch moderate Steigerung ergibt sich im Wesentlichen aus der ab 2009 geänderten Zahlungsmodalität bei der Beteiligung des Bundes an den Kosten der Arbeitsförderung, für die im 1. Halbjahr 2009 keine Ausgaben getätigt wurden. Ohne diesen Sondereffekt lag die Steigerung der Ausgaben bei +4,1%. Die investiven Ausgaben beliefen sich bis Ende Juli 2009 auf 10,5 Mrd. € und sind somit um 1,0 Mrd. € beziehungsweise 10,6 % gestiegen.

Einnahmen: Die Einnahmen des Bundes (ohne Nettokreditaufnahme) betrugen bis Ende Juni 2009 insgesamt 126,8 Mrd. €. Damit lag das Ergebnis mit 0,3 Mrd. € (+0,2%) leicht über dem Vergleichszeitraum des Vorjahres. Die Steuereinnahmen gingen im Vorjahresvergleich um -1,8 Mrd. € (-1,6 %) zurück. Darin spiegelten sich die Folgen der konjunkturellen Abschwächung sowie der Finanzmarktkrise, aber auch die gezielten steuerlichen Entlastungsmaßnahmen (u. a. dauerhafte Senkung der Einkommensteuerbelastung, Erhöhung des Kindergelds) wider. Die Körperschaftsteuer ist im Berichtszeitraum drastisch um 2,4 Mrd. € beziehungsweise um - 50,4% zurückgegangen. Hier wirken sich ein Einbruch bei den Vorauszahlungen und ein starker Anstieg bei den Erstattungen aus. Die

Halbiahresbericht zum Bundeshaushalt 2009

Verwaltungseinnahmen stiegen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 2,1 Mrd. € beziehungsweise um + 13,9 %. Insbesondere der im Vergleich zum Vorjahr um 2,0 Mrd. € auf 6,3 Mrd. € gestiegene Jahresüberschuss der Deutschen Bundesbank aus dem Geschäftsjahr 2008 (davon knapp 2,8 Mrd. € über den Erblastentilgungsfonds vereinnahmt) beeinflusste hierbei das Ergebnis positiv.

Finanzierungssaldo: Der Finanzierungssaldo lag im 1. Halbjahr 2009 bei - 14,7 Mrd. €. Dies sind 1,5 Mrd. € beziehungsweise + 11,6 % mehr als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Die Haushaltsentwicklung innerhalb eines Jahres verläuft nicht gleichmäßig, daher können aus den Zahlen zum 1. Halbjahr nur bedingt Rückschlüsse auf das Jahresergebnis gezogen werden. Letztendlich wird die Entwicklung des Bundeshaushaltes 2009 im weiteren Jahresverlauf entscheidend davon abhängen, wie sich die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise tatsächlich in Form von geringeren

Steuereinnahmen und konjunkturbedingten Mehrausgaben auf den Bundeshaushalt auswirken wird.

Ausblick: Der Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2010 mit dem Finanzplan bis zum Jahr 2013 wurde am 24. Juni 2009 vom Bundeskabinett beschlossen. Die Eckwerte des Bundeshaushalts 2010 und der mittelfristigen Finanzplanung bilden die Belastungen aufgrund der aktuellen Krise wie auch die zu erwartende schrittweise Entlastung in den folgenden Jahren ab. Insbesondere wegen der zu erwartenden zusätzlichen Belastungen im Bereich soziale Sicherung steigen die Ausgaben im Jahr 2010 gegenüber dem Soll im 2. Nachtrag 2009 um rund 8,0 %. Auch vor dem Hintergrund nochmals deutlich geringerer Steuereinnahmen (213,8 Mrd. € für 2010 gegenüber 224,1 Mrd. € für 2009) erreicht die vorgesehene Nettokreditaufnahme im Jahr 2010 mit 86,1 Mrd. € ein Rekordniveau.

Tabelle 1: Gesamtübersicht für das 1. Halbjahr 2009

	Soll 2009 ²	genüber Vorjahr			
Aufgabenbereich		in%			
Ermittlung des Finanzierungssaldos					
1. Ausgaben	303,3	141,5	139,6	1,8	+1,3
2. Einnahmen	253,8	126,8	126,5	0,3	+0,2
Steuereinnahmen	224,1	109,3	111,1	-1,8	-1,6
Sonstige Einnahmen	29,8	17,5	15,3	2,1	+13,9
Einnahmen ./. Ausgaben = Finanzierungssaldo	-49,5	-14,7	-13,1	-1,5	+11,6
Deckung des Finanzierungssaldos					
Nettokreditaufnahme / aktueller Kapitalmarktsaldo ³	49,1	26,5	-5,1	31,6	х
kassen mäßiger Fehlbetrag	-	-11,9	18,2	-30,1	x
Münzeinnahmen	0,4	0,1	0,05	0,1	x
nachrichtlich:					
Investitionen (inklusive Darlehen, u. a. Vorsorge Gesundheitsfonds)	32,8	10,5	9,4	1,0	+10,6

¹ Differenzen durch Rundung möglich.

² Stand: 2. Nachtragshaushalt 2009.

³ Soll: Nettokreditaufnahme, unterjährig: aktueller Kapitalmarktsaldo.

Halbiahresbericht zum Bundeshaushalt 2009

Erläuterungen zu wesentliche Veränderungen der Ausgabenentwicklung im Vergleich zum Vorjahreszeitraum¹

Pauschale Abgeltung an die
Krankenkassen: Der Aufwuchs der Mittel
ergibt sich insbesondere aus dem gesetzlich
vorgesehenen Anstieg der Zahlungen
des Bundes zur pauschalen Abgeltung
der Aufwendungen der gesetzlichen
Krankenkassen für versicherungsfremde
Aufgaben. Während im Jahr 2008 eine
Jahreszahlung von 2,5 Mrd. € vorgesehen
war, sah das Fünfte Buch Sozialgesetzbuch
bis Juni 2009 einen Betrag von 4,0 Mrd. €
vor. Darüber hinaus wurde mit dem
Konjunkturpaket II eine Senkung des

allgemeinen Beitragssatzes zur gesetzlichen Krankenversicherung zum 1. Juli 2009 um 0,6 Prozentpunkte auf 14,9% beschlossen. Zur Finanzierung dieser Maßnahme wurden mit dem 1. Nachtragshaushalt 2009 die Zuführungen aus dem Bundeshaushalt an den Gesundheitsfonds von 4 Mrd. € um 3,2 Mrd. € auf insgesamt 7,2 Mrd. € für das Jahr 2009 erhöht. Die erhöhte Ausgabenentwicklung spiegelt diesen Anstieg wider. Sie bildet darüber hinaus ab, dass die monatlichen Teilzahlungen des Bundes vorgezogen werden können, um ein Darlehen zu vermeiden, das der Bund dem zum 1. Januar 2009 neu errichteten Gesundheitsfonds gewährt, sofern die Einnahmen und die Liquiditätsreserve des Fonds nicht ausreichen, um die Zuweisungen an die Krankenkassen zu leisten.

Tabelle 2: Wesentliche Veränderungen der Ausgabenentwicklung im Vergleich zum Vorjahreszeitraum

	Soll 2009 ² Januar bis Juni 2009 Januar bis Juni 2008 Veränderung go		egenüber Vorjahr						
Aufgabenbereich		in Mrd. € 1							
Mehrausgaben ggü. Vorjahr									
Pauschale Abgeltung der Aufwendungen									
der Krankenkassen für	7,2	3,7	1,3	2,4	X				
versicherungsfremde Leistungen									
Bundeseisenbahnvermögen	5,5	2,4	1,3	1,1	+82,0				
Verteidigung, einschließlich zivile Verteidigung (Oberfunktion 03)	31	15,2	14,3	0,9	+5,9				
Leistungen an die Rentenversicherung	78,9	44,9	44,4	0,5	+1,1				
Minderausgaben ggü. Vorjahr									
Arbeitsmarktpolitik	45,9	17,7	21,2	-3,5	-16,7				
Zinsen	41,4	18,2	20	-1,8	-8,8				
Förderung des Steinkohlenbergbaus	1,6	1,4	1,9	-0,4	-23,9				

¹Differenzen durch Rundung möglich.

¹ Anmerkung: Unterjährige Einnahmebeziehungsweise Ausgabeänderungen haben oftmals lediglich buchungstechnische Gründe: Ursache hierfür sind gegebenenfalls ein späterer oder früherer Eingang von Buchungsbelegen oder eine Verschiebung von Fälligkeitszeitpunkten. Diese Effekte können sich im Jahresverlauf aufheben.

² Stand: 2. Nachtragshaushalt 2009.

Halbiahresbericht zum Bundeshaushalt 2009

Bundeseisenbahnvermögen: Die nicht durch eigene Einnahmen gedeckten Verwaltungsausgaben des Sondervermögens des Bundes werden aus dem Bundeshaushalt getragen. Die im Vergleich zum Vorjahreszeitraum höhere Erstattung des Bundes resultiert im Wesentlichen daraus, dass die Privatisierung eines Geschäftsanteils des Bundeseisenbahnvermögens an der Vivico Real Estate GmbH im Vorjahreszeitraum zu einer niedrigeren Erstattungsleistung des Bundes geführt hat.

Verteidigung, einschließlich zivile Verteidigung: Der Anstieg der Ausgaben spiegelt die Erhöhung der Ausgabenansätze für das Jahr 2009 im Vergleich zum Vorjahr wider. Die Mittel fließen im Jahresverlauf nicht gleichmäßig ab.

Leistungen an die Rentenversicherung:

Die im Vergleich zum Vorjahr erhöhten Bundesleistungen entsprechen den gesetzlichen Regelungen des § 213 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch, die die Zuschüsse des Bundes an die allgemeine Rentenversicherung regeln.

Bereich Arbeitsmarkt: Die Ausgaben im Bereich Arbeitsmarkt im 1. Halbjahr 2009 liegen um 3,4 Mrd. € niedriger als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Dieser Rückgang ist die Folge der geänderten Zahlungsmodalitäten für die "Beteiligung des Bundes an den Kosten der Arbeitsförderung", die einem Mehrwertsteuerpunkt beziehungsweise rund 8 Mrd. € entspricht. Bis 2008 wurde dieser Transfer an die Bundesagentur für Arbeit in gleichen monatlichen Raten gezahlt. Ab 2009 erfolgt im Regelfall eine einmalige Zahlung zum Jahresende, sodass sich im 1. Halbjahr eine Entlastung des Bundeshaushalts um 3,9 Mrd. € ergibt. Die Ausgaben des Bundes für "Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende" sind um 0,4 Mrd. € im Vergleich zum Vorjahreszeitraum gestiegen. Dieser verhältnismäßig geringe Anstieg zeigt, dass die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf die

Arbeitsmarktausgaben sich bisher auf den Haushalt der Bundesagentur für Arbeit konzentrieren. Dort ist insbesondere ein erheblicher Anstieg der Ausgaben für Kurzarbeit zu verzeichnen.

Zinsen: Die Zinsausgaben des laufenden Jahres werden im Wesentlichen durch die Kreditaufnahme (Volumen und Konditionen) der Vorjahre bestimmt. Gleichwohl führten die deutlichen Absenkungen der Renditen kurzfristiger Kreditaufnahmen zu Einsparungen gegenüber den Planansätzen. Im Gegensatz dazu erhöhten sich die Zinssätze längerfristiger Laufzeiten zur Jahresmitte leicht, was stärkere Schwankungen bei den für Disagien geleisteten Zahlungen zur Folge hatte.

Förderung des Steinkohlenbergbaus:

Der Mittelrückgang im Vergleich zum Vorjahreszeitraum ergibt sich aus der mit dem Steinkohlefinanzierungsgesetz beschlossenen Beendigung der subventionierten Förderung der Steinkohle bis zum Ende des Jahres 2018.

2 Wichtige Entscheidungen mit Wirkung auf den Haushalt 2009

Mit dem Unternehmensteuerreformgesetz 2008 vom 14. August 2007 (BGBl. I S. 1912) werden nationalen wie internationalen Investoren attraktive steuerliche Rahmenbedingungen geboten, das Steueraufkommen langfristig gesichert und der weitere Verlust an Steuersubstrat verhindert. Kernelemente der Reform sind u.a. die Senkung der Gesamtbelastung für Kapitalgesellschaften um fast neun Prozentpunkte auf unter 30 % sowie die Einführung einer Tarifbegünstigung für nicht entnommene Gewinne von Personenunternehmen. Des Weiteren wurde die Neukonzeption der Besteuerung von Kapitaleinkünften des Privatvermögens beschlossen. Dieser Reformschritt wurde zum 1. Januar 2009 umgesetzt und ist eng mit der Reform der

Halbiahresbericht zum Bundeshaushalt 2009

Unternehmensbesteuerung verbunden. Zukünftig werden alle im Privatvermögen zufließenden Kapitaleinkünfte einheitlich mit einer 25 %igen, durch die Kreditinstitute einzubehaltenden Abgeltungsteuer belegt. Durch eine Veranlagungsoption ergibt sich für Steuerpflichtige mit Zinseinkünften bei einem unter 25 % liegenden individuellen Grenzsteuersatz keine Mehrbelastung.

Das Jahressteuergesetz 2009 vom
19. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2794) umfasst
eine Vielzahl von Verbesserungen in
verschiedenen Bereichen des Steuerrechts. Die
Maßnahmen betreffen ganz unterschiedliche
Bereiche. Das Spektrum reicht von der
Gesundheitsförderung über die Bekämpfung
von Steuerstraftaten oder extremistischen
Vereinen bis hin zu Maßnahmen, die der
Verhinderung von Steuerausfällen, dem
Bürokratieabbau und der Vereinfachung des
Steuerrechts dienen.

Mit dem Steuerbürokratieabbaugesetz vom 20. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2850) wurde eine Reihe weiterer Maßnahmen verabschiedet, bei denen die elektronische Kommunikation zwischen den am Besteuerungsverfahren Beteiligten im Vordergrund steht. So wurden überflüssige bürokratische Lasten abgebaut sowie das Verfahren bei der Steuererhebung im Interesse von Bürgern, Unternehmen und Staat vereinfacht.

Die Bundesregierung hat am 5. November 2008 das Konjunkturpaket I "Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung" beschlossen. Dessen steuerliche Regelungen wurden im Rahmen des Gesetzes zur Umsetzung steuerrechtlicher Regelungen des Maßnahmenpakets Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung vom 21. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2896) umgesetzt. Ziel ist, den Folgen der weltweiten Abschwächung der Konjunktur sowie der Finanzmarktkrise auch mit gezielten steuerlichen Maßnahmen entgegenzuwirken. Das Gesetz erweitert für kleinere und mittlere Unternehmen die Möglichkeit,

zeitlich befristet Investitionsabzugsbeträge und Sonderabschreibungen in Anspruch zu nehmen sowie bewegliche Wirtschaftsgüter degressiv abzuschreiben. Außerdem wurde der Höchstbetrag der Steuerermäßigung für die Absetzbarkeit bei der Inanspruchnahme von Handwerkerleistungen verdoppelt sowie die Kraftfahrzeugsteuer für bis zum 30. Juni 2009 erstmals zugelassene Pkw bis zu zwei Jahre ausgesetzt.

Mit dem **Gesetz zur Förderung von Familien** und haushaltsnahen Dienstleistungen vom 22. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2955) wurde die finanzielle Leistungsfähigkeit von Familien verbessert. Die Maßnahmen beinhalten die spürbare Erhöhung des Kindergelds (auf monatlich jeweils 164 € für das erste und zweite Kind, 170 € für das dritte Kind und jeweils 195 € für das vierte und jedes weitere Kind) und des Kinderfreibetrags (die Freibeträge für Kinder belaufen sich dadurch auf jährlich 6 024 € je Kind), das Schulbedarfspaket von 100 € jährlich pro hilfebedürftigem Kind sowie eine deutliche Ausweitung der Förderung haushaltsnaher Dienstleistungen. Damit werden die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert, die häusliche Pflege erleichtert und wirksame beschäftigungspolitische Impulse gesetzt.

Das Konjunkturpaket II wurde im Rahmen des Gesetzes zur Sicherung von Beschäftigung und Stabilität in Deutschland vom 2. März 2009 (BGBl. I S. 416) umgesetzt, flankiert durch das Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes vom 29. Mai 2009 und das Gesetz zur Neuregelung der Kraftfahrzeugsteuer und Änderung anderer Gesetze vom 25. Mai 2009.

Die Einkommensteuerbelastung wird dauerhaft abgesenkt – zum einen durch die Anhebung des Grundfreibetrages in zwei Stufen zum 1. Januar 2009 sowie zum 1. Januar 2010 um jeweils 170 €, zum anderen durch die Senkung des Eingangssteuersatzes ab dem 1. Januar 2009 von 15 % auf 14 %. Außerdem wird ebenfalls in zwei Stufen eine "Rechtsverschiebung" der Tarifeckwerte

Halbiahresbericht zum Bundeshaushalt 2009

um insgesamt 730 € durchgeführt (400 € zum 1. Januar 2009 und weitere 330 € zum 1. Januar 2010). Mit diesen Maßnahmen werden die Bürgerinnen und Bürger um rund 3,1 Mrd. € im Jahr 2009 und rund 5,8 Mrd. € im Jahr 2010 entlastet. Hiervon profitieren insbesondere Geringverdiener. Es wird zudem ein Anreiz zur Arbeitsaufnahme für bisher nicht Beschäftigte geschaffen. Um die finanzielle Situation von Familien weiter zu verbessern, wird für jedes Kind, für das im Jahr 2009 Anspruch auf Kindergeld besteht, ein einmaliger Kinderbonus von 100 € gezahlt. Die Ertragshoheit und die Verwaltungskompetenz der Kraftfahrzeugsteuer werden ab dem 1. Juli 2009 auf den Bund übertragen. Außerdem wird die Kraftfahrzeugsteuer für erstmals zugelassene Pkw zum 1. Juli 2009 auf einen vorrangiq CO2-orientierten Tarif umgestellt. Der paritätisch finanzierte Beitragssatz in der gesetzlichen Krankenversicherung wurde zum 1. Juli 2009 um 0,6 Beitragssatzpunkte gesenkt. Zum Ausgleich steigt der bislang vorgesehene Bundeszuschuss an die gesetzliche Krankenversicherung im Jahr 2009 um 3,2 Mrd. € und in den Jahren 2010 und 2011 um jeweils 6,3 Mrd. €. Im Jahr 2012 erreicht der Bundeszuschuss den bislang für 2016 vorgesehenen Endwert von 14 Mrd. €.

Mit dem Gesetz zur steuerlichen Förderung der Mitarbeiterkapitalbeteiligung vom 7. März 2009 (BGBl. I S. 451) wurden die Rahmenbedingungen für die Beteiligung der Arbeitnehmer am wirtschaftlichen Erfolg der Unternehmen verbessert. Ab dem Jahr 2009 wird die steuerliche Förderung der Mitarbeiterkapitalbeteiligung im Rahmen des Einkommensteuergesetzes und des Fünften Vermögensbildungsgesetzes erweitert. Außerdem wurde das Investmentgesetz geändert, um insbesondere für Mitarbeiter kleiner und mittlerer Unternehmen die Möglichkeit der Anlage von Kapital in einem Mitarbeiterbeteiligungsfonds zu schaffen.

Mit dem Gesetz zur Fortführung der Gesetzeslage 2006 bei der Entfernungspauschale vom 20. April 2009 (BGBl. I S. 774) wird nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom

9. Dezember 2008 die Gesetzeslage bei der
Entfernungspauschale von 2006 rückwirkend
ab 2007 fortgeführt. Danach kann die
Entfernungspauschale von 0,30 € wieder
vom ersten Entfernungskilometer an als
Werbungskosten geltend gemacht werden.
Höhere Aufwendungen für die Benutzung von
öffentlichen Verkehrsmitteln und Unfallkosten
als außergewöhnliche Aufwendungen sind
ebenfalls wieder abziehbar. Die Umsetzung
des Urteils führt 2009 zu steuerlichen
Erleichterungen für die Pendler in Höhe von
rund 5,4 Mrd. €.

Das Gesetz zur verbesserten steuerlichen Berücksichtigung von Vorsorgeaufwendungen vom 16. Juli 2009 (BGBl. I S. 1959) entlastet ab 2010 rund 16,6 Mio. Bürgerinnen und Bürger in einem Umfang von rund 10 Mrd. € jährlich insbesondere durch die steuerliche Berücksichtigung von Beiträgen zugunsten einer Kranken- und Pflegeversicherung. Daneben enthält das Gesetz auch Regelungen mit Auswirkungen auf den Bundeshaushalt 2009. So treten Erleichterungen für Unternehmen in einem Volumen von insgesamt etwas mehr als 2,5 Mrd. € im Jahr 2009 in Kraft. Mit diesen Maßnahmen werden gezielt Voraussetzungen geschaffen, damit die Unternehmen die derzeitige Finanzund Wirtschaftskrise besser bewältigen können, wobei die Grundausrichtung der Unternehmensteuerreform gewahrt bleibt. Durch die zeitlich auf die Jahre 2008 und 2009 befristete Einführung einer Sanierungsklausel bei der Verlustnutzungsbeschränkung bleiben Verlustvorträge von Unternehmen insbesondere in den in Krisenzeiten wichtigen Fällen des Einstiegs eines neuen Investors oder bei einer Veränderung von Beteiligungsverhältnissen aufgrund einer Erhöhung des Kapitals des Unternehmens erhalten, wenn der Beteiligungserwerb der Sanierung dient und wesentliche Betriebsstrukturen bestehen bleiben. Die ebenfalls auf die Jahre 2008 und 2009 befristete Anhebung der Freigrenze bei der Zinsschranke von 1 Mio. € auf 3 Mio. €

Halbiahresbericht zum Bundeshaushalt 2009

hilft insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen, mit den Konsequenzen der Finanz- und Wirtschaftskrise umzugehen. Als weitere Maßnahme ist die Verdoppelung der Umsatzgrenze bei der Ist-Versteuerung auf 500 000 € vom 1. Juli 2009 an vorgesehen, die den Unternehmen die in wirtschaftlich schwierigen Zeiten notwendige Liquidität verschafft. Hierdurch kommen befristet bis Ende 2011 mehr Unternehmen in den Genuss dieser Regelung. Zudem wurde durch das Bürgerentlastungsgesetz der Kreis der Berechtigten für die zusätzliche Leistung für die Schule (das sogenannte Schulbedarfspaket) mit Wirkung ab dem 31. Juli 2009 auf alle Schülerinnen und Schüler ausgeweitet, die das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben.

Mit dem Gesetz zur Änderung der Förderung von Biokraftstoffen vom 20. Juli 2009 (BGBl. I S. 1804) werden die Regelungen im Energiesteuergesetz geändert, u. a. wird die stufenweise Rückführung der steuerlichen Begünstigung von reinem Biodiesel um jährlich 3 Cent/Liter abgemildert. Die steuerliche Förderung läuft nunmehr im Jahr 2013 - statt wie bisher vorgesehen im Jahr 2012 – weitgehend aus. Daneben werden die mit der steuerlichen Förderung eng zusammenhängenden Regelungen im Bundes-Immissionsschutzgesetz zur Biokraftstoffquote angepasst. Kernpunkt hierbei ist die Absenkung der Gesamtquote für das Jahr 2009 auf 5,25 % und für die Jahre 2010 bis 2014 auf 6,25%.

Durch das Gesetz zur Änderung des Energiesteuergesetzes vom 22. Juli 2009 (BGBl. I S. 1979) werden die durch das Haushaltsbegleitgesetz 2005 erfolgten Einschränkungen bei der Vergütung für in der Land- und Forstwirtschaft verwendeten Dieselkraftstoff für die Verbrauchsjahre 2008 und 2009 ausgesetzt, um die entlastungsberechtigten Betriebe in einem schwierigen wirtschaftlichen Umfeld mit verbesserter Liquidität auszustatten.

Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung: Die Beiträge zur

Arbeitslosenversicherung wurden bereits zum 1. Januar 2007 von 6,5 % auf 4,2 % deutlich gesenkt. Beitragspflichtige Arbeitnehmer und Arbeitgeber wurden zum 1. Januar 2008 nochmals durch eine Beitragssenkung um 0,9 Prozentpunkte (auf 3,3 %) nachhaltig entlastet. Bereits im vergangenen Jahr wurde beschlossen, den Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung ab Anfang 2009 längerfristig auf 3,0 % festzulegen und ihn, allerdings befristet bis zum 30. Juni 2010, auf 2,8 % abzusenken. Im Rahmen des Konjunkturpakets II wurde entschieden, den Beitragsatz nunmehr bis zum Ende des Jahres 2010 auf 2,8 % zu stabilisieren.

Eingliederungsbeitrag: Die Bundesagentur für Arbeit ist seit dem Jahr 2008 mit einem Eingliederungsbeitrag in Höhe der Hälfte an den vom Bund getragenen Aufwendungen für Leistungen zur Eingliederung in Arbeit (Eingliederungsleistungen) und den Verwaltungskosten der Grundsicherung für Arbeitssuchende beteiligt. Im Jahr 2009 beträgt dieser Eingliederungsbeitrag knapp 4,9 Mrd. €.

Das Sondervermögen Investitions- und Tilgungsfonds (ITF) als wesentlicher Bestandteil des Konjunkturpakets II ist nicht Gegenstand des Bundeshaushalts 2009. Der ITF verfügt über eine eigene Kreditermächtigung. Aus diesem Sondervermögen werden unter Berücksichtigung der am 1. Juli 2009 in Kraft getretenen Gesetzesänderung zur Aufstockung des Programms zur Stärkung der Pkw-Nachfrage in den Jahren 2009 bis 2011 konjunkturstützende Maßnahmen bis zu einem Betrag von 20,4 Mrd. € finanziert. Da die im ITF zusammengefassten Maßnahmen zur schnellen Belebung der Konjunktur beitragen sollen, sind sie grundsätzlich bis zum Ende des Jahres 2010 befristet, können aber noch bis Ende des Jahres 2011 ausfinanziert werden. Eine Ausnahme bildet die Umweltprämie, die bis Ende des Jahres 2009 befristet wurde. Bis Ende Juni waren 1,198 Mrd. € abgeflossen, davon 1,154 Mrd. € für das mit 5 Mrd. € dotierte Programm zur Stärkung der Pkw-Nachfrage.

Halbjahresbericht zum Bundeshaushalt 2009

3 Erläuterung wesentlicher Ausgabepositionen

Soziale Sicherung

In Tabelle 3 sind die wesentlichen Ausgaben des Bundes für die soziale Sicherung dargestellt. Unter sozialer Sicherung werden alle sozialpolitischen Leistungen verstanden, die bestimmte wirtschaftliche und soziale Existenzrisiken absichern. Hierunter fallen Risiken wie Alter, Krankheit, Unfall, Invalidität oder Arbeitslosigkeit. Für die soziale Sicherung sind im Bundeshaushalt 2009 insgesamt 152,7 Mrd. € veranschlagt. Mit einem Anteil von 50,4% ist dies der Schwerpunkt auf der Ausgabenseite.

Tabelle 3: Ausgaben des Bundes für soziale Sicherung

	Soll 2009 ²	Januar bis Juni 2009	Januar bis Juni 2008	Veränderung gege	enüber Vorjahr
Aufgabenbereich		in Mı	rd.€¹		in%
Leistungen an die Rentenversicherung (RV)	78,9	44,9	44,4	0,5	+1,1
darunter					
Bundeszuschuss an die RV der Arbeiter und Angestellten	38,6	22,5	22,3	0,3	+1,2
zusätzlicher Zuschuss an die RV	18,7	10,9	10,6	0,3	+2,7
Beiträge für Kindererziehungszeiten	11,5	5,7	5,7	-0,01	-0,1
Erstattung von einigungsbedingten Leistungen	0,4	0,2	0,3	-0,03	-11,8
Bundeszuschuss an die knappschaftliche / hüttenknappschaftliche RV	6,0	3,5	3,5	-0,1	-1,7
Überführung der Zusatzversorgungssysteme in die RV	2,6	1,5	1,5	0,01	+1,0
nachrichtlich:					
Überführung der geschlossenen Sonderversorgungssysteme in die RV	1,6	0,9	0,9	0,01	+1,4
Pauschale Abgeltung der Aufwendungen der Krankenkassen für versicherungsfremde Leistungen	7,2	3,7	1,3	2,4	х
Liquiditätsdarlehen an den Gesundheitsfonds	4,0	-	-	-	-
Landwirtschaftliche Sozialpolitik	3,7	2,1	2,1	-0,01	-0,6
darunter:					
Alterssicherung	2,3	1,1	1,1	-0,01	-0,8
Krankenversicherung	1,2	0,6	0,6	0,003	+0,4
Unfallversicherung	0,1	0,3	0,3	-0,003	-0,9

Halbjahresbericht zum Bundeshaushalt 2009

noch Tabelle 3: Ausgaben des Bundes für soziale Sicherung

	Soll 2009 ²	Januar bis Juni 2009	Januar bis Juni 2008	Veränderung ge	genüber Vorjahr
Aufgabenbereich		in%			
Arbeitsmarktpolitik	45,9	17,7	21,2	-3,5	-16,7
darunter:					
Beteiligung des Bundes an den Kosten der Arbeitsförderung (Transferzahlung aus Mehrwertsteuererhöhung 2007)	7,8	-	3,8	-3,8	-100,0
Anpassungsmaßnahmen, produktive Arbeitsförderung Leistungen der Grundsicherung für	0,2	0,1	0,3	-0,2	-67,5
Arbeitsuchende	37,8	17,5	17,1	0,4	+2,6
darunter:					
Arbeitslosengeld II	23,5	11,2	11,2	0,02	+0,2
Beteiligung an den Leistungen für Unterkunft und Heizung	3,7	1,7	2,0	-0,2	-12,
Verwaltungskosten für die Durchführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende	4,0	1,9	1,6	0,3	+16,8
Leistungen zur Eingliederung in Arbeit	6,6	2,7	2,3	0,4	+18,
Elterngeld	4,4	2,3	2,1	0,2	+10,0
Erziehungsgeld	0,02	0,003	0,4	-0,4	-99,3
Kinderzuschlag nach § 6 a BKGG	0,4	0,2	0,1	0,1	2
Wohngeld	0,6	0,4	0,2	0,2	+86,8
Wohnungsbau-Prämiengesetz	0,4	0,3	0,3	-0,02	-6,1
Kriegsopferversorgung und -fürsorge	2,1	1,2	1,3	-0,1	-8,5

¹Differenzen durch Rundung möglich.

Allgemeine Dienste

Bei den in Tabelle 4 dargestellten wesentlichen Ausgaben des Bundes für "Allgemeine Dienste" handelt es sich um zentrale staatliche Aufgaben wie Verteidigung, Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Ausgaben zur Sicherung der öffentlichen Ordnung. Die Ausgaben für Allgemeine Dienste sind im Bundeshaushalt 2009 mit 53,6 Mrd. € veranschlagt. Dies entspricht einem Anteil von 17,7% an den Gesamtausgaben.

Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Tabelle 5 gibt einen Überblick über die wesentlichen Aufwendungen des Bundes für

² Stand: 2. Nachtragshaushalt 2009.

Halbiahresbericht zum Bundeshaushalt 2009

den Bereich Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung und Kultur. Für diesen Aufgabenbereich sind im Bundeshaushalt 2009 insgesamt 14,6 Mrd. € vorgesehen. Der Anteil an den Gesamtausgaben des Bundes beträgt somit 4,8 %.

Verkehrs- und Nachrichtenwesen

In Tabelle 6 sind die wesentlichen Ausgaben des Bundes für das Verkehrs- und Nachrichtenwesen abgebildet. Zentrale Aufgabenbereiche sind hier der Bau und Betrieb der Bundesautobahnen, Bundesstraßen und Bundeswasserstraßen sowie Bau, Ausbau und Ersatzinvestitionen in die Schienenwege der Eisenbahnen des Bundes. Die Ausgaben sind im Bundeshaushalt 2009 auf 12,9 Mrd. € veranschlagt. Dies entspricht einem Anteil von 4,3 % an den Gesamtausgaben. Die Steigerung der klassischen Verkehrsinvestitionen im Jahr 2009 um fast 2 Mrd. € gegenüber der alten Finanzplanung auf rund 11,1 Mrd. € resultiert je zur Hälfte aus Mehreinnahmen aus der

Tabelle 4: Allgemeine Dienste

	Soll 2009 ²	genüber Vorjahr			
Aufgabenbereich		in M	lrd. € ¹		in%
Verteidigung, einschließlich zivile Verteidigung (Oberfunktion 03)	31,0	15,2	14,3	0,9	+5,9
Obergruppe 55: Militärische Beschaffungen, Wehrforschung und militärische Entwicklung, Materialerhaltung, Baumaßnahmen usw.	10,3	4,4	3,9	0,4	+10,7
Wirtschaftliche Zusammenarbeit	5,7	3,1	2,8	0,2	+8,9
(Funktion 023) ³ Bilaterale finanzielle und technische Zusammenarbeit	2,3	1,2	1,1	0,04	+3,6
Beteiligung an Einrichtungen der Weltbankgruppe	0,7	0,7	0,5	0,2	+36,1
Beitrag zu den "Europäischen Entwicklungsfonds"	0,8	0,4	0,4	-0,001	-0,1
Beiträge an die Vereinten Nationen, ihre Sonderorganisationen sowie andere internationale Einrichtungen und internationale Nichtregierungsorganisationen	0,1	0,03	0,2	-0,2	-87,4
Politische Führung und zentrale Verwaltung (Oberfunktion 01)	6,4	3,2	2,7	0,5	+17,4
Zivildienst	0,6	0,3	0,3	0,1	+19,5
Finanzverwaltung (Oberfunktion 06)	3,8	1,6	1,4	0,2	+14,6
Öffentliche Sicherheit und Ordnung (Oberfunktion 04)	3,7	1,7	1,5	0,3	+17,1
nachrichtlich:					
Ausgaben für Versorgung	7,3	4,0	3,7	0,3	+7,7
Ziviler Bereich	2,8	1,4	1,4	0,1	+3,7
Bundeswehr, Bundeswehrverwaltung	4,5	2,6	2,3	0,2	+10,1

¹ Differenzen durch Rundung möglich.

² Stand: 2. Nachtragshaushalt 2009.

 $^{^3}$ Darüber hinaus sind weitere Mittel für Wirtschaftliche Zusammenarbeit bei anderen Funktionen veranschlagt.

Halbjahresbericht zum Bundeshaushalt 2009

Tabelle 5: Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung und Kultur

	Soll 2009 ²	Januar bis Juni 2009	Januar bis Juni 2008	Veränderung ge	genüber Vorjahı
Aufgabenbereich		in Mr	⁻ d. € ¹		in%
Investitionsprogramm Ganztagsschulen	-	0,2	0,3	-0,1	-28,3
Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen gemeinsame Forschungsförderung von Bund und	8,8	3,1	2,7	0,4	+13,2
Ländern	3,4	1,1	1,0	0,1	+12,2
darunter:					
Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e.V. (MPG) in Berlin	0,6	0,2	0,2	0,02	+14,0
Fraunhofer-Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung e. V. (FhG) in München	0,5	0,1	0,1	0,04	+35,2
Forschungszentren der Hermann von Helmholtz- Gemeinschaft (ohne DLR)	1,5	0,5	0,5	0,1	+14,1
Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) einschließlich nationales Weltraumprogramm und ESA	1,1	0,4	0,3	0,03	+9,3
Technologie und Innovation im Mittelstand	0,6	0,2	0,2	0,02	+8,1
Forschung und experimentelle Entwicklung zur Erzeugung, Verteilung und rationellen Nutzung der Energie	0,2	0,1	0,05	0,01	+25,3
Forschung und experimentelle Entwicklung zum Schutz und zur Förderung der menschlichen Gesundheit	0,3	0,1	0,1	0,02	+26,8
Vorsorgeforschung in den Bereichen Klima, Energie und Umwelt	0,4	0,1	0,1	0,01	+5,9
Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)	1,4	0,8	0,7	0,1	+12,7
Hochschulen	2,6	1,1	1,0	0,1	+11,8
Kompensationsmittel für die Abschaffung der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau	0,7	0,3	0,3	-	-
Deutsche Forschungsgemeinschaft e. V. Bonn	0,9	0,3	0,3	0,03	+8,8
Überregionale Forschungsförderung im Hochschulbereich	0,3	0,1	0,1	0,03	+28,9
Exzellenzinitiative Spitzenförderung von Hochschulen	0,3	0,1	0,1	0,02	+19,7
Hochschulpakt 2020	0,4	0,2	0,1	0,1	+47,7
Berufliche Weiterbildung	0,2	0,1	0,1	-0,01	-7,3
nachrichtlich:					
Kunst- und Kulturpflege inklusive kulturelle Angelegenheiten im Ausland	1,8	1,0	0,9	0,1	+6,7

¹ Differenzen durch Rundung möglich.

Mauterhöhung sowie aus der Aufstockung im Rahmen des Konjunkturpakets I.

Wirtschaftsförderung

In Tabelle 7 sind die wesentlichen Aufwendungen des Bundes für Wirtschaftsförderung in den Bereichen Gewerbe und Dienstleistungen, Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Energieund Wasserwirtschaft aufgeführt. Die Ausgaben für Wirtschaftsförderung sind im Bundeshaushalt 2009 auf 7,4 Mrd. €

 $^{^{2}}$ Stand: 2. Nachtragshaushalt 2009.

Halbjahresbericht zum Bundeshaushalt 2009

Tabelle 6: Verkehrs- und Nachrichtenwesen

	Soll 2009 ²	Soll 2009 Januar bis Juni 2009 Januar bis Juni Veränderung geg					
Aufgabenbereich	in Mrd. €¹ in %						
Straßen	6,8	2,1	2,1	0,04	+2,1		
Bundesautobahnen	3,9	1,2	1,2	0,01	+0,5		
Bundesstraßen	2,8	0,9	0,8	0,1	+15,1		
Wasserstraßen und Häfen	1,9	0,7	0,7	0,1	+10,7		
Kompensationszahlungen an die Länder wegen Beendigung der Finanzhilfen des Bundes für Investitionen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden	1,3	0,7	0,7	-	-		
Finanzhilfen an die Länder für die Schieneninfrastruktur und Investitionszuschüsse für den öffentlichen Personennahverkehr	0,3	0,1	0,1	-0,03	-38,7		
nachrichtlich:							
Beteiligungen des Bundes an Wirtschaftsunternehmen im Verkehrsbereich aus Hauptfunktion 8:							
Eisenbahnen des Bundes - Deutsche Bahn AG	4,1	1,6	1,1	0,5	+44,1		
Bundeseisenbahnvermögen	5,5	2,4	1,3	1,1	+82,0		

 $^{^{1}}$ Differenzen durch Rundung möglich.

Tabelle 7: Wirtschaftsförderung

	Soll 2009 ²	Soll 2009 ² Januar bis Juni Januar bis Juni Veränderung ge				
Aufgabenbereich		in M	rd. €¹		in%	
Regionale Förderungsmaßnahmen	0,7 3	0,3	0,3	-0,1	-18,7	
Gemeinschaftsaufgabe "Regionale Wirtschaftsstruktur"	0,7	0,3	0,3	-0,1	-19,9	
Förderung des Steinkohlenbergbaus	1,6	1,4	1,9	-0,4	-23,9	
Mittelstandsförderung ⁴	0,9	0,3	0,3	0,03	+10,7	
Förderung erneuerbarer Energien	0,8	0,3	0,1	0,1	х	
Gewährleistungen	2,4	0,3	0,3	-0,03	-11,8	
Landwirtschaft	1,0	0,2	0,3	-0,04	-13,8	
Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes"	0,7	0,1	0,1	0,01	+14,1	

¹Differenzen durch Rundung möglich.

² Stand: 2. Nachtragshaushalt 2009.

² Stand: 2. Nachtragshaushalt 2009.

 $^{^{\}rm 3}$ Soll ohne EFRE-Mittel (Europäischer Fonds für regionale Entwicklung).

⁴Ohne Altprogramme.

Halbiahresbericht zum Bundeshaushalt 2009

veranschlagt. Dies entspricht einem Anteil von 2,4% an den Gesamtausgaben des Bundes.

Übrige Ausgaben

Tabelle 8 gibt einen Überblick über die übrigen Ausgaben des Bundes. Im Wesentlichen handelt es sich um Aufwendungen des Bundes in den Aufgabenbereichen Wohnungswesen, Gesundheit und Sport sowie allgemeine Finanzwirtschaft einschließlich der Zinszahlungen auf die Bundesschuld.

4 Entwicklung der Einnahmen

In Tabelle 9 sind die Einnahmen des Bundes im Jahr 2009 aufgeführt. Den weitaus größten Teil der Einnahmen des Bundes (81,2%) machen die mit dem 2. Nachtragshaushalt 2009 im Soll veranschlagten Steuereinnahmen des Bundes mit 224,1 Mrd. € aus. Im Jahr 2009 sind für sonstige Einnahmen 29,8 Mrd. € vorgesehen, was einem Anteil von 13,3% an den Einnahmen insgesamt entspricht. Zur Deckung des Finanzierungssaldos aus Ausgaben und Einnahmen sind eine Nettokreditaufnahme in Höhe von 49,1 Mrd. € und Münzeinnahmen in Höhe von 0,4 Mrd. € veranschlagt.

Tabelle 8: Übrige Ausgaben

	Soll 2009 ²	Januar bis Juni 2009	Januar bis Juni 2008	Veränderung gegenüber Vorj	
Aufgabenbereich		in M	rd.€ ¹		in%
Zinsen	41,4	18,2	20,0	-1,8	-8,8
Wohnungswesen	1,2	0,5	0,5	0,05	+10,6
darunter die Schwerpunkte:					
Kompensationszahlungen an die Länder wegen Beendigung der Finanzhilfen des Bundes zur Sozialen Wohnraumförderung	0,5	0,3	0,3	-	-
Energetische Sanierungs- und Wohnraummodernisierungsprogramme der KfW	0,6	0,2	0,1	0,1	+40,5
Städtebauförderung	0,6	0,1	0,1	-0,03	-22,3
Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	1,3	0,5	0,4	0,04	+8,5
darunter					
Gesundheit	0,4	0,2	0,2	0,001	+0,5
Umweltschutz	0,4	0,1	0,1	0,02	+22,5
Sport und Erholung	0,1	0,1	0,1	0,01	+11,8
Postbeamtenversorgungskasse	5,9	2,8	2,5	0,2	+9,0
Nachfolgeeinrichtungen der Treuhandanstalt	0,3	0,1	0,1	0,003	+2,4

¹Differenzen durch Rundung möglich.

² Stand: 2. Nachtragshaushalt 2009.

 $\hbox{\it Halbjahresbericht zum Bundeshaushalt 2009}$

Tabelle 9: Entwicklung der Einnahmen

	Soll 2009 ²	Januar bis Juni 2009	Januar bis Juni 2008	Veränderung gege	enüber Vorjahı	
Aufgabenbereich		in M	rd.€¹		in%	
Einnahmen	253,8	126,8	126,5	0,3	+0,2	
darunter:						
Steuern	224,1	109,3	111,1	-1,8	-1,6	
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern und Gewerbesteuerumlage	181,9	88,4	94,0	-5,6	-6,0	
Lohnsteuer	57,8	25,9	27,3	-1,4	-5,0	
Veranlagte Einkommensteuer	9,7	5,1	6,0	-0,8	-13,9	
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	7,3	4,7	5,3	-0,7	-12,7	
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge ³	5,3	3,5	3,5	-0,004	+0,1	
Körperschaftsteuer	5,5	2,4	4,8	-2,4	-50,3	
Steuern vom Umsatz	95,2	46,6	46,8	-0,2	-0,3	
Gewerbesteuerumlage	1,2	0,3	0,4	-0,1	-18,6	
Bundessteuern ¹	87,4	38,4	38,2	0,2	+0,6	
Energiesteuer	38,1	14,8	14,2	0,6	+4,2	
Tabaksteuer	13,4	5,9	5,8	0,1	+1,9	
Solidaritätszuschlag	12,0	6,2	6,7	-0,4	-6,7	
Versicherungsteuer	10,5	6,5	6,5	0,01	+0,2	
Stromsteuer	6,2	3,1	3,1	-0,01	-0,4	
Branntweinsteuer	2,1	1,1	1,1	-0,03	-3,1	
Kraftfahrzeugsteuer ⁴	3,7	-	-	-	-	
Kaffeesteuer	1,0	0,5	0,5	0,01	+1,4	
Schaumweinsteuer	0,4	0,2	0,2	-0,002	-0,9	
Sonstige Bundessteuern	0,002	0,001	0,001	0,0	-3,1	

Halbjahresbericht zum Bundeshaushalt 2009

noch Tabelle 9: Entwicklung der Einnahmen

	Soll 2009 ²	Januar bis Juni 2009	Januar bis Juni 2008	Veränderung gegenüber Vorj	
Aufgabenbereich		in%			
Abzugsbeträge ⁵	-43,9	-17,5	-21,1	3,6	-16,9
Ergänzungszuweisungen an Länder	-13,8	-6,9	-7,3	0,4	-4,9
Zuweisungen an Länder gemäß Gesetz zur Regionalisierung des ÖPNV aus dem Energiesteueraufkommen	-6,8	-3,4	-3,3	-0,1	+1,5
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	-2,3	-1,2	-2,2	1,1	-47,3
BNE-Eigenmittel der EU	-16,5	-6,1	-8,3	2,2	-26,5
Kompensationszahlungen an die Länder zum Ausgleich der weggefallenen Einnahmen Kfz-Steuer	-4,6	-	-	-	x
Sonstige Einnahmen	29,8	17,5	15,3	2,1	+13,9
darunter:					
Abführung Bundesbank	3,5	3,5	3,5	-	-
Einnahmen aus Abführungen des Erblastentilgungsfonds	2,8	2,8	-	2,8	x
Einnahmen aus der Inanspruchnahme von Gewährleistungen, Darlehensrückflüsse sowie Privatisierungserlöse	4,0	2,3	2,3	-0,03	-1,4
Erlöse aus dem Verkauf von CO ² -Zertifikaten	0,9	0,02	-	0,02	х
Eingliederungsbeitrag der Bundesagentur für Arbeit	4,9	2,2	2,5	-0,3	-11,3
Einnahmen aus der streckenbezogenen LKW-Maut	5,0	1,8	1,7	0,1	+7,4

¹ Differenzen durch Rundung möglich.

² Stand: 2. Nachtragshaushalt 2009.

 $^{^3}$ Bis 2008 Zinsabschlag.

⁴ Ab 1. Juli 2009.

 $^{^{\}rm 5}$ Abzugsbeträge sind Zahlungen, die aus dem Steueraufkommen des Bundes geleistet werden.

Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Haushaltsjahr 2008

Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder¹ im 1. Halbjahr 2009

1	Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im 1. Halbjahr 2009	5
2	Entwicklung der Steuereinnahmen in den einzelnen Monaten des 2. Quartals 2009	
3	Verteilung der Steuereinnahmen auf die Fhenen	53

- Steuereinnahmen von Bund und Ländern sanken um 5.0 %.
- Gewinnabhängige Steuern brechen ein.
- Einnahmen aus den reinen Bundessteuern steigen.

1 Entwicklung derSteuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im1. Halbjahr 2009

Die bei Bund und Ländern eingegangenen Steuereinnahmen betrugen im 1. Halbjahr 2009 insgesamt 237 274 Mio. €, das sind -12 402 Mio. € beziehungsweise - 5,0 % weniger als im 1. Halbjahr 2008.

Die Steuereinnahmen im 1. Halbjahr 2009 und die Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum stellen sich im Einzelnen wie folgt dar (vgl. Tabelle 1).

Die **gemeinschaftlichen Steuern** nahmen im 1. Halbjahr 2009 im Vorjahresvergleich um - 5,7 % ab. Nachdem im 1. Quartal die Einnahmen lediglich um - 1,3 % gesunken waren, verlief die Entwicklung im 2. Quartal mit - 9.8 % wesentlich schwächer. Leichte

¹Über die Einnahmen aus Gemeindesteuern berichtet das Statistische Bundesamt vierteljährlich. Diese Einnahmeergebnisse werden in der Fachserie 14 "Finanzen und Steuern", Reihe 4 "Steuerhaushalt" im Rahmen eines Gesamtüberblicks über die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden veröffentlicht. Aufkommenszuwächse gab es in der
1. Jahreshälfte nur noch bei den Steuern
vom Umsatz und der Abgeltungsteuer auf
Zins- und Veräußerungserträge. Die übrigen
Steuern verzeichneten mit Ausnahme der
Lohnsteuer zweistellige Rückgänge. Die
Wirtschafts- und Finanzkrise hat sich vor allem
bei den gewinnabhängigen Steuern stark
aufkommensmindernd ausgewirkt.

Die Einnahmen aus der Lohnsteuer unterschritten das Vorjahresniveau im 1. Halbjahr 2009 um - 4,5 %. Die aus dieser Steuerart zu leistenden Zahlungen senkten das Kassenaufkommen der Lohnsteuer deutlich: Die Kindergeldzahlungen erhöhten sich aufgrund der zu Jahresbeginn in Kraft getretenen Anhebung des Kindergelds und des Einmaleffekts des Kinderbonus in Höhe von 100 € je Kind um + 14,1%. Auch die Altersvorsorgezulage stieg um + 82,2 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Hier kam neben einem weiter wachsenden Bestand an "Riester"-Verträgen auch die letzte Stufe der Anhebung der Zulagen zum Tragen. Da das Kurzarbeitergeld nicht der Lohnsteuerpflicht unterliegt, führte auch die verschlechterte Beschäftigungssituation zu kräftigen Einbußen beim Lohnsteueraufkommen.

Das Aufkommen aus der **veranlagten Einkommensteuer** hat sich in der 1. Jahreshälfte 2009 um - 13,9 % verringert. Die

DIE STEUEREINNAHMEN DES BUNDES UND DER LÄNDER IM 1. HALBJAHR 2009

Tabelle 1: Entwicklung der Steuereinnahmen im 1. Halbjahr 2009

	1. Ha	lbjahr	ä-d			
	in M	lio.€	Änderung gegenüber Vorjahr			
Steuereinnahmen nach Ertragshoheit	2009	2008	in Mio. €	in%		
Gemeinschaftliche Steuern	186 479	197 765	-11 286	-5,7		
Reine Bundessteuern	38 446	38 214	232	0,6		
Reine Ländersteuern	10537	11 790	-1 254	-10,6		
Zölle	1812	1 906	-94	-4,9		
Steuereinnahmen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	237 274	249 676	-12 402	-5,0		

Differenzen in den Summen durch Rundung.

Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer nach § 46 EStG erhöhten sich um + 42,3 %, nicht zuletzt auch durch die Wiedereinführung der alten Pendlerpauschale. Die Eigenheimzulage, bei der in jedem Jahr ein Förderjahrgang entfällt, ohne dass ein neuer hinzukommt, blieb hingegen erwartungsgemäß unter ihrem Vorjahresniveau (-20,2%).

Die Einnahmen aus der Körperschaftsteuer haben sich im Berichtszeitraum von 9,5 Mrd. € auf 4,7 Mrd. € halbiert, resultierend vor allem aus dem Rückgang im 2. Quartal 2009 um - 92,9 % (1. Quartal: -6,9 %). Aufgrund der durch die Finanzkrise seit Herbst 2008 eingebrochenen Gewinne kam es sowohl zu einer erheblichen Reduzierung der Vorauszahlungen als auch zu hohen Erstattungen für das vergangene Jahr.

Bei der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge ist im 1. Halbjahr 2009 insgesamt Stagnation eingetreten, nicht zuletzt aufgrund der Reduzierung des Steuersatzes von 30 % auf 25 % ab dem 1. Januar 2009. Während das Ergebnis im 1. Quartal 2009 wegen der im Januar eingehenden Steuern aus dem Dezember 2008 mit + 1,0 % noch positiv ausfiel, gab es im 2. Quartal einen Rückgang um - 1,8 %.

Die Einnahmen aus den **nicht veranlagten Steuern vom Ertrag** sind im wesentlichen Steuern auf ausgeschüttete Gewinne. Obwohl die Anhebung des Steuersatzes von 20 % auf 25 % hier einen Anstieg hätte vermuten lassen, ist das Aufkommen aufgrund der derzeitigen Wirtschaftslage gesunken (-12,7%). Konnte im 1. Quartal 2009 noch ein Plus von +4,6% gemeldet werden, so wurde im 2. Quartal ein Minus von -19,7% errechnet.

Die Kasseneinnahmen der Steuern vom Umsatz übertrafen mit + 0,4% nur knapp das Ergebnis des 1. Halbjahres 2008 (1. Quartal 2009: -2,7%; 2. Quartal 2009: +3,7%). Die Umsatzsteuer stieg im Berichtszeitraum um + 8,2%, die Einfuhrumsatzsteuer aus Nicht-EU-Ländern sank demgegenüber um - 22,4%. Dabei ist allerdings der steuertechnische Zusammenhang zu berücksichtigen, dass der Rückgang bei der Einfuhrumsatzsteuer zunächst entsprechend weniger Vorsteueranrechnungen im Inland zur Folge hat. Der Rückgang bei der Einfuhrumsatzsteuer spiegelt die im Vorjahresvergleich niedrigeren Importpreise und die Verringerung des Einfuhrvolumens als Folge der schwachen inländischen Produktionstätigkeit wider.

Die **reinen Bundessteuern** lagen im 1. Halbjahr 2009 mit + 0,6 % leicht über dem Niveau des Vorjahreszeitraumes.

Die Energiesteuer als die aufkommensstärkste Bundessteuer weist einen Anstieg um + 4,2 % aus. Dabei hat sich die Energiesteuer auf Heizöl im Berichtszeitraum mit + 88,1 % fast verdoppelt, während sich die Einnahmen aus der Energiesteuer auf Erdgas um + 17,8 % erhöhten. Ursache: Im Vorjahr hatten

DIE STEUEREINNAHMEN DES BUNDES UND DER LÄNDER IM 1. HALBJAHR 2009

viele Verbraucher aufgrund der hohen Energiepreise ihren Verbrauch eingeschränkt beziehungsweise das Auffüllen der Tanks hinausgeschoben.

Das Tabaksteueraufkommen hat im
1. Halbjahr 2009 insgesamt um + 1,9 %
zugenommen. Dabei entwickelten sich die
beiden Quartale sehr unterschiedlich: -7,1%
im 1. Quartal und + 9,0 % im 2. Quartal 2009.
Die Versicherungsteuer übertraf das Niveau
des Vorjahreszeitraumes nur knapp (+ 0,2%).
Der Solidaritätszuschlag ging parallel zur
Entwicklung seiner Bemessungsgrundlagen
um - 6,7% zurück. Auch die Stromsteuer
unterschritt ihr Vorjahresergebnis um - 0,4%
ebenso wie die Branntweinsteuer (- 3,1%). Von
den aufkommensschwächeren Bundessteuern
lag lediglich die Kaffeesteuer im Plus (+ 1,4%).

Die Einnahmen aus den reinen

Ländersteuern fielen im 1. Halbjahr 2009 mit -10,6 % unter das Vorjahresniveau. Lediglich die Erbschaftsteuer konnte hier mit +3,7 % einen Zuwachs verzeichnen. Besonders deutlich fiel der Rückgang bei der Grunderwerbsteuer (-26,8 %) aus. Auch die Kraftfahrzeugsteuer (-9,9 %) - letztmalig in der Ertragshoheit der Länder - meldete durch Änderungen des Steuerrechts bedingte Aufkommenseinbußen. Ebenso verringerte sich das Aufkommen aus Biersteuer (-1,5 %) und Rennwett- und Lotteriesteuer (-0,6 %).

2 Entwicklung derSteuereinnahmen in deneinzelnen Monaten des2. Quartals 2009

Die Steuereinnahmen insgesamt (ohne reine Gemeindesteuern) nahmen im April 2009 gegenüber dem Vorjahresmonat um - 7,4% ab. Ursächlich für diesen deutlichen Rückgang waren - neben den Effekten der Rezession - auch die zu deren Bekämpfung beschlossenen Maßnahmen wie z. B. die Entlastungen bei der Einkommensteuer und der als Abzugsposten bei der Lohnsteuer wirkende Kinderbonus.

Dies führte bei den gemeinschaftlichen Steuern zu einem Unterschreiten des Niveaus des Vorjahresmonats um - 9,2%. Bei den Bundessteuern gab es mit + 0,4% ein knappes Plus, während auch die Einnahmen aus den Ländersteuern einen Rückgang um - 6,7% verzeichneten.

Im Mai 2009 erreichten die Steuerausfälle eine ähnliche Größenordnung: -7,1%. Die kassenmäßigen Einnahmen fielen hier vor allem aufgrund der dämpfenden Einflüsse der Konjunktur und der zusätzlich eingesetzten steuerpolitischen Maßnahmen niedriger aus. So kam es zu erhöhten Kindergeldzahlungen und zu einer deutlichen Zunahme bei der Auszahlung der Altersvorsorgezulage. Die gemeinschaftlichen Steuern wiesen einen Rückgang um - 8,9% aus, während die Bundessteuern noch ein Plus von + 3,1% meldeten. Bei den Ländersteuern wurde das entsprechende Vorjahresniveau um - 13,3% unterschritten.

Im aufkommensstarken Vorauszahlungsmonat **Juni 2009** sanken die Steuereinnahmen nochmals um - 8,8 % und damit stärker als in den beiden Vormonaten. Ursächlich waren insbesondere die Rückgänge bei der Körperschaftsteuer und den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag, aber auch Lohn- und Einkommensteuer mussten Einbußen hinnehmen. Die gemeinschaftlichen Steuern nahmen um - 10,8 % ab, während die Bundessteuern mit + 2,0 % das Vorjahresniveau leicht übertrafen. Bei den Ländersteuern hat sich der Rückgang mit - 5,8 % zumindest nicht weiter beschleunigt.

3 Verteilung der Steuereinnahmen auf die Ebenen

Bund, Länder und Gemeinden mussten im 1. Halbjahr 2009 allesamt Aufkommenseinbußen im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum hinnehmen. Durch die Erstattung von EU-Eigenmitteln fiel der Rückgang der

Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. Halbjahr 2009

Einnahmen beim Bund geringer aus als bei den Ländern und den Gemeinden.

Die Verteilung der Steuereinnahmen im 1. Halbjahr 2009 auf Bund, EU, Länder und Gemeinden und die Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum werden in Tabelle 2 dargestellt. Die Einzelergebnisse der von Bund und Ländern verwalteten Steuern sowie deren Verteilung auf die Gebietskörperschaften im 1. Halbjahr 2009 und in den einzelnen Monaten finden sich im Internetangebot des BMF unter http://www.bundesfinanzministerium.de unter der Rubrik Steuern > Steuerschätzung/ Steuereinnahmen > Steuereinnahmen.

Tabelle 2: Verteilung der Steuereinnahmen auf die Ebenen

	1. Hal in M	bjahr io.€	Änderung gegenüber Vorjahr			
Steuereinnahmen nach Ebenen	2009	2008	in Mio. €	in%		
Bund ¹	110 895	112 535	-1 640	-1,5		
EU	9 062	12 400	-3 338	-26,9		
Länder ¹	103 159	109 841	-6 682	-6,1		
Gemeinden ²	14 159	14900	-742	-5,0		
Zusammen	237 274	249 676	-12 402	-5,0		

Differenzen in den Summen durch Rundung.

¹ Nach Bundesergänzungszuweisungen.

² Lediglich Gemeindeanteil an Einkommensteuer, Abgeltungssteuer und Steuern vom Umsatz.

KURZ- UND MITTELFRISTIGE PERSPEKTIVEN DER ÖFFENTLICHEN HAUSHALTE IN DEUTSCHLAND

Kurz- und mittelfristige Perspektiven der öffentlichen Haushalte in Deutschland

Spiegel der Wirtschafts- und Finanzkrise

1	Einleitung	55
	Die Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts und seiner Ebenen	
2.1	Bund	56
2.2	Sonderrechnungen des Bundes	58
	Länder	
2.4	Gemeinden	60
3	Entwicklung der öffentlichen Haushalte in der Maastricht-Abgrenzung	61
3.1	Unterschied zwischen Finanzstatistik und Maastricht-Abgrenzung	61
3.2	Entwicklung des gesamtstaatlichen Finanzierungssaldos	62
3.3	Entwicklung der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben	64
3.4	Entwicklung des Schuldenstands	65
	Fazit und Ausblick	

- Das Maastricht-Defizit wird in diesem Jahr auf 4% und im n\u00e4chsten Jahr sogar auf 6% des BIP steigen. Zur Unterschreitung des Maastricht-Defizit-Kriteriums von 3%, aber auch zur Einhaltung der neuen Schuldenregel ist die Formulierung einer erfolgreichen Konsolidierungsstrategie eine der dringlichsten Aufgaben der neuen Bundesregierung.
- Erst am Ende des Finanzplanungszeitraums dürfte das Maastricht-Defizit wieder knapp unter 3 % liegen. Die Schuldenstandsquote steigt über den gesamten Zeitraum bis auf 82 % an.
- Der Finanzierungssaldo des Öffentlichen Gesamthaushalts in der Abgrenzung der Finanzstatistik dürfte sich in diesem Jahr um mehr als 100 Mrd. € auf voraussichtlich - 112 ½ Mrd. € verschlechtern, im kommenden Jahr sogar auf - 132 ½ Mrd. €. Bis 2013 wird er voraussichtlich nur auf - 69 ½ Mrd. € abgebaut werden.

1 Einleitung

Die Entwicklung der öffentlichen
Haushalte wird derzeit maßgeblich von
den Auswirkungen der Wirtschafts- und
Finanzkrise geprägt. Das Bruttoinlandsprodukt
(BIP) dürfte 2009 – der Frühjahrsprojektion
der Bundesregierung zufolge – um 6,0 %
zurückgehen (nominaler Rückgang um 5,3 %).
Ein Wachstumseinbruch in diesem Ausmaß
wäre in der Geschichte der Bundesrepublik
Deutschland einmalig. Für die öffentlichen
Haushalte hat die Rezession beträchtliche
konjunkturbedingte Steuermindereinnahmen
sowie Mehrausgaben insbesondere für die

Systeme der sozialen Sicherung zur Folge.
Als Reaktion auf die Rezession hat die Politik
zudem Maßnahmenpakete von erheblichem
Umfang auf den Weg gebracht, die die
öffentlichen Haushalte bis 2011 spürbar
belasten werden. Die positive Entwicklung der
öffentlichen Finanzen der vergangenen Jahre
kann sich daher weder im laufenden Jahr noch
in den folgenden Jahren fortsetzen.

Im vorliegenden Artikel werden die Perspektiven der öffentlichen Haushalte in Deutschland näher dargestellt. Sie basieren auf der Mittelfristprojektion des BMF, die für den Finanzplanungsrat am 8. Juli

KURZ- UND MITTELFRISTIGE PERSPEKTIVEN DER ÖFFENTLICHEN HAUSHALTE IN DEUTSCHLAND

2009 erstellt wurde. Im Folgenden wird zuerst die Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts (ÖGH) und seiner Ebenen Bund, Sonderrechnungen des Bundes, Länder und Gemeinden diskutiert, bevor Abschnitt 3 die Entwicklung der öffentlichen Haushalte in der Abgrenzung der Maastricht-Rechnung darstellt, wie sie für die Beurteilung im Rahmen des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes relevant ist. Abschnitt 4 fasst die Ausführungen zusammen und gibt einen Ausblick auf die Implikationen für die neue Schuldenregel.

2 Die Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts und seiner Ebenen

Der Öffentliche Gesamthaushalt in der Abgrenzung der Finanzstatistik setzt sich in der Projektion des BMF aus den Ebenen Bund, Sonderrechnungen des Bundes, Länder und Gemeinden inklusive deren Zweckverbänden zusammen. Sonderrechnungen der Länder werden nicht gesondert aufgeführt, sind aber im ÖGH berücksichtigt. Die Projektion des BMF enthält – im Gegensatz zu den Zahlen des Statistischen Bundesamtes zum ÖGH nicht die Ebene der Sozialversicherung.1 Die BMF-Projektion zeigt, dass sich der Finanzierungssaldo des ÖGH in diesem Jahr um mehr als 100 Mrd. € auf voraussichtlich - 112 ½ Mrd. € verschlechtern wird, im kommenden Jahr sogar auf - 132 1/2 Mrd. € (Tabelle 1). Aufgrund der erheblich

¹ Die zukünftige Entwicklung der Sozialversicherung wird von der Bundesregierung allein in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) geschätzt. Diese fließt in die Projektion des gesamtstaatlichen Finanzierungssaldos in der VGR-Abgrenzung ("Maastricht-Defizit") ein, siehe dazu Abschnitt 3. verschlechterten Ausgangslage wird das Defizit des Öffentlichen Gesamthaushalts bis 2013 voraussichtlich nur auf - 69 1/2 Mrd. € abgebaut werden. Dieses Gesamtbild ergibt sich aus der im Folgenden dargestellten Entwicklung der einzelnen Ebenen des ÖGH.

2.1 Bund

Der Wachstumseinbruch und die Gegenmaßnahmen der Bundesregierung machen sich über den gesamten Finanzplanungszeitraum im Bundeshaushalt bemerkbar. Um die automatischen Stabilisatoren voll wirken zu lassen, werden insbesondere die aus der Krise resultierenden Mehrausgaben für den Arbeitsmarkt sowie die Steuermindereinnahmen über eine Erhöhung der Nettokreditaufnahme finanziert. Die Erhöhung des Verschuldungsspielraumes für 2009 spiegelt aber auch die diskretionären Maßnahmenpakete der Bundesregierung wider. Dabei wurde das Konjunkturpaket I (u. a. steuerliche Entlastungen von Bürgern und Unternehmen im Umfang von rund 5 Mrd. €, Erhöhung der Bundesinvestitionen in den Bereichen Verkehr und Bauten um rund 1,3 Mrd. €) bereits in der ursprünglichen Haushaltsplanung für 2009 vom Dezember 2008 berücksichtigt, während der 1. Nachtragshaushalt 2009, der die Nettokreditaufnahme von ursprünglich 18,5 Mrd. € auf 36,8 Mrd. € erhöhte, insbesondere die haushaltsrechtliche Grundlage für die einnahmeseitigen Maßnahmen aus dem Konjunkturpaket II geschaffen hat (u. a. steuerliche Maßnahmen im Umfang von rund 5 Mrd. €, Aufstockung des Zuschusses an die Gesetzliche Krankenversicherung (GKV) um 3,2 Mrd. €, rund 170 Mio. € für die Erhöhung des Arbeitslosengeld-II-Kinderregelsatzes von 60 % auf 70 %). Die nochmals pessimistischeren Einschätzungen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung haben eine Erhöhung der ausgewiesenen Neuverschuldung des Bundes im Rahmen eines 2. Nachtragshaushalts auf 49,1 Mrd. € notwendig gemacht. Zählt man auch die zur Stabilisierung der Konjunktur und der Finanzmärkte

KURZ- UND MITTELFRISTIGE PERSPEKTIVEN DER ÖFFENTLICHEN HAUSHALTE IN DEUTSCHLAND

Tabelle 1: Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts bis 2013 nach Ausgaben- und Einnahmearten

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2008	2009	2010	2011	2012	2013	
in Mrd. €							in % gegenüber Vorjahr						
I. Ausgaben													
Personalausgaben	178,3	184	188	192	196	200	2,5	3 ½	2	2 ½	2	2	
Laufender Sachaufwand	80,4	83 ½	85 ½	85 ½	87	88 ½	4,7	4	2	- 0	2	1 7	
Zinsausgaben an andere Bereiche	67,0	67 ½	67	70 ½	76 ½	84	1,7	1/2	-1/2	5	9	9)	
Sachinvestitionen	35,1	40	41 ½	38	36 ½	36 ½	3,9	14	3	-8	-4		
Sonstige Ausgaben	313,8	365	360	350	344	336	6,8	16 ½	-1 ½	-3	-1 ½	-2)	
Insgesamt	675,4	739 ½	740	733 ½	738	742 ½	4,4	9 ½	0	-1	1/2	į	
II. Einnahmen													
Steuern	561,4	524 ½	508 ½	526	553 ½	574 ½	4,3	-6 ½	- 3	3 ½	5	4	
Sonstige	106,2	101 ½	98	98	98 ½	98	-7,2	-4 ½	-3 ½	0	1/2		
Insgesamt	667,5	626	606 ½	624	651 ½	672 ½	2,3	-6	-3	3	4 ½	3	
III. Finanzierungssaldo	-7,4	-112 ½	-132 ½	- 109	-85 ½	-69 ½							

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Stand: Finanzplanungsrat Juli 2009.

beschlossenen Sondervermögen, den "Investitions- und Tilgungsfonds" sowie den "Finanzmarktstabilisierungsfonds", hinzu, wird die Neuverschuldung des Bundes im Jahr 2009 noch deutlich höher ausfallen (Tabelle 2).²

2010 steigt die Nettokreditaufnahme dem Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt zufolge auf rund 86 Mrd. €, den höchsten Wert in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Dieser erhebliche Anstieg im Vergleich zur ursprünglichen Planung ist in einem Umfang von fast 42 Mrd. € auf Steuermindereinnahmen zurückzuführen. Davon sind rund 5,4 Mrd. € Mindereinnahmen aus den Konjunkturpaketen I und II, der
Rest beruht auf der verschlechterten
Konjunkturentwicklung. Zusätzlich
sind für das Jahr 2010 knapp 30 Mrd. €
Mehrausgaben im Bereich Arbeitsmarkt
sowie für Maßnahmen von rund 9 Mrd. €
im Rahmen der Konjunkturpakete I und
II veranschlagt (u. a. 6,3 Mrd. € erhöhter
Zuschuss an die GKV, 1,2 Mrd. € höhere
Investitionen). In den nachfolgenden Jahren
2011 bis 2013 wird die Neuverschuldung wieder
schrittweise abgebaut. Aufgrund des hohen
Ausgangsniveaus sieht der Finanzplan für das
Jahr 2013 aber noch eine Neuverschuldung des
Bundes von rund 46 Mrd. € vor.

² Insbesondere die Ausgaben des Bundes für das Investitionsprogramm im Rahmen des Zukunftsinvestitionsgesetzes sowie für die "Umweltprämie" werden komplett über den Investitions- und Tilgungsfonds finanziert, siehe dazu Abschnitt 2.2.

KURZ- UND MITTELFRISTIGE PERSPEKTIVEN DER ÖFFENTLICHEN HAUSHALTE IN DEUTSCHLAND

Tabelle 2: Entwicklung der öffentlichen Haushalte bis 2013 nach staatlichen Ebenen

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2008	2009	2010	2011	2012	2013	
	in Mrd. €						in % gegenüber Vorjahr						
I. Ausgaben													
Bund	282,3	303 ½	327 ½	321	318 ½	313 ½	4,4	7 ½	8	-2	-1	-1 ½	
Länder	274,9	289	286 ½	288	292 ½	298	3,8	5	-1	1/2	1 ½	2	
Gemeinden	167,3	175	179	180	183	186	4,1	4 ½	2 ½	1/2	1 ½	1 ½	
Sonderrechnungen des Bundes ¹ Öffentlicher	46,8	73	51	46 ½	46	47 ½	14,9	56 ½	-30	-9 ½	-1 ½	3 ½	
Gesamthaushalt	675,4	739 ½	740	733 ½	738	742 ½	4,4	9 ½	0	-1	1/2	1/2	
II. Einnahmen													
Bund	270,5	254	241 ½	249	259 ½	267 ½	5,8	-6	-5	3	4	3	
Länder	274,5	261	256	260	269 ½	277	0,9	-5	-2	1 ½	3 ½	3	
Gemeinden	174,9	171 ½	167 ½	170	175	180	3,3	-2	-2 ½	1 ½	2 ½	3	
Sonderrechnungen des Bundes ¹	41,0	44	44 ½	45½	48	48 ½	5,4	7 ½	1	2 ½	5 ½	1	
Öffentlicher Gesamthaushalt	667,5	626	606 ½	624	651 ½	672 ½	2,3	-6	-3	3	4 ½	3	
III. Finanzierungssaldo													
Bund	-11,8	-49 ½	-86 ½	-72	-59	-46							
Länder	-0,4	-27 ½	-30 ½	-28	-23	-20 ½							
Gemeinden	7,6	-3 ½	-11 ½	- 10	-8	-6							
Sonderrechnungen des Bundes ¹	-5,8	-28 ½	- 6	-1/2	2 ½	1 ½							
Öffentlicher Gesamthaushalt	-7,4	-112 ½	-132 ½	-109	-85 ½	-69 ½							

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Stand: Finanzplanungsrat Juli 2009.

2.2 Sonderrechnungen des Bundes

Der Öffentliche Gesamthaushalt umfasst auch die Sonderrechnungen des Bundes.³ Insgesamt werden die Sonderrechnungen im laufenden Jahr voraussichtlich Ausgaben und Einnahmen in Höhe von 73 Mrd. € beziehungsweise 44 Mrd. € verzeichnen. Dies führt zu einem Finanzierungssaldo von - 28 ½ Mrd. €. Im Jahr 2010 geht der Neuverschuldungsbedarf der Sonderrechnungen auf 6 Mrd. € zurück, ab 2012 dürften die Sonderrechnungen mit einem leichten Überschuss abschließen.

Den maßgeblichen Anteil am überdurchschnittlich hohen

³ Dazu zählen das ERP-Sondervermögen, der Entschädigungsfonds, das Bundeseisenbahnvermögen, der Erblastentilgungsfonds, die Versorgungsrücklage des Bundes und der Versorgungsfonds des Bundes, der Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation e. V., das Sondervermögen Kinderbetreuungsausbau, der Investitions- und Tilgungsfonds, der Finanzmarktstabilisierungsfonds und das Sondervermögen Vorsorge für Schlusszahlungen für inflationsindexierte Bundeswertpapiere. Auch die Finanzierungsanteile Deutschlands an der Europäischen Gemeinschaft werden technisch als Sonderrechnung in den Öffentlichen Gesamthaushalt einbezogen.

¹ ERP-Sondervermögen, Bundeseisenbahnvermögen, EU-Finanzierung, Versorgungsrücklage des Bundes, Versorgungsfonds des Bundes, Erblastentilgungsfonds, Entschädigungsfonds, Sondervermögen Kinderbetreuungsausbau, Investitions- und Tilgungsfonds, BPS-PT (Postbeamtenversorgungskasse), SoFFin (Finanzmarktstabilisierungsfonds) und Sondervermögen Vorsorge für Schlusszahlungen für inflationsindexierte Bundeswertpapiere.

KURZ- UND MITTELFRISTIGE PERSPEKTIVEN DER ÖFFENTLICHEN HAUSHALTE IN DEUTSCHLAND

Finanzierungsdefizit der Sonderrechnungen des Bundes im laufenden Jahr, aber auch an der Entwicklung in den kommenden Jahren haben der "Investitions- und Tilgungsfonds" (ITF) sowie der "Finanzmarktstabilisierungsfonds" (SoFFin).

- Der ITF ist ein zentrales Element zur kreditfinanzierten Umsetzung von Maßnahmen aus dem Konjunkturpaket II. Als Sondervermögen hat er eine eigene Kreditermächtigung erhalten, die sich auch wegen der zukünftigen Zinslasten auf bis zu 25,2 Mrd. € beläuft. Mit dem ITF bringt der Bund in den Jahren 2009 bis maximal 2011 konjunkturstützende Maßnahmen mit einem Gesamtvolumen von bis zu 20,4 Mrd. € auf den Weg. Den größten Anteil mit insgesamt 10 Mrd. € haben die Finanzhilfen nach Art 104 b GG zur Umsetzung von Zukunftsinvestitionen der Kommunen und Länder⁴. Weitere Elemente sind das Programm zur Stärkung der Pkw-Nachfrage ("Umweltprämie") mit bis zu 5 Mrd. €. die Investitionen im Bundesbereich mit bis zu 4 Mrd. €, die Ausweitung des Zentralen Investitionsprogramms Mittelstand mit bis zu 900 Mio. € sowie die Förderung anwendungsorientierter Forschung im Bereich Mobilität mit bis zu 500 Mio. €.
- Aufgabe des im Oktober 2008 durch das Finanzmarktstabilisierungsgesetz geschaffenen SoFFin ist es, Liquiditätsengpässe zu überwinden und die Eigenkapitalbasis von Finanzunternehmen zu stärken. Dazu kann er Garantien bis zu einer Höhe von 400 Mrd. € gewähren und im Falle der Inanspruchnahme aus Garantien Kredite in Höhe von bis zu 20 Mrd. € aufnehmen. Zur Finanzierung von Rekapitalisierungen und Risikoübernahmen kann der SoFFin Kredite bis zur Höhe von 80 Mrd. € aufnehmen. In der aktuellen BMF-Projektion des ÖGH ist

der SoFFin mit seinem zum Stichtag der Projektion eingegangenen finanziellen Engagement enthalten.

2.3 Länder

Nachdem die Länder 2007 in ihren öffentlichen Haushalten einen Überschuss von 9,5 Mrd. € und im vergangenen Jahr mit - 0,4 Mrd. € noch einen knapp ausgeglichenen Haushalt vorweisen konnten, schlägt in diesem und in den nächsten Jahren auch auf Länderebene die Finanz- und Wirtschaftskrise voll auf die Haushalte durch.

Analog zu den Steuereinahmen des Bundes gehen die Steuereinnahmen der Länder in den Jahren 2009 und 2010 spürbar zurück $(-8^{1}/_{2}\%$ beziehungsweise $-5^{1}/_{2}\%$). Erst ab 2011 nehmen sie parallel zur prognostizierten Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen wieder zu. Zwar steigen in den Jahren 2009 und 2010 die Einnahmen der Kapitalrechnung der Länder insbesondere aufgrund der Zuweisungen des Investitions- und Tilgungsfonds im Rahmen des Investitionsprogramms erheblich an. Sie können aber ein Sinken der Einnahmen insgesamt in beiden Jahren nicht verhindern (-5% auf 261 Mrd. € und -2% auf 256 Mrd. € in den Jahren 2009 beziehungsweise 2010). Erst ab 2011 dürften sich diese wieder ausweiten (2013: +3% auf 277 Mrd. €).

Bei den Ausgaben der Länder gibt es in diesem Jahr einen deutlichen Anstieg (+5% auf 289 Mrd. €). Mit einem Anteil von rund einem Drittel stellen die Personalausgaben den größten Ausgabenblock bei den Gesamtausgaben der Länderhaushalte dar. Für 2009 wird ein im Vergleich zum vergangenen Jahr merklicher Anstieg der Personalausgaben um 3 1/2 % auf 99 Mrd. € erwartet. Darin spiegelt sich vor allem der im März 2009 erfolgte Tarifabschluss für die Tarifbeschäftigten der Länder wider. Weitere Faktoren, die zur erheblichen Ausgabensteigerung im laufenden Jahr beitragen, sind der insbesondere durch das Konjunkturpaket II bedingte Anstieg

⁴ Hieran werden sich die Länder mit zusätzlich 3,3 Mrd. € beteiligen.

KURZ- UND MITTELFRISTIGE PERSPEKTIVEN DER ÖFFENTLICHEN HAUSHALTE IN DEUTSCHLAND

der Ausgaben der Kapitalrechnung um 26% (eigene Sachinvestitionen der Länder, investive Zuweisungen an die Kommunen sowie an Dritte) sowie die Kapitalerhöhung des Freistaats Bayern bei der Bayerischen Landesbank von 7 Mrd. € (2008 waren schon 3 Mrd. € aus dem Haushalt an die Bank geflossen). Demgegenüber sind die Kapitalerhöhungen Hamburgs und Schleswig-Holsteins für die HSH Nordbank sowie Baden-Württembergs bei der Landesbank Baden-Württemberg aus den jeweiligen Länderhaushalten ausgegliedert worden. Sie erhöhen aber die Ausgaben der Ländergesamtheit inklusive Sonderrechnungen um fast 5 Mrd. €. Im kommenden Jahr dürften die gesamten Ausgaben der Länderhaushalte leicht um 1% zurückgehen. Dieser Rückgang ist darauf zurückzuführen, dass die Kapitalerhöhung an die Bayerische Landesbank auf die Jahre 2008 und 2009 beschränkt ist und es allein dadurch zu einem Rückgang kommt, obwohl die Ausgaben für Personal, laufenden Sachaufwand, Zinsen und das Investitionsprogramm steigen. Im weiteren Verlauf der Finanzplanungsperiode ist mit einer Zunahme der Länderausgaben von 1/2% im Jahr 2011 und 2% im Jahr 2013 auf dann 298 Mrd. € zu rechnen.

Unter dem Strich ist im Jahr 2009 mit einer erheblichen Verschlechterung des Finanzierungssaldos der Länder auf -27 1/2 Mrd. € zu rechnen. Dieser dürfte sich im Jahr 2010 sogar noch auf -30 1/2 Mrd. € ausweiten. Im Finanzplanungszeitraum bis 2013 wird er dann voraussichtlich auf -20 1/2 Mrd. € abgebaut werden können.

2.4 Gemeinden

Auch auf Gemeindeebene sinken die Einnahmen sowohl in diesem als auch im nächsten Jahr. Bei den Steuereinnahmen ist mit einem Rückgang auf 63 ½ Mrd. € beziehungsweise 61 Mrd. € zu rechnen. Zwar ist im Jahr 2009 aufgrund der zeitverzögerten Reaktion auf die Steuereinnahmen der Länder noch ein Anstieg der Zuweisungen im

Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs zu erwarten, dieser kann aber die sinkenden Steuereinnahmen nicht kompensieren. In den Jahren 2011 bis 2013 dürften die Steuereinnahmen wieder zunehmen. Auch die Zuweisungen der Länder dürften sich im Finanzplanungszeitraum wieder erhöhen, aufgrund der weiterhin angespannten Finanzlage der Länder allerdings nur gedämpft.

Die Ausgaben der kommunalen Ebene nehmen dieses Jahr merklich um 41/2% auf 175 Mrd. € zu. Ein bedeutsamer Anteil dieses Ausgabenanstiegs ist auf zunehmende Personalausgaben zurückzuführen. Auch die sozialen Leistungen steigen über die gesamte Finanzplanungsperiode spürbar an. Bei den Ausgaben der Kapitalrechnung dürfte das kommunale Investitionsprogramm im Rahmen des Zukunftsinvestitionsgesetzes den eher abwärtsgerichteten Trend der Sachinvestitionen aufgrund der deutlich verschlechterten Finanzlage der Kommunen mehr als ausgleichen. Bei den Sachinvestitionen der Gemeinden und Gemeindeverbände ist daher in diesem Jahr mit einem Anstieg um 6 1/2 % auf 22 Mrd. € und im kommenden Jahr noch einmal um 4 ½ % auf 23 Mrd. € zu rechnen. Sobald der Effekt des Konjunkturpakets ausgelaufen ist, dürften die Sachinvestitionen in Anbetracht des erheblichen Konsolidierungsbedarfs der Kommunen wieder zurückgehen.

Unter dem Strich haben die Kommunen nach drei Überschussjahren in diesem Jahr mit einem negativen Finanzierungssaldo von - 3 ½ Mrd. € zu rechnen, der sich im kommenden Jahr sogar weiter auf -11 ½ Mrd. € verschlechtern dürfte. Im Finanzplanungszeitraum bis 2013 dürfte er dann auf - 6 Mrd. € zurückgehen.

KURZ- UND MITTELFRISTIGE PERSPEKTIVEN DER ÖFFENTLICHEN HAUSHALTE IN DEUTSCHLAND

3 Entwicklung der öffentlichen Haushalte in der Maastricht-Abgrenzung

3.1 Unterschied zwischen Finanzstatistik und Maastricht-Abgrenzung

Im Gegensatz zur Finanzstatistik, die auf die Kassenwirksamkeit der öffentlichen Finanzen abstellt, richtet sich die Entwicklung der öffentlichen Finanzen in der Abgrenzung der Maastricht-Rechnung, wie sie für die Haushaltsüberwachung im Rahmen des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts relevant ist, nach der Systematik der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR). Das führt neben kleineren Anpassungen zu zwei wesentlichen Veränderungen des finanzstatistischen Finanzierungssaldos.

Zum einen kommt es auf die Entstehung von Ausgaben und Einnahmen an. Das bedeutet beispielsweise, dass Steuereinnahmen nicht dann gebucht werden, wenn sie in die Staatskasse eingehen, sondern dem Zeitraum zugeordnet werden, auf den sie zurückzuführen sind. Üblicherweise wird z. B. die Lohnsteuer von den Unternehmen erst einen Monat später, d. h. für das Gehalt des vorangegangenen Monats, an das Finanzamt abgeführt. Dies hat zur Folge, dass in den VGR die Steuereinnahmen zeitlich entsprechend "zurückverschoben" werden. Bei Bauinvestitionen zählt der Baufortschritt und nicht der Zeitpunkt der Bezahlung des Investitionsprojekts.

Zum anderen werden nur vermögenswirksame Ausgaben und Einnahmen im Finanzierungssaldo in der Abgrenzung der VGR berücksichtigt. Das führt dazu, dass die finanzstatistischen Finanzierungssalden zusätzlich um den Saldo der finanziellen, also der nicht-vermögenswirksamen Transaktionen bereinigt werden. Hierzu zählen Erwerb und Veräußerungserlöse von Beteiligungen sowie Vergabe und Rückzahlung von Darlehen. In diesen Fällen kommt es zu keiner Veränderung

der Vermögensposition des Staates. So führt eine Darlehensvergabe anders als in der Finanzstatistik nicht zu einem Anstieg des Defizits, da dem Kassenausgang gleichzeitig ein Forderungserwerb gegenübersteht. Das Darlehen des Bundes an die Bundesagentur für Arbeit in Höhe von 20 Mrd. € im nächsten Jahr erhöht somit weder das Defizit des Bundes noch verringert sich dadurch das Defizit der Sozialversicherung. Bei Privatisierungserlösen findet nur ein Tausch von Beteiligungsvermögen gegen Kassenzugang statt. Umgekehrt stellt sich der Fall bei den Interventionen des Staates im Bankensektor dar, sodass es hier zu einer deutlichen Differenz zwischen dem Finanzierungssaldo in der Finanzstatistik und jenem in den VGR kommt. Während die Kapitalerhöhungen der Länder für ihre Landesbanken sowie die Rekapitalisierungen des Finanzmarktstabilisierungsfonds in der Finanzstatistik somit defiziterhöhend gebucht werden, sind sie im gesamtstaatlichen Finanzierungssaldo in der VGR-Abgrenzung nicht enthalten, da ihnen ein um diesen Betrag höheres Beteiligungsvermögen gegenübersteht. In der Projektion gemäß der VGR-Abgrenzung weist der Finanzmarktstabilisierungsfonds daher nur ein vergleichsweise geringes Defizit auf - aufgrund des teilweise oberhalb des Marktpreises liegenden Kaufpreises der Beteiligungen –, und die hierfür angelegten Sonderrechnungen der Länder schließen ohne Defizit ab.

Darüber hinaus hatte das Statistische Amt der Europäischen Union (Eurostat) im vergangenen Jahr entschieden, dass die Stützungsmaßnahmen der KfW Bankengruppe für die Deutsche Industriebank AG (IKB) vollständig als staatlich zu werten seien. Das bedingte eine Verschlechterung des Finanzierungssaldos des Bundes um 7,3 Mrd. € im Jahr 2007. Außerdem wurde die Kapitalerhöhung der BayernLB durch den Freistaat Bayern im Jahr 2008 in Höhe von 3 Mrd. € als defizitwirksam gebucht, da es sich hierbei um einen Verlustausgleich handelte. Allerdings sind diese beiden Buchungen

KURZ- UND MITTELFRISTIGE PERSPEKTIVEN DER ÖFFENTLICHEN HAUSHALTE IN DEUTSCHLAND

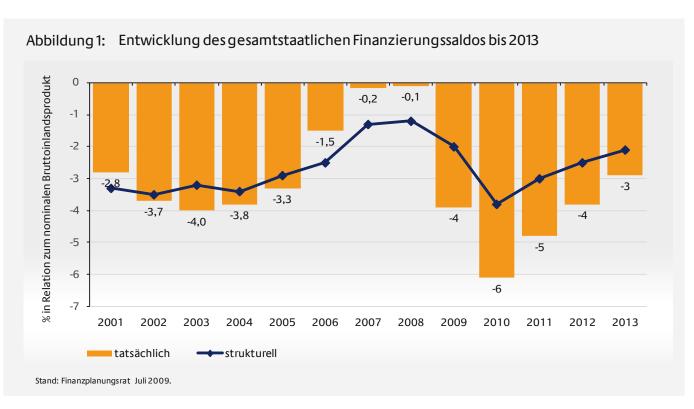
aufgrund einer neuen Eurostat-Entscheidung vom 15. Juli 2009 zur statistischen Behandlung von Stützungsmaßnahmen im Bankenbereich als finanzielle Transaktionen defizitneutral zu bewerten, sodass der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo in diesen beiden Jahren rückwirkend verbessert werden dürfte.

Während im vorangegangenen Abschnitt nur die Haushalte der Gebietskörperschaften berücksichtigt wurden, sind im gesamtstaatlichen Finanzierungssaldo in der Abgrenzung der VGR auch Einnahmen und Ausgaben der einzelnen Zweige der Sozialversicherung enthalten.

3.2 Entwicklung des gesamtstaatlichen Finanzierungssaldos

Analog zur Entwicklung der öffentlichen Haushalte in der Abgrenzung der Finanzstatistik und unter Berücksichtigung der Zu- und Absetzungen gemäß der Definition der VGR erhöht sich das Maastricht-Defizit in diesem und im folgenden Jahr deutlich, nachdem in den beiden Vorjahren noch nahezu ausgeglichene Staatshaushalte erreicht worden waren. Dabei kommt es auch im Bereich der Sozialversicherung – hauptsächlich durch die drastische Verschlechterung der Haushaltssituation der Bundesagentur für Arbeit – zu hohen Defiziten, die über den Finanzplanungszeitraum nur wenig abgeschmolzen und gemäß der Finanzplanung des Bundes durch Darlehen finanziert werden.

In diesem Jahr steigt das gesamtstaatliche Defizit somit auf 4% in Relation zum BIP und erreicht im kommenden Jahr rund 6% des BIP. In den Folgejahren kann es bis 2013 voraussichtlich auf knapp unter die für die Einhaltung des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts relevante Grenze von 3% des BIP zurückgeführt werden (Abbildung 1). Ab dem Jahr 2001 müssen seitens des Bundes strukturelle Konsolidierungsmaßnahmen von jährlich durchschnittlich 1/4% des BIP zur Einhaltung der dann in Kraft tretenden neuen Schuldenregel ergriffen werden. Diese sind zwar als Konsolidierungsbedarf in der



KURZ- UND MITTELFRISTIGE PERSPEKTIVEN DER ÖFFENTLICHEN HAUSHALTE IN DEUTSCHLAND

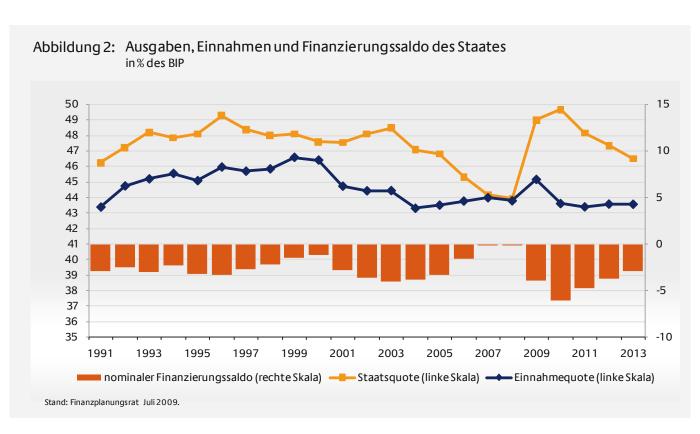
Finanzplanung des Bundes berücksichtigt, müssen aber noch in konkrete Maßnahmen umgesetzt werden.

Die deutliche Verschlechterung der Haushaltsposition ist sowohl konjunkturell als auch strukturell begründet. Zur Ermittlung des strukturellen Finanzierungssaldos wird der tatsächliche Finanzierungssaldo um konjunkturbedingte Effekte und Einmalmaßnahmen bereinigt.

Der konjunkturelle Finanzierungssaldo ergibt sich aus dem Saldo der konjunkturbedingten Mindereinnahmen und Mehrausgaben. also allein aus dem Wirkenlassen der sogenannten automatischen Stabilisatoren. Angesichts der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise sind deutliche Steuermindereinnahmen in diesem Jahr, aber auch in den kommenden Jahren im Vergleich zu einer konjunkturellen Normallage zu erwarten. Auch auf der Ausgabenseite dürften die konjunkturell bedingten Arbeitsmarktausgaben kräftig ansteigen. Dies führt dazu, dass sich der

konjunkturelle Finanzierungssaldo von einem Überschuss im letzten auf ein deutliches Defizit in diesem Jahr verschlechtert.

Das strukturelle Defizit steigt aufgrund der diskretionären Maßnahmen der Konjunkturpakete ebenfalls an (Abbildung 1). Einmalmaßnahmen, zu denen im vergangenen Jahr insbesondere die staatlichen Stützungsmaßnahmen für den Bankenbereich zählten, aber auch die in den VGR bereits im vergangenen Jahr gebuchte Rückzahlung der Pendlerpauschale aufgrund des Urteils des Bundesverfassungsgerichts, wirkten 2008 mindernd auf das strukturelle Defizit. Im nächsten Jahr kommt es wieder zu einem das strukturelle Defizit mindernden Einmaleffekt, da dann der größte Effekt aus dem sogenannten Meilicke-Urteil zu erwarten ist. Danach wird es zu geringeren Steuereinnahmen aufgrund der Anrechnung im Ausland gezahlter Steuern auf Dividenden kommen. Die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen ab dem Jahr 2011 geht mit einem Rückgang des strukturellen Defizits bis auf



KURZ- UND MITTELFRISTIGE PERSPEKTIVEN DER ÖFFENTLICHEN HAUSHALTE IN DEUTSCHLAND

rund 2% in Relation zum BIP am Ende des Finanzplanungszeitraums einher.

3.3 Entwicklung der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben

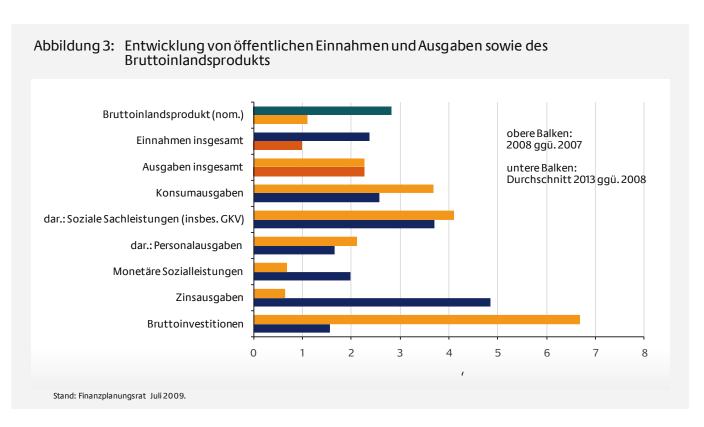
Nachdem im vergangenen Jahr die Einnahmeund Ausgabenquote des Staates, also das Verhältnis von staatlichen Einnahmen beziehungsweise Ausgaben zum BIP, nahezu identisch waren, reißt in diesem Jahr die Schere zwischen den beiden Quoten wieder deutlich auf (Abbildung 2).

Dies ist allein auf den drastischen
Anstieg der Staatsquote von 43,9 % auf
49 % zurückzuführen, während die
Einnahmequote von 43,8 % auf 45 % ansteigt.
Die Zunahme der Einnahmequote ist
dadurch begründet, dass der Rückgang der
Steuereinnahmen und insbesondere auch
der Sozialversicherungsbeiträge weniger
stark ausfällt als der Einbruch des BIP.
Allerdings kommt es aufgrund des Basiseffekts
auch in den Folgejahren zu geringeren
Steuereinnahmen, sodass die Steuerquote und

damit auch die staatliche Einnahmequote im nächsten Jahr deutlich niedriger ausfallen. Im weiteren Finanzplanungszeitraum kommt es nur zu einem geringfügigen Wiederanstieg der Einnahmequote auf 43 $^{1}/_{2}$ %. Die Staatsquote steigt dagegen auch im Jahr 2010 nochmals leicht auf 49 $^{1}/_{2}$ %, bevor sie in den Folgejahren wieder sukzessive bis auf 46 $^{1}/_{2}$ % im Jahr 2013 zurückgeht.

Vergleicht man die Einnahmen- und Ausgabenentwicklung des vergangenen Jahres mit jener, die für den gesamten Finanzplanungszeitraum zu erwarten ist, so zeigt sich mehr als eine Halbierung der Einnahmendynamik: Der Zuwachs geht – ähnlich zur Entwicklung des nominalen BIP – von 2,4% im vergangenen Jahr auf jahresdurchschnittlich 1% im Zeitraum 2008 bis 2013 zurück. Demgegenüber bleibt die Entwicklung der Ausgaben mit im Durchschnitt etwas mehr als 2% p. a. nahezu unverändert (Abbildung 3).

Der gleichbleibende Ausgabenzuwachs verdeckt allerdings die unterschiedliche



KURZ- UND MITTELFRISTIGE PERSPEKTIVEN DER ÖFFENTLICHEN HAUSHALTE IN DEUTSCHLAND

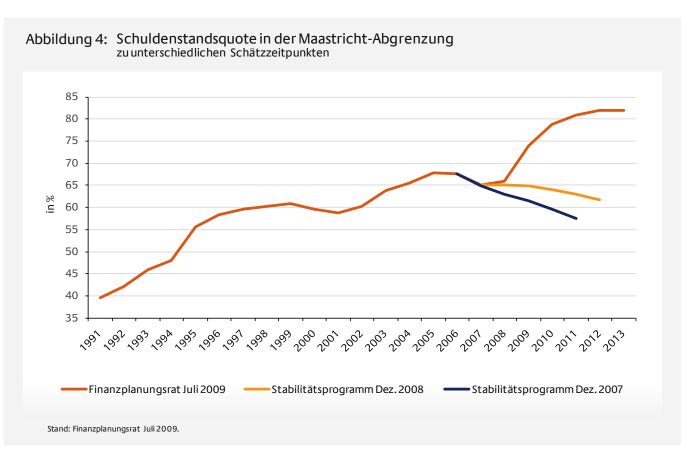
Entwicklung der einzelnen Komponenten der Ausgaben. So schwächt sich die Dynamik der staatlichen Konsumausgaben, des mit einem Anteil von etwa 41% größten Ausgabepostens, deutlich ab. Hierzu tragen alle Teilkomponenten bei, insbesondere auch die sozialen Sachleistungen und die Personalausgaben. Demgegenüber kommt es bei den monetären Sozialleistungen als zweitgrößtem Ausgabenposten (Anteil von 38%) angesichts der schlechteren Arbeitsmarktlage zu einer spürbaren Zunahme ihrer Dynamik.

Infolge der außerordentlich starken Zunahme der Neuverschuldung auf allen Ebenen werden die Zinsausgaben in den kommenden Jahren an Bedeutung gewinnen: Während sie im vergangenen Jahr noch lediglich um 0,6 % gestiegen sind, wird ihr Zuwachs im Finanzplanungszeitraum bei 5 % p. a. liegen. Umgekehrt verhält es sich mit der Entwicklung der Bruttoinvestitionen, die im

vergangenen Jahr aufgrund der günstigen Situation der öffentlichen Haushalte noch um 6,7 % zugenommen haben. Zwar wird die öffentliche Investitionstätigkeit durch die Konjunkturpakete in den Jahren 2009 bis 2011 nochmals deutlich expandieren. In den Folgejahren ist aber ein Rückgang auf unterhalb des für 2009 geschätzten Niveaus zu erwarten, sodass der Zuwachs der Bruttoinvestitionen nur bei jahresdurchschnittlich 1 ½ % liegen dürfte.

3.4 Entwicklung des Schuldenstands

Die zunehmend schlechteren Einschätzungen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und die damit einhergehende Verschlechterung der Situation der öffentlichen Haushalte – sowohl aufgrund der automatischen Stabilisatoren, aber auch infolge der ergriffenen Konjunktur- und Finanzmarktstabilisierungsmaßnahmen – haben die Prognosen zur Entwicklung der



KURZ- UND MITTELFRISTIGE PERSPEKTIVEN DER ÖFFENTLICHEN HAUSHALTE IN DEUTSCHLAND

Schuldenstandsquote in der Maastricht-Abgrenzung in den vergangenen eineinhalb Jahren deutlich verschlechtert: Während im Stabilitätsprogramm 2008 noch von einer zumindest am Ende des Finanzplanungszeitraums rückläufigen Schuldenstandsquote auszugehen war, ist heute für dieses Jahr ein markanter Anstieg der Staatsverschuldung auf 74% und in den folgenden Jahren eine weitere deutliche Zunahme auf einen Höchstwert von 82% im Jahr 2013 zu erwarten (Abbildung 4).

Zu beachten ist, dass der Schuldenstand in der Maastricht-Abgrenzung – im Gegensatz zum Maastricht-Defizit – die Rekapitalisierungsmaßnahmen des SoFFin sowie die Kapitalerhöhungen für die Landesbanken enthält. Außerdem wurde im vergangenen Jahr der Schuldenstand in der Maastricht-Abgrenzung – im Gegensatz zum Schuldenstand in finanzstatistischer Abgrenzung – um den Wert der von der SachsenLB und der WestLB in private Zweckgesellschaften ausgelagerten Risikopapiere in Höhe von insgesamt 40,5 Mrd. € (1,6 % des BIP) erhöht. Diese Erhöhung dürfte auch nach der Eurostat-Entscheidung vom 15. Juli 2009 weiterhin Bestand haben, da die Zweckgesellschaften insbesondere eines der in der Entscheidung genannten ausschlaggebenden Kriterien für eine Buchung außerhalb des Staates - nämlich die kurzfristige Dauer der Einrichtung - nicht erfüllen.

4 Fazit und Ausblick

Die drastische Verschlechterung der Situation der öffentlichen Haushalte bis in das kommende Jahr hinein ist durch die Verwerfungen am Finanzmarkt und den konjunkturellen Einbruch sowie die dagegen in Angriff genommenen staatlichen Maßnahmen bedingt und begründet. Im Zuge einer Rückkehr zu "normalen Zeiten" müssen daher kräftige Konsolidierungsanstrengungen unternommen werden, um einerseits die ab 2011 auf nationaler Ebene wirksam werdende neue Schuldenregel und andererseits auch den Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt mit einer wieder unter 3 % liegenden Defizitquote einzuhalten.

Im Finanzplan des Bundes wurden die Konsolidierungserfordernisse dargestellt. Die neue Schuldenregel verlangt, dass das Defizit des Bundeshaushalts im Jahr 2010, bereinigt um konjunkturelle Effekte sowie den Saldo der finanziellen Transaktionen, bis zum Jahr 2016 in gleichmäßigen Schritten auf die ab dann geltende Strukturkomponente von maximal 0,35 % des BIP zurückgeführt wird. Der ausgewiesene Konsolidierungsbedarf beläuft sich dabei auf jährlich rund ½ des BIP und muss durch Maßnahmen mit dauerhafter Wirkung erbracht werden.

Die Formulierung einer Konsolidierungsstrategie, mit der dieser in der Finanzplanung dargestellte Bedarf durch Maßnahmen gedeckt wird, muss deshalb eine der dringlichsten Aufgaben der neuen Bundesregierung nach der Bundestagswahl sein.

ZUSAMMENARBEIT DER ZOLLVERWALTUNGEN BEI DER BEKÄMPFUNG DER PRODUKT- UND MARKENPIRATERIE

Zusammenarbeit der Zollverwaltungen bei der Bekämpfung der Produkt- und Markenpiraterie

Die Ergebnisse des G8-Gipfels von L'Aquila - Italien - für den Schutz der Rechte des geistigen Eigentums

1	Einleitung	67
2	Rückblick auf die Beschlüsse der G8-Gipfel von Heiligendamm und Toyako zur	
	Zollzusammenarbeit	68
3	Die Fortsetzung des Heiligendammprozesses	68
4	Die Ergebnisse von L'Aquila für die Rechte des geistigen Eigentums	69
5	Die Arbeiten der G8-Expertengruppe für geistiges Eigentum	70
	Das Projekt INFO_IPR	
	Ausblick	

- Die Beschlüsse des G8-Gipfels von L'Aquila knüpfen bei der Bekämpfung der Produkt- und Markenpiraterie an die Arbeiten von Heiligendamm (2007) und Toyako (2008) an.
- Der sogenannte Heiligendammprozess wird auch in diesem Bereich für die Dauer von zwei Jahren fortgesetzt.
- Die Staats- und Regierungschefs unterstützen die Fortführung der Initiativen zu einem verbesserten Informationsaustausch zwischen den Zollverwaltungen der G8-Staaten und hier insbesondere das deutsche Projekt INFO IPR.

1 Einleitung

In der Zeit vom 8. bis 10. Juli 2009 fand im italienischen L'Aquila das Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der G8-Staaten statt. Wenn auch der Klimaschutz diesmal im besonderen Medieninteresse gestanden hatte, so standen unter der Überschrift "Weltwirtschaft" Themen wie die aktuelle Finanzkrise, globales Wachstum, Korruptionsbekämpfung, Energieversorgung sowie der Schutz der Rechte des geistigen Eigentums (Intellectual Property Rights: IPR) auf der Tagesordnung. Im Zuge der Gespräche wurde die Fortführung des sogenannten Heiligendammprozesses vereinbart.

Die Bundeskanzlerin Angela Merkel hatte im Juni 2007 in Heiligendamm im Rahmen der Gipfelgespräche bereits die Einleitung eines Prozesses angeregt, der im Rahmen einer hochrangigen Konferenz im September 2007 (G8-Sherpa-Treffen) dann verbindlich vereinbart wurde. Man hatte sich darauf verständigt, den Heiligendammprozess auf die Dauer von zwei Jahren festzuschreiben, einen Zwischenbericht beim japanischen Gipfel in Toyako (2008) und einen Schlussbericht während des Gipfels in Italien vorzulegen. Das diesem Prozess zugrunde liegende Papier basiert auf den Beschlüssen von Heiligendamm und führt die in der Gipfelerklärung zu Wachstum und Verantwortung in der Weltwirtschaft enthaltenen Elemente in

ZUSAMMENARBEIT DER ZOLLVERWALTUNGEN BEI DER BEKÄMPFUNG DER PRODUKT- UND MARKENPIRATERIE

einem einheitlichen Konzept zusammen. Dabei berücksichtigt das Konzept auch Gesichtspunkte der gemeinsamen Erklärung der deutschen G8-Präsidentschaft mit Brasilien, China, Indien, Mexiko und Südafrika (G5). Die vier Hauptthemen des Heiligendammprozesses sind Investitionen, Innovationen, Energieeffizienz und Entwicklungszusammenarbeit.

Unter dem Thema "Innovationen" werden insbesondere auch der Schutz der Rechte des geistigen Eigentums und die Zusammenarbeit der Zollverwaltungen bei der Bekämpfung der Marken- und Produktpiraterie diskutiert.

Die nachfolgenden Ausführungen geben hierzu einen allgemeinen Überblick.

2 Rückblick auf die Beschlüsse der G8-Gipfel von Heiligendamm und Toyako zur Zollzusammenarbeit

Eine aus Sicht des Zolls wichtige Arbeit stellten in Heiligendamm die vom Bundesministerium der Finanzen in Zusammenarbeit mit den Bundesministerien für Inneres und Justiz entwickelten "Leitlinien für die Zusammenarbeit der Zoll- und anderer Strafverfolgungsbehörden" dar. Bedeutender Bestandteil dieser Leitlinien ist der Vorschlag zur Schaffung eines Informationssystems zur effizienteren Bekämpfung der Produktund Markenpiraterie. Der Arbeitstitel lautet INFO_IPR (Information System on Intellectual Property Rights).

Die für den Gipfel 2008 in Toyako von der japanischen Präsidentschaft entwickelten Musterleitlinien für den Austausch von Informationen (Model Arrangements) stellen eine Grundsatzarbeit dar, die in der Zukunft bei Verhandlungen über bilaterale Abkommen zum Informationsaustausch zwischen einzelnen Staaten als Muster hilfreich sein wird.

Insgesamt stellte die japanische Gipfelerklärung samt Anhängen eine ausgewogene Ergänzung und Fortführung der Beschlüsse von Heiligendamm im Bereich der Rechte des geistigen Eigentums dar. Zudem wurden auch bereits in Toyako die internationalen Verhandlungen zum sogenannten Anti-Counterfeiting Trade Agreement (ACTA) ausdrücklich begrüßt. Ziel dieses Abkommens ist es, einen effizienteren Rahmen für die internationale Bekämpfung der Produkt- und Markenpiraterie zu schaffen. Zu den Verhandlungsteilnehmern gehörten Staaten wie Australien, Japan, Jordanien, Kanada, Korea, Mexiko, Marokko, Neuseeland, Singapur, die Schweiz, die USA, die Vereinigten Arabischen Emirate sowie die Europäische Union.

3 Die Fortsetzung des Heiligendammprozesses

Die Staats- und Regierungschefs haben sich im Juli 2009 in L'Aquila für eine Verlängerung des Prozesses ausgesprochen. Deutschland hatte bereits im Vorfeld eine solche Verlängerung auch hinsichtlich einer weiteren Behandlung des Themas "Innovation und geistiges Eigentum" angestrebt, da diese Frage auch bisher in einer der vier hochrangigen Arbeitsgruppen behandelt wurde. Deutschland hatte dabei immer betont, dass das wirtschaftliche Interesse an Innovationsförderung und an dem effektiven Schutz der Rechte des geistigen Eigentums, einschließlich der Bekämpfung der Produktpiraterie, auch in den G5-Staaten fortbestehe. Die bisher geleistete Arbeit sollte - so die deutsche Argumentation genutzt werden, um in einem zweiten Schritt konkretere Strategien zum Schutze des geistigen Eigentums zu erarbeiten.

Während Frankreich und Großbritannien schon frühzeitig vor dem G8-Gipfel ihre Unterstützung für eine etwaige Verlängerung signalisierten, zeigten sich Russland, Kanada und Japan zunächst eher unentschlossen.

ZUSAMMENARBEIT DER ZOLLVERWALTUNGEN BEI DER BEKÄMPFUNG DER PRODUKT- UND MARKENPIRATERIE

Frankreich hatte stets betont, dass nach dem Erfolg des G20-Gipfels in London die Aufgabenteilung und Abgrenzung zwischen den Formaten Heiligendamm G8+5 und G20 eine große Herausforderung darstelle. Es bezeichnete das Format G8+5, das bereits im Heiligendammprozess seine Fähigkeit zur Überwindung von Blockaden unter Beweis gestellt und zur Konsensbildung beigetragen habe, als eine Art Brücke zu den G20, die es zu unterstützen gelte. Die USA vertraten die Auffassung, dass insbesondere der Mehrwert in den Arbeitsstrukturen unterhalb der politischen Ebene zu erkennen sein müsse. Die Frage des Mehrwertes der verschiedenen Formate wurde daher bereits im Vorfeld des G8-Gipfels ausführlich diskutiert.

Die italienische Präsidentschaft strebte stets eine Verlängerung um zwei Jahre mit stärkerer politischer Ausrichtung des Heiligendammprozesses an.

Mit dem nunmehr gefundenen Konsens einer zweijährigen Verlängerung unter der Bezeichnung Heiligendamm–L'Aquila-Prozess (HAP) haben die Staats- und Regierungschefs der G8+5-Staaten und die Europäische Kommission ein beeindruckendes Zeichen für eine engere Zusammenarbeit "auf gleicher Augenhöhe" gesetzt (Absatz 10 der Gipfelerklärung). In den hierzu veröffentlichten Gipfeldokumenten bezeichnen sich die Parteien als Partner des HAP.

Ein Zwischenbericht über die Fortschritte der Zusammenarbeit soll 2010 beim kanadischen G8-Gipfel in Muskoka, der Schlussbericht 2011 in Frankreich vorgelegt werden.

Der sich konstituierende Lenkungsausschuss unter Leitung je eines Vertreters aus einem G8und einem G5-Staat wird die zu behandelnden Themen noch genauer festlegen, jedoch dürfte die Befassung mit Fragen wie Innovation, Investitionsfreiheit, Entwicklungshilfe, Energiepolitik usw. als sicher gelten. Gleichzeitig soll dem Lenkungsausschuss genügend Flexibilität eingeräumt werden, auch andere gerade aktuelle Themen aufzugreifen.

Erfreulich ist aus Sicht des Zolls auch, dass das Thema "Schutz der Rechte des geistigen Eigentums" im Rahmen des HAP weiter behandelt werden soll.

4 Die Ergebnisse von L' Aquila für die Rechte des geistigen Eigentums

Das Thema "Innovation und Rechte des geistiges Eigentums" wird in den Absätzen 54-59 der G8-Gipfelerklärung behandelt.

Die Staats- und Regierungschefs betonen im Wesentlichen, dass Innovation und Wissen Schlüsselfaktoren sind, um den Aufschwung zu unterstützen und die Weltwirtschaft auf einen nachhaltigen Wachstumspfad zu bringen. Innovationen sollen im Hinblick auf langfristige Herausforderungen und Aufgaben beschleunigt werden, um auf diese Weise die Entwicklung von neuen Industrien, Gesellschaften und Dienstleistungen zu fördern. Gleiches gelte für die Förderung von Forschung, Unternehmertum, Bildung, grünen Technologien und von Investitionen in die Infrastruktur sowie in die Informations- und Kommunikationstechnologie (Absatz 54).

Des Weiteren wird festgestellt, dass eine stärkere internationale Zusammenarbeit und wirksamere Mechanismen für die Verbreitung von Innovation in all ihren Formen sowohl in den bereits entwickelten Staaten als auch in den Schwellenländern erforderlich seien. In diesem Zusammenhang würdigen die Staatsund Regierungschefs ausdrücklich den Beitrag der OECD zur Schaffung von Mechanismen für die Überwachung von Veränderungen des Innovationsprozesses, seiner Verbreitung und seinen Einflüssen auf Innovationspolitiken (Absatz 55).

ZUSAMMENARBEIT DER ZOLLVERWALTUNGEN BEI DER BEKÄMPFUNG DER PRODUKT- UND MARKENPIRATERIE

Der wichtige Beitrag, den der Heiligendammprozess auch zur Stärkung der Rechte des geistigen Eigentums geleistet hat, wird ausdrücklich hervorgehoben. Der Prozess habe das allgemeine Verständnis für eine unterschiedliche Prioritätensetzung in den Partnerländern, für die sozioökonomischen Aspekte des geistigen Eigentums und für die Ansätze, die Leistungsfähigkeit des internationalen Systems zum Vorteil aller zu stärken, geschärft (Absatz 56).

Es wird weiterdargelegt, dass Innovation über ein wirksames Rechtssystem des geistigen Eigentums gefördert werden könne. Die zunehmende Inanspruchnahme der Rechte des geistigen Eigentums auf internationaler Ebene habe diesen eine Schlüsselrolle in verschiedenen Sektoren wie dem Handel, der Industriepolitik, dem Gesundheitswesen, der Verbrauchersicherheit, dem Umweltschutz und dem Internet verschafft. In diesem Zusammenhang werden die zentrale Rolle, die die Weltorganisation für geistiges Eigentum (WIPO, World Intellectual Property Organization) in der Förderung einer integrierten Vision und der damit zusammenhängenden Entwicklung des internationalen Systems spielt, betont und eine globale Patentharmonisierung angemahnt (Absatz 57).

Weiterhin werden die Arbeiten der IPEG, auf die unter Gliederungspunkt 5 näher eingegangen wird, begrüßt. Die Verhandlungen zum ACTA, dem Anti-Counterfeiting Trade Agreement, werden als ein wichtiges Instrument angesehen, Standards für die Durchsetzung der Rechte des geistigen Eigentums zu schaffen und die internationale Zusammenarbeit zu stärken, um gegen die Produktpiraterie vorzugehen. Mit demselben Ziel sollen die bi- und multilaterale Zusammenarbeit der Zollverwaltungen und der Informationsaustausch durch das deutsche Projekt INFO_IPR unter Berücksichtigung der während der japanischen Präsidentschaft erarbeiteten Musterleitlinien (Model Arrangements) für den bilateralen

Informationsaustausch vorangetrieben werden (Absatz 58).

Absatz 59 konstatiert im Ergebnis lediglich, dass das Verständnis des Themas "Internet" mit seinen Chancen und Gefahren in der Zukunft vertieft beleuchtet werden solle.

5 Die Arbeiten der G8-Expertengruppe für geistiges Eigentum

Die Mitglieder der G8-Expertengruppe für geistiges Eigentum (IPEG: Intellectual Property Experts Group) trafen sich in Rom vom 2. bis 4. Februar und vom 27. bis 28. April 2009, um Strategien und Maßnahmen zur Verbesserung des IP-Systems zu diskutieren und zu entwickeln. In Anbetracht der Komplexität der Ansätze im Zollbereich hatte sich die Präsidentschaft dafür entschieden, eine IP-Zollgruppe (Customs Subgroup) unterhalb der IPEG einzurichten. Die Zollgruppe tagte zeitgleich in Rom, die erzielten Ergebnisse flossen in die Beschlüsse der IPEG mit ein.

a) Die Bedeutung des Heiligendammprozesses für die Förderung und den Schutz von Innovation

Die IPEG befürwortet ausdrücklich die Verlängerung des Heiligendammprozesses und seine Befassung mit IP-Themen. Der G8+5-Dialog habe eine wichtige Rolle für das allgemeine Verständnis für die Bedeutung eines effizienten, ausgewogenen Systems von IP-Rechten gespielt.

b) Das Anti-Counterfeiting Trade Agreement (ACTA)

Die IPEG bezeichnet die Verhandlungen zum ACTA und den erwarteten Abschluss als eine historische Gelegenheit, auf den vorhandenen multilateralen Strukturen aufzubauen, um wirksame Abschreckungsmittel gegen IP-Verbrechen zu stärken und die Harmonisierung und Verbesserung der

ZUSAMMENARBEIT DER ZOLLVERWALTUNGEN BEI DER BEKÄMPFUNG DER PRODUKT- UND MARKENPIRATERIE

Standards von Staaten zum Schutz von IP-Rechten zu fördern.

c) Die OECD-Studie über den Einfluss der Produktpiraterie auf die Volkswirtschaft

Die IPEG begrüßt die Studie der OECD im Bereich des geistigen Eigentums. Innovationsprozesse werden durch Markenund Produktpiraterie zunehmend bedroht, wobei die Initiativen der Regierungen und der Wirtschaft zur Bekämpfung des Phänomens wegen dessen Ausmaßes und der Komplexität der illegalen Aktivitäten erheblich erschwert werden.

In diesem Zusammenhang wertet die IPEG die noch andauernde OECD-Studie über den Einfluss der Produktpiraterie auf die Volkswirtschaft als eine wertvolle Arbeit. Phase I (Produktfälschung) und Phase II (digitale illegale Vervielfältigung) der Studie stellen ein wichtiges Fundament für die Problembewältigung dar. Die IPEG begrüßt den bevorstehenden Beginn der Phase III, die allen anderen Formen von IP-Verstößen gewidmet ist, und fordert Regierungen und Wirtschaft auf, die OECD weiterhin bei der Studie zu unterstützen.

d) Die sogenannte Okinawa Charter

Bereits während des japanischen G8-Gipfels im Jahre 2000 in Okinawa haben die Staatsund Regierungschefs die Okinawa Charter zur globalen Informationsgesellschaft verabschiedet, welche die Nutzung von Informationstechnologie durch Hoheitsträger (Regierungen, Verwaltungen etc.) unter Beachtung der entsprechenden Rechte des geistigen Eigentums fordert.

Es wurde konstatiert, dass Regierungen die besondere Pflicht haben, als gutes Beispiel im Kampf gegen die Produktpiraterie voranzugehen. In Übereinstimmung mit dieser Ansicht waren die Teilnehmer am Gipfel von Toyako 2008 bereit, das Okinawa-Charter-Engagement nochmals zu verstärken, um sicherzustellen, dass Regierungen

Informationstechnologie unter voller Einhaltung des IP-Rechtsschutzes verwenden.

Der IPEG hat nunmehr konkrete Leitlinien entwickelt, die dazu beitragen werden, dieses Ziel zu erreichen.

e) Die globale Patent-Harmonisierung und die internationale Patentzusammenarbeit

Die Zahl der weltweiten Patentanmeldungen hat in der jüngeren Vergangenheit stark zugenommen und erreichte im Jahr 2006 - neuere Erhebungen liegen nicht vor - 76 Mio. Anmeldungen. Die Zahl von Patentbewilligungen erreichte damals 727 000, eine Zunahme von circa 18 % gegenüber 2005. Im Jahr 2006 entfiel auf die fünf größten Patentämter (USA, Japan, das Europäische Patentamt, Korea und China) ein Anteil von 76,5 % an den weltweiten Gesamtpatentbewilligungen.

Der fortwährende Genehmigungsstau und der damit verbundene enorme bürokratische Aufwand veranlassen die IPEG, eine schnellere weltweite Harmonisierung des Patentsystems anzumahnen. In diesem Zusammenhang begrüßt die IPEG die Verstärkung der Patentzusammenarbeit einschließlich der Initiativen zur Arbeitsteilung.

f) Die Stärkung der bilateralen Zusammenarbeit zwischen den G8 Zollbehörden

Die IPEG hat die bereits in Toyako entworfenen Musterleitlinien (Model Arrangements) für den bilateralen Austausch von Informationen zur Bekämpfung der Produktpiraterie abschließend gebilligt. Die kürzlich eingeleiteten Verhandlungen für ein bilaterales Zollkooperationsabkommen zwischen Italien und Japan werden begrüßt.

ZUSAMMENARBEIT DER ZOLLVERWALTUNGEN BEI DER BEKÄMPFUNG DER PRODUKT- UND MARKENPIRATERIE

g) Die Stärkung der multilateralen Zusammenarbeit zwischen den G8-Zollbehörden

Die IPEG begrüßte die zweite Pilotphase von INFO_IPR und die in diesem Zusammenhang durchzuführende Evaluierung im Oktober 2009 in Berlin. Einzelheiten finden sich unter Gliederungspunkt 6.

h) Die G8-Pilotpläne im Bereich der Technischen Hilfe/Unterstützung

In Heiligendamm wurden die "Richtlinien für die Technische Hilfe im IP-Bereich für interessierte Entwicklungsländer" begrüßt. Drei Pilotpläne für technische Hilfe wurden damals durch Japan in Südafrika, die USA in Indonesien und Großbritanien in der Dreiländerregion Argentinien, Brasilien und Paraguay gestartet. Die IPEG begrüßt den Fortschritt jener Pläne und den Start neuer Projekte durch Frankreich in Marokko, Deutschland in Jordanien und den USA in Nigeria.

i) Das Internet und die digitale illegale Vervielfältigung

Das Internet und die neuen Technologien haben auf die weltweite Verbreitung der digitalen illegalen Vervielfältigungen drastisch eingewirkt, mit extremen Folgen für die Musik-, Film- und Softwareindustrien einschließlich der Urheberrechte und der Kreativität als Ganzes.

Ähnlich wie im Bereich des Patentrechts stößt auch hier die IPEG an Grenzen. Daher verwundert der Beschluss, sich künftig vertieft mit der Thematik zu befassen, Experten nicht sonderlich.

Zwar gelten "online" im Grundsatz dieselben Regelungen wie "offline". Schwierig ist deren Durchsetzung. Die nationale politische Diskussion hierzu ist in Deutschland insbesondere im Hinblick auf die Rechte der Nutzer und den Datenschutz - noch nicht abgeschlossen. Im Rahmen eines Wirtschaftsdialogs mit Rechteinhabern, Internetserviceprovidern und Nutzern werden vor allem freiwillige Kooperationsmodelle ausgelotet. Die Festlegung neuer Regeln für die Nutzung des Internets durch die G8 erscheint daher etwas verfrüht. Eine internationale Zusammenarbeit kommt insbesondere im Rahmen der strafrechtlichen Verfolgung in Betracht und erfolgt durch die Ermittlungsbehörde ohnehin bereits.

6 Das Projekt INFO_IPR

Das Projekt INFO_IPR trägt insbesondere dazu bei, künftig einen besseren Datenaustausch zwischen den Zollverwaltungen der an dem System teilnehmenden Staaten zu gewährleisten. Auf diese Weise sollen nicht nur im Einzelfall gezielte Kontrollen und Aufgriffe ermöglicht werden, auch das Potenzial zur Durchführung von Ermittlungen und der Risikoanalyse soll sowohl national als auch international erheblich verbessert werden. Mögliche Verbindungen zwischen örtlich und zeitlich getrennten Sachverhalten können hergestellt und gegebenenfalls somit zu neuen Erkenntnissen und Ermittlungsansätzen führen. Das System wird von Zollexperten unter Federführung der Zoll- und Verbrauchsteuerabteilung des Bundesministeriums der Finanzen in enger Zusammenarbeit mit der Weltzollorganisation entwickelt.

Seit dem Gipfel von Heiligendamm hat die deutsche Seite kontinuierlich an der Weiterentwicklung des Systems gearbeitet. Es ist als Erfolg zu werten, dass das Projekt erstmals namentlich in der eigentlichen G8-Gipfelerklärung und nicht lediglich in den Anlagen zu dieser erwähnt wurde. Das zeigt, dass INFO_IPR mittlerweile als feststehender Begriff innerhalb der G8 im Bereich IPR verwendet wird.

Im Dezember 2008 wurde die erste INFO_IPR-Pilotphase, die vom 1. April bis 31. Juli 2008 dauerte, ausgewertet. Es wurde zwischen den Teilnehmern der G8-Staaten - Russland

ZUSAMMENARBEIT DER ZOLLVERWALTUNGEN BEI DER BEKÄMPFUNG DER PRODUKT- UND MARKENPIRATERIE

war damals nicht vertreten - Einigung erzielt, eine zweite Pilotphase vom 1. April bis 31. Juli 2009 durchzuführen, an der diesmal alle G8-Staaten teilgenommen haben. Auf Anregung der italienischen Präsidentschaft wurde die dem Projekt zugrunde liegende Computermaske um einen Teil sogenannter Warnhinweise (Alert Messages) erweitert. Die Warnmitteilungen sollen es ermöglichen, alle G8-Staaten zeitgleich über Fälschungen zu unterrichten, die für die Gesundheit oder die Sicherheit der Bevölkerung eines Staates schädlich sein können. Eine Bewertung der zweiten Pilotphase wird im Oktober 2009 in Berlin durchgeführt werden. In einem nächsten Schritt sollen auch bestimmte Schwellenländer in INFO_IPR einbezogen werden. Hierüber wird dann ebenfalls im Oktober entschieden. Grundvoraussetzung hierfür ist natürlich die Prüfung der Rechtsgrundlagen für einen Informationsaustausch mit diesen Staaten. Mit INFO_IPR wird sozusagen "Grundlagenforschung" hinsichtlich des Austausches von Informationen betrieben. Durch INFO_IPR ist jedenfalls bei den verantwortlichen G8-Experten ein Prozess in Gang gesetzt worden, der von Fragen der Verschlüsselung von Daten bis hin zu u.a. differenzierten Diskussionen über die Unterscheidung von personen- und nicht personenbezogenen Daten reicht.

7 Ausblick

Es ist aus deutscher Sicht als großer Erfolg zu werten, dass zwischen den G8+5-Staaten ein Konsens zur Fortführung des Heiligendammprozesses für weitere zwei Jahre erzielt wurde. Aus Sicht des Zolls wird es wichtig sein, dass sich Kanada, welches nächstes Jahr die G8-Präsidentschaft innehat, mit dem gleichen Engagement dem Thema "Zollzusammenarbeit zur Bekämpfung der Produktpiraterie" widmet, wie dies in Deutschland, Japan und Italien der Fall war. Augenblicklich besitzt die kanadische Zollverwaltung allerdings keine Zuständigkeit zur Bekämpfung der Produkt- und Markenpiraterie. Dessen ungeachtet müssen die G8-Staaten weiterhin daran interessiert sein, zur effizienteren Bekämpfung dieses Phänomens die Zusammenarbeit zwischen den Zoll- und anderen Strafverfolgungsbehörden zu intensivieren, wozu als eine wichtige Grundlage INFO_IPR dienen kann.

Erfolgreiche deutsch-französische Initiative zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung

Erfolgreiche deutsch-französische Initiative zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung

1	Einleitung	74
	Die Entwicklung seit der Pariser Konferenz am 21. Oktober 2008	
3	Die Berliner Konferenz am 23. Juni 2009	75
	Maßnahmen des deutschen Gesetzgebers	
5	Schlussbemerkung	. 77

- Transparenz und Informationsaustausch für Besteuerungszwecke sind unverzichtbare Teile eines gesunden internationalen Finanzsystems.
- Seit der Pariser Konferenz am 21. Oktober 2008 haben alle bedeutenden Finanzzentren den Standard der OECD zu Transparenz und effektivem Informationsaustausch für Besteuerungszwecke akzeptiert.
- Diese Finanzzentren müssen nun den OECD-Standard zügig umsetzen und anwenden.
- Die wirksame Umsetzung und Anwendung des OECD-Standards muss regelmäßig überprüft werden.

1 Einleitung

Auf Einladung des französischen Haushaltsministers Eric Woerth und des Bundesministers der Finanzen, Peer Steinbrück, trafen sich am 21. Oktober 2008 in Paris die Finanzminister von 17 OECD-Mitgliedstaaten. Dabei erörterten sie welche Maßnahmen gegen Staaten und Gebiete ergriffen werden können, die nicht bereit sind, mit anderen Staaten auf der Grundlage des von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) entwickelten Standards im Bereich der Besteuerung zusammenzuarbeiten und die so in äußerst unfairer Weise ihre Finanzplätze zu Lasten des Steueraufkommens anderer Staaten fördern. Unmittelbarer Anlass der deutsch-französischen Initiative waren die im Jahr 2008 bekannt gewordenen Steuerhinterziehungsskandale sowie die Erkenntnis, dass die langjährigen Bemühungen der OECD zur Durchsetzung ihres Standards nicht entscheidend vorangekommen waren.

Die in Paris versammelten Minister zeigten sich entschlossen, gegen Staaten und Gebiete vorzugehen, die nicht zu fairem Verhalten bereit sind. Das Treffen endete mit einer Einladung des Bundesministers der Finanzen zu einem Folgetreffen in Berlin am 23. Juni 2009. Dort sollte erörtert werden, ob Fortschritte eingetreten sind und welche weiteren Maßnahmen gegebenenfalls zu treffen sind.

2 Die Entwicklung seit der Pariser Konferenz am21. Oktober 2008

Der OECD-Standard für effektiven Informationsaustausch soll weltweit Anwendung finden

Faires Verhalten für Besteuerungszwecke nach den Grundsätzen der OECD bedeutet:

Erfolgreiche deutsch-französische Initiative zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung

- Den Behörden eines Staates oder eines Gebietes muss es möglich sein, Finanzbehörden anderer Staaten auf Ersuchen Informationen zur Verfügung zu stellen, die dort für ein Besteuerungsverfahren oder ein Steuerstrafverfahren relevant sind;
- relevante Informationen, insbesondere Informationen über die Eigentumsverhältnisse an Gesellschaften und anderen Rechtsträgern, die Begünstigten von Stiftungen, Trusts oder vergleichbaren Vereinbarungen, Bankinformationen und Finanzdaten, müssen vorhanden sein und
- diese Informationen müssen den Behörden zugänglich sein, um den Finanzbehörden anderer Staaten auf Ersuchen zur Verfügung gestellt werden zu können.

Dabei ist selbstverständlich, dass das Steuergeheimnis auch grenzüberschreitend zu wahren ist.

Fortschritte bei der Durchsetzung des OECD-Standards

Die deutsch-französische Initiative war der entscheidende Anstoß für weitere Initiativen auf internationaler Ebene, insbesondere der G20. Am 15. November 2008 hat die G20 die nachdrückliche Durchsetzung des OECD-Standards in ihren Aktionsplan aufgenommen. Der nachfolgende G20-Gipfel am 2. April 2009 ließ keinen Zweifel daran, dass Abwehrmaßnahmen gegen Staaten und Gebiete zu treffen sind, die sich weiterhin unkooperativ verhalten.

Die Entschlossenheit der G20-Staaten wie auch der an der deutsch-französischen Initiative beteiligten Staaten hat Erfolg gezeigt: Inzwischen haben alle OECD-Mitgliedstaaten, also auch Luxemburg, Österreich und die Schweiz, den OECD-Standard akzeptiert. Gleiches gilt für Andorra, Hongkong, China, Liechtenstein, Monaco und eine Reihe weiterer Staaten.

Mit der Empfehlung des Steuerexpertengremiums der Vereinten Nationen, den OECD-Standard in das Abkommensmuster für Doppelbesteuerungsabkommen der Vereinten Nationen zu übernehmen, kann dieser jetzt als der global akzeptierte Standard für die Zusammenarbeit im Bereich der Besteuerung bezeichnet werden. Damit rückt das Ziel eines globalen "level-playing-field" näher, d. h. eines Zustands, in dem Anlageentscheidungen zugunsten eines Staates oder Gebietes nicht mehr deshalb getroffen werden, weil dieser Staat oder dieses Gebiet den OECD-Standard nicht akzeptiert und so Steuerhinterziehung begünstigt oder erst ermöglicht.

3 Die Berliner Konferenz am 23. Juni 2009

Zur Berliner Folgekonferenz im Rahmen der deutsch-französischen Initiative trafen sich am 23. Juni 2009 Finanzminister und hochrangige Beamte aus 19 OECD-Mitgliedstaaten, darunter auch die Finanzminister Österreichs und der Schweiz sowie der luxemburgische Minister für Wirtschaft und Außenhandel. Die versammelten Minister begrüßten die jüngste Entwicklung unter Hinweis darauf, dass Transparenz und Auskunftssaustausch für Besteuerungszwecke Grundlagen fairen Wettbewerbs in einer globalen Wirtschaft und einer gerechten Verteilung der Steuerlast sind. Die Minister waren sich einig, dass die Bekämpfung der Steuerhinterziehung in einem globalen Umfeld eine gemeinsame Verantwortung aller Staaten und Gebiete ist. Sie waren sich aber auch bewusst, dass erst dann von fairen Verhältnissen gesprochen werden kann, wenn der Akzeptanz des OECD-Standards unverzüglich die Umsetzung, z.B. im Rahmen bi- oder multilateraler Vereinbarungen, und die volle Anwendung folgen. Deshalb fordern und unterstützen sie eine regelmäßige Kontrolle der wirksamen Umsetzung und effektiven Anwendung des OECD-Standards durch ein erneuertes und erweitertes OECD Global Forum.

Erfolgreiche deutsch-französische Initiative zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung

Die Minister sprachen sich weiter für Maßnahmen gegen jene Staaten und Gebiete aus, die ihrer Zusage, den OECD-Standard zügig und wirksam umzusetzen, nicht nachkommen oder die diesen noch nicht akzeptiert haben. Sie wiesen darauf hin, dass die Weigerung eines Staates oder Gebietes, mit OECD-Mitgliedstaaten Vereinbarungen zum Informationsaustausch zu treffen, als mangelnde Bereitschaft zur vollen Umsetzung gegebener Zusagen betrachtet wird. Deshalb kann sich kein Staat oder Gebiet darauf beschränken, den OECD-Standard nur gegenüber einer bestimmten Anzahl von Mitgliedstaaten umzusetzen.

Die Minister benannten auch Abwehrmaßnahmen, die gegen unkooperative Staaten und Gebiete in Betracht kommen. Es sind dies:

- Erhebung von Quellensteuern in Bezug auf ein breites Spektrum von Zahlungen, die an Personen in unkooperativen Staaten oder Gebieten geleistet werden;
- Versagung des Betriebsausgabenabzugs für Zahlungen an Personen in unkooperativen Staaten oder Gebieten;
- Kündigung von Abkommen (Doppelbesteuerungsabkommen) mit Staaten und Gebieten, die sich weigern, einen effektiven Informationsaustausch zu praktizieren.

Außerdem ziehen sie eine Harmonisierung ihrer Maßnahmen zum Schutz ihrer Besteuerungsbasis gegenüber solchen Staaten und Gebieten, die den OECD-Standard nicht zeitnah und effektiv umsetzen, in Betracht, wie z. B.:

Erweiterte Offenlegungspflichten für inländische und ausländische Finanzinstitute und Kapitalanlagegesellschaften in Bezug auf Transaktionen, an denen unkooperative Jurisdiktionen beteiligt sind;

- Versagung der Steuerbefreiung für Beteiligungsgewinne;
- Aufforderung an internationale
 Finanzinstitute, ihr Anlagegeschäft in
 Bezug auf unkooperative Jurisdiktionen zu überprüfen.

Die Minister verwiesen schließlich auf die grundlegende Bedeutung, die der Verfügbarkeit von Informationen über die Nutzungsberechtigten von Bankkonten, Kapitalanlageeinrichtungen oder -vereinbarungen für Besteuerungszwecke zukommt. Insbesondere müssen Wege gefunden werden, die den Zugang zu Informationen über die Beteiligten oder Begünstigten von Trusts, Stiftungen, Briefkastengesellschaften und anderen Gestaltungen, die für Steuerhinterziehungszwecke eingesetzt werden können, zu erleichtern.

Abschließend verwiesen die Minister darauf, dass Transparenz und Informationsaustausch für Besteuerungszwecke unverzichtbarer Teil eines gesunden internationalen Finanzsystems sowie einer fairen internationalen Aufteilung der Besteuerungsbasis sind.

4 Maßnahmen des deutschen Gesetzgebers

Im Kontext sowohl der deutsch-französischen Initiative als auch der Aktivitäten der G20 steht das Steuerhinterziehungsbekämpfungsgesetz vom 29. Juli 2009 (BGBl. Teil I, S. 2302). Mit ihm hat der deutsche Gesetzgeber die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass Maßnahmen gegen unkooperative Staaten und Gebiete tatsächlich auch ergriffen werden können. Der Maßnahmenkatalog des Gesetzes orientiert sich an vergleichbaren Maßnahmen, wie sie die Berliner Konferenz (vergleiche oben unter 3.) und der G20-Gipfel vom 2. April 2009 befürwortet haben. Das Gesetz gewährleistet damit auch die Handlungsfähigkeit der Bundesregierung bei der Herbeiführung international abgestimmter Maßnahmen.

Erfolgreiche deutsch-französische Initiative zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung

Der Maßnahmenkatalog des Gesetzes bedarf zu seiner Umsetzung einer Rechtsverordnung, die die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrats erlassen kann. Das Bundeskabinett hat am 5. August 2009 dem Entwurf einer entsprechenden Verordnung zugestimmt. Die Verordnung konkretisiert vor allem die zusätzlichen Mitwirkungsund Nachweispflichten für Geschäfte mit Geschäftspartnern in Ländern und Gebieten, die sich unkooperativ verhalten, d. h. den OECD-Standard nicht akzeptieren oder nicht umsetzen. Werden die zusätzlichen Mitwirkungs- und Nachweispflichten nicht erfüllt, entfallen bestimmte steuerliche Vergünstigungen, wie z.B. der Abzug von Betriebsausgaben. Darüber hinaus muss, wer Geschäftsbeziehungen zu Kreditinstituten in unkooperativen Gebieten unterhält, die Finanzbehörden nach Aufforderung bevollmächtigen, in seinem Namen Auskünfte bei diesen Kreditinstituten einzuholen.

Das Steuerhinterziehungsbekämpfungsgesetz legt abschließend fest, unter welchen Voraussetzungen ein Staat oder ein Gebiet als unkooperativ gilt. Die Staaten und Gebiete, die diese Voraussetzungen erfüllen, werden in einem Schreiben des Bundesministers der Finanzen aufgeführt werden.

5 Schlussbemerkung

Das Pariser Treffen am 21. Oktober 2008 und die nachfolgenden Aktivitäten auf internationaler Ebene, die ein Höchstmaß an Einigkeit und Entschlossenheit im Kampf gegen die Steuerhinterziehung demonstrierten, haben in kurzer Zeit dazu geführt, dass jetzt alle bedeutenden Finanzzentren den OECD-Standard für faires Verhalten bei der Besteuerung akzeptiert haben. Nunmehr kommt es darauf an, dass der OECD-Standard zügig implementiert und effektiv angewandt wird und dies auch Gegenstand einer Überprüfung sein muss. Die in Berlin versammelten Minister ließen keinen Zweifel daran, dass sie Abwehrmaßnahmen ergreifen werden, wenn Staaten und Gebiete ihre Zusagen nicht erfüllen. Deutschland hat mit dem Steuerhinterziehungsbekämpfungsgesetz bereits die dafür erforderliche gesetzliche Rechtsgrundlage geschaffen.

DIE WIRTSCHAFTS- UND FINANZKRISE – KONJUNKTUR- UND STRUKTURPOLITISCHE ANTWORTEN AUSGEWÄHLTER VOLKSWIRTSCHAFTEN

Die Wirtschafts- und Finanzkrise – Konjunktur- und strukturpolitische Antworten ausgewählter Volkswirtschaften

1	Überblick	78
2	Deutschland	80
3	Frankreich	81
4	Vereinigtes Königreich	82
	Italien	
6	Spanien	84
7	Schweden	85
	Niederlande	
9	USA	87
	Japan	

- Um ein koordiniertes Vorgehen der europäischen Mitgliedstaaten in der Finanz- und Wirtschaftskrise zu erreichen, haben die Staats- und Regierungschefs beim Europäischen Rat im Dezember 2008 ein Europäisches Konjunkturprogramm verabschiedet.
- Umfangreiche staatliche Investitionen insbesondere in die Infrastruktur kurbeln die kurzfristige Nachfrage an und sichern Beschäftigung. Parallel hat die Ausweitung der Kurzarbeiterregelungen in vielen Mitgliedstaaten bislang erfolgreich zum Erhalt von Arbeitsplätzen beigetragen.
- Wichtig bleibt mit Blick auf die Zukunft, angesichts der erheblich gestiegenen
 Staatsverschuldung in vielen Mitgliedstaaten effiziente Ausstiegsstrategien zu entwickeln und zugleich Strukturreformen voranzutreiben, die das Wachstumspotenzial steigern.

1 Überblick

Nachdem sich im Herbst 2008 abzeichnete, dass die Finanzkrise auch massive
Auswirkungen auf die Realwirtschaft in Europa haben würde, verabschiedeten die Staats- und Regierungschefs beim Europäischen Rat im Dezember 2008 ein Europäisches Konjunkturprogramm (European Economic Recovery Plan – EERP), mit dem ein koordiniertes Vorgehen der EU-Mitgliedstaaten (MS) und der Gemeinschaftsebene sichergestellt werden sollte. Die MS wurden darin aufgefordert, sowohl kurzfristig Anreize zur Stützung der Konjunktur zu setzen als auch die langfristigen Strukturreformen im Rahmen

der Lissabon-Strategie zu intensivieren. Der Rat der Finanzminister (ECOFIN) hat in Zusammenarbeit mit der EU-Kommission (EU-KOM) im Juni 2009 eine erste Bewertung der von den MS ergriffenen Maßnahmen vorgelegt.

Danach stehen die nationalen Stützungsprogramme ganz überwiegend im Einklang mit den Anforderungen des EERP: Die meisten Maßnahmen wurden zügig ergriffen, sind zielgerichtet und zeitlich befristetet. Auch sind die Reaktionen den wirtschafts- und haushaltspolitischen Positionen und Möglichkeiten der einzelnen MS entsprechend differenziert ausgefallen. Die gemeinschaftsrechtlichen Vorschriften

DIE WIRTSCHAFTS- und Finanzkrise – Konjunktur- und Strukturpolitische Antworten ausgewählter Volkswirtschaften

für den Binnenmarkt und für staatliche Beihilfen wurden dabei berücksichtigt, sodass protektionistischen Bestrebungen bislang erfolgreich vorgebeugt wurde. Positiv ist auch zu werten, dass es keine Neutralisierung früherer Reformen in großem Umfang und keine Wiederholung politischer Fehler aus früheren Krisen gab. Kritisch wird aber angemerkt, dass die Bekämpfung der strukturellen Wettbewerbsschwächen oder der Ursachen für Immobilienblasen keine zentrale Rolle bei der Gestaltung der Konjunkturpakte gespielt hat. Daher besteht laut der EU-Kommission die Gefahr, dass sich die schon vor der Krise bestehenden Divergenzen in der EU noch vergrößern könnten. Deshalb sei es von zentraler Bedeutung, durch Strukturreformen das langfristige Wachstumspotenzial zu verbessern, indem z. B. die Rahmenbedingungen für Innovationen verbessert werden, in die Ökologisierung der Wirtschaft investiert und die Effizienz der Sozialleistungssysteme gesteigert wird.

Neben dieser allgemeinen Bewertung wurde auch eine Bewertung nach Politikbereichen vorgenommen:

 Maßnahmen zur Unterstützung von Unternehmen und Wirtschaftzweigen

Fast alle MS haben den Zugang zu Finanzierungsmitteln für Unternehmen durch Bürgschaften, zinsverbilligte Kredite oder zusätzliche Finanzhilfen erleichtert. Mehrere Staaten haben zudem den von der Krise besonders betroffenen Automobil- und Bausektor massiv finanziell unterstützt, um kurzfristig die Nachfrage anzukurbeln und Beschäftigung zu sichern. Allerdings sollten diese Maßnahmen zeitlich befristet sein. damit überfällige strukturelle Anpassungen (insbesondere Abbau von Überkapazitäten) vorgenommen werden. Mehr MS sollten in Betracht ziehen, als effektive und finanziell unaufwendige Maßnahme die Verbesserung der unternehmerischen Rahmenbedingungen für die Wirtschaft (z. B. bessere Rechtsetzung, Bürokratieabbau) voranzutreiben und die unternehmerische Initiative zu fördern.

Maßnahmen zur Investitionsförderung

Die meisten Länder haben in die physische Infrastruktur (Verkehrswege und -mittel, Gebäudesanierung) und in die Steigerung von Energieeffizienz (Verringerung des Energieverbrauchs in öffentlichen Gebäuden und Sozialwohnungen, steuerliche Anreize) investiert. Hiervon könnten kurzfristig große Auswirkungen auf die Nachfrage ausgehen und so Arbeitsplätze gesichert werden. Gleichwohl sollten staatliche Investitionen mittelfristig kein Ersatz für private sein. Die Maßnahmen im Bereich Forschung und Entwicklung (FuE) machen nur einen begrenzten Teil der Konjunkturprogramme aus; bisher zielen die Aktivitäten insbesondere auf die finanzielle Unterstützung für Unternehmen ab. Die Bereitstellung von FuE-Mitteln verläuft erfahrungsgemäß prozyklisch (Investitionen in guten Zeiten, Sparen in schlechten Zeiten), obwohl gerade sie von besonderer Bedeutung für die langfristige Steigerung des Wachstumspotenzials sind. Darum sollten die Rahmenbedingungen für FuE weiter verbessert werden.

 Arbeitsmarktmaßnahmen und Förderung der privaten Haushalte

Die in vielen MS beschlossene Ausweitung der Kurzarbeiterregelungen hat bislang relativ erfolgreich zum Erhalt von Arbeitsplätzen beigetragen. Allerdings eignet sich dieses Instrumentarium nur zur Überbrückung kurzfristiger Nachfrage- und Produktionseinbrüche, da es zum einen mit erheblichen budgetären Belastungen verbunden ist und zum anderen eine möglicherweise überfällige Strukturanpassung in einzelnen Branchen verzögert. Viele Aktivitäten der MS richten sich auf die Erhöhung der Kaufkraft der privaten Haushalte. Die Maßnahmen reichen von Senkungen der Einkommensteuersätze und Sozialversicherungsbeiträge über Steuervergünstigungen im Niedriglohnbereich beziehungsweise für Pendler bis zu Einmalzahlungen. Einzelne Länder haben das garantierte

DIE WIRTSCHAFTS- UND FINANZKRISE – KONJUNKTUR- UND STRUKTURPOLITISCHE ANTWORTEN AUSGEWÄHLTER VOLKSWIRTSCHAFTEN

Mindesteinkommen sowie sonstige Transferleistungen zur direkten Einkommensunterstützung erhöht und Maßnahmen zur Unterstützung von Rentnern mit geringem Einkommen ergriffen. Im Einzelfall wurden auch Zuschüsse zu Heizungsoder Stromkosten gezahlt.

Positiv ist anzumerken, dass die MS aus den politischen Fehlern früherer Krisen gelernt haben und nicht versuchen, das Arbeitskräfteangebot mittels Arbeitszeitkürzungen oder Frühverrentung zu senken. Nur wenige Länder haben allerdings die Gelegenheit genutzt, im Rahmen ihrer Programme die Effizienz der Steuer- und Sozialleistungssysteme zu verbessern. Dies wäre aber von entscheidender Bedeutung für die Steigerung des Wachstumspotenzials und die haushaltspolitische Stabilität.

Die Krise birgt die Gefahr, dass der von ihr ausgelöste Anstieg der Arbeitslosigkeit zu einer anhaltend niedrigeren Beschäftigung und höheren strukturellen Arbeitslosigkeit führen könnte, was mit erheblichen ökonomischen Kosten für die Gesamtwirtschaft und enormen sozialen Kosten für die Betroffenen verbunden wäre.

Es handelt sich hierbei um vorläufige erste Bewertungen. Die Effizienz der einzelnen Maßnahmen muss weiter beobachtet und evaluiert werden. Die EU-Kommission wird diesbezüglich regelmäßig berichten. Der ECOFIN-Rat sieht keinen Handlungsbedarf für zusätzliche Konjunkturprogramme, vielmehr ist nun die vollständige Implementierung der beschlossenen Maßnahmen notwendig. Schon jetzt muss zudem über effiziente Exit-Strategien nachgedacht und der Fokus bei den Strukturreformen auf die Steigerung des Wachstumspotenzials in der EU gerichtet werden.

Im Folgenden werden die staatlichen Konjunkturprogramme in ausgewählten europäischen Volkswirtschaften analysiert. Zum Vergleich werden die entsprechenden Maßnahmen in den USA und in Japan beschrieben.

2 Deutschland

Die starke Exportorientierung der Wirtschaft und die Spezialisierung auf Investitionsgüter machen die akuten Auswirkungen der globalen Krise in Deutschland überdurchschnittlich spürbar; so wird laut Prognose der EU-Kommission von Anfang Mai für 2009 ein Rückgang der Exporte um rund 16 % erwartet. Gleichzeitig wurden die direkten realwirtschaftlichen Auswirkungen der Finanzkrise durch verhältnismäßig gute Bilanzpositionen der Unternehmen und einen weitgehend intakten Immobiliensektor begrenzt. Der Arbeitsmarkt hat sich angesichts der Schärfe des wirtschaftlichen Einbruchs bisher bemerkenswert robust gezeigt; nicht zuletzt aufgrund der Ausweitung von Kurzarbeit und des Ausschöpfens von Arbeitszeitkonten. Gleichwohl dürfte die Wirtschaftsleistung nach Projektion der EU-Kommission in diesem Jahr um 5,4% (reales BIP) zurückgehen.

In Reaktion auf die Krise hat die Bundesregierung zwei Konjunkturpakete mit einem geplanten jährlichen Stimulus von rund 1³/4% des BIP verabschiedet. Für öffentliche Infrastrukturinvestitionen werden mit 20 Mrd. € rund ³/4% des BIP in den Jahren 2009 und 2010 bereitgestellt. Die Schwerpunkte liegen im Bildungs- und im kommunalen Bereich sowie in der Steigerung der Energieeffizienz. Der überwiegende Teil der Investitionstätigkeit erfolgt durch Länder und Kommunen. Das Gros der Planungen ist abgeschlossen und die Umsetzung der Maßnahmen vor Ort hat begonnen.

Produktmarkt- und sektorspezifische Hilfen (rund ½% des BIP) umfassen die zeitweilige Wiedereinführung günstiger Abschreibungsregelungen, die spezielle Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) durch neue Abschreibungsregelungen, die Förderung

DIE WIRTSCHAFTS- UND FINANZKRISE – KONJUNKTUR- UND STRUKTURPOLITISCHE ANTWORTEN AUSGEWÄHLTER VOLKSWIRTSCHAFTEN

von FuE-Aktivitäten sowie die Abwrackprämie zur Stützung der Automobilindustrie. Mit Kredit- und Garantieprogrammen sollen die Finanzierungsbedingungen sowohl von kleinen als auch größeren Unternehmen verbessert werden.

Maßnahmen zur Stützung des Arbeitsmarkts umfassen eine Ausweitung der Kurzarbeiterregelung, verbesserten Zugang zu Weiterbildungsmaßnahmen und Arbeitsvermittlung (rund 1/4 % des BIP). Das Einkommen der Haushalte und die Stärkung ihrer Kaufkraft stehen im Fokus eines mit 2% des BIP wesentlichen Teils des Stützungspakets. Maßnahmen wie die Reduktion der Einkommensteuer, Verringerung der Krankenkassenbeiträge und des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung, Zahlung von Kinderboni sowie Sozialtransfers zielen auf eine Stärkung des privaten Verbrauchs. Zusätzlich zu den Konjunkturpaketen stärken die Wiedereinführung der Pendlerpauschale und erhöhte Rentensteigerungen den privaten Verbrauch. Ein durch die erhöhte Unsicherheit bedingter Anstieg der privaten Ersparnis kann diesen Effekt allerdings abschwächen. Die abgesenkten Beiträge zu den Sozialversicherungen verringern die Lohnzusatzkosten und machen den Produktionsfaktor Arbeit attraktiver.

Viele der initiierten Maßnahmen (Infrastruktur und FuE) stärken das mittel- und langfristige Wachstumspotenzial und adressieren langfristige Ziele wie den Klimaschutz (Bereich Energieeffizienz und CO₂-Reduzierung). Weiterhin hebt die EU-Kommission positiv hervor, dass die Maßnahmen durch einen Konsolidierungsplan und eine neue Schuldenbegrenzungsregel ergänzt werden.

Die Übereinstimmung der Maßnahmen mit den Vorgaben des Europäischen Konjunkturprogramms ist nach Ansicht der EU-Kommission weitgehend gegeben. Sie zielen auf die von der Krise am meisten betroffenen Bereiche ab und sind relativ zügig umsetzbar, auch wenn der Stimulus – beispielsweise im Baubereich – teilweise etwas verzögert eintreten wird. Ein Teil der Maßnahmen ist allerdings dauerhafter Natur und wirkt damit auch nach der Krise. Angesichts des Risikos einer vorerst wenig dynamischen Weltwirtschaft und einer nur verhaltenen Auslandsnachfrage nach Investitionsgütern (aufgrund weltweit unterausgelasteter Produktionskapazitäten) ist nach Auffassung der EU-Kommission eine Stärkung der inländischen Nachfragekomponenten wichtig.

3 Frankreich

Mit einem erwarteten Rückgang des realen BIP um 3 % im Jahr 2009 (- 0,2 % im Jahr 2010 laut EU-Kommission) ist Frankreich in geringerem Maße von der globalen Krise betroffen als der Durchschnitt der EU-Länder. Gründe hierfür liegen in einem moderateren Rückgang der privaten Nachfrage, in dem geringeren Offenheitsgrad der französischen Volkswirtschaft und dem geringeren Gewicht der Industrie und des Finanzsektors. Das deutliche Ausmaß der automatischen Stabilisatoren ist ein weiterer Grund für das vergleichsweise gute Abschneiden der französischen Volkswirtschaft in der Krise. Allerdings wird die Arbeitslosigkeit im Jahr 2009 auf rund 10 % und 2010 auf rund 11 % ansteigen. Die sich rasch verschlechternden öffentlichen Finanzen (Haushaltsdefizit laut EU-Kommission: - 6 1/2 % des BIP im Jahr 2009 und - 7% im Jahr 2010) stellen die Regierung vor eine weitere Herausforderung.

Das als Antwort auf die Krise im Dezember 2008 vorgestellte Konjunkturprogramm hat einen Umfang von 26 Mrd. € (rund 1,3% des BIP). Im Bereich Investitionen in die öffentliche Infrastruktur wurden bereits beschlossene Maßnahmen für Verkehr, Bildung, Forschung, Verteidigung und Gebäudesanierung zeitlich vorgezogen; zudem werden von Staatsunternehmen zusätzliche neue Investitionen vorgenommen und Investitionen der Gebietskörperschaften gefördert (insgesamt circa 10,5 Mrd. €). Ein weiterer Teil des Pakets besteht aus

DIE WIRTSCHAFTS- UND FINANZKRISE – KONJUNKTUR- UND STRUKTURPOLITISCHE ANTWORTEN AUSGEWÄHLTER VOLKSWIRTSCHAFTEN

Bereitstellung von Liquidität für Unternehmen (Vorziehen öffentlicher Leistungen und Steuererstattungen in Höhe von 11,5 Mrd. €). Dieses Konjunkturprogramm wurde im Frühjahr 2009 ergänzt, u. a. durch Maßnahmen im Sozialbereich und zur Stützung der Automobilindustrie. Darüber hinaus soll ein "Strategischer Investitionsfonds" gezielt Unternehmen unterstützen, die das Potenzial zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der französischen Wirtschaft haben (20 Mrd. €); außerdem werden Investitionen kurzfristig durch günstige Abschreibungsbedingungen gefördert.

Sektorspezifische Hilfen unterstützen die Automobilindustrie (Abwrackprämie im Volumen von circa 220 Mio. €, Kredite für Autohersteller von 6,5 Mrd. €), den Immobiliensektor (1,8 Mrd. € für sozialen Wohnungsbau und Förderung von Wohnungseigentum) sowie das Gaststättengewerbe (Senkung des Mehrwertsteuersatzes auf Restaurantdienstleistungen vom Normalsatz in Höhe von 19,6 % auf 5,5 %).

Im Bereich des Arbeitsmarktes sind Erleichterungen für Kleinstunternehmen mit weniger als 10 Beschäftigten vorgesehen, indem für Neueinstellungen im Jahr 2009 keine Sozialabgaben gezahlt werden müssen (0,7 Mrd. €). Zudem werden durch den "Sozialen Investitionsfonds" Weiterbildungen gefördert (1,4 Mrd. €). Unterstützungen für Geringverdiener und andere sozialpolitische Maßnahmen (Vergünstigungen/ Steuernachlässe) summieren sich auf 2,1 Mrd. €.

Diese Maßnahmen stehen nach Ansicht der EU-Kommission im Einklang mit dem Europäischen Konjunkturprogramm, sind ausgewogen, zeitlich befristet und haben einen den fiskalischen Spielräumen angemessenen Umfang. Einige Maßnahmen werden voraussichtlich schnell wirken, andere weisen einen längerfristigen Zeithorizont auf. Auch besteht mit Blick auf die mittelfristige Haushaltspolitik

deutlicher Konsolidierungsbedarf. Zudem gilt zu berücksichtigen, dass die Maßnahmen, die kurzfristig zur Abmilderung der Kriseneffekte beitragen, einen Hemmschuh für den künftigen Wirtschaftsaufschwung in Frankreich darstellen können. So kann insbesondere die umfassende Arbeitsschutzgesetzgebung den Aufbau von Beschäftigung hemmen; auch gilt die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen als verbesserungsfähig.

4 Vereinigtes Königreich

Mit der Krise des Finanzsektors und dem Platzen der Immobilien- und Kreditblase befindet sich Großbritannien in der schlimmsten Rezession seit über 50 Jahren. In der Krise trägt die hohe private Verschuldung zusammen mit dem krisenbedingten Anstieg der Sparquote - zu einer Schwächung der privaten Binnennachfrage bei. Gleichzeitig dürfte die Arbeitslosigkeit, die in den vergangenen Jahren bei rund 5 % lag, in den Jahren 2009 und 2010 deutlich ansteigen (2009: 8,2%, 2010: 9,4%), wobei Jugendliche und Geringqualifizierte besonders betroffen sind. Mit Blick auf die massiv verschlechterte Situation der öffentlichen Haushalte (2009: Defizit rund 12%, Schuldenquote rund 70%, beides im Jahr 2010 deutlich steigend) wurde seitens der Rating-Agenturen die Herabstufung britischer Staatsanleihen angedroht, falls die Regierung keinen nachhaltigen Konsolidierungsplan vorlegen kann.

Die britischen Konjunkturpakete (Volumen von 1,75 % des BIP für 2009/2010) enthalten finanz-, beschäftigungs- und strukturpolitische Maßnahmen. So sind Mehrausgaben im Bereich der öffentlichen Infrastruktur vorgesehen, die insbesondere vorgezogene und zusätzliche Investitionen im Transport-, Verkehrs- und Bildungsbereich, zur Erhöhung der Energieeffizienz sowie zur Unterstützung des Baugewerbes beinhalten. Um Auftragseinbrüche im Industriesektor zu kompensieren, wurden Steuererleichterungen

DIE WIRTSCHAFTS- UND FINANZKRISE – KONJUNKTUR- UND STRUKTURPOLITISCHE ANTWORTEN AUSGEWÄHLTER VOLKSWIRTSCHAFTEN

für Unternehmen und der Abbau von administrativen Hürden und Vereinfachungen beim Zugang zu finanziellen Mitteln für kleine und mittlere Unternehmen in betroffenen Sektoren verabschiedet. Zur Förderung des Automobilsektors wurde eine Abwrackprämie eingeführt.

Beschäftigungspolitische Impulse werden durch den Ausbau von Weiterbildungsangeboten und die Steigerung der Kapazität der Arbeitsagenturen gesetzt. Sozialpolitische Maßnahmen für die privaten Haushalte beinhalten die vorgezogene Erhöhung des Kindergeldes, zusätzliche Rentenzahlungen, Steuergutschriften für Familien mit Kindern sowie eine temporäre Senkung der Mehrwertsteuer von 17,5 % auf 15 %.

Die Maßnahmen korrespondieren laut EU-Kommission mit dem Ziel der kurzfristigen Stabilisierung der Wirtschaft und stehen weitgehend im Einklang mit der Lissabon-Reformagenda und dem Europäischen Konjunkturprogramm. Derzeit kann allerdings nicht abgeschätzt werden, inwieweit die Maßnahmenpakete der Regierung zu einer gesamtwirtschaftlichen Erholung und einer nachhaltigen Verbesserung des Potenzialwachstums im Vereinigten Königreich beitragen. Im Falle einer weiteren Verschärfung der Lage auf dem britischen Arbeitsmarkt sollten laut EU-Kommission Beschäftigungs- und Qualifizierungskonzepte integriert, die Beschäftigungschancen für benachteiligte Arbeitnehmer verbessert sowie die Arbeitsmarktmobilität gefördert werden. Um die Produktivität zu steigern, sei überdies eine Steigerung der FuE-Ausgaben erforderlich. Finanzpolitisch wird Großbritannien dazu angehalten, die mittelund langfristige Haushaltsplanung klar auf eine nachhaltige Konsolidierungsperspektive auszurichten und die Qualität der öffentlichen Finanzen zu verbessern.

5 Italien

Bereits vor Ausbruch der Wirtschaftskrise in der 2. Jahreshälfte 2008 war die wirtschaftliche Entwicklung Italiens deutlich gedämpft. Die im Zuge der Krise eingebrochene externe Nachfrage verstärkte die bestehenden Strukturprobleme noch. Zwar ist der Bankensektor wegen der geringen Internationalisierung italienischer Banken von der Finanzmarktkrise kaum betroffen und der Boom der Immobilienpreise führte nicht zu einer massiven Verschuldung der privaten Haushalte wie in anderen EU-Mitgliedstaaten, gleichwohl offenbart die italienische Wirtschaft langfristige strukturelle Schwächen in Form einer geringen Produktivität und mangelnder internationaler Wettbewerbsfähigkeit. Verschlechterte Kreditbedingungen für den produktiven Sektor (KMU) und eine Verschlechterung der Arbeitsmarktlage belasten die Wirtschaft zunehmend.

Ein erstes staatliches Maßnahmenpaket vom November 2008 im Umfang von 3,5 Mrd. € sollte die Einkommen privater Haushalte unterstützen, öffentliche Investitionen ankurbeln und begrenzte steuerliche Erleichterungen für Unternehmen schaffen. Ein zweites Paket im Umfang von 17,8 Mrd. € wurde im Februar 2009 verabschiedet und beinhaltet insbesondere Infrastrukturmaßnahmen. Der im EU-Vergleich geringe Umfang der Konjunkturpakete von insgesamt 0,7 % des BIP für 2009 und 2010 spiegelt dabei den sehr begrenzten fiskalischen Handlungsspielraum der Regierung angesichts einer Verschuldungsquote von über 100 % wider.

Im Rahmen von Infrastrukturprojekten wurden insbesondere die Genehmigungsverfahren für öffentliche Investitionen verkürzt und Mittel für das Erdbebengebiet in den Abruzzen bereitgestellt. Zur Unterstützung von Unternehmen in bestimmten Sektoren und zur Steigerung der Konsumnachfrage wurden die steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten

DIE WIRTSCHAFTS- UND FINANZKRISE – KONJUNKTUR- UND STRUKTURPOLITISCHE ANTWORTEN AUSGEWÄHLTER VOLKSWIRTSCHAFTEN

erweitert, außerdem kann die Mehrwertsteuerzahlung jetzt auch erst nach Zahlungseingang erfolgen. Der Erwerb von umweltfreundlichen Gebrauchsgütern und Fahrzeugen wird zeitlich begrenzt gefördert. Des Weiteren wurden im Hinblick auf Italiens hohe Sparquote (für die Jahre 2009 und 2010 schätzt die EU-Kommission diese auf 15,1%) administrative Hürden für private Baugenehmigungen abgebaut. Aktuell hat die italienische Regierung ein weiteres bescheidenes Paket mit steuerlichen Anreizen für Investitionen in Maschinen (2 Mrd. €) beschlossen. Diese Maßnahmen sollen mit einer Spekulationsteuer auf Gold und einer Amnestie für Steuerflüchtlinge gegenfinanziert werden.

Um dem erwarteten Beschäftigungsrückgang zu begegnen, erhalten atypisch Beschäftigte bei Nichtverlängerung ihrer Verträge eine Einmalzahlung; zudem wurde das Lohnergänzungssystem ausgeweitet. Die EU-Kommission empfiehlt allerdings dringend eine umfassende Umgestaltung des Systems der Arbeitslosenunterstützung einschließlich der Schaffung von Anreizen zur Arbeitsaufnahme, eine effektivere Aktivierungs- und Ausbildungspolitik sowie einen effizienteren Service der Arbeitsämter. Im sozialpolitischen Bereich erhalten Haushalte mit Niedrigeinkommen einen einmaligen Betrag in Höhe von 300 €. Im steuerlichen Bereich soll eine Flatrate in Höhe von 10 % für mittlere und niedrige Einkommen eingeführt werden.

Die EU-Kommission wertet Italiens
Maßnahmen als geeignet zur Stärkung des
Vertrauens und zur gezielten Unterstützung
der Wirtschaft. Die meisten der Maßnahmen
seien zeitlich begrenzt und weitgehend
reversibel. Allerdings erhöht die umfangreiche
Unterstützung spezieller Branchen (z. B.
der Automobilindustrie) das Risiko von
Fehlallokationen. Kritisiert wird vor allem die
mangelnde Bereitschaft der Regierung, die
Krise für strukturelle Reformen zur Erhöhung
von Wettbewerbsfähigkeit und Produktivität,
auf dem Arbeitsmarkt und bei der

Privatisierung der Kommunalunternehmen zu nutzen. Übergeordnetes Ziel müsse laut EU-Kommission die Haushaltskonsolidierung bleiben; Steuerflucht und Steuerhinterziehung müssten hierbei verstärkt bekämpft werden.

6 Spanien

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat Spaniens Strukturprobleme noch verstärkt. Die bestehenden Strukturschwächen in Form eines Leistungsbilanzdefizits von über 10 % des BIP, eines Ungleichgewichts der Volkswirtschaft durch den größten Immobilienboom in der OECD und einer deutlich über dem europäischen Durchschnitt liegenden Inflationsrate wurden deutlich offengelegt. Zudem haben sich für die Konsumenten die Kreditbedingungen – auch aufgrund einer hohen privaten Verschuldung - erheblich verschärft. Vor diesem Hintergrund ist ein starker Rückgang des privaten Konsums und der Investitionen (im Wohnungsbau und bei Ausrüstungen) zu verzeichnen, der auch durch die staatlichen Stimuli für öffentliche Investitionen bei weitem nicht kompensiert wird. Für dieses Jahr wird mit einem Wachstumsrückgang von rund 4% des realen BIP gerechnet (2010: rund -1%). Die im Vergleich zu anderen Ländern mit Immobilienboom weit umsichtigere Finanzmarktregulierung und -aufsicht in Spanien erwies sich in der Krise als Vorteil. Insbesondere verpflichtete das Vorsorgesystem ("Dynamic Provisioning") spanische Banken, während des Aufschwungs Rücklagen für schlechte Zeiten zu bilden. Dessen ungeachtet dürfte die Immobilienblase in Verbindung mit steigender Arbeitslosigkeit und der Ausweitung fauler Kredite die Stabilität des Finanzsystems belasten.

Wie schon in der Vergangenheit traf der Abschwung vor allem die Achillesferse der spanischen Wirtschaft: den Arbeitsmarkt. Unter Berücksichtigung der relativ hohen Einwanderungsraten und der erwarteten Beschäftigungsverluste dürfte die Arbeitslosenquote im kommenden Jahr

DIE WIRTSCHAFTS- UND FINANZKRISE – KONJUNKTUR- UND STRUKTURPOLITISCHE ANTWORTEN AUSGEWÄHLTER VOLKSWIRTSCHAFTEN

auf 20% ansteigen. Die zuvor komfortable Situation der öffentlichen Finanzen dürfte sich drastisch verschlechtern. Nach jahrelangen Haushaltsüberschüssen wird für dieses und das nächste Jahr mit einem Defizit von 9% bis 10% gerechnet.

Das Konjunkturpaket der spanischen Regierung vom November 2008 sieht im Infrastrukturbereich die Schaffung eines Fonds für regionale öffentliche Investitionen für dringende kommunale Projekte vor (8 Mrd. €; ³/₄% des BIP). Dadurch sollen hauptsächlich der Bausektor und die Automobilindustrie - die tragenden Pfeiler der spanischen Wirtschaft - einen kräftigen Impuls erhalten. Für Produktmärkte und Industriesektoren wurden spezielle Kreditlinien eingeführt, für KMU verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten und Änderungen im System der Mehrwertsteuerentrichtung. Zudem soll die Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie beschleunigt werden.

Zur Unterstützung des Arbeitsmarkts wurden Maßnahmen in den Bereichen Berufsausbildung und Weiterbildung sowie Eingliederung als auch für die Einstellung von Arbeitslosen mit Kindern (durch Rabatte bei den Sozialabgaben) ergriffen. Zudem wurde die Anstellung von Beschäftigungsberatern gefördert. Des Weiteren ist ein Sozialabgabenbonus bei Neubeschäftigung in strategisch wichtigen Sektoren vorgesehen. Zur Stützung der privaten Einkommen erhielt jeder Steuerzahler eine Steuerrückerstattung von 400 € (6 Mrd. €, 0,5 % des BIP). Zudem wurde die Abschaffung der Steuer auf Kapitaleinkommen und ein Moratorium für Hypothekenraten beschlossen.

Nach Auffassung der EU-Kommission hat Spanien mit dem Maßnahmenpaket in Übereinstimmung mit dem EERP reagiert. Es sei auch rechtzeitig, zeitlich begrenzt und weitgehend fokussiert auf abgegrenzte Problembereiche der Wirtschaft (Ausbau der Infrastruktur und produktive regionale Investitionsprojekte) reagiert worden. Allerdings dürften die Maßnahmen

zur Stützung der privaten Einkommen nur begrenzte positive Effekte auf die Realwirtschaft haben, da möglicherweise eher die Sparquote erhöht als der Konsum angeregt wird.

7 Schweden

Die schwedische Volkswirtschaft ist stark exportabhängig und somit vom globalen Nachfragerückgang - unter anderem in der Automobilindustrie (Volvo und Saab) besonders betroffen. Die Wirtschaft dürfte dieses Jahr laut EU-Kommission um rund 4% des realen BIP schrumpfen; der IWF geht inzwischen von einem BIP-Rückgang um 6,0 % aus. Im Herbst des vergangenen Jahres setzte ein massiver Stellenabbau ein, der in diesem Jahr nach Angaben der EU-Kommission zu einem Anstieg der Arbeitslosenquote auf $8^{1}/_{2}\%$ und im nächsten Jahr auf $10^{1}/_{2}\%$ führen dürfte. Das umfangreiche Kreditengagement schwedischer Banken in den von der Finanzkrise besonders betroffenen baltischen Staaten stellt für den schwedischen Bankensektor ein erhöhtes Kreditausfallrisiko dar; gleichwohl waren die negativen Auswirkungen auf die Realwirtschaft – auch vor dem Hintergrund insgesamt gesunder Bilanzpositionen - bislang begrenzt. Eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage durch Insolvenzen, Kreditausfälle und eine weitere Korrektur an den Immobilienmärkten kann nicht ausgeschlossen werden.

Nach Haushaltsüberschüssen in den vergangenen Jahren, die einen deutlichen Abbau der Staatsschulden ermöglichten, wird für 2009 und 2010 erstmals seit zehn Jahren wieder mit Defiziten gerechnet (EU-Kommission: -2,6 % beziehungsweise -3,9 % des BIP; IWF: -4 % beziehungsweise -5 %). Zur Stützung des Finanzsektors und der Realwirtschaft hat die schwedische Notenbank (Riksbank) die Geldpolitik deutlich gelockert und den Leitzins auf inzwischen nur noch 0,25 % gesenkt. Zusätzlich wertete die Schwedische Krone (SEK) in den vergangenen Monaten deutlich ab.

DIE WIRTSCHAFTS- UND FINANZKRISE – KONJUNKTUR- UND STRUKTURPOLITISCHE ANTWORTEN AUSGEWÄHLTER VOLKSWIRTSCHAFTEN

Die schwedische Regierung hat drei Konjunkturpakete mit einem Gesamtumfang von rund 3 % des BIP für 2009 und 2010 aufgelegt. Dazu kommt die Wirkung der automatischen Stabilisatoren. Für Infrastrukturmaßnahmen werden im Jahr 2009 zusätzlich 5 Mrd. SEK (rund 450 Mio. €, 0,15 % des BIP) bereitgestellt. Dies betrifft vor allem beschleunigte und vorgezogene staatliche Investitionen im Bau-, Transportund Verkehrswesen. Für die erweiterte Nutzung erneuerbarer Energieträger werden umgerechnet 265 Mio. € bereitgestellt.

Der von der Krise betroffene Bausektor soll im Zeitraum 2009 bis 2011 mit 1 Mrd. SEK (rund 90 Mio. €) zusätzlich gestützt werden. Zur Stützung der Automobilindustrie hat die schwedische Regierung staatliche Kreditgarantien sowie die Stärkung der staatlichen Exportsicherung (Ausweitung der Liquiditätslinien, Garantien) beschlossen. Außerdem wurde ein Institut für Forschung und Entwicklung unter Beteiligung der Kfz-Branche gegründet.

Um die Unternehmen zu unterstützen, wurde die Gewerbesteuer von 28,0 % auf 26,3 % gesenkt. Um die Binnennachfrage zu stärken, wurde die Einkommensteuer gesenkt. Die Freibeträge für Einkommensschwache wurden erhöht, die Sozialversicherungsbeiträge gesenkt, Renten geringer besteuert und Steuererleichterungen bei Handwerkerrechnungen beschlossen. Der Großteil der Maßnahmen soll die Anreize zur Arbeitsaufnahme verbessern und die durchschnittliche Arbeitszeit verlängern. Eine Kürzung der Sozialabgaben bei Einstellung von Langzeitarbeitslosen soll die Erhaltung des Personalbestandes unterstützen. Alles in allem setzt die Regierung nach eigenen Angaben 45 Mrd. SEK im Jahr 2009 und 60 Mrd. SEK im Jahr 2010 zur Bekämpfung der Krise ein.

Die initiierten Maßnahmen, die zum größten Teil bereits im September 2008 beschlossen wurden, stehen laut EU-Kommission im Einklang mit den Vorgaben des EERP. Während einige Maßnahmen der kurzfristigen Konjunkturstabilisierung dienen, ist der größere Teil dauerhafter Natur. Diese adressieren vor allem bestehende Herausforderungen im Arbeitsmarktbereich, wie die Steigerung der Beschäftigungsquoten und der Arbeitszeitstunden. Eine Reihe von Maßnahmen ist darauf ausgerichtet, das langfristige Wachstumspotenzial zu steigern und den Klimaschutz zu verbessern.

8 Niederlande

Als außenhandelsorientierte, offene Volkswirtschaft mit einem Exportanteil von 75 % am BIP sind die Niederlande besonders stark von der Wirtschafts- und Finanzkrise betroffen. So wird für das Jahr 2009 von einem Exportrückgang um mehr als 10 % ausgegangen, und die öffentlichen Haushalte weisen zum ersten Mal seit 2003 ein Defizit über dem Referenzwert des Stabilitätsund Wachstumspaktes auf. Kredite für unternehmerische Investitionen wurden stark beschränkt: die Insolvenzen sind im ersten Halbjahr deutlich angestiegen. Aus dem bedeutenden Fremdwährungsanteil der Kapitalstöcke resultieren hohe Abschreibungen der niederländischen Finanzinstitute. Das Vertrauen der Bevölkerung in die bestehende Wirtschaftsund Finanzarchitektur ist angeschlagen; Vermögensverluste und eine steigende Sparquote lassen die Binnennachfrage stark einbrechen. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, hat die Regierung Konjunkturpakete mit einem Gesamtumfang von 2% des BIP für den Zeitraum 2009 bis 2010 aufgelegt.

Zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit bestimmter Branchen, insbesondere des Bausektors, ist eine Erhöhung der staatlichen Investitionen vorgesehen, im Wesentlichen durch vorgezogene und beschleunigte Infrastrukturmaßnahmen im Bildungs-, Gesundheits- und Transportwesen sowie im Verkehrs- und Energiebereich. Bauplanung und Vergabeverfahren sollen vereinfacht und administrative Hindernisse abgebaut werden.

DIE WIRTSCHAFTS- und Finanzkrise – Konjunktur- und Strukturpolitische Antworten ausgewählter Volkswirtschaften

Um den Einbruch im Industriesektor und Verarbeitenden Gewerbe einzudämmen, wurden steuerliche Maßnahmen beschlossen, wie vereinfachte Abschreibungsregeln, erhöhte Steuerbefreiungen für FuE-Ausgaben, geringere Steuersätze für kleine und mittlere Unternehmen, eine Abwrackprämie sowie die Abschaffung der Flugsteuer am Flughafen Schiphol. Darüber hinaus fördert die Regierung den Zugang für Unternehmen zu finanziellen Ressourcen.

Die niederländische Regierung plant darüber hinaus umfangreiche Maßnahmen zur Sicherung und Förderung der Beschäftigung, wobei die Eindämmung der Jugendarbeitslosigkeit und ein verbesserter Zugang zu Weiterbildungsmaßnahmen im Vordergrund stehen. Kurzarbeiterregelungen sollen kurzfristig den Nachfrageausfall in der Produktion kompensieren und Entlassungen verhindern. Durch Qualifizierungsmaßnahmen soll parallel die Beschäftigungsfähigkeit erhalten beziehungsweise erhöht werden. Mobile Arbeitsvermittlungszentren sollen die Integration der Beschäftigten in den Arbeitsmarkt verbessern. Gleichzeitig wurden zur Stärkung der realen Kaufkraft der privaten Haushalte die Sozialabgaben gesenkt und die Arbeitnehmerbeiträge zur Arbeitslosenversicherung abgeschafft.

Die von der Regierung umgesetzten Konjunkturpakete sind laut der Bewertung der EU-Kommission mit den Bestimmungen des Europäischen Konjunkturprogramms im Wesentlichen vereinbar. Während die meisten Maßnahmen eher kurz- bis mittelfristiger Natur sind, enthalten die Programme auch einige dauerhafte Maßnahmen, wie insbesondere die Senkung der Sozialabgaben. Nach Einschätzung der EU-Kommission sollte die Regierung ihr Hauptaugenmerk auf die Stabilisierung des Finanzmarkts und die Stärkung der Binnennachfrage richten. Um den weiteren Anstieg der Arbeitslosenquote zu begrenzen, sind eine konsequente Umsetzung des Flexicurity-Ansatzes sowie zusätzliche Weiter- und Fortbildungsmaßnahmen zur

Steigerung der Produktivität erforderlich.
Angesichts eines rapiden Anstiegs des
Staatsdefizits auf 6% bis 7% des BIP im Jahr
2010 bestehen laut EU-Kommission erhebliche
Risiken für die mittelfristige Tragfähigkeit
der öffentlichen Finanzen; dies umso mehr
angesichts umfangreicher staatlicher
Garantien für niederländische Finanzinstitute.

9 USA

Neben den Verwerfungen auf den Finanzmärkten stehen zunehmend auch die Wettbewerbsprobleme der amerikanischen Wirtschaft im Zentrum der Aufmerksamkeit. Die Blasenbildung auf dem Finanz- und Immobilienmarkt hat die darunterliegenden strukturellen Probleme sichtbar gemacht und noch verstärkt. Das über die Jahre massiv angestiegene Außenhandelsdefizit (jüngst krisenbedingt zurückgegangen) sowie steigende Rohstoffpreise setzen die amerikanische Wirtschaft unter Druck. Schließlich erweist sich der Gesundheitssektor zunehmend als Belastung, denn die Ausgaben betragen mittlerweile rund 17 % des BIP (obwohl rund 50 Mio. Amerikaner nicht krankenversichert sind).

Vor dem Hintergrund der Finanz- und Wirtschaftskrise verabschiedete die Regierung unter Präsident Barack Obama ein Konjunkturpaket ("American Recovery and Reinvestment Act") im Umfang von 787 Mrd. US-Dollar für den Zeitraum von 2009 bis 2019 (5 ½% des BIP).

Dabei dient ein Großteil der Maßnahmen der Unterstützung der privaten Haushalte. Allein 246 Mrd. US-Dollar sind für die Ausweitung der Krankenversicherung vorgesehen. Die umfänglichen Investitionsmaßnahmen betreffen vor allem den Ausbau und die Instandhaltung der Verkehrsinfrastruktur (48 Mrd. US-Dollar) sowie Steuervergünstigungen bei der Finanzierung von Infrastrukturmaßnahmen (20 Mrd. US-Dollar). Weitere 21 Mrd. US-Dollar werden für Investitionen in den öffentlichen

DIE WIRTSCHAFTS- UND FINANZKRISE – KONJUNKTUR- UND STRUKTURPOLITISCHE ANTWORTEN AUSGEWÄHLTER VOLKSWIRTSCHAFTEN

Nahverkehr, Förderung der Entwicklung von Elektrofahrzeugen und alternativen Treibstoffen sowie die Anschaffung sparsamerer Fahrzeuge bereitgestellt. Für Erhaltungs- und Modernisierungsprogramme öffentlicher Wohnungsbaugesellschaften und die Verbesserung der Energieeffizienz von öffentlichen Bundesgebäuden stehen 12,7 Mrd. US-Dollar zur Verfügung, weitere 15 Mrd. US-Dollar für die Modernisierung von Schulen und Universitäten.

Die Unternehmen erhalten erweiterte Möglichkeiten für Sonderabschreibungen und Verlustrückträge sowie steuerliche Anreize im Bereich erneuerbare Energien und Energieeffizienz. Rund 8 Mrd. US-Dollar gehen in die Förderung von Forschung und Entwicklung. Zur Unterstützung der Automobilindustrie wird befristet eine Prämie von 3 500 US-Dollar bis 4 500 US-Dollar für den Kauf verbrauchsarmer Fahrzeuge gewährt (wobei Premiumhersteller nicht von dem Programm profitieren).

Zur Stützung der privaten Haushalte wurden Steuererleichterungen beschlossen. Für die Ausweitung der Krankenversicherung von Geringverdienern erhalten die Bundesstaaten 90 Mrd. US-Dollar, für erweiterte Bildungsinvestitionen 54 Mrd. US-Dollar. Mittel werden auch für Studienbeihilfen und Studienförderprogramme (16,5 Mrd. US-Dollar), die Förderung von benachteiligten Schülern (25 Mrd. US-Dollar), Berufsbildungsmaßnahmen und Weiterbildung für Arbeitslose bereitgestellt. Das Arbeitslosenversicherungssystem soll umfassend reformiert werden, wobei u. a. eine Verlängerung und Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung vorgesehen ist. Arbeitslose, die über ihren alten Arbeitgeber versichert waren, erhalten einen Zuschuss von 50% zu ihrer alten Krankenversicherung.

Das Konjunkturpaket der Regierung Obama setzt wichtige strukturpolitische Akzente in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Energie und Technologie. Da die umfangreiche finanzielle Unterstützung der Bundesstaaten aber vielfach nur deren prozyklische Budgetkürzungen kompensiert, bleibt der Gesamteffekt dieser Maßnahmen abzuwarten.

10 Japan

Während sich das Finanzsystem Japans als relativ stabil erwiesen hat, ist seine exportorientierte Volkswirtschaft umso stärker von der weltweit rückläufigen Nachfrage und damit den realwirtschaftlichen Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise betroffen. Die Exporte, die rund 40 % zum BIP beitragen, brachen im Winter rapide ein (4. Quartal 2008: - 23,1%; 1. Quartal 2009: - 26 %, jeweils gegenüber Vorquartal). Diese Entwicklung löste eine Grundsatzdiskussion über das japanische Exportmodell aus, die möglicherweise dazu führt, dass künftig der Stärkung der Binnennachfrage gegenüber dem Außenhandel eine größere Bedeutung beigemessen wird. Allerdings dürfte eine Wirtschaftsbelebung allein durch die Steigerung der privaten Nachfrage angesichts sinkender Realeinkommen und einer zunehmenden Überalterung der Bevölkerung unwahrscheinlich sein; vielmehr stellt die demografische Entwicklung eine erhebliche Herausforderung für die nachhaltige Finanzierung der Sozialsysteme dar.

Der japanische Unternehmenssektor ist geprägt durch große internationale Konzerne sowie durch kleine und mittlere Unternehmen (KMU), die kaum globalisiert sind. Während die Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes als international wettbewerbsfähig gelten, weisen sowohl der Dienstleistungsbereich als auch die Landwirtschaft eine niedrige Produktivität auf.

Die staatlichen Konjunkturprogramme, die mit einem Volumen von 75 Bio. Yen (rund 625 Mrd. €) einen Anteil am japanischen BIP von 4% erreichen, haben den ohnehin sehr begrenzten fiskalischen Handlungsspielraum des Staates weiter erheblich eingeschränkt.

DIE WIRTSCHAFTS- UND FINANZKRISE – KONJUNKTUR- UND STRUKTURPOLITISCHE ANTWORTEN AUSGEWÄHLTER VOLKSWIRTSCHAFTEN

Einen Schwerpunkt der Maßnahmen bilden Investitionen in die Wachstumsfelder Umwelt, Gesundheit sowie Verkehrsinfrastruktur und neue Technologien. Erhebliche Mittel werden auch in den Ausbau und die Instandhaltung der sozialen Infrastruktur (Kindergärten, Schulen, Krankenhäuser) investiert.

Zur Unterstützung der Unternehmen und der Nachfrage in ausgewählten Sektoren werden 20 Bio. Yen Rekapitalisierungshilfen für die Banken bereitgestellt, 10 Bio. Yen für den Aufkauf von Aktien aus den Bankenportfolios sowie 33 Bio. Yen für Garantien. Exporthilfen und Möglichkeiten der Abfederung von Rohstoffpreissteigerungen werden noch diskutiert. Für die Förderung erneuerbarer Energien, die Steigerung der Energieeffizienz und den Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel sind 900 Mrd. Yen (umgerechnet 5,6 Mrd. €) vorgesehen. Diese Maßnahmen umfassen Steuererleichterungen beim Kauf umweltfreundlicher Autos oder Rückerstattungen beim Kauf energiesparender Produkte. Die Förderung von Fischerei, Landund Forstwirtschaft, Katastrophenprävention und eine Senkung der Autobahngebühren ergänzen die sektoralen Maßnahmen.

Die beschlossenen Arbeitsmarktmaßnahmen zielen im Wesentlichen darauf ab, soziale Härten bei Entlassungen abzumildern. Dazu zählen vor allem die Anpassung der Sozialhilfe an das Arbeitslosengeld, die Förderung der Umwandlung von befristeter in unbefristete Beschäftigung sowie Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Für die Anhebung der verfügbaren Einkommen werden 2 Bio. Yen (rund 20 Mrd. €) eingeplant. So sind für Familien pauschale Rückerstattungen der Einkommensteuer um mehr als 500 € vorgesehen, und über kommunale Stellen soll ein Handgeld in Höhe von 12 000 Yen (rund 100 €) an jeden Bürger ausgezahlt werden; die Umsetzung verläuft allerdings schleppend. Ein weiterer Förderbereich ist das Gesundheitssystem, insbesondere der Ausbau der Krankenversorgung und der Altenpflege.

Über	sichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	91
1	Kreditmarktmittel	91
2	Gewährleistungen	
3	Bundeshaushalt 2008 bis 2013	
4	Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren	
•	2008 bis 2013	93
5	Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen,	
	Entwurf 2010	95
6	Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2009	
7	Öffentlicher Gesamthaushalt von 2002 bis 2008	
8	Steueraufkommen nach Steuergruppen	. 103
9	Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten	
10	Entwicklung der Staatsquote	
11	Schulden der öffentlichen Haushalte	
12	Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte	. 109
13	Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden	
14	Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich	
15	Steuerquoten im internationalen Vergleich	112
16	Abgabenquoten im internationalen Vergleich	
17	Staatsquoten im internationalen Vergleich	
18	Entwicklung der EU-Haushalte 2008 bis 2009	115
Übers	sichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	117
	o	
1	Entwicklung der Länderhaushalte bis Juni 2008 im Vergleich zum Jahressoll 2008	117
Abb. 1	l Entwicklung der Länderhaushalte bis Juni 2008	117
2	Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der	
	Länder bis Juni 2008	118
3	Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Juni 2008	. 120
Kenn	zahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	124
1	Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	. 124
2	Preisentwicklung	. 125
3	Außenwirtschaft	
4	Einkommensverteilung	
5	Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich	
6	Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich	
7	Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich	. 130
8	Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern	131
Abb. 1	l Entwicklung von DAX und Dow Jones	
9	Übersicht Weltfinanzmärkte	
10	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF	
11	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF	

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle1: Kreditmarktmittel

I. Schuldenart

	Stand:	Zunahme	Abnahme	Stand:			
	31. Mai 2009			30. Juni 2009			
		in Mio. €					
Inflations indexier te Bundes wert papiere	22 000	3 000	0	25 000			
Anleihen ¹	610218	4 000	0	614218			
Bundesobligationen	166 000	6 000	0	172 000			
Bundesschatzbriefe ²	9 535	80	125	9 490			
Bundesschatzanweisungen	123 000	7 000	14000	116 000			
Unverzinsliche Schatzanweisungen	90 598	11 964	5 939	96 624			
Finanzierungsschätze ³	1 849	36	119	1 766			
Tagesanleihe	3313	59	186	3 185			
Schuldscheindarlehen	12 935	0	0	12 935			
Medium Term Notes Treuhand	51	0	0	51			
sonstige unterjährige Kreditmarktmittel	100	0	100	0			
Kreditmarktmittel insgesamt	1 039 601			1 051 270			

noch Tabelle 1: Kreditmarktmittel

II. Gliederung nach Restlaufzeiten

	Stand:			Stand:
	31. Mai 2009			30. Juni 2009
		in M	io.€	
kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	239 984			250 611
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	330 289			318 393
langfristig (mehr als 4 Jahre)	469 327			482 266
Kreditmarktmittel insgesamt	1 039 601			1 051 270

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

¹10- u. 30-jährige Anleihen des Bundes und EURO-Gegenwert der USD-Anleihe.

² Bundesschatzbriefe der Typen A und B.

³1-jährige und 2-jährige Finanzierungsschätze.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 2: Gewährleistungen

	Ermächtigungsrahmen 2009	chtigungsrahmen 2009 Belegung am 30. Juni 2009						
Ermächtigungstatbestände		in Mrd. €						
Ausfuhren	117,0	105,6	100,3					
Kredite an ausländische Schuldner, Direktinvestitionen im Ausland, EIB-Kredite, Kapitalbeteiligung der KfW am EIF	40,0	29,6	25,9					
bilaterale FZ-Vorhaben	3,3	1,3	1,1					
Ernährungsbevorratung	7,5	7,5	7,5					
Binnenwirtschaft und sonstige Zwecke im Inland	240,0	135,8	51,7					
Internationale Finanzierungsinstitutionen	56,6	40,3	40,3					
Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen	1,2	1,0	1,0					
Zinsausgleichsgarantien	4,0	4,0	-					

Tabelle 3: Bundeshaushalt 2008 bis 2013 Gesamtübersicht

Gegenstand der Nachweisung	2008	2009	2010	2011	2012	2013
	Ist	Soll ¹	Reg. Entw.		Finanzplanung	
	in Mrd. €					
1. Ausgaben	282,3	303,3	327,7	321,1	318,3	313,5
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+4,4	+7,4	+8,0	-2,0	-0,9	-1,5
2. Einnahmen ²	270,5	253,8	241,3	249,1	259,3	267,3
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+5,8	-6,2	-4,9	+3,2	+4,1	+3,1
darunter:						
Steuereinnahmen	239,2	224,1	213,8	221,9	232,4	240,6
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+4,0	-6,3	-4,6	+3,8	+4,7	+3,6
3. Finanzierungssaldo	-11,8	-49,5	-86,4	-72,0	-59,0	-46,2
in % der Ausgaben	4,2	16,3	26,4	22,4	18,5	14,7
Zusammensetzung des Finanzierungssaldos						
4. Bruttokreditaufnahme ³ (-)	229,6	301,8	328,8	359,5	366,2	365,2
5. sonst. Einnahmen und haushalterische Umbuchungen	0,5	-	-	-	-	-
6. Tilgungen (+)	216,2	254,1	243,3	284,2	306,2	314,5
7. Nettokreditaufnahme	-11,5	-49,1	-86,1	-71,7	-58,7	-45,9
8. Münzeinnahmen	-0,3	-0,4	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3
Nachrichtlich:						
Investive Ausgaben	24,3	32,8	48,6	43,3	39,1	35,0
Veränderung gegen Vorjahr in %	-7,2	+34,9	+48,2	+10,8	-9,8	-10,6
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	3,5	3,5	3,5	3,0	2,5	2,5

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Stand: Juli 2009.

¹Stand: 2. Nachtragshaushalt 2009.

 $^{^2\,\}mathrm{Gem.}$ BHO § 13 Absatz 4.2 ohne Münzeinnahmen.

 $^{^3\,}lnkl.$ Finanzierung der Eigenbestandsveränderung.

Tabelle 4: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2008 bis 2013

	2008	2009	2010	2011	2012	2013
	Ist	Soll ¹	Entwuf		Finanzplanung	
Ausgabeart			in M	io.€		
Ausgaben der laufenden Rechnung						
Personalausgaben	27 012	27 791	27 991	28 382	28 343	28 261
Aktivitätsbezüge	20 298	20 959	21 071	21 455	21 374	21 293
Ziviler Bereich	8 8 7 0	9367	9 682	10 210	10214	10 225
Militärischer Bereich	11 428	11 592	11 389	11 245	11 160	11 068
Versorgung	6714	6 832	6919	6927	6 9 6 9	6 9 6 8
Ziviler Bereich	2 4 1 6	2 3 9 2	2 437	2 438	2 439	2 426
Militärischer Bereich	4298	4 4 4 1	4482	4 489	4530	4 5 4 2
Laufender Sachaufwand	19 742	21 129	21 674	21 675	21 761	21 813
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 421	1 451	1 467	1 478	1 451	1 434
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	9 622	10360	10 594	10 595	10 704	10 780
Sonstiger laufender Sachaufwand	8 699	9318	9 613	9 602	9 606	9 599
Zinsausgaben	40 171	41 431	39 275	41 340	46 683	52 006
an andere Bereiche	40 171	41 431	39 275	41 340	46 683	52 006
Sonstige	40 171	41 431	39 275	41 340	46 683	52 006
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	40 127	41 388	39 231	41 298	46 642	51 965
an Ausland	3	2	2	0	0	C
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	168 424	179 871	190 171	193 007	194 568	196 470
an Verwaltungen	12 930	15 055	15 022	16 349	16 674	16 649
Länder	8 3 4 1	8 8 4 5	9 089	10 152	10 446	10 394
Gemeinden	21	21	18	11	9	9
Sondervermögen	4 5 6 8	6188	5 9 1 5	6 186	6218	6 246
Zweckverbände	0	1	0	0	0	C
an andere Bereiche	155 494	164816	175 149	176 658	177 894	179 821
Unternehmen	22 440	23 930	25 172	24983	25 476	26 056
Renten, Unterstützungen u.ä. an natürliche Personen	29 120	30881	33 313	33 349	33 115	32 783
an Sozialversicherung	99 123	104 653	111 172	112887	113 869	115 568
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	1 099	1 437	1 487	1 471	1 442	1 423
an Ausland	3 708	3 909	4004	3 966	3 991	3 989
an Sonstige	4	5	1	2	2	2
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	255 350	270 222	279 110	284 404	291 355	298 550
Ausgaben der Kapitalrechnung ²						
Sachinvestitionen	7 199	8 649	8 182	7 711	7 352	7 338
Baumaßnahmen	5 777	7 061	6 5 7 9	6 0 7 9	5 758	5 766
Erwerb von beweglichen Sachen	918	1 055	1 058	1 034	962	931
Grunderwerb	504	533	546	598	632	641

noch Tabelle 4: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2008 bis 2013

	2008	2009	2010	2011	2012	2013
	Ist	Soll 1	Entwurf		Finanzplanung	
Ausgabeart			in M	io.€		
Vermögensübertragungen	16 660	15 377	15 681	15 188	14 910	14 792
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	14018	14961	15 285	14810	14 554	14 438
an Verwaltungen	5713	5 154	5 178	5 2 3 0	5 140	5 089
Länder	5 654	5 089	5 1 1 4	5 158	5 055	5 003
Gemeinden und Gemeindeverbände	59	60	60	69	81	81
Sondervermögen	0	5	4	4	4	4
an andere Bereiche	8 3 0 5	9807	10 107	9 580	9 414	9 349
Sonstige - Inland	5 8 3 6	6758	6 933	6 400	6 298	6 229
Ausland	2 469	3 049	3 174	3 179	3 116	3 120
Sonstige Vermögensübertragungen	2 642	417	396	378	356	354
an andere Bereiche	2 642	417	396	378	356	354
Unternehmen - Inland	2 2 6 7	0	0	0	0	0
Sonstige - Inland	149	176	148	141	136	134
Ausland	225	241	248	237	220	220
Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen,	3 099	9 192	25 136	20 815	17 190	13 191
Kapitaleinlagen	2 395	8 257	24317	20 087	16 299	12 289
Darlehensgewährung	2 393	6257 1	1	20087	16299	12 209
an Verwaltungen	•					-
Länder	1	1	1	1	10.200	12.200
an andere Bereiche	2 395	8 256	24316	20 086	16 298	12 288
Sozialversicherung	0	0	20 000	14 000	11 000	8 000
Sonstige - Inland (auch Gewährleistungen)	922	6 750	2 760	4 435	3 797	2 797
Ausland	1 473	1507	1 556	1 651	1 501	1 490
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	704	935	819	728	891	903
Inland	26	13	13	1	1	1
Ausland	678	921	806	727	891	902
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung ²	26 958	33 218	48 999	43 714	39 452	35 322
² Darunter: Investive Ausgaben	24316	32 802	48 604	43 336	39 096	34967
Globale Mehr-/Minderausgaben	0	-134	-409	-7 018	-12 507	-20 372
Ausgaben zusammen	282 308	303 307	327 700	321 100	318 300	313 500

¹Stand: 2. Nachtragshaushalt 2009.

Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Entwurf 2010

	Ausgabengruppe	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisunger und Zuschüss
Funktion			Rechnung		in Mio. €		
0	Allgemeine Dienste	54 066	47 686	24 975	17 194	-	5 517
1	Politische Führung und zentrale Verwaltung	6302	5 908	3 890	1 278	-	740
2	Auswärtige Angelegenheiten	75	3 681	494	163	_	3 0 2 4
3	Verteidigung	31 217	30 911	15 871	14 097	_	944
4	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	3 732	3 3 1 0	2 098	1012	_	200
5	Rechtsschutz	374	356	260	83	_	14
6	Finanzverwaltung	3 940	3 5 1 9	2 362	562	_	595
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung,	14 778	11 461	481	754		10 225
	kulturelle Angelegenheiten					-	
13	Hochschulen	2818	1 823	10	9	-	1 804
14	Förderung von Schülern, Studenten	1 992	1 992	-	-	-	1 992
15	Sonstiges Bildungswesen	499	436	9	68	-	359
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	8 750	6 688	462	674	-	5 553
19	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	720	522	1	4	-	517
2	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	178 659	157 670	234	213	-	157 222
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	126 439	106 439	54	-	-	106 386
23	Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u.Ä.	6 405	6 405	-	-	-	6 405
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2 788	2 534	-	42	-	2 491
25	Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	41 387	41 274	50	102	-	41 122
26	Jugendhilfe nach dem SGB VIII	147	147	-	-	-	147
29	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	1 492	871	131	69	-	672
3	Gesundheit und Sport	1 403	836	278	283	-	275
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesen	433	363	147	160	-	56
312	Krankenhäuser und Heilstätten	-	-	-	-	-	-
319	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	433	363	147	160	-	56
32	Sport	140	116	-	7	-	109
33	Umwelt- und Naturschutz	386	198	83	62	-	53
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	443	159	47	54	-	57
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 007	596	-	11	-	585
41	Wohnungswesen	1 259	586	-	1	-	585
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	1	1	-	1	-	-
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	5	0	-	-	-	0
44	Städtebauförderung	742	9	-	9	-	-
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	1 060	584	28	155	-	400
52	Verbesserung der Agrarstruktur	677	251	-	1	-	250
53	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	143	143	-	70	-	73
533	Gasölverbilligung	-	-	-	-	-	-
539	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	143	143	-	70	-	73
599	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	240	189	28	83		78

noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Entwurf 2010

	Ausgabengruppe	Sach- investitionen	Vermögens- beratungen	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung ¹	¹ Darunter Investive Ausgaben
Funktio	on			in Mio. €		
0	Allgemeine Dienste	1 110	2 590	2 680	6 380	6 341
1	Politische Führung und zentrale Verwaltung	392	2	0	394	394
2	Auswärtige Angelegenheiten	75	2 381	2 362	4820	4819
3	Verteidigung	217	88	-	305	268
4	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	304	118	-	423	423
5	Rechtsschutz	18	-	-	18	18
6	Finanzverwaltung	102	0	319	421	421
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	283	3 023	11	3 317	3 317
13	Hochschulen	1	993	-	994	994
14	Förderung von Schülern, Studenten	-	-	-	-	-
15	Sonstiges Bildungswesen	0	62	-	63	63
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	261	1 790	11	2 062	2 062
19	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	21	177	-	198	198
2	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	11	978	20 001	20 989	20 632
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	-	-	20 000	20 000	20 000
23	Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u.Ä.	-	-	-	-	-
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	1	253	1	255	5
25	Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	6	108	-	113	6
26	Jugendhilfe nach dem SGB VIII	-	-	-	-	-
29	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	4	617	-	621	621
3	Gesundheit und Sport	350	217	-	567	567
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesen	58	12	-	70	70
312	Krankenhäuser und Heilstätten	-	-	-	-	-
319	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	58	12	-	70	70
32	Sport	-	24	-	24	24
33	Umwelt- und Naturschutz	8	180	-	188	188
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	283	2	-	285	285
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	-	1 408	3	1 411	1 411
41	Wohnungswesen	-	670	3	673	673
42	Raum ordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	-	-	-	-	-
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	-	5	-	5	5
44	Städtebauförderung	-	733	-	733	733
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	7	469	1	476	476
52	Verbesserung der Agrarstruktur	-	425	1	426	426
53	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	-	-	-	-	-
533	Gasölverbilligung	-	-	-	-	-
539	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	-	-	-	-	-
599	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	7	44	0	51	51

noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Entwurf 2010

	Ausgabengruppe	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
Funktion					in Mio. €		
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	6 444	3 162	60	680	-	2 422
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	875	731	-	520	-	211
621	Kernenergie	75	197	-	-	-	197
622	Erneuerbare Energieformen	38	15	-	2	-	13
629	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	565	519	-	518	-	1
63	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 980	1 961	-	4	-	1 957
64	Handel	133	133	-	69	-	65
69	Regionale Förderungsmaßnahmen	689	15	-	13	-	2
699	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	2 767	322	60	75	-	187
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	12 337	4 216	1 041	2 062	-	1 112
72	Straßen	7 670	964	-	877	-	87
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 871	864	509	287	-	68
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	340	8	-	-	-	8
75	Luftfahrt	202	200	46	21	-	134
799	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	2 255	2 180	486	878	-	816
8	Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	16 386	11 969	-	8	-	11 961
81	Wirtschaftsunternehmen	11 056	6 639	-	8	-	6 6 3 1
832	Eisenbahnen	4328	82	-	5	-	77
869	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	6728	6 5 5 6	-	2	-	6 5 5 4
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	5 3 3 0	5 3 3 0	-	-	-	5 3 3 0
873	Sondervermögen	5 3 3 0	5 3 3 0	-	-	-	5 3 3 0
879	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	-	-	-	-	-	-
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	40 561	40 932	893	313	39 275	451
91	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	488	450	-	-	-	450
92	Schulden	39 286	39 286	-	11	39 275	-
999	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	787	1 196	893	302	-	1
Summe a	ller Hauptfunktionen	327 700	279 110	27 991	21 674	39 275	190 171

noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Entwurf 2010

	Ausgabengruppe	Sachin- vestitionen	Vermögens- beratungen	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung ¹	¹ Darunter: Investive Ausgaben
Funktio				in Mio. €		
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	76	779	2 426	3 282	3 282
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	75	69	-	144	144
621	Kernenergie	75	-	-	75	75
622	Erneuerbare Energieformen	-	23	-	23	23
629	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	-	47	-	47	47
63	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	-	19	-	19	19
64	Handel	-	-	-	-	-
69	Regionale Förderungsmaßnahmen	-	674	-	674	674
699	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1	17	2 426	2 445	2 445
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	6 347	1 775	-	8 122	8 122
72	Straßen	5 2 7 8	1 428	-	6707	6 707
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 007	-	-	1 007	1 007
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	-	333	-	333	333
75	Luftfahrt	1	-	-	1	1
799	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	61	14	-	74	74
8	Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	-	4 404	13	4 417	4 417
81	Wirtschaftsunternehmen	-	4 404	13	4417	4417
832	Eisenbahnen	-	4 2 4 6	-	4246	4 2 4 6
869	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	-	158	13	172	172
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	-	-	-	-	-
873	Sondervermögen	-	-	-	-	-
879	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	-	-	-	-	-
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	-	38	-	38	38
91	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	-	38	-	38	38
92	Schulden	-	-	-	-	-
999	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	-	-	-	-	-
Summe	aller Hauptfunktionen	8 182	15 681	25 136	48 999	48 604

Tabelle 6: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2009 (Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1980	1985	1990	1995	2000	
	lst-Ergebnisse								
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	Mrd.€	42,1	80,2	110,3	131,5	194,4	237,6	244,4	
Veränderung gegen Vorjahr	%	8,6	12,7	37,5	2,1	0,0	-1,4	-1,0	
Einnahmen	Mrd.€	42,6	63,3	96,2	119,8	169,8	211,7	220,5	
Veränderung gegen Vorjahr	%	17,9	0,2	6,0	5,0	0,0	-1,5	-0,1	
Finanzierungssaldo	Mrd.€	0,6	-16,9	-14,1	-11,6	-24,6	-25,8	-23,9	
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-0,0	-15,3	-13,9	-11,4	-23,9	-25,6	-23,8	
Münzeinnahmen	Mrd.€	-0,1	-0,4	-0,2	-0,2	-0,7	-0,2	-0,1	
Rücklagenbewegung	Mrd.€	0,0	-1,2	-	-	-	-	-	
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	0,7	0,0	-	-	-	-	-	
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben	Mrd.€	6,6	13,0	16,4	18,7	22,1	27,1	26,5	
Veränderung gegen Vorjahr	%	12,4	5,9	6,5	3,4	4,5	0,5	-1,7	
Anteil an den Bundesausgaben	%	15,6	16,2	14,9	14,3	11,4	11,4	10,8	
Anteil a. d. Personalausgaben des									
öffentl. Gesamthaushalts³	%	24,3	21,5	19,8	19,1	0,0	14,4	15,7	
Zinsausgaben	Mrd.€	1,1	2,7	7,1	14,9	17,5	25,4	39,1	
Veränderung gegen Vorjahr	%	14,3	23,1	24,1	5,1	6,7	-6,2	-4,7	
Anteil an den Bundesausgaben	%	2,7	3,3	6,5	11,3	9,0	10,7	16,0	
Anteil an den Zinsausgaben des öffentl. Gesamthaushalts ³	%	35,1	35,9	47,6	52,3	0,0	38,7	57,9	
Investive Ausgaben	Mrd.€	7,2	13,1	16,1	17,1	20,1	34,0	28,1	
Veränderung gegen Vorjahr	%	10,2	11,0	-4,4	-0,5	8,4	8,8	-1,7	
Anteil an den Bundesausgaben	%	17,0	16,3	14,6	13,0	10,3	14,3	11,5	
Anteil a. d. investiven Ausgaben des öffentl. Gesamthaushalts ³	%	34,4	35,4	32,0	36,1	0,0	37,0	35,0	
Steuereinnahmen ¹	Mrd.€	40,2	61,0	90,1	105,5	132,3	187,2	198,8	
Veränderung gegen Vorjahr	%	18,7	0,5	6,0	4,6	4,7	-3,4	3,3	
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	81,7	80,2	68,1	78,8	81,3	
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	93,7	88,0	77,9	88,4	90,1	
Anteil am gesamten Steueraufkommen ³	%	54,0	49,2	48,3	47,2	0,0	44,9	42,5	
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	0,0	-15,3	-13,9	-11,4	-23,9	-25,6	-23,8	
Anteil an den Bundesausgaben	%	0,0	19,1	12,6	8,7		10,8	9,7	
Anteil an den investiven Ausgaben des									
Bundes	%	0,0	117,2	86,2	67,0	•	75,3	84,4	
Anteil a.d. Nettokreditaufnahme des öffentl. Gesamthaushalts ³	%	0,0	55,8	50,4	55,3		51,2	62,0	
nachrichtlich: Schuldenstand ³									
öffentliche Haushalte²	Mrd.€	59,2	129,4	238,9	388,4	538,3	1018,8	1210,9	
darunter: Bund	Mrd.€	23,1	54,8	120,0	204,0	306,3	658,3	774,8	

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 6: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2009

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

·								•		
Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
				Is	t-Ergebnis	se				Soll ⁴
I. Gesamtübersicht										
Ausgaben	Mrd.€	243,1	249,3	256,7	251,6	259,8	261,0	270,4	282,3	303,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	-0,5	2,5	3,0	-2,0	3,3	0,5	3,6	4,4	7,
Einnahmen	Mrd.€	220,2	216,6	217,5	211,8	228,4	232,8	255,7	270,5	253,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	-0,1	-1,6	0,4	-2,6	7,8	1,9	9,8	5,8	-6,
Finanzierungssaldo	Mrd.€	-22,9	-32,7	-39,2	-39,8	-31,4	-28,2	-14,7	-11,8	-49,
darunter:										
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-22,8	-31,9	-38,6	-39,5	-31,2	-27,9	-14,3	-11,5	-49,
Münzeinnahmen	Mrd.€	-0,1	-0,9	-0,6	-0,3	-0,2	-0,3	-0,4	-0,3	-0
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	-	_	-	-	-	_	-	
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	_	-	-	-	-	-	-	-	
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten										
Personalausgaben	Mrd.€	26,8	27,0	27,2	26,8	26,4	26,1	26,0	27,0	27
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	1,1	0,7	0,9	-1,8	-1,4	-1,0	-0,3	3,7	2
Anteil an den Bundesausgaben	%	11,0	10,8	10,6	10,6	10,1	10,0	9,6	9,6	9
Anteil a. d. Personalausgaben des öffentl.		•						•		
Gesamthaushalts ³	%	15,8	15,6	15,7	15,4	15,3	14,7	15,0	15,1	15
Zinsausgaben	Mrd.€	37,6	37,1	36,9	36,3	37,4	37,5	38,7	40,2	41
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	-3,9	-1,5	-0,5	-1,6	3,0	0,3	3,3	3,7	3,
Anteil an den Bundesausgaben	%	15,5	14,9	14,4	14,4	14,4	14,4	14,3	14,2	13
Anteil an den Zinsausgaben des öffentl.	%	56,7	56,0	56,2	55,9	58,3	58,0	58,7	61,0	61
Gesamthaushalts ³	Nand C	27,3	24,1	25.7	22,4	23,8	22,7	26,2	24,3	22
Investive Ausgaben	Mrd.€			25,7		•				32
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	-3,1	-11,7	6,9	-13,0	6,2	-4,4	15,4	-7,2	34
Anteil an den Bundesausgaben	%	11,2	9,7	10,0	8,9	9,1	8,7	9,7	8,6	10,
Anteil a. d. investiven Ausgaben des öffentl. Gesamthaushalts ³	%	34,1	32,5	35,4	34,0	34,2	33,7	39,6	31,5	28
Steuereinnahmen ¹	Mrd.€	193,8	192,0	191,9	187,0	190,1	203,9	230,0	239,2	225,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	-2,5	-0,9	-0,1	-2,5	1,7	7,2	12,8	4,0	-5,
Anteil an den Bundesausgaben	%	79,7	77,0	74,7	74,3	73,2	78,1	85,1	84,7	74
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	88,0	88,7	88,2	88,3	83,2	87,6	90,0	88,4	88
Anteil am gesamten Steueraufkommen ³	%	41,4	43,0	43,5	42,3	42,9	45,1	47,1	44,5	42
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-22,8	-31,9	-38,6	-39,5	-31,2	-27,9	-14,3	-11,5	-47
Anteil an den Bundesausgaben	%	9,4	12,8	15,1	15,7	12,0	10,7	5,3	4,1	15
Anteil a.d. investiven Ausgaben des Bundes	%	83,7	132,4	150,2	176,7	131,3	122,8	54,7	47,4	145
Anteil a.d. Nettokreditaufnahme des öffentl.			132,4		170,7	131,3		54,7	47,4	143
Gesamthaushalts ³	%	57,6	61,0	59,3	60,1	58,6	52,4	99,3	Х	51
nachrichtlich: Schuldenstand ³										
öffentliche Haushalte ²	Mrd.€	1 223,5	1 277,3	1 357,7	1 429,8	1 489,9	1 545,4	1 553,1	1 578,5	170
darunter: Bund	Mrd.€	760,2	784,6	826,5	869,3	903,3	950,3	957,3	985,7	108

 $^{^1} Nach \, Abzug \, der \, Ergänzungszuweisungen \, an \, L\"{a}nder.$

² Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

³ Stand Finanzplanungsrat Juli 2009; 2009 = Schätzung. Öffentlicher Gesamthaushalt einschl. Kassenkredite. Bund einschl. Sonderrechnungen und Kassenkredite.

 $^{^4}$ Stand: 2. Nachtragshaushalt 2009.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 7: Öffentlicher Gesamthaushalt von 2002 bis 2008

	2002	2003	2004	2005	2006 ²	2007	2008		
		in Mrd. €							
Öffentlicher Gesamthaushalt ¹									
Ausgaben	612,9	620,7	615,3	627,7	639,6	647,2	675,4		
Einnahmen	556,2	552,9	549,9	575,1	599,1	652,5	667,5		
Finanzierungssaldo	-57,0	-67,9	-65,5	-52,5	-40,0	9,2	-7,4		
darunter:									
Bund									
Ausgaben	249,3	256,7	251,6	259,9	261,0	270,5	282,3		
Einnahmen	216,6	217,5	211,8	228,4	232,8	255,7	270,5		
Finanzierungssaldo	-32,7	-39,2	-39,8	-31,4	-28,2	-14,7	-11,8		
Länder									
Ausgaben	257,7	259,7	257,1	260,0	260,0	264,9	274,		
Einnahmen	228,5	229,2	233,5	237,2	250,1	272,1	274,		
Finanzierungssaldo	-29,4	-30,5	-23,5	-22,7	-10,1	9,5	-0,		
Gemeinden									
Ausgaben	150,0	149,9	150,1	153,2	157,4	160,7	167,		
Einnahmen	146,3	141,5	146,2	150,9	160,1	169,3	174,		
Finanzierungssaldo	-3,7	-8,4	-3,9	-2,2	2,8	8,6	7,0		
			Veränderun	ngen gegenüber	r Vorjahr in %				
Öffentlicher Gesamthaushalt									
Ausgaben	1,4	1,3	-0,9	2,0	1,9	1,2	4,4		
Einnahmen	-0,3	-0,6	-0,5	4,6	4,2	8,9	2,3		
darunter:									
Bund									
Ausgaben	2,5	3,0	-2,0	3,3	0,5	3,6	4,4		
Einnahmen	-1,6	0,4	-2,6	7,8	1,9	9,8	5,8		
Länder									
Ausgaben	0,9	0,7	-1,0	1,1	0,0	1,9	3,8		
Einnahmen	-1,0	0,3	1,9	1,6	5,4	8,8	0,9		
Gemeinden									
Ausgaben	1,1	0,0	0,1	2,1	2,8	2,1	4,		
Einnahmen	1,4	-3,3	3,3	3,3	6,0	5,8	3,3		

¹ Mit Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Finanzierung, Fonds Deutsche Einheit, Erblastentilgungsfonds, Entschädigungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen, Versorgungsrücklage des Bundes, Fonds Aufbauhilfe, BPS-PT Versorgungskasse, Kinderbetreuung, Versorgungsfonds des Bundes

Stand: Juni 2009.

 $^{^2}bis\,2006\,Bund\,und\,seine\,Sonderrechnungen\,sowie\,die\,Gemeinden\,sind\,Rechnungsergebnisse, L\"{a}nder\,sind\,Kassenergebnisse.$

 $^{^3}$ Steuern des öffentlichen Gesamthaushalts in % des nominalen BIP.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 7: Öffentlicher Gesamthaushalt von 2002 bis 2008

	2002	2003	2004	2005	2006 ²	2007	2008			
		Anteile in %								
Finanzierungssaldo										
(1) in % des BIP (nominal)										
Öffentlicher Gesamthaushalt	-2,7	-3,1	-3,0	-2,3	-1,7	0,4	-0,3			
darunter:										
Bund	-1,5	-1,8	-1,8	-1,4	-1,2	-0,6	-0,5			
Länder	-1,4	-1,4	-1,1	-1,0	-0,4	0,4	- 0,0			
Gemeinden	-0,2	-0,4	-0,2	-0,1	0,1	0,4	0,3			
(2) in%der Ausgaben										
Öffentlicher Gesamthaushalt	-9,3	-10,9	-10,6	-8,4	-6,3	1,4	-1,1			
darunter:										
Bund	-13,1	-15,3	-15,8	-12,1	-10,8	-5,4	-4,2			
Länder	-11,4	-11,7	-9,1	-8,7	-3,9	3,6	-0,1			
Gemeinden	-2,4	-5,6	-2,6	-1,5	1,8	5,4	4,6			
Ausgaben in % des BIP (nominal)										
Öffentlicher Gesamthaushalt	28,6	28,7	27,8	28,0	27,5	26,7	27,1			
darunter:										
Bund	11,6	11,9	11,4	11,6	11,2	11,2	11,3			
Länder	12,0	12,0	11,6	11,6	11,2	10,9	11,0			
Gemeinden	7,0	6,9	6,8	6,8	6,8	6,6	6,7			
Gesamtwirtschaftliche Steuerquote ³	20,6	20,4	20,0	20,1	21,0	22,2	22,5			

¹ Mit Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Finanzierung, Fonds Deutsche Einheit, Erblastentilgungsfonds, Entschädigungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen, Versorgungsrücklage des Bundes, Fonds Aufbauhilfe, BPS-PT Versorgungskasse, Kinderbetreuung, Versorgungsfonds des Bundes.

Stand: Finanzplanungsrat Juli 2009.

² bis 2006 Bund und seine Sonderrechnungen sowie die Gemeinden sind Rechnungsergebnisse, Länder sind Kassenergebnisse.

 $^{^3}$ Steuern des öffentlichen Gesamthaushalts in % des nominalen BIP.

Tabelle 8: Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

		Steuerauf	kommen					
		davon						
	insgesamt	Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern			
Jahr		in Mrd. €		in	%			
	Gebiet der Bund	desrepublik Deutschland r	nach dem Stand bis zum 3	3. Oktober 1990				
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4			
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7			
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2			
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7			
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4			
1975	123,8	72,8	51,0	58,8	41,2			
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5			
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7			
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2			
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3			
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,1			
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0			
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7			
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9			
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6			
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5			
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3			

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 8: Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

	inegeemt	davon						
	insgesamt	Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern			
Jahr		in Mrd. €		in	%			
		Bundesrepubli	k Deutschland					
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,			
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,			
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,			
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,			
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,			
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,			
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,			
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,			
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,			
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,			
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,			
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,			
2003	442,2	210,2	232,0	47,5	52,			
2004	442,8	211,9	231,0	47,8	52,			
2005	452,1	218,8	233,2	48,4	51,			
2006	488,4	246,4	242,0	50,5	49,			
2007	538,2	272,1	266,2	50,6	49,			
2008	561,2	290,3	270,9	51,7	48,			
2009²	527,0	259,3	267,8	49,2	50,			
2010²	510,4	239,7	270,8	47,0	53,			
2011²	526,7	252,1	274,5	47,9	52,			
2012²	552,0	273,1	278,9	49,5	50,			
2013²	575,1	291,5	283,6	50,7	49,			

¹ Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind: Notopfer Berlin für natürliche Personen (30.09.1956) und für Körperschaften (31.12.1957); Baulandsteuer (31.12.1962); Wertpapiersteuer (31.12.1964); Süßstoffsteuer (31.12.1965); Beförderungsteuer (31.12.1967); Speiseeissteuer (31.12.1971); Kreditgewinnabgabe (31.12.1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31.12.1974) und zur Körperschaftsteuer (31.12.1976); Vermögensabgabe (31.03.1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31.12.1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31.12.1980); Zündwarenmonopol (15.01.1983); Kuponsteuer (31.07.1984); Börsenumsatzsteuer (31.12.1990); Gesellschaft- und Wechselsteuer (31.12.1991); Solidaritätszuschlag (30.06.1992); Leuchtmittel-, Salz-, Zucker- und Teesteuer (31.12.1992); Vermögensteuer (31.12.1996); Gewerbe(kapital)steuer (31.12.1997).

Stand: Mai 2008.

² Steuerschätzung vom 12. bis 14. Mai 2009.

Tabelle 9: Entwicklung der Steuer- und Abgabequoten¹ (Steuer- und Sozialbeitragseinnahmen des Staates)

	Abgrenzung der Volkswir		Abgrenzung der Finanzstatistik			
	Gesamtrechnung Steuerquote	gen ⁻ Abgabenquote	Steuerquote	Abgabenquote		
Jahr	Anteile am BIP in %					
1960	23,0	33,4	22,6	32,2		
1965	23,5	34,1	23,1	32,9		
1970	23,0	34,8	22,4	33,5		
1975	22,8	38,1	23,1	37,9		
1976	23,7	39,5	23,4	38,9		
1977	24,6	40,4	24,5	39,8		
1978	24,2	39,9	24,4	39,4		
1979	23,9	39,6	24,3	39,3		
1980	23,8	39,6	24,3	39,7		
1981	22,8	39,1	23,7	39,5		
1982	22,5	39,1	23,3	39,4		
1983	22,5	38,7	23,2	39,0		
1984	22,6	38,9	23,2	38,9		
1985	22,8	39,1	23,4	39,2		
1986	22,3	38,6	22,9	38,7		
1987	22,5	39,0	22,9	38,8		
1988	22,2	38,6	22,7	38,5		
1989	22,7	38,8	23,4	39,0		
1990	21,6	37,3	22,7	38,0		
1991	22,0	38,9	22,0	38,0		
1992	22,4	39,6	22,7	39,2		
1993	22,4	40,2	22,6	39,6		
1994	22,3	40,5	22,5	39,8		
1995	21,9	40,3	22,5	40,2		
1996	22,4	41,4	21,8	39,9		
1997	22,2	41,4	21,3	39,5		
1998	22,7	41,7	21,7	39,5		
1999	23,8	42,5	22,5	40,2		
2000	24,2	42,5	22,7	40,0		
2001	22,6	40,8	21,1	38,3		
2002	22,3	40,5	20,6	37,7		
2003	22,3	40,6	20,4	37,7		
2004	21,8	39,7	20,0	36,9		
2005³	22,0	39,7	20,1	36,7		
2006³	22,9	40,1	21,0	37,2		
2007³	23,8	40,3	22,2	37,7		
2008³	23,8	40,2	22,5	37,9		

¹ Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

 $^{^{\}rm 2}$ Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG 1995.

³ Vorläufiges Ergebnis der VGR; Stand: Mai 2009.

Tabelle 10: Entwicklung der Staatsquote 1,2

	Ausgaben des Staates						
	insaesamt	insgesamt darunter					
	insgesame	Gebietskörperschaften ³	Soziaversicherungen ³				
Jahr		Anteile am BIP in %					
1960	32,9	21,7	1				
1965	37,1	25,4	1				
1970	38,5	26,1	1:				
1975	48,8	31,2	1				
1976	48,3	30,5	1				
1977	47,9	30,1	1				
1978	47,0	29,4	1				
1979	46,5	29,3	1				
1980	46,9	29,6	1				
1981	47,5	29,7	1				
1982	47,5	29,4	1				
1983	46,5	28,8	1				
1984	45,8	28,2	1				
1985	45,2	27,8	1				
1986	44,5	27,4	1				
1987	45,0	27,6	1				
1988	44,6	27,0	1				
1989	43,1	26,4	1				
1990	43,6	27,3	1				
1991	46,3	28,2	1:				
1992	47,2	28,0	1:				
1993	48,2	28,3	1:				
1994	47,9	27,8	2				
1995	48,1	27,6	2				
1996	49,3	27,9	2				
1997	48,4	27,1	2				
1998	48,0	27,0	2				
1999	48,1	26,9	2				
2000	47,6	26,5	2				
2000 ⁴	45,1	24,0	2				
2001	47,6	26,3	2				
2002	48,1	26,4	2				
2003	48,5	26,5	2				
2004	47,1	25,9	2				
2005 ⁵	46,8	26,0	2				
2006 ⁵	45,3	26,4	2				
2007 ⁵	44,2	25,0	1:				
2008 ⁵	43,9	24,9	1				

 $^{^{\}rm 1}$ Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

 $^{^2} Ausgaben \ des \ Staates \ in \ der \ Abgrenzung \ der \ Volkswirtschaftlichen \ Gesamtrechnungen. \ Ab 1970 \ in \ der \ Abgrenzung \ des \ ESVG \ 1995.$

 $^{^{\}rm 3}$ Unmittelbare Ausgaben (ohne Ausgaben an andere staatliche Ebenen).

⁴ Einschließlich der Erlöse aus der UMTS-Versteigerung.

⁵ Vorläufiges Ergebnis der VGR; Stand: Mai 2009.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 11: Schulden der öffentlichen Haushalte einschl. Kassenkredite

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008 ²
			S	chulden (in Mio.	€) ¹		
Öffentlicher Gesamthaushalt	1 277 272	1 357 723	1 429 750	1 489 852	1 545 399	1 553 058	1 578 454
Bund	784615	826 526	869 332	903 281	950 338	957 270	985 745
Kernhaushalte	725 405	767 697	812 082	887 915	919 304	940 187	959 914
Kreditmarktmittel iwS	719397	760 453	802 994	872 653	902 054	922 045	933 165
Kassenkredite	6 008	7 2 4 4	9 088	15 262	17 250	18 142	26 749
Extrahaushalte	59210	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082	25 831
Kreditmarktmittel iwS	59 210	58 829	57 250	15 366	30 056	15 600	23 700
Kassenkredite	-	-		-	978	1 483	2 131
Länder	392 123	423 666	448 622	471 339	482 818	485 162	485 034
Kernhaushalte	392 123	423 666	448 622	471 339	481 822	484038	483 685
Kreditmarktmittel iwS	384773	414952	442 922	468 214	479 489	481 628	480 391
Kassenkredite	7 3 5 0	8714	5 700	3 125	2 333	2 410	3 294
Extrahaushalte	-	-		-	996	1 124	1 349
Kreditmarktmittel iwS	-	-		-	986	1 124	1 325
Kassenkredite	-	-		-	10	-	24
Gemeinden	100 534	107 531	111 796	115 232	112 243	110627	107 675
Kernhaushalte	93 332	100 033	104 193	107 686	109 541	108 015	105 063
Kreditmarktmittel iwS	82 662	84 069	84257	83 804	81 877	79 239	75 950
Kassenkredite	10 670	15964	19 936	23 882	27 664	28 776	29 113
Extrahaushalte	7 202	7 498	7 603	7 546	2 702	2 612	2 612
Kreditmarktmittel iwS	7 153	7 429	7 5 3 1	7 467	2 649	2 560	2 560
Kassenkredite	49	69	72	79	53	52	52
nachrichtlich:							
Länder + Gemeinden	492 657	531 197	560 418	586 571	595 061	595 789	592 709
Maastricht-Schuldenstand	1 293 000	1 381 000	1 451 000	1 522 000	1 569 000	1 577 000	1 628 000
nachrichtlich:							
Extrahaushalte des Bundes	59 210	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082	25 831
ERP-Sondervermögen	19 400	19 261	18 200	15 066	14357	-	
Fonds "Deutsche Einheit"	39 441	39 099	38 650	-	-	-	-
Entschädigungsfonds	369	469	400	300	199	100	-
Bundes-Pensions-Service für Post und	-	-	-	-	16 478	16 983	17 631
SoFFin	-	-	-	-	-	-	8 200

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 11: Schulden der öffentlichen Haushalte einschl. Kassenkredite

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008 ²
			Antei	l an den Schulde	n (in %)		
Bund	61,4	60,9	60,8	60,6	61,5	61,6	62,5
Kernhaushalte	56,8	56,5	56,8	59,6	59,5	60,5	60,8
Extrahaushalte	4,6	4,3	4,0	1,0	2,0	1,1	1,6
Länder	30,7	31,2	31,4	31,6	31,2	31,2	30,7
Gemeinden	7,9	7,9	7,8	7,7	7,3	7,1	6,8
nachrichtlich:							
Länder + Gemeinden	38,6	39,1	39,2	39,4	38,5	38,4	37,5
			Anteil d	ler Schulden am	BIP (in %)		
Öffentlicher Gesamthaushalt	59,6	62,7	64,7	66,4	66,6	64,1	63,3
Bund	36,6	38,2	39,3	40,3	40,9	39,5	39,6
Kernhaushalte	33,8	35,5	36,7	39,6	39,6	38,8	38,5
Extrahaushalte	2,8	2,7	2,6	0,7	1,3	0,7	1,0
Länder	18,3	19,6	20,3	21,0	20,8	20,0	19,5
Gemeinden	4,7	5,0	5,1	5,1	4,8	4,6	4,3
nachrichtlich:							
Länder + Gemeinden	23,0	24,5	25,3	26,1	25,6	24,6	23,8
Maastricht-Schuldenstand	60,3	63,8	65,6	67,8	67,6	65,1	65,3
			Schi	ulden insgesamt	(in €)		
je Einwohner	15 487	16 454	17 331	18 066	18 761	18 880	19 220
nachrichtlich:							
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. €)	2 143,2	2 163,8	2 210,9	2 243,2	2 321,5	2 422,9	2 491,4
Einwohner 30.06.	82 474 729	82 517 958	82 498 469	82 468 020	82 371 955	82 260 693	82 126 628

 $^{^{1}} Kredit markt schulden im weiteren Sinne ohne Kassenkredite. \\$

Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

² Vorläufiges Ergebnis.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 12: Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte¹

		Abgrenz	ung der Volkswirtsch	Abgrenzung der Finanzstatistik				
	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherungen	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherungen	Öffentlicher G	esamthaushalt ³
Jahr		in Mrd. €			Anteile am BIP in S	%	in Mrd. €	Anteile am BII in %
1960	4,7	3,4	1,3	3,0	2,2	0,9		
1965	-1,4	-3,2	1,8	-0,6	-1,4	0,8	-4,8	-2,0
1970	1,9	-1,1	2,9	0,5	-0,3	0,8	-4,1	-1,1
1975	-30,9	-28,8	-2,1	-5,6	-5,2	-0,4	-32,6	-5,9
1976	-20,4	-20,1	-0,3	-3,4	-3,4	-0,1	-24,6	-4,1
1977	-15,9	-13,1	-2,8	-2,5	-2,1	-0,4	-15,9	-2,5
1978	-17,5	-15,8	-1,7	-2,6	-2,3	-0,3	-20,3	-3,0
1979	-19,6	-19,0	-0,6	-2,7	-2,6	-0,1	-23,8	-3,2
1980	-23,2	-24,3	1,1	-2,9	-3,1	0,1	-29,2	-3,7
1981	-32,2	-34,5	2,2	-3,9	-4,2	0,3	-38,7	-4,7
1982	-29,6	-32,4	2,8	-3,4	-3,8	0,3	-35,8	-4,2
1983	-25,7	-25,0	-0,7	-2,9	-2,8	-0,1	-28,3	-3,1
1984	-18,7	-17,8	-0,8	-2,0	-1,9	-0,1	-23,8	-2,5
1985	-11,3	-13,1	1,8	-1,1	-1,3	0,2	-20,1	-2,0
1986	-11,9	-16,2	4,2	-1,1	-1,6	0,4	-21,6	-2,1
1987	-19,3	-22,0	2,7	-1,8	-2,1	0,3	-26,1	-2,5
1988	-22,2	-22,3	0,1	-2,0	-2,0	0,0	-26,5	-2,4
1989	1,0	-7,3	8,2	0,1	-0,6	0,7	-13,8	-1,2
1990	-24,8	-34,7	9,9	-1,9	-2,7	0,8	-48,3	-3,7
1991	-43,8	-54,7	10,9	-2,9	-3,6	0,7	-62,8	-4,1
1992	-40,7	-39,1	-1,6	-2,5	-2,4	-0,1	-59,2	-3,6
1993	-50,9	-53,9	3,0	-3,0	-3,2	0,2	-70,5	-4,2
1994	-40,9	-42,9	2,0	-2,3	-2,4	0,1	-59,5	-3,3
1995	-59,1	-51,4	-7,7	-3,2	-2,8	-0,4	-55,9	-3,0
1996	-62,5	-56,1	-6,4	-3,3	-3,0	-0,3	-62,3	-3,3
1997	-50,6	-52,1	1,5	-2,6	-2,7	0,1	-48,1	-2,5
1998	-42,7	-45,7	3,0	-2,2	-2,3	0,2	-28,8	-1,5
1999	-29,3	-34,6	5,3	-1,5	-1,7	0,3	-26,9	-1,3
2000	-23,7	-24,3	0,6	-1,2	-1,2	0,0	-34,0	-1,6
2000 ⁴	27,1	26,5	0,6	1,3	1,3	0,0		-
2001	-59,6	-55,8	-3,8	-2,8	-2,6	-0,2	-46,6	-2,2
2002	-78,3	-71,5	-6,8	-3,7	-3,3	-0,3	-57,0	-2,7
2003	-87,2	-79,5	-7,7	-4,0	-3,7	-0,4	-67,9	-3,1
2004	-83,5	-82,3	-1,2	-3,8	-3,7	-0,1	-65,5	-3,0
2005 ⁵	-74,3	-70,2	-4,1	-3,3	-3,1	-0,2	-52,5	-2,3
2005 2006 ⁵	-35,9	-40,9	5,0	-1,5	-1,8	0,2	-40,0	-1,7
2007 ⁵	-4,2	-14,6	10,4	-0,2	-0,6	0,4	9,2	0,4
2007 2008 ⁵	-3,2	-11,5	8,3	-0,1	-0,5	0,3	-7,4	-0,3

 $^{^1} Ab\,1991\,Bundes republik\,insgesamt.$

 $^{^{2}\,\}mathrm{Ab}\,1970$ in der Abgrenzung des ESVG 1995.

 $^{^{\}rm 3}$ Ohne Sozialversicherungen, ab 1997 ohne Krankenhäuser.

 $^{^4\,\}mathrm{Einschlie}$ ßlich der Erlöse aus der UMTS-Versteigerung.

⁵ Vorläufiges Ergebnis der VGR; Stand: Mai 2009.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 13: Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden¹

Land						in % d	es BIP					
	1980	1985	1990	1995	2000²	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Deutschland	-2,9	-1,1	-1,9	-3,2	-1,2	-3,8	-3,3	-1,5	-0,2	-0,1	-3,9	-5,9
Belgien	-9,4	-10,0	-6,7	-4,5	0,0	-0,3	-2,7	0,3	-0,2	-1,2	-4,5	-6,1
Griechenland	_	_	-14,3	-9,3	-3,7	-7,5	-5,1	-2,8	-3,6	-5,0	-5,1	-5,7
Spanien	_	-	-	-6,5	-1,1	-0,3	1,0	2,0	2,2	-3,8	-8,6	-9,8
Frankreich	-0,1	-3,0	-2,4	-5,5	-1,5	-3,6	-2,9	-2,3	-2,7	-3,4	-6,6	-7,0
Irland	_	-10,7	-2,8	-2,1	4,8	1,4	1,7	3,0	0,2	-7,1	-12,0	-15,6
Italien	-7,0	-12,4	-11,4	-7,4	-2,0	-3,5	-4,3	-3,3	-1,5	-2,7	-4,5	-4,8
Zypern	_	-	-	_	-2,3	-4,1	-2,4	-1,2	3,4	0,9	-1,9	-2,6
Luxemburg	_	_	4,3	2,4	6,0	-1,1	0,0	1,4	3,6	2,6	-1,5	-2,8
Malta	_	-	-	-4,2	-6,2	-4,7	-2,9	-2,6	-2,2	-4,7	-3,6	-3,2
Niederlande	-3,9	-3,6	-5,3	-4,3	1,3	-1,7	-0,3	0,6	0,3	1,0	-3,4	-6,1
Österreich	-1,6	-2,7	-2,5	-5,8	-2,1	-4,4	-1,6	-1,6	-0,5	-0,4	-4,2	-5,3
Portugal	-7,2	-8,6	-6,3	-5,0	-3,2	-3,4	-6,1	-3,9	-2,6	-2,6	-6,5	-6,7
Slowakei	_	-	-	-3,4	-12,3	-2,4	-2,8	-3,5	-1,9	-2,2	-4,7	-5,4
Slowenien	_	-	-	-8,4	-3,8	-2,2	-1,4	-1,3	0,5	-0,9	-5,5	-6,5
Finnland	3,8	3,5	5,4	-6,2	6,9	2,4	2,8	4,0	5,2	4,2	-0,8	-2,9
Euroraum	_	-	-	-5,0	-1,1	-2,9	-2,5	-1,2	-0,6	-1,9	-5,3	-6,5
Bulgarien	_	-	-	-3,4	-0,3	1,6	1,9	3,0	0,1	1,5	-0,5	-0,3
Dänemark	-2,3	-1,4	-1,3	-2,9	2,4	2,0	5,2	5,2	4,5	3,6	-1,5	-3,9
Estland	_	-	-	1,1	-0,2	1,7	1,5	2,9	2,7	-3,0	-3,0	-3,9
Lettland	_	_	6,8	-1,6	-2,8	-1,0	-0,4	-0,5	-0,4	-4,0	-11,1	-13,6
Litauen	_	-	-	-1,6	-3,2	-1,5	-0,5	-0,4	-1,0	-3,2	-5,4	-8,0
Polen	_	-	-	-4,4	-3,0	-5,7	-4,3	-3,9	-1,9	-3,9	-6,6	-7,3
Rumänien	_	_	-	-15,6	-4,7	-1,2	-1,2	-2,2	-2,5	-5,4	-5,1	-5,6
Schweden	_	-	-	-7,4	3,7	0,8	2,3	2,5	3,8	2,5	-2,6	-3,9
Tschechien	-	-	-	-13,4	-3,7	-3,0	-3,6	-2,6	-0,6	-1,5	-4,3	-4,9
Ungarn	_	-	-	-	-2,9	-6,4	-7,8	-9,2	-4,9	-3,4	-3,4	-3,9
Vereinigtes Königreich	-3,2	-2,8	-1,8	-5,9	1,2	-3,4	-3,4	-2,7	-2,7	-5,5	-11,5	-13,8
EU	_	-	-	-5,1	-0,6	-2,9	-2,4	-1,4	-0,8	-2,3	-6,0	-7,3
Japan	-4,5	-1,4	2,1	-4,7	-7,6	-6,2	-6,7	-1,6	-2,5	-2,9	-6,7	-8,7
USA	-2,3	-4,9	-4,0	-3,1	1,7	-4,3	-3,1	-2,1	-2,8	-5,9	-12,1	-14,2

 $^{^{\}rm 1}$ Für EU-Mitgliedsstaaten ab 1995 nach ESVG 95.

Quellen:

Für die Jahre 1980 bis 2006: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, Mai 2009. Für die Jahre 2007 bis 2010: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2009

 $^{^{\}rm 2}$ Alle Angaben ohne einmalige UMTS-Erlöse.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 14: Staatsschulden quoten im internationalen Vergleich

Land						in%c	les BIP					
	1980	1985	1990	1995	2000	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Deutschland	30,3	39,5	41,3	55,6	59,7	65,6	67,8	67,6	65,1	65,9	73,4	78,7
Belgien	74,0	115,1	125,6	129,8	107,8	94,3	92,2	87,9	84,0	89,6	95,7	100,9
Griechenland	22,8	49,0	72,6	99,2	101,8	98,6	98,8	95,9	94,8	97,6	103,4	108,0
Spanien	16,4	41,4	42,6	62,7	59,2	46,2	43,0	39,6	36,2	39,5	50,8	62,3
Frankreich	20,7	30,6	35,2	55,5	57,3	64,9	66,4	63,7	63,8	68,0	79,7	86,0
Irland	69,1	100,6	93,2	81,1	37,7	29,4	27,5	24,9	25,0	43,2	61,2	79,7
Italien	56,9	80,5	94,7	121,8	109,2	103,8	105,8	106,5	103,5	105,8	113,0	116,1
Zypern	-	-	-	-	58,8	70,2	69,1	64,6	59,4	49,1	47,5	47,9
Luxemburg	9,9	10,3	4,7	7,4	6,4	6,3	6,1	6,7	6,9	14,7	16,0	16,4
Malta	-	-	-	-	55,9	72,2	69,8	63,7	62,1	64,1	67,0	68,9
Niederlande	45,3	69,7	76,8	76,1	53,8	52,4	51,8	47,4	45,6	58,2	57,0	63,1
Österreich	35,3	48,0	56,1	68,3	66,4	64,8	63,7	62,0	59,4	62,5	70,4	75,2
Portugal	30,6	58,4	55,3	61,0	50,4	58,3	63,6	64,7	63,5	66,4	75,4	81,5
Slowakei	-	-	-	22,2	50,3	41,4	34,2	30,4	29,4	27,6	32,2	36,3
Slowenien	-	-	-	-	26,8	27,2	27,0	26,7	23,4	22,8	29,3	34,9
Finnland	11,3	16,0	14,0	56,7	43,8	44,2	41,4	39,2	35,1	33,4	39,7	45,7
Euroraum	33,4	50,3	56,6	72,4	69,4	69,5	70,0	68,3	66,0	69,3	77,7	83,8
Bulgarien	_	_	_	-	74,3	37,9	29,2	22,7	18,2	14,1	16,0	17,3
Dänemark	39,1	74,7	62,0	72,5	51,7	44,5	37,1	31,3	26,8	33,3	32,5	33,7
Estland	_	_	_	9,0	5,2	5,0	4,5	4,3	3,5	4,8	6,8	7,8
Lettland	_	-	-	_	12,3	14,9	12,4	10,7	9,0	19,5	34,1	50,1
Litauen	_	_	-	11,9	23,7	19,4	18,4	18,0	17,0	15,6	22,6	31,9
Polen	_	_	_	_	36,8	45,7	47,1	47,7	44,9	47,1	53,6	59,7
Rumänien	_	-	-	-	24,6	18,7	15,8	12,4	12,7	13,6	18,2	22,7
Schweden	39,3	60,9	41,2	72,1	53,6	51,2	51,0	45,9	40,5	38,0	44,0	47,2
Tschechien	_	-	-	14,6	18,5	30,4	29,8	29,6	28,9	29,8	33,7	37,9
Ungarn	-	-	-	85,1	54,2	59,4	61,7	65,6	65,8	73,0	80,8	82,3
Vereinigtes Königreich	52,7	51,8	33,3	50,8	41,0	40,6	42,3	43,4	44,2	52,0	68,4	81,7
EU	_	-	_	69,6	63,1	62,2	62,7	61,3	58,7	61,5	72,6	79,4
Japan	55,0	72,2	68,6	87,6	136,7	167,1	177,3	180,3	167,1	172,1	185,3	194,0
USA	42,0	55,7	63,5	71,3	55,5	62,3	62,7	62,1	63,1	65,0	78,0	91,6

Quellen:

Für die Jahre 1980 bis 2006: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, Mai 2009; für USA und Japan alle Jahre. Für die Jahre ab 2007: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2009.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 15: Steuerquoten im internationalen Vergleich¹

Land	Steuern in % des BIP												
	1970	1980	1990	1995	2000	2005	2006	2007					
Deutschland ^{2,3}	22,0	23,9	21,8	22,7	22,7	20,9	21,9	23,0					
Belgien	24,1	29,4	28,1	29,2	31,0	31,1	31,0	30,7					
Dänemark	37,1	42,5	45,6	47,7	47,6	49,6	48,1	47,9					
Finnland	28,7	27,4	32,4	31,6	35,3	31,9	31,3	31,1					
Frankreich	21,7	23,0	23,5	24,5	28,4	27,7	27,8	27,4					
Griechenland	14,0	14,5	18,3	19,5	23,6	20,2	20,2						
Irland	26,1	26,6	28,2	27,8	27,5	26,0	27,6	27,3					
Italien	16,0	18,4	25,4	27,5	30,2	28,3	29,6	30,2					
Japan	15,3	18,0	21,4	17,9	17,5	17,3	17,7						
Kanada	27,9	27,7	31,5	30,6	30,8	28,4	28,4	28,6					
Luxemburg	16,7	25,4	26,0	27,3	29,1	27,3	26,0	26,7					
Niederlande	23,1	26,6	26,9	24,1	24,2	25,7	25,1	24,2					
Norwegen	29,0	33,5	30,2	31,3	33,7	34,6	35,2	34,4					
Österreich	25,3	26,9	26,6	26,3	28,1	27,6	27,3	27,8					
Polen	-	-	-	25,2	22,4	20,7	21,4						
Portugal	14,0	16,1	20,2	22,1	23,8	23,4	24,3	24,9					
Schweden	32,1	33,0	38,0	34,4	38,1	36,3	36,6	35,6					
Schweiz	16,2	18,9	19,7	20,2	22,7	22,2	22,7	22,8					
Slowakei	-	-	-	-	19,7	19,0	17,9	17,9					
Spanien	10,0	11,6	21,0	20,5	22,0	23,6	24,4	25,0					
Tschechien	-	-	-	22,0	19,7	21,4	20,8	20,3					
Ungarn	-	-	-	26,6	26,9	25,6	25,2	26,4					
Vereinigtes Königreich	31,9	29,3	30,0	28,4	30,8	29,5	30,3	29,8					
Vereinigte Staaten	22,7	20,6	20,5	20,9	23,0	20,6	21,3	21,6					

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2007, Paris 2008.

Stand: Oktober 2008.

 $^{^2 \,} Nicht \, vergleich bar \, mit \, Quoten \, in \, der \, Abgrenzung \, der \, Volkswirtschaftlichen \, Gesamtrechnung \, oder \, der \, deutschen \, Finanzstatistik.$

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 16: Abgabenquoten im internationalen Vergleich¹

Land	Steuern und Sozialabgaben in % des BIP											
	1970	1980	1990	1995	2000	2005	2006	2007				
Deutschland ^{2,3}	31,5	36,4	34,8	37,2	37,2	34,8	35,6	36,2				
Belgien	33,9	41,3	42,0	43,6	44,9	44,8	44,5	44,4				
Dänemark	38,4	43,0	46,5	48,8	49,4	50,7	49,1	48,9				
Finnland	31,5	35,7	43,5	45,7	47,2	43,9	43,5	43,0				
Frankreich	34,1	40,1	42,0	42,9	44,4	43,9	44,2	43,6				
Griechenland	20,0	21,6	26,2	28,9	34,1	31,3	31,3					
Irland	28,4	31,0	33,1	32,5	31,7	30,6	31,9	32,2				
Italien	25,7	29,7	37,8	40,1	42,3	40,9	42,1	43,3				
Japan	19,6	25,4	29,1	26,8	27,0	27,4	27,9					
Kanada	30,9	31,0	35,9	35,6	35,6	33,4	33,3	33,3				
Luxemburg	23,5	35,7	35,7	37,1	39,1	37,8	35,9	36,9				
Niederlande	35,6	42,9	42,9	41,5	39,7	38,8	39,3	38,0				
Norwegen	34,5	42,4	41,0	40,9	42,6	43,5	43,9	43,4				
Österreich	33,9	39,0	39,6	41,2	42,6	42,1	41,7	41,9				
Polen	-	-	-	36,2	31,6	32,9	33,5					
Portugal	18,4	22,9	27,7	31,7	34,1	34,7	35,7	36,6				
Schweden	37,8	46,4	52,2	47,5	51,8	49,5	49,1	48,2				
Schweiz	19,3	24,7	25,8	27,7	30,0	29,2	29,6	29,7				
Slowakei	-	-	-	-	33,8	31,8	29,8	29,8				
Spanien	15,9	22,6	32,5	32,1	34,2	35,8	36,6	37,2				
Tschechien	-	-	-	37,5	35,3	37,5	36,9	36,4				
Ungarn	-	-	-	41,3	38,0	37,2	37,1	39,3				
Vereinigtes Königreich	37,0	35,1	36,1	34,5	37,1	36,3	37,1	36,6				
Vereinigte Staaten	27,0	26,4	27,3	27,9	29,9	27,3	28,0	28,3				

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2007, Paris 2008.

Stand: Oktober 2008.

 $^{^2\,}Nicht\,vergleich bar\,mit\,Quoten\,in\,der\,Abgrenzung\,der\,Volkswirtschaftlichen\,Gesamtrechnung\,oder\,der\,deutschen\,Finanzstatistik.$

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 17: Staatsquoten im internationalen Vergleich

Land				Ge	samtausgal	oen des Staa	ites in % des l	BIP			
	1980	1985	1990	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Deutschland 1	46,9	45,2	43,6	48,3	45,1	46,8	45,3	44,2	43,9	48,2	49,0
Belgien	54,8	58,4	52,2	52,1	49,1	52,1	48,4	48,3	49,8	52,9	54,3
Finnland	40,1	46,3	47,9	61,5	48,3	50,1	48,6	47,3	48,3	52,8	54,3
Frankreich	45,7	51,8	49,5	54,4	51,6	53,3	52,7	52,3	52,7	55,6	56,4
Griechenland	-	-	45,8	46,6	46,6	43,1	42,0	43,7	44,9	45,3	45,2
Irland	-	53,2	42,8	41,1	31,5	33,7	34,0	35,7	41,0	45,8	49,1
Italien	40,8	49,8	52,9	52,5	46,2	48,1	48,7	47,9	48,8	51,2	51,1
Luxemburg	-	-	37,7	39,7	37,6	41,6	38,6	37,2	40,7	44,2	45,7
Malta	-	-	-	39,7	41,0	44,7	43,7	42,6	45,3	44,4	44,8
Niederlande	55,2	57,3	54,9	51,6	44,2	44,8	45,6	45,3	45,4	48,3	50,2
Österreich	50,0	53,5	51,5	56,2	52,0	49,8	49,3	48,5	48,6	51,6	52,1
Portugal	33,5	38,8	40,0	43,4	43,1	47,7	46,3	45,7	45,9	48,9	48,7
Slowenien	-	-	-	52,6	46,8	45,3	44,6	42,4	43,6	47,7	48,6
Spanien	-	-	-	44,4	39,1	38,4	38,5	38,8	40,5	45,2	47,1
Zypern	-	-	-	-	37,0	43,6	43,4	42,9	44,0	44,4	45,0
Euroraum	-	-	-	-	46,3	47,3	46,6	46,1	46,6	50,1	51,0
Bulgarien	-	-	-	-	42,6	39,3	36,5	41,5	37,4	39,5	39,3
Dänemark	52,7	55,5	55,9	59,3	53,5	52,6	51,5	50,9	51,8	55,0	57,0
Estland	-	-	-	41,4	36,5	34,0	34,2	35,5	40,9	45,0	47,3
Lettland	-	-	31,6	38,6	37,3	35,6	38,2	35,9	39,5	46,8	49,8
Litauen	-	-	-	35,7	39,1	33,3	33,6	34,9	37,2	39,5	42,7
Polen	-	-	-	47,7	41,1	43,4	43,8	42,1	43,1	46,1	46,8
Rumänien	-	-	-	49,8	38,5	33,5	35,3	36,6	38,5	38,5	38,9
Schweden	-	-	-	65,2	55,6	55,0	54,0	52,5	53,1	56,6	57,3
Slowakei	-	-	-	48,6	50,9	38,2	36,9	34,4	34,9	38,3	39,4
Tschechien	-	-	-	54,5	41,8	45,0	43,9	42,6	42,4	45,9	47,6
Ungarn	-	-	-	-	46,5	50,1	51,9	49,7	49,9	50,8	52,0
Vereinigtes Königreich	47,6	48,7	41,1	43,9	36,8	44,1	44,2	44,0	47,7	50,5	52,4
EU-27	-	-	-	-	44,8	46,8	46,3	45,7	46,8	50,1	51,1
USA	34,1	36,8	37,1	37,0	34,2	36,6	36,4	37,3	39,1	44,4	45,9
Japan	-	-	-	-	39,0	38,4	36,3	36,2	37,5	42,1	44,4

¹1980 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Stand: Mai 2009.

 $\label{thm:prop:control} Quelle: \hbox{EU-Kommission ,Statistischer Anhang der Europäischen Wirtschaft"}.$

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 18: Entwicklung der EU-Haushalte 2008 bis 2009

		Eu-Haush	nalt 2008 ¹			EU-Haus	halt 2009 ²	
	Verpflicht	ungen	Zahlun	gen	Verpflich	tungen	Zahlur	ngen
	in Mio.€	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Rubrik								
1. Nachhaltiges Wachstum	58 341,9	44,5	45 731,7	39,5	60 195,9	45,0	45 999,5	39,6
davon Globalisierungsanpassungsfonds	500,0	0,4			500,0	0,4		
Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	56 314,7	43,0	53 217,1	46,0	56 121,4	41,9	52 566,1	45,3
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	1 625,9	1,2	1 488,9	1,3	1 514,9	1,1	1 296,4	1,1
4. Die EU als globaler Akteur	7 311,2	5,6	7 847,1	6,8	8 103,9	6,1	8 324,2	7,2
davon Soforthilfereserve (40 - Reserven)	239,2	0,2			244,0	0,2		
5. Verwaltung	7 279,2	5,6	7 279,8	6,3	7 700,7	5,8	7 700,7	6,6
6. Ausgleichszahlungen	206,6	0,2	206,6	0,2	209,1	0,2	209,1	0,2
Gesamtbetrag	131 079,6	100,0	115 771,3	100,0	133 846,0	100,0	116 096,1	100,0

¹ EU-Haushalt 2008 (einschl. Berichtigungshaushaltspläne Nrn. 1-10/2008).

² EU-Haushalt 2009 (endg. Feststellung vom 18.12.2008).

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 18: Entwicklung der EU-Haushalte 2008 bis 2009

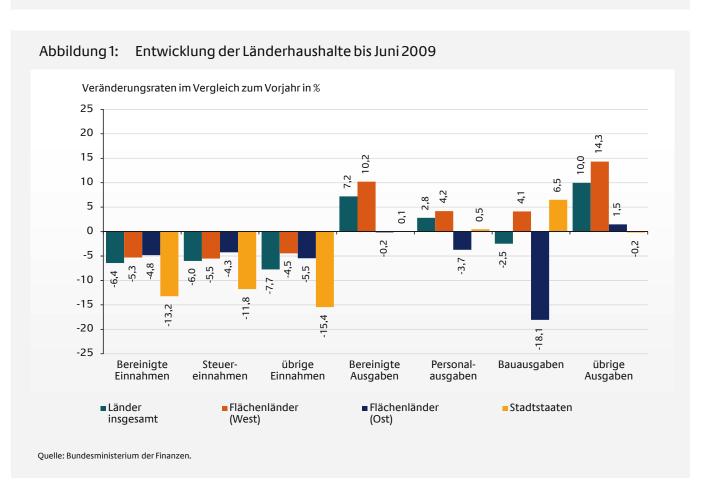
	Differe	enz in %	Differen	z in Mio. €
	SP. 6/2	Sp. 8/4	Sp. 6-2	Sp. 8-4
Rubrik	10	11	12	13
1. Nachhaltiges Wachstum	2,3	0,6	1 853,9	267,8
davon Globalisier ungsanpassungsfonds	0,0	-	0,0	0,0
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	- 0,3	- 1,2	- 193,3	- 651,0
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	- 6,8	-12,9	-111,0	- 192,5
4. Die EU als globaler Akteur	10,8	6,1	792,7	477,0
davon Soforthilfereserve (40 - Reserven)	2,0	-	4,8	0,0
5. Verwaltung	5,8	5,8	421,5	421,0
6. Ausgleichszahlungen	1,2	1,2	2,5	2,5
Gesamtbetrag	2,1	0,3	2 766,3	324,8

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte

Tabelle 1: Entwicklung der Länderhaushalte bis Juni 2009 im Vergleich zum Jahressoll 2009

	Flächenlä	nder (West)	Flächenlä	inder (Ost)	Stadts	taaten	Länder z	usammen				
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist				
		in Mio. €										
Bereinigte Einnahmen	187 438	90 710	52 664	25 201	33 064	15 936	266 510	128 429				
darunter:												
Steuereinnahmen	147 128	74356	28 165	13 502	21 550	9 7 6 6	196844	97 623				
übrige Einnahmen	40 309	16354	24 499	11 699	11 514	6 170	69 666	30806				
Bereinigte Ausgaben	203 583	104 800	52 593	24 418	36 398	17 874	285 918	143 674				
darunter:												
Personalausgaben	77 499	39320	12 290	5 681	11 075	5 5 6 5	100 863	50 566				
Bauausgaben	3 432	870	1 491	386	905	215	5828	1 471				
übrige Ausgaben	122 652	64611	38 812	18 350	24418	12 094	179 227	91 637				
Finanzierungssaldo	-16 144	-14 090	75	784	-3 327	-1 939	-19 396	-15 245				



ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Juni 2009

						in Mio. €				
			Juni 2008			Mai 2009			Juni 2009	
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
11	Bereinigte Einnahmen ¹									
	für das laufende Haushaltsjahr	126 469	137 255	256 129	102 330	102 270	198 002	126 776	128 429	247 54
111	darunter: Steuereinnahmen	111 142	103 863	215 005	85 959	79 163	165 123	109 323	97 623	206 94
112	Länderfinanzausgleich 1	-	-	-	-	-	-	-	-	
113	nachrichtlich: Kreditmarktmittel (brutto)	106 491 #	29 025	135 516	93 850 #	40 532	134 382	132 849 #	47 366	180 21
12	Bereinigte Ausgaben ¹									
	für das laufende Haushaltsjahr	139 634	134 017	266 056	120 470	118 955	232 828	141 466	143 674	277 48
121	darunter: Personalausgaben (inklusive Versorgung)	13 605	49 179	62 784	12 150	42 289	54 439	14516	50 566	65 08
122	Bauausgaben	1 972	1 508	3 480	1 415	1 093	2 508	2 000	1 471	3 47
123	Länderfinanzausgleich ¹	-	- 65	- 65	-	13	13	-	33	3
124	nachrichtlich: Tilgung von Kreditmarktmitteln	112 480	41 372	153 852	83 836	41 160	124997	106374	45 588	151 96
13	Mehrein. (+), Mehrausg. (-) (Finanzierungssaldo)	-13 165	3 238	-9 927	-18 141	-16 685	-34 826	-14 689	-15 245	-29 93
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	-	-	-	-	79	79	-	-	
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	-	-	-	-	-3	-3	-	-	
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (14-15)	-	-	-	-	81	81	-	-	
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Bundeshauptkasse /									
	Landeshauptkassen ² Mehreinnahmen (+),	-4994	-11 964	-16 958	10 117	-1 580	8 537	26 626	668	27 29
2 21	Mehrausgaben (-) des noch nicht abgeschlossenen									
-1	Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	_	715	715	_	1 832	1 832	_	866	86
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	-	1 903	1 903	-	- 650	- 650	-	-214	- 21
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.									
31	Verwahrungen	8 112	16971	25 083	16 476	52 287	68 763	11 384	64 439	75 82
32	Vorschüsse	-	29 593	29 593	-	51 504	51 504	-	71 039	71 03
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	-	12 812	12812	-	17115	17 115	-	15 924	15 92
34	<u> </u>	8 112	190	8 302	16 476	17898	34374	11384	9324	2070

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Juni 2009

			Januar 2008	3	De	ezember 200	8		Januar 2009		
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	-10 047	-5 918	-15 964	8 452	896	9 348	23 320	-4 601	18 719	
5	Schwebende Schulden										
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	10 047	3 889	13 936	-8 452	4 2 0 5	-4248	-23 320	2 3 6 0	-20 960	
52	Schatzwechsel	-	-	-	-	-	-	-	-		
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
54	Kassenkredit vom Bund	-	-	-	-	-	-	-	-		
55	Sonstige	-	325	325	-	220	220	-	165	165	
56	Zusammen	10 047	4214	14 261	-8 452	4 425	-4028	-23 320	2 5 2 5	-20 795	
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	0	-1 704	-1 703	0	5 321	5 3 2 1	1	-2 077	-2 076	
7	Nachrichtliche Angaben (oben enthalten)										
71	Innerer Kassenkredit ⁴	-	2 109	2 109	-	1 432	1 432	-	1 673	1 673	
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landes-										
	hauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	-	3 567	3 567	-	2 288	2 288	-	2 524	2 524	

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder ohne Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern.

² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme / Nettokredittilgung.

³ Ohne sonstige Einnahmen zur Schuldentilgung.

⁴ Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Juni 2009

						Mio.€				
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern ⁷	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh Westf.	Rheinl Pfalz	Saarland
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
11	Bereinigte Einnahmen ¹									
	für das laufende Haushaltsjahr	16 618,8	19 606,7 a	4 584,8	8 543,4	3 339,6	11 568,7	23 839,4	5 927,8	1 206,9
111	darunter: Steuereinnahmen	13 022,2	16 275,3	2 510,0	7 214,4	1 679,9	9 087,8	20 214,0	4 434,3	1 003,3
112	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	297,9	-	258,8	113,0	91,6	181,6	39,5
113	nachrichtlich: Kreditmarktmittel (brutto)	5 577,0	6 300,8 b	1 007,1	2 598,9	160,2	3 225,9	10 207,0	3 654,5	909,2
12	Bereinigte Ausgaben ¹									
	für das laufende Haushaltsjahr	17 656,3	26 519,5 °	4 675,7	9 813,4	3 245,2	11 766,0	26 366,3	6 790,7	1 893,1
121	darunter: Personalausgaben (inkl. Versorgung)	7 607,7	8 745,6	1 089,3	3 635,9	745,7	4 540,7 3	9 548,9 ³	2 755,7	715,7
122	Bauausgaben	173,9	370,6	9,5	133,9	69,0	86,4	39,5	12,8	1,6
123	Länderfinanzausgleich ¹	1 145,4	1 706,9	-	1 105,6	-	-	-	-	-
124	nachrichtlich: Tilgung von Kreditmarktmitteln	5 385,8	2 431,7 ^d	2 259,5	2 034,4	1 065,2	3 741,3	9 273,2	4 406,1	512,7
13	Mehrein.(+), Mehrausg.(-) (Finanzierungssaldo)	-1 037,5	-6 912,8 e	- 90,9	-1 270,0	94,4	- 197,3	-2 526,9	- 862,8	- 686,2
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	-	-	-	-	-	-	-	-	-
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	-	-	-	-	-	-	-	-	-
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (14-15)	-	-	-	-	-	-	-	-	-
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der									
	Landeshauptkassen ²	142,2	3 847,5	-1 049,7	452,1	- 905,6	- 485,8	878,8	- 750,6	393,3
2 21	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres									
	(ohne Auslaufperiode)	744,1	-	-	-	-	-	-	-	-
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	796,6	-2 129,4	-	-	-	-	-	-	-
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.									
31	Verwahrungen	3 903,4	2 018,4	1 530,8	1 176,0	221,9	167,0	2 611,2	2 584,5	430,5
32	Vorschüsse	5 451,3	4390,0	791,4	1 676,4	0,7	609,6	71,3	2 050,1	- 16,2
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	789,3	7 566,3	-	710,0	564,7	2 195,9	727,0	0,7	15,6
34	Saldo (31-32+33)	- 758,6	5 194,8	739,4	209,6	785,9	1 753,3	3 266,9	535,2	462,3
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden									
	(13+16+17+21+22+34)	- 113,2	0,0	- 401,2	- 608,3	- 25,3	1 070,2	1618,7	-1 078,3	169,4

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Juni 2009

						in Mio. €				
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern ⁷	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh Westf.	Rheinl Pfalz	Saarland
5	Schwebende Schulden									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	-	163,9	830,0	-	-	119,0	1 079,0	69,
52	Schatzwechsel	-	-	-	-	-	-	-	-	
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	-	-	-	-	-	-	-	-	
54	Kassenkredit vom Bund	-	-	-	-	-	-	-	-	
55	Sonstige	-	-	-	165,0	-	-	-	-	
56	Zusammen	-	-	163,9	995,0	-	-	119,0	1 079,0	69,
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	-113,2	0,0	- 237,3	386,7	- 25,3	1 070,2	1 737,7	0,7	239,
7	Nachrichtliche Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit ⁴	-	-	-	-	-	1 673,1	-	-	
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landes-									
	hauptkasse gehörende Mittel (einschl. 71)	-	-	-	-	-	2 195,9	691,3	-	

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich.

 $^{^2\,}Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung.$

³ Ohne Juli-Bezüge.

⁴ Minusbeträge beruhen auf später erfolgten Buchungen.

 $^{^5\,\}mathrm{SH}$ - Wegen Umstellung des Mittelbewirtschaftungsverfahrens zzt. nicht zu ermitteln.

⁶ Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt.

 $^{^{7}}$ BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 9,2 Mio. €, b 5 480,8 Mio. €, c 7 029,3 Mio. €, d 250,0 M

e Der Finanzierungssaldo ohne Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und Bayern LB beträgt + 107,3 Mio. \in .

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Juni 2009

					in Mio. €				
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
1	Seit dem 1. Januar gebuchte								
11	Bereinigte Einnahmen ¹								
	für das laufende Haushaltsjahr	8 141,8	4 687,3	3 905,6	4 447,6	9 399,4	1 694,5	4 831,7	128 428,8
111	darunter: Steuereinnahmen	4 530,9	2 499,1	3 104,2	2 281,9	4 636,1	1 079,6	4 050,3	97 623,3
112	Länderfinanzausgleich ¹	451,3	299,8	81,9	297,2	1 540,5	262,1	-	
113	nachrichtlich: Kreditmarktmittel (brutto)	-2 045,2	2 980,4	2 090,4	930,0	8 043,8	2 657,0	- 931,2	47 365,8
12	Bereinigte Ausgaben ¹								
	für das laufende Haushaltsjahr	7 223,9	4 824,8	4 502,2	4 448,0	10 546,3	2 136,1	5 182,0	143 674,3
121	darunter: Personalausgaben (incl. Versorgung)	1 702,0	1 080,2	1 769,4	1 064,0	3 319,7	681,4	1 564,2	50 566,1
122	Bauausgaben	207,2	42,6	50,9	57,9	69,0	19,5	126,5	1 470,8
123	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	- 10,0	32,7
124	nachrichtlich: Tilgung von Kreditmarktmitteln	620,5	2 519,7	2 019,9	1 389,8	5 371,1	2 556,6	-	45 587,5
13	Mehrein.(+), Mehrausg.(-) (Finanzierungssaldo)	917,9	- 137,5	- 596,6	- 0,4	-1 146,9	- 441,6	- 350,3	-15 245,4
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	-	-	-	-	-	-	-	-
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	-	-	-	-	-	-	-	-
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (14-15)	-	-	-	-	-	-	-	
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der								
	Bundeshauptkasse / Landeshauptkassen ²	-2 985,4	502,3	95,5	-91,5	1 420,6	133,5	- 928,8	668,4
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-)								
21	des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres								
	(ohne Auslaufperiode)	-	-	-	122,1	-	-	-	866,2
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist- Abschluss)	1 118,7	-	-	-	-	-	-	- 214,1
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.								
31	Verwahrungen	552,0	1 128,9	0,0	-300,5	- 678,9	31,7	49 061,7	64 438,6
32	Vorschüsse	2 942,6	1 528,2	0,0	50,2	-	73,2	51 420,2	71 039,0
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	3 118,6	58,7	0,0	319,8	413,2	248,9	- 804,9	15 923,8
34	Saldo (31-32+33)	728,0	-340,6	0,0	-30,9	- 265,7	207,5	-3 163,4	9 323,7
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden								
	(13+16+17+21+22+34)	- 220,8	24,2	-501,1	- 0,7	8,0	- 100,5	-4 442,5	-4 601,4

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Juni 2009

					in Mio. €				
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammer
5	Schwebende Schulden								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	-	-	-	-	70,0	28,0	2 359,8
52	Schatzwechsel	-	-	-	-	-	-	-	
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	-	-	-	-	-	-	-	
54	Kassenkredit vom Bund	-	-	-	-	-	-	-	
55	Sonstige	-	-	-	-	-	-	-	165,0
56	Zusammen	-	-	-	-	-	70,0	28,0	2 524,
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	- 220,8	24,2	- 501,1	- 0,7	8,0	- 30,5	-4 414,5	-2 076,
7	Nachrichtliche Angaben (oben enthalten)								
71	Innerer Kassenkredit ⁴	-	-	-	-	-	-	-	1 673,
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landes-								
	hauptkasse gehörende Mittel (einschl. 71)	-	-	-	-	413,2	28,8	- 804,9	2 524,

 $^{^1} In \, der \, L\"{a}n der summe \, ohne \, Zuweisungen \, von \, L\"{a}n dern \, im \, L\"{a}n der finanzausgleich.$

 $^{^2\,}Haushalts technische \,Verrechnungen, \,Brutto-/Nettostellungen, \,Abwicklung\,\,der \,Vorjahre, \,R\"{u}cklagenbewegung, \,Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung.$

³ Ohne Juli-Bezüge.

⁴ Minusbeträge beruhen auf später erfolgten Buchungen.

 $^{^{5}\,\}mathrm{SH}$ - Wegen Umstellung des Mittelbewirtschaftungsverfahrens zzt. nicht zu ermitteln.

⁶ Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt.

⁷ BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 9,2 Mio. €, b 5 480,8 Mio. €, c 7 029,3 Mio. €, d 250,0 Mio. €,

e Der Finanzierungssaldo ohne Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB beträgt +107,3 Mio. €.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

Jahr					Erwerbslosen-	Bruttoi	nlandsprodukt	(real)	Investitions-
	Erwerbstä	tige im Inland ¹	Erwerbsquote ²	Erwerbslose	quote ³	gesamt ⁵	je Erwerbs- tätigen	je Stunde	quote ⁴
	in Mio.	Veränderung in % p.a.	in%	in Mio.	in%	Verä	nderung in % p	.a.	in%
1991	38,6		51,0	2,2	5,3				23,2
1992	38,1	-1,5	50,4	2,5	6,2	2,2	3,7	2,5	23,6
1993	37,6	-1,3	50,0	3,1	7,5	-0,8	0,5	1,6	22,5
1994	37,5	-0,1	50,1	3,3	8,1	2,7	2,8	2,9	22,6
1995	37,6	0,2	49,9	3,2	7,9	1,9	1,7	2,6	21,9
1996	37,5	-0,3	50,0	3,5	8,6	1,0	1,3	2,3	21,3
1997	37,5	-0,1	50,2	3,8	9,2	1,8	1,9	2,5	21,0
1998	37,9	1,2	50,7	3,7	9,0	2,0	0,8	1,2	21,1
1999	38,4	1,4	50,9	3,4	8,2	2,0	0,7	1,4	21,3
2000	39,1	1,9	51,3	3,1	7,4	3,2	1,3	2,6	21,5
2001	39,3	0,4	51,5	3,2	7,5	1,2	0,8	1,8	20,0
2002	39,1	-0,6	51,5	3,5	8,3	0,0	0,6	1,5	18,3
2003	38,7	-0,9	51,6	3,9	9,2	-0,2	0,7	1,2	17,9
2004	38,9	0,4	52,1	4,2	9,7	1,2	0,8	0,6	17,5
2005	38,9	-0,1	52,5	4,6	10,6	0,8	0,9	1,4	17,4
2006	39,1	0,6	52,5	4,3	9,8	3,2	2,3	2,5	18,2
2007	39,8	1,7	52,6	3,6	8,3	2,5	0,7	0,6	18,7
2008	40,3	1,4	52,9	3,1	7,2	1,3	-0,1	0,0	19,2
2003/98	38,8	0,4	51,2	3,5	8,3	1,2	0,8	1,7	20,0
2008/03	39,3	0,8	52,4	3,9	9,1	1,8	0,9	1,0	18,2

¹Erwerbstätige im Inland nach ESVG 95.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

 $^{^2\,}Erwerbspersonen\,(inländische\,Erwerbstätige + Erwerbslose[ILO])\,in\,\%\,der\,Wohnbev\"{o}lkerung\,nach\,ESVG\,95.$

 $^{^3}$ Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbspersonen nach ESVG 95.

⁴ Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt (nominal).

 $^{^{\}rm 5}$ Rechenstand 13. August 2009.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 2: Preisentwicklung

Jahr	Bruttoinlands- produkt (nominal) ¹	Bruttoinlands- produkt (Deflator)	Terms of Trade	Inlandsnach- frage (Deflator)	Konsum der Privaten Haushalte (Deflator) ²	Verbraucher- preisindex (2005=100)	Lohnstück- kosten ³
			\	/eränderung in % p			
1991							
1992	7,3	5,0	3,2	4,1	4,1	5,1	6,3
1993	2,9	3,7	2,0	3,2	3,4	4,4	3,8
1994	5,1	2,4	1,0	2,2	2,5	2,7	0,2
1995	3,8	1,9	1,5	1,5	1,3	1,7	2,1
1996	1,5	0,5	-0,7	0,7	1,0	1,4	0,4
1997	2,1	0,3	-2,2	0,9	1,4	1,9	-0,9
1998	2,6	0,6	1,6	0,1	0,5	0,9	0,1
1999	2,4	0,3	0,5	0,2	0,3	0,6	0,5
2000	2,5	-0,7	-4,8	0,9	0,9	1,5	0,7
2001	2,5	1,2	-0,1	1,3	1,7	2,0	0,6
2002	1,4	1,4	2,1	0,8	1,1	1,4	0,6
2003	1,0	1,2	1,0	1,0	1,5	1,0	0,8
2004	2,2	1,0	-0,3	1,1	1,4	1,7	-0,5
2005	1,4	0,7	-1,4	1,2	1,6	1,6	-0,8
2006	3,7	0,5	-1,3	1,0	1,3	1,6	-1,2
2007	4,4	1,9	0,7	1,7	1,8	2,3	0,4
2008	2,8	1,5	-0,8	1,9	2,2	2,6	2,0
2003/98	1,9	0,7	-0,3	0,8	1,1	1,3	0,6
2008/03	2,9	1,1	-0,6	1,4	1,6	1,9	0,0

¹Rechenstand 13. August 2009.

 $Quellen: Statistisches \ Bundesamt; eigene \ Berechnungen.$

 $^{^2\, \}hbox{Ohne private Organisationen ohne Erwerbszweck.}$

 $^{^3 \,} Arbeitnehmerentgelte \, je \, Arbeitnehmerstunde \, dividiert \, durch \, das \, reale \, BIP \, je \, Erwerbst \, \ddot{a}tigenstunde \, (Inlandskonzept).$

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 3: Außenwirtschaft¹

Jahr				Finanzie-				Finanzie-
	Exporte	Importe	Außenbeitrag	rungssaldo	Exporte	Importe	Außenbeitrag	rungssaldo
				übrige Welt			DID 1 0/	übrige Welt
	Veränderu	ng in % p.a.	in Mı	d.€		Anteile	am BIP in %	
1991			-6,1	-23,1	25,8	26,2	-0,4	-1,5
1992	0,2	0,6	-7,5	-18,6	24,1	24,5	-0,5	-1,1
1993	-4,8	-6,4	-0,5	-17,8	22,3	22,3	0,0	-1,1
1994	8,9	8,1	2,6	-28,4	23,1	22,9	0,1	-1,6
1995	7,7	6,2	8,7	-24,0	24,0	23,5	0,5	-1,3
1996	5,5	3,7	16,9	-12,3	24,9	24,0	0,9	-0,7
1997	12,7	11,6	23,9	-8,6	27,5	26,2	1,2	-0,4
1998	7,0	6,8	26,8	-13,4	28,7	27,3	1,4	-0,7
1999	5,0	7,0	17,4	-24,0	29,4	28,5	0,9	-1,2
2000	16,4	18,7	7,2	-26,7	33,4	33,0	0,4	-1,3
2001	6,9	1,8	42,5	-0,9	34,8	32,8	2,0	0,0
2002	4,1	-3,6	97,7	45,9	35,7	31,2	4,6	2,1
2003	0,7	2,6	85,9	44,8	35,6	31,7	4,0	2,1
2004	10,2	7,5	112,9	106,5	38,4	33,3	5,1	4,8
2005	8,4	8,8	119,6	119,1	41,1	35,7	5,3	5,3
2006	14,3	14,9	131,5	145,6	45,3	39,7	5,7	6,3
2007	8,0	4,9	171,0	184,5	46,9	39,9	7,1	7,6
2008	3,5	5,8	154,5	166,3	47,2	41,0	6,2	6,7
2003/98	6,5	5,0	46,3	4,3	32,9	30,7	2,2	0,2
2008/03	8,8	8,3	129,2	127,8	42,4	36,9	5,6	5,5

¹ In jeweiligen Preisen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 4: Einkommensverteilung

Jahr		Unternehmens-	0 ub = itu = b u= = u	Lohno	quote	Bruttolöhne und -	Reallonne	
	Volkseinkommen	und Vermögens- einkommen	Arbeitnehmer- entgelte (Inländer)	unbereningt bereinigt		gehälter (je Arbeit- nehmer)	(je Arbeit- nehmer) ³	
	V	eränderung in % p	.a.	in	%	Veränderun	g in % p.a.	
1991				71,0	71,0	•		
1992	6,5	2,0	8,3	72,2	72,5	10,3	4,2	
1993	1,4	-1,1	2,4	72,9	73,4	4,3	1,1	
1994	4,1	8,7	2,5	71,7	72,4	1,9	-2,4	
1995	4,2	5,6	3,7	71,4	72,1	3,1	-0,6	
1996	1,5	2,7	1,0	71,0	71,7	1,4	-1,1	
1997	1,5	4,1	0,4	70,3	71,1	0,1	-2,6	
1998	1,9	1,4	2,1	70,4	71,3	0,9	0,6	
1999	1,4	-1,4	2,6	71,2	72,0	1,4	1,5	
2000	2,5	-0,8	3,8	72,2	72,9	1,5	1,2	
2001	2,4	3,7	1,9	71,8	72,6	1,8	1,5	
2002	1,0	1,7	0,7	71,6	72,5	1,4	-0,2	
2003	1,5	4,4	0,3	70,8	71,9	1,2	-0,8	
2004	4,5	14,5	0,4	68,0	69,4	0,6	1,0	
2005	1,5	5,9	-0,6	66,6	68,2	0,3	-1,1	
2006	4,1	8,7	1,7	65,1	66,7	0,9	-1,5	
2007	3,5	4,5	3,0	64,8	66,3	1,6	-0,5	
2008	3,1	2,6	3,5	65,0	66,4	2,2	-0,9	
2003/98	1,8	1,5	1,9	71,3	72,2	1,5	0,6	
2008/03	3,3	7,1	1,6	66,7	68,2	1,1	-0,6	

¹ Arbeitnehmerentgelte in % des Volkseinkommens.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

 $^{^{\}rm 2}$ Korrigiert um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991).

³ Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (ohne private Organisationen ohne Erwerbszweck).

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 5: Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich

Land	jährliche Veränderungen in %													
	1985	1990	1995	2000	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010			
Deutschland	2,3	5,3	1,9	3,2	1,2	0,8	3,0	2,5	1,3	- 5,4	0,3			
Belgien	1,7	3,1	2,4	3,7	3,0	1,8	3,0	2,8	1,2	- 3,5	- 0,2			
Griechenland	2,5	0,0	2,1	4,5	4,9	2,9	4,5	4,0	2,9	- 0,9	0,1			
Spanien	2,3	3,8	2,8	5,0	3,3	3,6	3,9	3,7	1,2	-3,2	- 1,0			
Frankreich	1,7	2,6	2,1	3,9	2,5	1,9	2,2	2,2	0,7	-3,0	- 0,2			
Irland	3,1	7,6	9,8	9,2	4,7	6,4	5,7	6,0	- 2,3	- 9,0	- 2,6			
Italien	2,8	2,1	2,8	3,7	1,5	0,7	2,0	1,6	- 1,0	- 4,4	0,1			
Zypern	-	_	9,9	5,0	4,2	3,9	4,1	4,4	3,7	0,3	0,7			
Luxemburg	2,9	5,3	1,4	8,4	4,5	5,2	6,4	5,2	- 0,9	- 3,0	0,1			
Malta	_	-	6,2	6,4	1,3	3,7	3,2	3,6	1,6	- 0,9	0,2			
Niederlande	2,3	4,2	3,1	3,9	2,2	2,0	3,4	3,5	2,1	- 3,5	- 0,4			
Österreich	2,5	4,2	2,5	3,7	2,5	2,9	3,4	3,1	1,8	-4,0	- 0,1			
Portugal	2,8	4,0	4,3	3,9	1,5	0,9	1,4	1,9	0,0	-3,7	- 0,8			
Slowakei	-	_	5,8	1,4	5,2	6,5	8,5	10,4	6,4	- 2,6	0,7			
Slowenien	-	_	4,1	4,4	4,3	4,3	5,9	6,8	3,5	-3,4	0,7			
Finnland	3,3	0,1	3,9	5,1	3,7	2,8	4,9	4,2	0,9	- 4,7	0,2			
Euroraum	2,3	3,5	2,4	3,9	2,2	1,7	2,9	2,7	0,8	-4,0	- 0,1			
Bulgarien	-	_	2,9	5,4	6,6	6,2	6,3	6,2	6,0	- 1,6	- 0,1			
Dänemark	4,0	1,5	3,1	3,5	2,3	2,4	3,3	1,6	- 1,1	-3,3	0,3			
Estland	-	-	4,5	9,6	7,5	9,2	10,4	6,3	- 3,6	- 10,3	- 0,8			
Lettland	-	_	-0,9	6,9	8,7	10,6	12,2	10,0	- 4,6	- 13,1	-3,2			
Litauen	-	-	3,3	4,2	7,4	7,8	7,8	8,9	3,0	- 11,0	- 4,7			
Polen	_	-	7,0	4,3	5,3	3,6	6,2	6,6	4,8	- 1,4	0,8			
Rumänien	-	_	7,1	2,1	8,5	4,2	7,9	6,2	7,1	- 4,0	0,0			
Schweden	2,2	1,0	4,0	4,4	4,1	3,3	4,2	2,6	-0,2	-4,0	0,8			
Tschechien	-	_	5,9	3,6	4,5	6,3	6,8	6,0	3,2	- 2,7	0,3			
Ungarn	-	-	1,5	5,2	4,8	4,0	4,1	1,1	0,5	- 6,3	- 0,3			
Vereinigtes Königreich	3,6	0,8	3,0	3,9	2,8	2,1	2,8	3,0	0,7	-3,8	0,1			
EU	2,5	2,9	2,6	3,9	2,5	2,0	3,1	2,9	0,9	- 4,0	- 0,1			
Japan	5,1	5,2	2,0	2,9	2,7	1,9	2,0	2,4	- 0,7	- 5,3	0,1			
USA	4,1	1,9	2,5	3,7	3,6	2,9	2,8	2,0	1,1	- 2,9	0,9			

Quellen:

Für die Jahre 1985 bis 2006: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, Mai 2008. Für die Jahre ab 2007: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2009.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 6: Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

Land			jährlich	e Veränderung	en in %			
	1997	2000	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Deutschland	1,5	1,4	1,9	1,8	2,3	2,8	0,3	0,7
Belgien	1,5	2,7	2,5	2,3	1,8	4,5	0,3	1,2
Griechenland	5,4	2,9	3,5	3,3	3,0	4,2	1,8	2,3
Spanien	1,9	3,5	3,4	3,6	2,8	4,1	- 0,1	1,4
Frankreich	1,3	1,8	1,9	1,9	1,6	3,2	0,2	0,9
Irland	1,3	5,3	2,2	2,7	2,9	3,1	- 1,3	0,4
Italien	1,9	2,6	2,2	2,2	2,0	3,5	0,8	1,8
Zypern	3,3	4,9	2,0	2,2	2,2	4,4	1,1	2,0
Luxemburg	1,4	3,8	3,8	3,0	2,7	4,1	- 0,6	2,0
Malta	3,9	3,0	2,5	2,6	0,7	4,7	1,0	1,8
Niederlande	1,9	2,3	1,5	1,7	1,6	2,2	1,4	0,9
Österreich	1,2	2,0	2,1	1,7	2,2	3,2	0,5	1,1
Portugal	1,9	2,8	2,1	3,0	2,4	2,7	- 0,3	1,7
Slowakei	6,0	12,2	2,8	4,3	1,9	3,9	2,0	2,4
Slowenien	8,3	8,9	2,5	2,5	3,8	5,5	0,7	2,0
Finnland	1,2	2,9	0,8	1,3	1,6	3,9	1,3	1,1
Euroraum	1,7	2,1	2,2	2,2	2,1	3,3	0,4	1,2
Bulgarien	-	10,3	6,0	7,4	7,6	12,0	3,9	3,6
Dänemark	2,0	2,7	1,7	1,9	1,7	3,6	0,9	1,4
Estland	9,3	3,9	4,1	4,4	6,7	10,6	0,6	0,5
Lettland	8,1	2,6	6,9	6,6	10,1	15,3	4,6	-0,7
Litauen	10,3	1,1	2,7	3,8	5,8	11,1	3,6	-0,4
Polen	15,0	10,1	2,2	1,3	2,6	4,2	2,6	1,9
Rumänien	154,8	45,7	9,1	6,6	4,9	7,9	5,8	3,5
Schweden	1,8	1,3	0,8	1,5	1,7	3,3	1,6	0,7
Tschechien	8,0	3,9	1,6	2,1	3,0	6,3	1,1	1,6
Ungarn	18,5	10,0	3,5	4,0	7,9	6,0	4,4	4,1
Vereinigtes Königreich	1,8	0,8	2,1	2,3	2,3	3,6	1,0	1,3
EU	1,7	1,9	2,2	2,2	2,4	3,7	0,9	1,3
Japan	-	-	-	_	0,0	1,4	- 1,0	- 0,5
USA	-	-	-	-	2,8	3,8	- 0,7	0,3

Quellen:

Für die Jahre 2007 bis 2010: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2009.

Für die Jahre 1997 bis 2006: Eurostat Data Explorer.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 7: Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich

Land	In% der zivilen Erwerbsbevölkerung											
	1985	1990	1995	2000	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	
Deutschland	7,2	4,8	8,0	7,5	9,8	10,7	9,8	8,4	7,3	8,6	10,4	
Belgien	10,1	6,6	9,7	6,9	8,4	8,5	8,3	7,5	7,0	8,5	10,3	
Griechenland	7,0	6,4	9,2	11,2	10,5	9,9	8,9	8,3	7,7	9,1	9,7	
Spanien	17,8	13,0	18,4	11,1	10,6	9,2	8,5	8,3	11,3	17,3	20,5	
Frankreich	9,6	8,4	11,0	9,0	9,3	9,2	9,2	8,3	7,8	9,6	10,7	
Irland	16,8	13,4	12,3	4,3	4,5	4,4	4,5	4,6	6,3	13,3	16,0	
Italien	8,2	8,9	11,2	10,1	8,1	7,7	6,8	6,1	6,8	8,8	9,4	
Zypern	_	_	2,6	4,9	4,7	5,3	4,6	4,0	3,8	4,7	6,0	
Luxemburg	2,9	1,7	2,9	2,2	5,0	4,6	4,6	4,2	4,9	5,9	7.0	
Malta	_	4,8	4,9	6,7	7,4	7,2	7,1	6,4	5,9	7,1	7,6	
Niederlande	7,9	5,8	6,6	2,8	4,6	4,7	3,9	3,2	2,8	3,9	6,2	
Österreich	3,1	3,1	3,9	3,6	4,9	5,2	4,8	4,4	3,8	6,0	7,1	
Portugal	9,1	4,8	7,2	4,0	6,7	7,7	7,8	8,1	7,7	9,1	9,8	
Slowakei	_	_	13,2	18,8	18,2	16,3	13,4	11,1	9,5	12,0	12,1	
Slowenien	_	_	6,9	6,7	6,3	6,5	6,0	4,9	4,4	6,6	7,4	
Finnland	4,9	3,2	15,4	9,8	8,8	8,4	7,7	6,9	6,4	8,9	9,3	
Euroraum	9,3	7,5	10,4	8,3	9,0	9,0	8,3	7,5	7,5	9,9	11,5	
Bulgarien	_	_	12,7	16,4	12,1	10,1	9,0	6,9	5,6	7,3	7,8	
Dänemark	6,7	7,2	6,7	4,3	5,5	4,8	3,9	3,8	3,3	5,2	6,6	
Estland	_	-	9,7	12,8	9,7	7,9	5,9	4,7	5,5	11,3	14,1	
Lettland	_	0,5	18,9	13,7	10,4	8,9	6,8	6,0	7,5	15,7	16,0	
Litauen	_	0,0	6,9	16,4	11,4	8,3	5,6	4,3	5,8	13,8	15,9	
Polen	_	_	13,2	16,1	19,0	17,8	13,9	9,6	7,1	9,9	12,1	
Rumänien	-	-	6,1	7,3	8,1	7,2	7,3	6,4	5,8	8,0	7,7	
Schweden	2,9	1,7	8,8	5,6	6,3	7,4	7,0	6,1	6,2	8,4	10,4	
Tschechien	_	_	3,9	8,7	8,3	7,9	7,2	5,3	4,4	6,1	7,4	
Ungarn	_	-	10,0	6,4	6,1	7,2	7,5	7,4	7,8	9,5	11,2	
Vereinigtes Königreich	11,2	6,9	8,5	5,4	4,7	4,8	5,4	5,3	5,6	8,2	9,4	
EU	9,4	7,2	10,0	7,7	9,0	8,9	8,2	7,1	7,0	9,4	10,9	
Japan	2,6	2,1	3,1	4,7	4,7	4,4	4,1	3,9	4,0	5,9	6,4	
USA	7,2	5,5	5,6	4,0	5,5	5,1	4,6	4,6	5,8	8,9	10,2	

Quellen:

Für die Jahre 1985 bis 2006: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, Mai 2009. Für die Jahre ab 2007: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2009.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

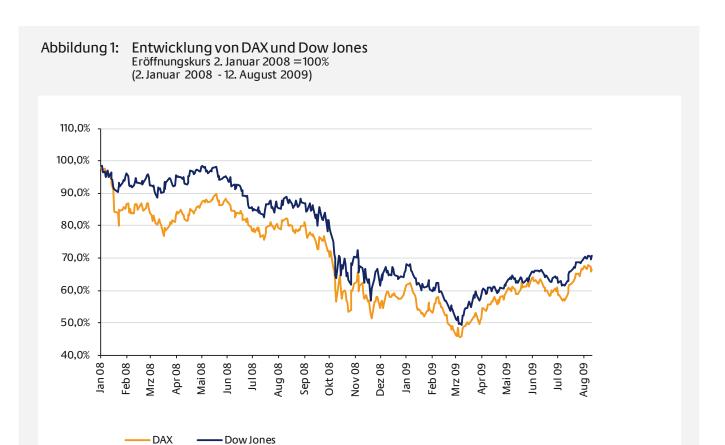
Tabelle 8: Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern

	Real	es Brutto	inlandspro	odukt		Verbraud	herpreise			Leistun	gsbilanz	
			Verände	erung gege	enüber Vo	rjahr in %					ominalen ndprodukt	s
	2007	2008	2009 ¹	2010 ¹	2007	2008	2009 ¹	2010 ¹	2007	2008	2009 ¹	2010
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten darunter	8,6	5,5	-5,1	1,2	9,7	15,6	12,6	9,5	4,2	5,0	0,0	1,5
Russische Föderation	8,1	5,6	-6,0	0,5	9,0	14,1	12,9	9,9	5,9	6,1	0,5	1,4
Ukraine	7,9	2,1	-8,0	1,0	12,8	25,2	16,8	10,0	-3,7	-7,2	0,6	1,4
Asien	10,6	7,7	4,8	6,1	5,4	7,4	2,8	2,4	6,9	5,8	6,4	5,7
darunter												
China	13,0	9,0	6,5	7,5	4,8	5,9	0,1	0,7	11,0	10,0	10,3	9,3
Indien	9,3	7,3	4,5	5,6	6,4	8,3	6,3	4,0	-1,0	-2,8	-2,5	-2,6
Indonesien	6,3	6,1	2,5	3,5	6,0	9,8	6,1	5,9	2,4	0,1	-0,4	-0,7
Korea	5,1	2,2	-4,0	1,5	2,5	4,7	1,7	3,0	0,6	-0,7	2,9	3,0
Thailand	4,9	2,6	-3,0	1,0	2,2	5,5	0,5	3,4	5,7	-0,1	0,6	0,2
Lateinamerika	5,7	4,2	-1,5	1,6	5,4	7,9	6,6	6,2	0,4	-0,7	-2,2	-1,6
darunter												
Argentinien	8,7	7,0	-1,5	0,7	8,8	8,6	6,7	7,3	1,6	1,4	1,0	1,8
Brasilien	5,7	5,1	-1,3	2,2	3,6	5,7	4,8	4,0	0,1	-1,8	-1,8	-1,8
Chile	4,7	3,2	0,1	3,0	4,4	8,7	2,9	3,5	4,4	-2,0	-4,8	-5,0
Mexiko	3,3	1,3	-3,7	1,0	4,0	5,1	4,8	3,4	-0,8	-1,4	-2,5	-2,2
Sonstige												
Türkei	4,7	1,1	-5,1	1,5	8,8	10,4	6,9	6,8	-5,8	-5,7	-1,2	-1,6
Südafrika	5,4	3,1	-0,3	1,9	7,1	11,5	6,1	5,6	-7,3	-7,4	-5,8	-6,0

¹ Prognosen des IWF.

Quelle: IWF World Economic Outlook April 2009 in veröffentlichter Form.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 9: Übersicht Weltfinanzmärkte

Aktienindices	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	12.08.2009	2008	zu Ende 2008	2008/2009	2008/2009
Dow Jones	9 362	8 776	6,67	6 547	13 058
Eurostoxx 50	2 335	2 065	13,03	1 615	3 635
Dax	5 350	4810	11,22	3 666	7 949
CAC 40	3 507	3 218	8,99	2 5 1 9	5 550
Nikkei	10 435	8 860	17,78	7 055	14691
Renditen staatlicher Benchmarkanleihen	Aktuell	Ende	Spread zu	Tief	Hoch
10 Jahre	12.08.2009	2008	US-Bond	2008/2009	2008/2009
USA	3,72	2,22	-	2,06	4,26
Bund	3,46	2,94	-0,26	2,91	4,67
Japan	1,42	1,17	-2,31	1,17	1,88
Brasilien	12,50	12,56	8,78	11,47	17,91
Währungen	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	12.08.2009	2008	zu Ende 2008	2008/2009	2008/2009
Dollar/Euro	1,42	1,40	1,59	1,25	1,60
Yen/Dollar	96,08	90,62	6,03	87,36	111,62
Yen/Euro	136,49	126,73	7,70	114,91	169,56
Pfund/Euro	0,86	0,96	-9,90	0,73	0,98

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-27

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslo	senquote	
	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010
Deutschland												
EU-KOM	2,5	1,3	-5,4	0,3	2,3	2,8	0,3	0,7	8,4	7,3	8,6	10,4
OECD	2,6	1,0	-5,3	0,2	2,3	2,8	0,3	0,4	8,3	7,3	8,7	11,6
IWF	2,5	1,3	-6,2	-0,6	2,3	2,8	0,0	-0,4	8,4	7,3	8,5	10,3
USA												
EU-KOM	2,0	1,1	-2,9	0,9	2,8	3,8	-0,7	0,3	4,6	5,8	8,9	10,2
OECD	2,0	1,1	-2,8	0,9	2,9	3,8	-0,6	1,0	4,6	5,8	9,3	10,1
IWF	2,0	1,1	-2,6	0,8	2,9	3,8	-0,6	1,1	4,6	5,8	8,8	9,6
Japan												
EU-KOM	2,4	-0,7	-5,3	0,1	0,0	1,4	-1,0	-0,5	3,9	3,9	5,8	6,3
OECD	2,3	-0,7	-6,8	0,7	0,1	1,4	-1,4	-1,4	3,9	4,0	5,2	5,7
IWF	2,3	-0,7	-6,0	1,7	0,0	1,4	-1,1	-0,8	3,8	4,0	5,1	5,8
Frankreich												
EU-KOM	2,2	0,7	-3,0	-0,2	1,6	3,2	0,2	0,9	8,3	7,8	9,6	10,7
OECD	2,3	0,3	-3,0	0,2	1,6	3,2	0,3	0,7	8,0	7,4	9,7	11,2
IWF	2,3	0,3	-3,0	0,4	1,6	3,2	0,3	1,1	8,3	7,8	9,5	10,2
Italien												
EU-KOM	1,6	-1,0	-4,4	0,1	2,0	3,5	0,8	1,8	6,1	6,8	8,8	9,4
OECD	1,5	-1,0	-5,5	0,4	2,0	3,5	1,1	1,2	6,2	6,8	8,4	10,2
IWF	1,6	-1,0	-5,1	-0,1	2,0	3,5	0,6	0,7	6,1	6,8	9,1	10,5
Vereingtes												
Königreich EU-KOM	3,0	0,7	-3,8	0,1	2,3	3,6	1,0	1,3	5,3	5,6	8,2	9,4
OECD	3,0	0,7	-4,3	0,0	2,3	3,6	1,9	1,2	5,4	5,7	8,2	9,7
IWF	2,6	0,7	-4,2	0,0	2,3	3,6	1,7	1,0	5,4	5,5	7,5	9,2
Kanada	2,0	0,1	7,2	0,2	2,3	3,0	1,1	1,0	3,4	3,3	1,5	3,2
EU-KOM	_	_	_	_	_	_	_	_	_	_	_	_
OECD	2,5	0,4	-2,6	0,7	2,1	2,4	0,1	1,0	6,0	6,1	8,6	9,8
IWF	2,5	0,4	-2,3	1,6	2,1	2,4	0,1	1,1	6,0	6,2	8,3	8,7
Euroraum	2,3	5,4	2,5	1,0	۷,۱	۷,۰۰	5,1	1,1	3,0	J,L	5,5	0,7
EU-KOM	2,7	0,8	-4,0	-0,1	2,1	3,3	0,4	1,2	7,5	7,5	9,9	11,5
OECD	2,6	0,5	-4,8	0,0	2,1	3,3	0,5	0,7	7,4	7,5	10,0	12,0
IWF	2,7	0,8	-4,8	-0,3	2,1	3,3	0,3	0,6	7,5	7,6	10,2	11,6
EZB	-	0,8	-2,7	0,0	-	3,3	0,4	1,0	-	-	-	, 0
EU-27		3,0	-,,	3,0		3,3	3, 1	1,0				
EU-KOM	2,9	0,9	-4,0	-0,1	2,4	3,7	0,9	1,3	7,1	7,0	9,4	10,9
IWF	3,1	1,1	-4,0	-0,3	2,4	3,7	0,8	0,8	-	,,0	3, 1	10,5

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2009.

OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2009.

 $IWF: Weltwirts chafts ausblick, April 2009; WEO \ update \ Juli 2009 \ (nur\ G7-Staaten \ und\ Spanien\ sowie\ Euroraum\ und\ EU-27).$

EZB: ECB Staff Macroeconomic Projections for the Euro Area; März 2009 (nur BIP u. HICP sowie nur für den Euroraum).

Stand: Juli 2009.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslo	senquote	
	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010
Belgien												
EU-KOM	2,8	1,2	-3,5	-0,2	1,8	4,5	0,3	1,2	7,5	7,0	8,5	10,3
OECD	2,6	1,0	-4,1	-0,5	1,8	4,5	0,3	0,7	7,5	7,0	8,3	10,6
IWF	2,6	1,1	-3,8	0,3	1,8	4,5	0,5	1,0	7,5	6,8	9,5	10,5
Finnland	_,-	.,.		-,-	1,0	.,-		-,-	-,-	5,5		, .
EU-KOM	4,2	0,9	-4,7	0,2	1,6	3,9	1,3	1,1	6,9	6,4	8,9	9,3
OECD	4,1	0,7	-4,7	0,8	1,6	3,9	1,6	1,0	6,9	6,4	8,7	10,8
IWF	4,2	0,9	-5,2	-1,2	1,6	3,9	1,0	1,1	6,8	6,4	8,5	9,3
Griechenland	-,-	0,0	3,2		1,0	3,5	.,0	.,.	0,0	٥, .	0,0	3,3
EU-KOM	4,0	2,9	-0,9	0,1	3,0	4,2	1,8	2,3	8,3	7,7	9,1	9,7
OECD	4,0	2,9	-1,3	0,3	3,0	4,2	1,3	1,7	8,3	7,7	9,5	10,3
IWF	4,0	2,9	-0,2	-0,6	3,0	4,2	1,6	2,1	8,3	7,6	9,0	10,5
Irland	.,0	_,5	٥,٢	3,0	3,0	1,2	1,0	_, ,	5,5	1,0	3,0	10,3
EU-KOM	6,0	-2,3	-9,0	-2,6	2,9	3,1	-1,3	0,4	4,6	6,3	13,3	16,0
OECD	6,0	-2,3	-9,8	-1,5	2,9	3,1	0,9	0,9	4,6	5,9	7,7	7,8
IWF	6,0	-2,3	-8,0	-3,0	2,9	3,1	-0,6	1,0	4,5	6,1	12,0	13,0
Luxemburg		_,_		-,-	_,-	-,-	-,-	.,-	-,-	-,-	. = , 0	,.
EU-KOM	5,2	-0,9	-3,0	0,1	2,7	4,1	-0,6	2,0	4,2	4,9	5,9	7,0
OECD	5,2	-0,9	-4,0	-0,4	2,7	4,1	-0,3	1,2	4,4	4,4	6,0	7,2
IWF	5,2	0,7	-4,8	-0,2	2,3	3,4	0,2	1,8	4,4	4,4	6,8	6,0
Malta												
EU-KOM	3,6	1,6	-0,9	0,2	0,7	4,7	1,0	1,8	6,4	5,9	7,1	7,6
OECD	_	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	3,6	1,6	-1,5	1,1	0,7	4,7	1,8	1,7	6,4	5,8	6,9	7,6
Niederlande												
EU-KOM	3,5	2,1	-3,5	-0,4	1,6	2,2	1,4	0,9	3,2	2,8	3,9	6,2
OECD	3,5	2,1	-4,9	-0,4	1,6	2,2	1,4	0,9	3,3	2,9	4,0	7,0
IWF	3,5	2,0	-4,8	-0,7	1,6	2,2	0,3	1,1	3,2	2,8	4,1	5,0
Österreich												
EU-KOM	3,1	1,8	-4,0	-0,1	2,2	3,2	0,5	1,1	4,4	3,8	6,0	7,1
OECD	3,0	1,7	-4,3	-0,1	2,2	3,2	0,6	0,8	5,1	4,9	6,1	7,9
IWF	3,1	1,8	-3,0	0,2	2,2	3,2	0,5	1,3	4,4	3,8	5,4	6,2
Portugal												
EU-KOM	1,9	0,0	-3,7	-0,8	2,4	2,7	-0,3	1,7	8,1	7,7	9,1	9,8
OECD	1,9	0,0	-4,5	-0,5	2,4	2,7	-0,2	1,0	8,0	7,6	9,6	11,2
IWF	1,9	0,0	-4,1	-0,5	2,4	2,6	0,3	1,0	8,0	7,8	9,6	11,0

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslo	senquote	
	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010
Slowakei												
EU-KOM	10,4	6,4	-2,6	0,7	1,9	3,9	2,0	2,4	11,1	9,5	12,0	12,1
OECD	10,4	6,4	-5,0	3,1	2,8	4,6	1,8	1,8	11,0	9,6	11,8	13,6
IWF	10,4	6,4	-2,1	1,9	1,9	3,9	1,7	2,3	11,0	9,6	11,5	11,7
Slowenien												
EU-KOM	6,8	3,5	-3,4	0,7	3,8	5,5	0,7	2,0	4,9	4,4	6,6	7,4
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	6,8	3,5	-2,7	1,4	3,6	5,7	0,5	1,5	4,9	4,5	6,2	6,1
Spanien												
EU-KOM	3,7	1,2	-3,2	-1,0	2,8	4,1	-0,1	1,4	8,3	11,3	17,3	20,5
OECD	3,7	1,2	-4,2	-0,9	2,8	4,1	-0,1	0,3	8,3	11,3	18,1	19,6
IWF	3,7	1,2	-4,0	-0,8	2,8	4,1	0,0	0,9	8,3	11,3	17,7	19,3
Zypern												
EU-KOM	4,4	3,7	0,3	0,7	2,2	4,4	1,1	2,0	4,0	3,8	4,7	6,0
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	4,4	3,7	0,3	2,1	2,2	4,4	0,9	2,4	3,9	3,7	4,6	4,3

Quellen:IWF:

EU-KOM: Fruhjahrsprognose Mai 2009.

OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2009.

IWF: Weltwirtschaftsausblick, April 2009; WEO update Juli 2009 (nur G7-Staaten und Spanien sowie Euroraum und EU-27).

Stand: Juli 2009.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslo	senquote	
	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010
Bulgarien												
EU-KOM	6,2	6,0	-1,6	-0,1	7,6	12,0	3,9	3,6	6,9	5,6	7,3	7,8
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	6,2	6,0	-2,0	-1,0	7,6	12,0	3,7	1,3	-	-	-	-
Dänemark												
EU-KOM	1,6	-1,1	-3,3	0,3	1,7	3,6	0,9	1,4	3,8	3,3	5,2	6,6
OECD	1,6	-1,1	-4,0	0,1	1,7	3,4	1,3	1,5	3,6	3,3	6,0	7,9
IWF	1,6	-1,1	-4,0	0,4	1,7	3,4	-0,3	0,0	2,7	1,7	3,2	4,5
Estland												
EU-KOM	6,3	-3,6	-10,3	-0,8	6,7	10,6	0,6	0,5	4,7	5,5	11,3	14,1
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	6,3	-3,6	-10,0	-1,0	6,6	10,4	0,8	-1,3	-	-	-	-
Lettland												
EU-KOM	10,0	-4,6	-13,1	-3,2	10,1	15,3	4,6	-0,7	6,0	7,5	15,7	16,0
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	10,0	-4,6	-12,0	-2,0	10,1	15,3	3,3	-3,5	-	-	-	-
Litauen												
EU-KOM	8,9	3,0	-11,0	-4,7	5,8	11,1	3,6	-0,4	4,3	5,8	13,8	15,9
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	8,9	3,0	-10,0	-3,0	5,8	11,1	5,1	0,6	-	-	-	-
Polen												
EU-KOM	6,6	4,8	-1,4	0,8	2,6	4,2	2,6	1,9	9,6	7,1	9,9	12,1
OECD	6,8	4,9	-0,4	0,6	2,5	4,2	3,5	1,8	9,6	7,1	9,0	11,6
IWF	6,7	4,8	-0,7	1,3	2,5	4,2	2,1	2,6	-	-	-	-
Rumänien												
EU-KOM	6,2	7,1	-4,0	0,0	4,9	7,9	5,8	3,5	6,4	5,8	8,0	7,7
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	6,2	7,1	-4,1	0,0	4,8	7,8	5,9	3,9	-	-	-	-
Schweden												
EU-KOM	2,6	-0,2	-4,0	0,8	1,7	3,3	1,6	0,7	6,1	6,2	8,4	10,4
OECD	2,7	-0,4	-5,5	0,2	2,2	3,4	-0,4	0,9	6,1	6,2	8,7	11,4
IWF	2,6	-0,2	-4,3	0,2	1,7	3,3	-0,2	0,0	6,1	6,2	8,4	9,6
Tschechien												
EU-KOM	6,0	3,2	-2,7	0,3	3,0	6,3	1,1	1,6	5,3	4,4	6,1	6,6
OECD	6,1	2,8	-4,2	1,4	3,0	6,3	1,6	0,3	5,3	4,4	6,9	9,2
IWF	6,0	3,2	-3,5	0,1	2,9	6,3	1,0	1,6	5,3	4,2	5,5	5,7

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslo	senquote	
	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010
Ungarn												
EU-KOM	1,1	0,5	-6,3	-0,3	7,9	6,0	4,4	4,1	7,4	7,8	9,5	11,2
OECD	1,2	0,4	-6,1	-2,2	8,0	6,0	4,5	4,1	7,4	7,9	10,7	11,7
IWF	1,1	0,6	-3,3	-0,4	7,9	6,1	3,8	2,8	-	-	-	-

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2009.

OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2009.

IWF: Weltwirts chafts ausblick, April 2009; WEO update Juli 2009 (nur G7-Staaten und Spanien sowie Euroraum und EU-27).

Stand: Juli 2009.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-27

		öffentl. Ha	aushaltssal	do		Staatsscl	huldenquot	:e		Leistungs	sbilanzsaldo)
	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010
Deutschland												
EU-KOM	-0,2	-0,1	-3,9	-5,9	65,1	65,9	73,4	78,7	7,6	6,6	3,6	3,4
OECD	-0,2	-0,1	-3,7	-6,2	65,0	66,0	75,2	81,1	8,0	6,6	2,8	3,0
IWF	-0,5	-0,1	-4,9	-6,3	63,6	67,2	79,9	86,9	7,5	6,4	2,2	2,7
USA												
EU-KOM	-2,8	-5,9	-12,1	-14,2	63,1	65,0	78,0	91,6	-5,2	-4,6	-3,5	-3,7
OECD	-2,9	-5,9	-10,2	-11,2	62,9	71,1	87,4	97,5	-5,3	-4,7	-2,3	-2,4
IWF	-2,9	-5,9	-13,4	-9,7	63,1	70,5	86,6	95,7	-5,3	-4,7	-2,8	-2,9
Japan												
EU-KOM	-2,5	-2,9	-6,7	-8,7	167,1	172,1	185,3	194,0	4,8	3,2	3,7	3,8
OECD	-2,5	-2,7	-7,8	-8,7	167,1	172,1	189,6	199,8	4,9	3,2	1,4	1,9
IWF	-2,5	-5,5	-10,1	-10,0	187,7	196,3	216,9	225,1	4,8	3,2	1,8	1,7
Frankreich												
EU-KOM	-2,7	-3,4	-6,6	-7,0	63,8	68,0	79,7	86,0	-2,8	-3,8	-4,3	-4,6
OECD	-2,7	-3,4	-6,7	-7,9	63,8	68,1	78,4	86,1	-1,2	-1,9	-1,5	-1,5
IWF	-2,7	-3,4	-6,4	-6,5	63,8	67,2	74,9	80,2	-1,0	-1,5	-1,2	-1,8
Italien												
EU-KOM	-1,5	-2,7	-4,5	-4,8	103,5	105,8	113,0	116,1	-1,8	-3,0	-2,6	-2,7
OECD	-1,5	-2,7	-5,3	-5,8	103,5	105,8	114,2	118,6	-2,4	-3,4	-4,0	-4,0
IWF	-1,5	-2,7	-5,9	-6,3	103,5	105,8	116,0	121,7	-2,4	-3,4	-2,1	-1,8
Großbritannien												
EU-KOM	-2,7	-5,5	-11,5	-13,8	44,2	52,0	68,4	81,7	-2,9	-1,5	-2,8	-2,8
OECD	-2,7	-5,5	-12,8	-14,0	44,2	52,0	70,3	84,2	-2,9	-1,7	-2,6	-2,4
IWF	-2,6	-5,4	-9,9	-11,0	44,1	51,9	62,8	73,4	-2,9	-1,7	-2,3	-1,6
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
OECD	1,6	0,1	-4,8	-5,9	64,2	68,4	77,7	82,0	1,0	0,5	-1,3	-1,4
IWF	1,6	0,1	-3,6	-3,7	64,2	62,7	75,7	77,0	1,0	0,5	-2,1	-1,8
Euroraum												
EU-KOM	-0,6	-1,9	-5,3	-6,5	66,0	69,3	77,7	83,8	0,2	-0,8	-1,4	-1,5
OECD	-0,7	-1,9	-5,6	-7,0	66,4	69,9	79,2	86,0	0,5	-0,4	-1,1	-1,0
IWF	-0,7	-1,9	-5,7	-6,5	65,8	69,1	78,9	85,0	0,2	-0,7	-1,3	-1,1
EU-27												
EU-KOM	-0,8	-2,3	-6,0	-7,3	58,7	61,5	72,6	79,4	-0,6	-1,1	-1,5	-1,6
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2009.

 $OECD: Wirtschaftsausblick, Juni\,2009.$

IWF: Weltwirtschaftsausblick, April 2009; WEO update Juli 2009 (nur G7-Staaten und Spanien sowie Euroraum und EU-27).

Stand: Juli 2009.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		öffentl. H	aushaltssal	do		Staatssch	uldenquot	:e		Leistung	sbilanzsaldo)
	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010
Belgien												
EU-KOM	-0,2	-1,2	-4,5	-6,1	84,0	89,6	95,7	100,9	2,4	-1,7	-2,0	-2,2
OECD	-0,3	-1,2	-4,6	-6,1	84,0	89,8	96,7	102,9	1,7	-2,6	-0,2	-0,4
IWF	-0,3	-1,2	-4,7	-5,6	-	-	-	-	1,7	-2,5	-2,4	-3,0
Finnland												
EU-KOM	5,2	4,2	-0,8	-2,9	35,1	33,4	39,7	45,7	4,0	2,2	1,4	1,0
OECD	5,2	4,1	-1,5	-2,8	35,1	33,4	40,7	45,0	3,6	1,7	0,4	0,4
IWF	5,2	4,1	-1,6	-3,4	-	-	-	-	4,1	2,5	1,0	0,6
Griechenland												
EU-KOM	-3,6	-5,0	-5,1	-5,7	94,8	97,6	103,4	108,0	-14,0	-12,7	-11,5	-11,9
OECD	-3,9	-5,0	-6,1	-6,7	94,8	97,6	103,4	108,3	-14,2	-14,4	-12,9	-13,4
IWF	-3,5	-3,7	-4,5	-5,2	-	-	-	-	-14,1	-14,4	-13,5	-12,6
Irland												
EU-KOM	0,2	-7,1	-12,0	-15,6	25,0	43,2	61,2	79,7	-5,4	-4,6	-1,8	-0,4
OECD	0,2	-7,1	-11,5	-13,6	24,9	43,2	60,0	75,9	-5,4	-4,5	-0,6	0,9
IWF	0,2	-6,4	-14,2	-17,2	-	-	-	-	-5,4	-4,5	-2,7	-1,8
Luxemburg												
EU-KOM	3,6	2,6	-1,5	-2,8	6,9	14,7	16,0	16,4	9,8	6,4	6,1	5,6
OECD	3,6	2,6	-2,4	-4,9	6,9	14,7	16,3	23,0	9,8	5,5	2,8	4,1
IWF	3,2	1,4	-3,4	-4,4	-	-	-	-	9,8	9,1	7,6	7,0
Malta												
EU-KOM	-2,2	-4,7	-3,6	-3,2	62,1	64,1	67,0	68,9	-6,1	-7,4	-7,6	-7,8
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-1,8	-4,1	-3,6	-2,5	-	-	-	-	-6,1	-6,3	-5,1	-5,2
Niederlande												
EU-KOM	0,3	1,0	-3,4	-6,1	45,6	58,2	57,0	63,1	9,8	6,8	5,7	5,0
OECD	0,3	1,0	-4,4	-7,0	45,6	58,2	63,2	70,3	7,6	7,5	6,1	5,9
IWF	0,3	0,8	-3,2	-4,0	-	-	-	-	6,1	4,4	2,4	2,1
Österreich												
EU-KOM	-0,5	-0,4	-4,2	-5,3	59,4	62,5	70,4	75,2	3,3	3,3	2,7	2,4
OECD	-0,7	-0,5	-4,3	-6,1	59,5	62,6	70,0	76,0	3,4	3,8	1,6	1,6
IWF	-0,5	-0,4	-3,5	-4,2	-	-	_	-	3,2	2,9	1,3	1,3
Portugal												
EU-KOM	-2,6	-2,6	-6,5	-6,7	63,5	66,4	75,4	81,5	-9,7	-11,9	-9,8	-9,5
OECD	-2,7	-2,7	-6,5	-6,5	63,6	66,4	74,9	81,3	-9,4	-12,1	-9,5	-10,7
IWF	-2,6	-2,6	-5,9	-6,1	-	-	_	-	-9,5	-12,0	-9,1	-8,8

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		öffentl. Ha	ushaltssald	do		Staatssch	uldenquot	е		Leistung	sbilanzsaldo)
	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010
Slowakei												
EU-KOM	-1,9	-2,2	-4,7	-5,4	29,4	27,6	32,2	36,3	-5,1	-6,8	-7,5	-7,1
OECD	-1,9	-2,2	-4,9	-6,3	29,4	27,6	32,2	38,5	-5,3	-6,5	-6,9	-6,2
IWF	-1,9	-2,2	-2,9	-2,9	-	-	-	-	-5,4	-6,3	-5,7	-5,0
Slowenien												
EU-KOM	0,5	-0,9	-5,5	-6,5	23,4	22,8	29,3	34,9	-4,0	-6,1	-4,6	-4,4
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	0,3	-0,3	-4,2	-3,7	-	-	-	-	-4,2	-5,9	-4,0	-5,0
Spanien												
EU-KOM	2,2	-3,8	-8,6	-9,8	36,2	39,5	50,8	62,3	-10,1	-9,5	-6,9	-6,3
OECD	2,2	-3,8	-9,1	-9,6	36,2	39,5	51,2	60,9	-10,0	-9,5	-6,1	-5,6
IWF	2,2	-3,8	-7,5	-7,5	-	-	-	-	-10,1	-9,6	-5,4	-4,4
Zypern												
EU-KOM	3,4	0,9	-1,9	-2,6	59,4	49,1	47,5	47,9	-11,7	-18,2	-13,9	-13,5
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	3,4	1,0	-1,0	-1,8	-	-	-	-	-11,6	-18,3	-10,3	-10,1

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2009.

OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2009.

 $IWF: Weltwirts chafts ausblick, April 2009; WEO \ update \ Juli \ 2009 \ (nur\ G7-Staaten\ und\ Spanien\ sowie\ Euroraum\ und\ EU-27).$

Stand: Juli 2009.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

		öffentl. Ha	aushaltssal	do		Staatssch	uldenquot	е		Leistung	sbilanzsaldo)
	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010
Bulgarien												
EU-KOM	0,1	1,5	-0,5	-0,3	18,2	14,1	16,0	17,3	-22,5	-24,8	-18,8	-17,2
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-25,1	-24,4	-12,3	-3,6
Dänemark												
EU-KOM	4,5	3,6	-1,5	-3,9	26,8	33,3	32,5	33,7	0,7	2,0	0,4	-0,6
OECD	4,5	3,4	-2,4	-4,1	26,8	33,3	39,7	44,5	0,7	2,0	1,5	2,5
IWF	4,5	3,0	-2,0	-4,8	-	-	-	-	0,7	0,5	-1,2	-1,1
Estland												
EU-KOM	2,7	-3,0	-3,0	-3,9	3,5	4,8	6,8	7,8	-18,3	-9,1	-1,1	-3,1
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-18,1	-9,2	-6,5	-5,4
Lettland												
EU-KOM	-0,4	-4,0	-11,1	-13,6	9,0	19,5	34,1	50,1	-22,5	-13,6	-1,5	-1,9
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-22,6	-13,2	-6,7	-5,5
Litauen												
EU-KOM	-1,0	-3,2	-5,4	-8,0	17,0	15,6	22,6	31,9	-15,1	-12,2	-1,9	0,7
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-14,6	-11,6	-4,0	-5,3
Polen												
EU-KOM	-1,9	-3,9	-6,6	-7,3	44,9	47,1	53,6	59,7	-5,1	-5,3	-4,7	-3,7
OECD	-1,9	-3,9	-6,3	-7,6	44,8	47,1	53,1	59,8	-4,7	-5,5	-3,5	-3,3
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-4,7	-5,5	-4,5	-3,9
Rumänien												
EU-KOM	-2,5	-5,4	-5,1	-5,6	12,7	13,6	18,2	22,7	-13,5	-12,3	-7,4	-6,1
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-13,9	-12,6	-7,5	-6,5
Schweden												
EU-KOM	3,8	2,5	-2,6	-3,9	40,5	38,0	44,0	47,2	9,0	6,2	7,0	7,4
OECD	3,8	2,5	-3,3	-4,5	40,5	38,0	43,6	47,7	8,6	8,3	7,4	7,5
IWF	3,8	2,5	-3,0	-3,8	-	-	-	-	8,6	8,3	6,9	7,4
Tschechien												
EU-KOM	-0,6	-1,5	-4,3	-4,9	28,9	29,8	33,7	37,9	-1,5	-3,1	-3,2	-3,3
OECD	-0,6	-1,4	-4,5	-4,9	28,8	29,9	31,5	34,2	-3,1	-3,0	-1,4	1,0
IWF	-1,0	-1,5	-4,1	-4,2	-	-	-	-	-3,2	-3,1	-2,7	-3,0

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

		öffentl. Ha	aushaltssald	do		Staatssch	uldenquot	е		Leistungs	bilanzsaldo)
	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010
Ungarn												
EU-KOM	-4,9	-3,4	-3,4	-3,9	65,8	73,0	80,8	82,3	-6,2	-8,4	-5,0	-4,8
OECD	-4,9	-3,4	-4,2	-4,2	65,7	72,6	78,8	83,1	-6,4	-8,2	-4,0	-3,2
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-6,4	-7,8	-3,9	-3,4

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2009.

OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2009.

 $IWF: Weltwirts chafts ausblick, April 2009; WEO \ update \ Juli \ 2009 \ (nur\ G7-Staaten\ und\ Spanien\ sowie\ Euroraum\ und\ EU-27).$

Stand: Juli 2009.

Herausgeber:

Bundesministerium der Finanzen Referat Öffentlichkeitsarbeit Wilhelmstraße 97 10117 Berlin http://www.bundesfinanzministerium.de oder http://www.bmf.bund.de

Redaktion:

Bundesministerium der Finanzen Arbeitsgruppe Monatsbericht Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de Berlin, August 2009

Lektorat und Satz: heimbüchel pr, kommunikation und publizistik GmbH, Berlin/Köln

Gestaltung:

Pixelpark AG Agentur Köln

Bezugsservice für Publikationen des Bundesministeriums der Finanzen: telefonisch 0 18 05 / 77 80 90¹ per Telefax 0 18 05 / 77 80 94¹

¹ Jeweils 0,14 €/Min. aus dem Festnetz der T-Com, abweichende Preise aus anderen Netzen möglich.

ISSN 1618-291X

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

ISSN 1618-291X